

Forum der Bundesstatistik

FAMILIEN UND HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

**Statistische Grundlagen,
wissenschaftliche Erkenntnisse
Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium
am 23./24. November 2000 in Wiesbaden**

Band 38

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:

Gruppe I B, Telefon: 06 11 / 75 20 77, Fax: 06 11 / 75 39 50 oder
E-Mail: christian.koenig@destatis.de

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71 / 93 53 50
Telefax: 0 70 71 / 93 53 35
Internet: <http://www.s-f-g.com>
E-Mail: staba@s-f-g.com

Erschienen im November 2001

Preis: DM 30,00 / EUR 15,00

Bestellnummer: 1030438-01900

ISBN: 3-8246-0648-8

Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem Informationsservice

65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 24 05
- Telefax: 06 11 / 75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/ Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

Das Statistische Bundesamt und die Deutsche Statistische Gesellschaft, Ausschuss Methodik statistischer Erhebungen, veranstalten gemeinsam im November jeden Jahres in Wiesbaden ein wissenschaftliches Kolloquium zu Themen, die zentrale Probleme aus den Interaktionsbereichen von Statistik, Wirtschaftspolitik, Forschung sowie ökonomischer Praxis aufgreifen und nach dem aktuellen Wissensstand behandeln. Diese Veranstaltungsreihe ist während der neun Jahre, in denen sie seit 1991 stattfindet, zu einer die vielfältigen Interessen statistischer Forschung und Nutzung verbindenden Institution geworden, die stets eine breite Akzeptanz fand. Regelmäßig erscheint nach der Veranstaltung ein Tagungsband in der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, in dem die Vorträge des Kolloquiums dokumentiert sind. Dieses Vorwort steht vor dem 9. Band, der das Kolloquium vom November 2000 widerspiegelt.

Das Kolloquium zum Thema „Familien und Haushalte in Deutschland – Statistische Grundlagen, wissenschaftliche Erkenntnisse“ hatte wie die früheren Wiesbadener Kolloquien das Ziel, möglichst aktuelle Informationen darzubieten und die enge Kooperation zwischen amtlicher Statistik, Wissenschaft und den Nutzern aus Wirtschaft und Politik, Verbänden und Instituten fortzusetzen und im Sinne einer funktionierenden Zusammenarbeit zu fördern.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Frau Prof. Dr. Rosemarie von Schweitzer, Universität Gießen. Unter ihrer erfahrenen und sachverständigen Leitung wurde das Thema grundsätzlich und in seiner ausgedehnten Dimensionalität in zehn Vorträgen behandelt. Im Einzelnen gab es Referate und jeweils anschließend lebhaft Diskussionsbeiträge zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung von Familien und Haushalten, zur Haushaltsproduktion, zur Auslagerung von Haushaltsproduktion in Ländern der OECD, zu Verteilungsanalysen sowie Zeitverwendung, zum Familienlastenausgleich, zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben, zur Einkommensdynamik und sozialer Mobilität, zur Familiengründung junger Erwachsener und zum Familiensurvey des Deutschen Jugendinstitutes.

Das Ende des ersten Veranstaltungstages war – wie im Vorjahr, als diese neue Tradition begonnen wurde – der Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises vorbehalten, einer vom Statistischen Bundesamt geschaffenen Auszeichnung für herausragende Arbeiten mit Bezug zur amtlichen Statistik. Die Laudationes mit eingehender Würdigung der Arbeiten hielt wie im Vorjahr Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg¹⁾. Unter großem Beifall der Kolloquiumsteilnehmer überreichte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, die Urkunden des Gerhard-Fürst-Preises an Herrn Dr. Werner Bönnte²⁾, Herrn Dr. Klaus Eberl³⁾ und Herrn Dipl.-Soziologen Henning Lohmann⁴⁾. Mit einem Förderpreis

1) Die Laudationes sind in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 12/2000, S. 920 – 923 abgedruckt.

2) Ein Auszug aus seiner prämierten Dissertation „Der Einfluss industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“ ist in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 4/2001, S. 312 – 320 erschienen.

3) Ein Auszug aus seiner prämierten Dissertation „Theorie und Empirie der Geldnachfrage: Eine saisonale Kointegrationsanalyse liquiditätsorientierter Geldmengen“ ist in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 3/2001, S. 225 – 230 erschienen.

4) Ein Auszug aus seiner prämierten Diplomarbeit „Potentiale der Nutzung von Ausgabedaten in der empirischen Armutsforschung – Bedarfsschätzung und Messung von Armut auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS 1993)“ ist in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 6/2001, S. 483 – 493 erschienen.

des Statistischen Bundesamtes für Nachwuchswissenschaftler wurde Frau Dr. Leontine von Kulmiz⁵⁾ ausgezeichnet.

Allen, die zum interessanten Verlauf und dem guten Gelingen des Kolloquiums ihr Wissen, ihren Sachverstand und ihre Erfahrung einbrachten, gilt der besondere Dank der Veranstalter. Darüber hinaus danken wir allen, die durch ihre engagierten Fragen und Beiträge die Darstellungen und Analysen in den lebhaften Diskussionen erweiterten und vertieften. Frau von Schweitzer leitete in freundlicher und kompetenter Form die Präsentation der Themen, grenzte sie ab, verband sie in ihrer Abfolge und leitete die Diskussion mit viel Verständnis und Kenntnis zum allseitigen Nutzen. Hierfür gebührt ihr der respektvolle Dank der Veranstalter.

Das Wiesbadener Kolloquium wird in bewährter Kooperation zwischen dem Statistischen Bundesamt und der Deutschen Statistischen Gesellschaft weitergeführt werden und – so hoffen beide Veranstalter – auch weiterhin das Interesse der Produzenten und Konsumenten der Statistik finden. Die Publikation eines Tagungsbandes zu den Ergebnissen jeden Kolloquiums stellt eine wichtige Abrundung der mit dem Kolloquium intendierten Arbeit dar. Diese Veranstaltung kann so ihre wichtige Mittlertätigkeit als ein Medium der Information und Kooperation zwischen Statistik, politischer Öffentlichkeit und wissenschaftlicher Forschung fortsetzen.

Wiesbaden, im September 2001

Jürgen Chlumsky
Statistisches Bundesamt

Dr. Rolf Wiegert
Deutsche Statistische Gesellschaft
Ausschuss Methodik
Statistischer Erhebungen

5) Ein Auszug aus ihrer prämierten Dissertation „Die geringere Entlohnung weiblicher Arbeitnehmer, Lohndifferenzierung oder Lohndiskriminierung?“ ist in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft 5/2001, S. 406 – 415 erschienen.

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
<i>Johann Hahlen</i> Begrüßung	6
<i>Rosemarie von Schweitzer</i> Einführung	9
<i>Max Wingen</i> Zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung von Familie und Haushalt	12
<i>Carsten Stahmer</i> Haushaltsproduktion in monetären Input-Output-Tabellen	37
<i>Walter Assenmacher</i> Auslagerung von Haushaltsproduktion – Neuere Ergebnisse für ausgewählte Länder der OECD	47
<i>Notburga Ott/Kristina Rust</i> Die Verwendung von Äquivalenzskalen bei Verteilungsanalysen: Notwendigkeit der Berücksichtigung von Haushaltsproduktion	59
<i>Wolfgang Buchholz</i> Familienlastenausgleich – Politische Konzepte und Verteilungswirkungen	77
<i>Sabine Bechtold</i> Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben der amtlichen Statistik	93
<i>Holger Fabig</i> Einkommensdynamik und soziale Mobilität	104
<i>Klaus R. Allerbeck/Wendy J. Hoag</i> Familiengründung junger Erwachsener: Ergebnisse eines Panels 1983 bis 1997	129
<i>Jan H. Marbach</i> Die Familie als Netzwerk: Eine Spezialität des DJI-Familiensurveys	141
Teilnehmerverzeichnis	172

Johann Hahlen*)

Begrüßung

Zu unserem mittlerweile bereits neunten gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft veranstalteten Kolloquium möchte ich Sie ganz herzlich begrüßen.

Nachdem wir uns im letzten Jahr mit dem Thema: „Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie“ befasst haben, wollen wir heute und morgen über Familien und Haushalte in Deutschland diskutieren, über statistische Grundlagen und die aus ihnen abgeleiteten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Ich darf schon jetzt darauf hinweisen, dass – wie in jedem Jahr – die Referate des Kolloquiums in unserer Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ veröffentlicht werden. Der Tagungsband zur Konjunkturforschung ist vor einigen Wochen erschienen und liegt im Foyer zur Ansicht aus.

Dem Programmheft konnten Sie entnehmen, dass wir heute im Rahmen dieser Veranstaltung eine Preisverleihung vorgesehen haben. Wir hatten uns im vergangenen Jahr entschlossen, einen Preis – den Gerhard-Fürst-Preis – für herausragende Dissertationen und Diplom- bzw. Magisterarbeiten auszuloben, um junge Wissenschaftler zu motivieren, sich in ihrer Arbeit mit dem Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik oder empirischen Themenstellungen zu befassen. Ich freue mich sehr, dass diese Idee auf große Resonanz gestoßen ist und nach Auffassung der Gutachter in diesem Jahr mehrere preiswürdige Arbeiten eingereicht wurden.

Bevor ich auf unser Tagungsthema eingehe, möchte ich die Anwesenheit einer so großen Zahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Instituten und Universitäten zum Anlass nehmen, die Bereitschaft des Statistischen Bundesamtes zu bekräftigen, bestehende Kontakte zu Ihnen zu intensivieren und neue aufzubauen. Eine enge Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und Wissenschaft ist mir ein großes Anliegen; sie war wohl selten so eng wie gerade in diesem Jahr bei der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Alle Beteiligten profitieren, wenn die Zusammenarbeit erfolgreich ist: Die statistischen Ämter, die Wissenschaft, ebenso unsere Kunden in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Arbeit der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik, eingesetzt von Frau Bundesministerin Edelgard Bulmahn, dient diesem Zweck. Diese Kommission wird Anfang 2001 ihre Arbeit beenden und einen Bericht vorlegen. Ich bin zuversichtlich, dass die Kooperation von Wissenschaft und Statistik in Folge neuen Schub erhält.

Nun aber zum Thema unseres Kolloquiums. In den letzten Jahren haben wir uns an dieser Stelle überwiegend mit wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen befasst. Heute und morgen wollen wir über eine auf den ersten Blick primär sozialwissenschaftlich anmutende Fragestellung sprechen, über Familien und Haushalte in Deutschland. Ein Blick in das Programmheft zeigt, dass wir es hier sehr wohl mit einem auch für Wirtschaftswissenschaftler außerordentlich relevanten Thema zu tun haben. Wirtschaftspolitische Entscheidungen und dabei insbesondere die finanzpolitischen Weichenstellungen in der Steuer- und Transferpolitik haben erheblichen Einfluss auf die Lebenssituation der Menschen. Den beiden Programmachern ist es durch die Auswahl der Referenten gelungen, sozialpolitisch wie wirtschaftspolitisch relevante Themen gleichermaßen zu berücksichtigen. Die Beiträge erscheinen mir in dieser Mischung als ein Querschnitt durch das breite Spektrum des Themas. Ich

*) Johann Hahlen, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

darf Ihnen, lieber Herr Dr. Wiegert, ganz herzlich für Ihre Unterstützung bei der Planung dieser Veranstaltung danken. Die Zusammenarbeit klappt beispielhaft.

Meine Damen und Herren, vorherrschende Familienform in unserer Gesellschaft ist die Kern- oder Kleinfamilie mit Eltern und Kindern in einer Haushaltsgemeinschaft. Von allen im Bundestag vertretenen Parteien wird der Familienpolitik eine zentrale Rolle zugewiesen. Artikel 6 des Grundgesetzes fordert den Schutz von Ehe und Familie. Mit seiner Entscheidung, der Aufwand für die Betreuung und Erziehung von Kindern müsse generell steuerfrei gestellt werden, hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber zu kostenträchtigen Maßnahmen verpflichtet. Aber: Es gibt auch Tendenzen, aus denen in der öffentlichen Diskussion ein Bedeutungsverlust von Familie gefolgert wird, rückläufige Geburten- und steigende Scheidungsraten, eine zunehmende Verbreitung alternativer Lebensformen, wobei das, was gestern noch als „alternativ“ bezeichnet wurde, heute schon gesellschaftlich akzeptiertes Verhalten sein kann, wenn ich etwa an das Zusammenleben unverheirateter Paare denke und an Schwierigkeiten, die diese vor einigen Jahren noch bei der Wohnungssuche hatten.

Damit die amtliche Statistik der Politik die für Entscheidungen notwendigen Basisinformationen liefern kann, muss sie ihre Haushaltsstatistiken regelmäßig an sich verändernde Sichtweisen anpassen. Vor genau 50 Jahren wurde mit der Volkszählung von 1950 die erste amtliche Haushaltsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt, die neben der Haushaltsgröße, ökonomische und soziale, auch familiensoziologische Aspekte der Privathaushalte erfragte. Die Begriffe „Haushalt“ und „Familie“ wurden damals aber noch als weitgehend identisch angesehen. Erst mit dem Mikrozensus wurde 1957 ein neues Konzept für die Haushalts- und Familienstatistik eingeführt, das seitdem ständig an aktuelle Entwicklungen angepasst wird. Angaben über nichteheliche Lebensgemeinschaften etwa konnten vor 1995 nur durch Schätzungen ermittelt werden, während seit 1996 die Form der Lebenspartnerschaft explizit erfragt wird.

Was dies für zusätzliche Erkenntnisse bringt, ist leicht an folgenden Zahlen ablesbar: Nach alter – traditioneller – Betrachtungsweise lebten in Deutschland im April 1999 1,95 Millionen Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren. Bei diesen Alleinerziehenden handelt es sich um ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Mütter und Väter. Hierbei ist unerheblich, ob außer dem allein erziehenden Elternteil und den Kindern noch weitere Personen in dem Haushalt leben, beispielsweise der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. In unseren Tabellen weisen wir nun für 1999 insgesamt 530 000 nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren nach, d.h., hier leben Alleinerziehende bereits wieder mit einem Lebenspartner zusammen. Wir haben es also nicht mit 1,95, sondern nur 1,42 Millionen Personen zu tun, die allein (d.h. ohne Partner) mit ihren Kindern unter 18 Jahren zusammenleben.

Einige weitere Zahlen: Im Oktober 1957 (erster Mikrozensus) wurden im früheren Bundesgebiet 18 Millionen Privathaushalte gezählt, im April 1999 nahezu 31 Millionen. In diesem Zeitraum verdoppelte sich der Anteil von Einpersonenhaushalten (von 18% auf 36%).

In Deutschland insgesamt gehen wir von 38 Millionen Privathaushalten aus, bei 22 Millionen Familien. Im Vergleich zur Haushaltsentwicklung stieg im früheren Bundesgebiet die Zahl der Familien weniger stark – von nahezu 15 Millionen im Oktober 1957 auf über 18 Millionen im April 1999. Während im Westen 12% der Familien Alleinerziehende sind, sind dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost 18% der Familien.

Was dies alles für unsere Gesellschaft bedeuten mag und welche Auswirkungen Veränderungen der Haushalts- und Familienstrukturen für unsere Sozialsysteme und den Zusammenhalt der Gesellschaft haben, vermag ich nicht zu beurteilen. Wir Statistiker sind da ebenso wie die Politik angewiesen auf den Rat der Fachleute. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, soviel Sachverstand hier versammeln zu können.

Bevor ich nun das Wort an Frau Professor von Schweitzer übergebe, die dieses Kolloquium moderieren wird, noch ein wenig Werbung in eigener Sache: Kürzlich haben wir in der Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“ einen Band mit Ergebnissen zur „Zeitverwendung in Deutschland – Beruf, Familie, Freizeit“, so der Titel, herausgebracht. Es handelt sich um eine Forschungsarbeit, die über die bisherigen mehr deskriptiven Analysen hinausgeht.

Frau Professor von Schweitzer, Sie sind dem Statistischen Bundesamt beim Thema Zeitverwendung seit Jahren eng verbunden. Ihnen ist es mit zu verdanken, dass wir im Jahr 2001 eine neue Zeitbudgeterhebung, finanziert durch das Familienministerium, durchführen können. Ganz herzlichen Dank auch dafür.

Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zwei interessante Veranstaltungstage mit anregenden und lebhaften Diskussionen.

Einführung

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über „Familien und Haushalte in Deutschland“ bilden die Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft in der Pluralität ihrer Lebensformen, Lebenslagen und Lebensweisekonzepten ab. Die dafür von den statistischen Ämtern bereitzustellenden amtlichen Datengrundlagen, welche die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Familien- und Haushaltsforschung stützen, sind die Volkszählungen, insbesondere aber der Mikrozensus und die Haushaltsrechnungen. Flankiert werden diese gesetzlich vorgegebenen Leistungen durch besondere Auswertungen im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) und in den Statistischen Ämtern der Länder. Ergänzend und anregend wirken die Studien aus den unterschiedlichen Forschungsinstituten, aus der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Landesamtes Baden-Württembergs und der vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend finanzierten Zeitbudgetuntersuchung am Statistischen Bundesamt, aber auch der Institutionen außerhalb der amtlichen Statistik, wie dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) mit der interessanten Studie „Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus“ (1999), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) mit dem Familiensurvey, um nur die wichtigsten Institutionen der empirischen Sozialforschung für Haushalt und Familie zu nennen.

Die amtliche Statistik ist dem Gesetzgeber verpflichtet, der die Anzahl, Aufbau, Struktur und Entwicklung der Bevölkerung kennen muss oder sollte. Erst in einer sekundären Analyse – den Haushalts- und Familienstatistiken – werden die sorgsam gezählten und geordneten „Köpfe“ den privaten gesellschaftlichen Institutionen – den privaten Haushalts- und Familientypen – nach amtlichen Vorgaben zugeordnet. Diese wohlbekanntes Tatsache muss in das Gedächtnis zurückgerufen werden, wenn über die „Modernität“, Realitätsnähe und Fortentwicklungserfordernisse der Haushalts- und Familienstatistiken gesprochen werden soll. Alle Sozialstrukturanalysen beruhen direkt oder auch zumindest mit ihren Basis-Daten auf den Volkszählungen, insbesondere dem Mikrozensus einschließlich der Arbeitskräfteerhebung.

Während der Mikrozensus im eigentlichen Sinne keine Haushalts- und Familienstatistik ist, sondern eine kleine Volkszählung, gehört er nach wie vor aufgrund seiner hohen Probandenzahl, der jährlichen relativ umfassenden pflichtmäßig zu beantwortenden haushaltsbezogenen Fragen und dem hohen Zuverlässigkeitsgrad seiner Daten zu der tiefendsten Erhebung für Sozialstrukturanalysen, die auch in der Familienberichterstattung gebraucht und verwendet werden.

Doch auch der Mikrozensus hat seine Grenzen und seine Kritiker. Politische Vorgaben, der Datenschutz und finanzielle Restriktionen treffen und trafen ihn seit den 70er Jahren. Die modernen Erhebungstechniken und Erweiterungserfordernisse durch die Europäische Union (EU) stellen neue Herausforderungen dar. Besonders ergänzungsbedürftig waren und sind seine haushaltsökonomischen Daten.

Die Haushaltsrechnungen (Laufende Wirtschaftsrechnungen und Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – EVS), die primär der Berechnung der Preisindizes für die Lebens-

*) Prof. Dr. Rosemarie von Schweitzer, Justus-Liebig-Universität Gießen.

haltung und der Verwendungsstruktur der privaten Konsumausgaben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zu dienen haben, sind auch für sozial-ökonomische und familienpolitische Fragestellungen nutzbar. Die privaten Haushalte sind in den VGR nur halbherzig integriert und integrierbar, denn der Zweck der VGR liegt nicht darin, die Wohlfahrtsproduktion von Gesellschaften darzustellen, sondern vielmehr stellt das berechnete Sozialprodukt die „Gesamtheit der Faktoreinkommen eines Jahres (Löhne, Mieten, Pachten und Gewinne) dar, die die Kosten für die Erstellung des für den Endverbrauch verfügbaren Produkts der Gesellschaft ausmachen“¹⁾. Nicht enthalten in dieser Berechnung sind Wertansätze für alle jene Faktoreinsätze, für die es keine Geldpreise gibt, die vermeintlich „kostenlosen Imputs der verbrauchten Umweltfaktoren“ und „der gebrauchte und verbrauchte Anteil der privaten Investitionen in die Heranbildung und Unterhaltung des Humanvermögens“ der Familien (5. Familienbericht).²⁾ Während die verbrauchte Umwelt wohlfahrtsmindernd wirkt, sind das Haben und Aufziehen von Kindern, die Versorgung und Pflege der Menschen in den privaten Haushalten sowie die Qualität ihrer Alltagskultur die Voraussetzungen der volkswirtschaftlichen Leistungskräfte und der Wohlfahrtsentwicklung.

Die Zeitbudgeterhebung, die als haushaltsökonomische Satellitenrechnung die VGR um eine erweiterte Abbildung der Wertschöpfung der Familien und privaten Haushalte ergänzen soll, hat bislang die von ihr erwarteten familienpolitischen Informationen nur sehr eingeschränkt erbracht. Die adäquate Präsentation der Humanvermögensbildung als (Investitions)-Leistung der Familien-Haushaltssysteme steht noch aus.

Es gibt folglich viele Grundsatzfragen der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Haushalt und Familie und deren adäquate Abbildung mittels der amtlichen Statistiken. Diskussionsbedarf besteht allerdings auch bezüglich der ihnen zugrundeliegenden wissenschaftstheoretischen Leitideen und der politischen Vorgaben.

Bei aller Anerkennung für die bereits erfolgten Bemühungen der amtlichen Statistik um „Modernisierung“ muss auch noch ein Blick in die Zukunft gewagt werden. Erstmals wurde in einem Familienbericht – der Sechste, er hat den Titel: Familien ausländischer Herkunft – Leistungen, Belastungen, Herausforderungen“ – nicht mehr von einem für den Bericht definierten Familienbegriff ausgegangen. Die Lebensformen und Lebenslagen von Zuwandernden betreffen in der Regel Familienangehörige im Herkunfts- und im Aufnahmeland. Das trifft auch für mobile Familien innerhalb Deutschlands – wenn auch abgeschwächt – zu. Die Gesellschaften, in ihren sich räumlich ausdifferenzierenden familialen Lebensformen, stellen zunehmend neue Herausforderungen auch an die Qualität der Begrifflichkeit von „privater Haushalt“ und „Familie“. Die amtlichen statistischen Daten müssen aber auch zuverlässig „altern“ können, um längere Zeitreihen zuzulassen, sie haben aber zugleich den Auftrag, auch bei der Zuordnung der Individuen einer Bevölkerung zu Institutionen der Daseinsvorsorge realitätsnahe Typisierungen vorzunehmen und das heißt, sowohl die Familientypen – wie auch laufend geschehen – weiter zu differenzieren und Ähnliches für die Haushaltstypen vorzusehen. Das „Zusammenwohnen/-leben und Zusammenwirtschaften“ – die amtliche Definition des „privaten Haushalts“ – kann sich auch bei einer Kernfamilienstruktur in mehreren Wohnungen vollziehen und aus einem oder auch mehreren sehr unterschiedlichen Budgets der Familienmitglieder finanziert werden. Für eine adäquate Abbildung von

1) Samuelson, Paul A.: Volkswirtschaftslehre, Bd. I, Köln 1970, S. 235.

2) 5. Familienbericht, Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens, Bonn 1994, S. 139.

Lebenslagen wären daher eine Reihe von durchaus machbaren Ergänzungen bei den Erhebungen angebracht.

Das 9. Wissenschaftliche Kolloquium „Familien und Haushalte in Deutschland – Statistische Grundlagen, wissenschaftliche Erkenntnisse“ wird von Prof. Dr. Max Wingen, Ministerialdirektor a.D. mit dem Thema „Zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung von Familie und Haushalt“ eingeleitet. Prof. Wingen, der sein ganzes berufliches und ehrenamtliches Leben der Familienwissenschaft und der Familienpolitik gewidmet hat und dieses auch an führender Stelle in der amtlichen Statistik, ist wie kein anderer berufen, aus der Erfahrung eines halben Jahrhunderts ein Plädoyer für einen praxisorientierten interdisziplinären Ansatz der Familienwissenschaft abzugeben, für welche die amtliche Statistik in Kooperation mit den haushalts- und familienwissenschaftlichen Disziplinen auch die Datengrundlagen zur Verfügung zu stellen hat.

Das Statistische Bundesamt hat nicht nur erreicht, dass 2001 eine zweite Zeitbudgetuntersuchung in Deutschland durchgeführt werden kann, sondern Prof. Stahmer und sein Arbeitsteam sind bemüht, auch die Zeit, die für Investitionen in Humanvermögen durch Familienarbeit und/oder Bildung oder auch Gesundheitsverhalten in den privaten Haushalten verwandt wird, zunächst unabhängig von irgendwelchen Schattenpreisen in einer besonderen Darstellung ihrer gesellschaftlichen Bedeutsamkeit (externen Effekten) den Leistungen in der Erwerbsarbeitszeit gegenüberzustellen und zu würdigen. Zu den Modernisierungsvorstellungen der amtlichen Statistik gehören ebenfalls die Überlegungen von Frau Dr. Bechtold zur Weiterentwicklung der Haushaltsstichproben. Dabei geht es um Vernetzungen der Haushaltsrechnungen und des Mikrozensus sowie der Entwicklung eines Access-Panels aus den Probanden des Mikrozensus, um so die Möglichkeit zu erhalten, mittels Ad-hoc-Erhebungen für aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen Daten bereitzustellen zu können.

Die weiteren Vorträge des Kolloquiums zeigen unterschiedliche Forschungsdesigns aus unterschiedlichen Disziplinen mit unterschiedlichen Problemstellungen mit dem Bestreben, die Scientific-Use-Files (SUFs) für weitere wissenschaftliche Auswertungen zu nutzen. Auch die Bereitstellung von SUFs ist nicht nur eine Frage des Datenschutzes und der Datenverarbeitung, sondern auch eine der familien- und haushaltswissenschaftlichen Brauchbarkeit derselben. Daten an sich erzählen nichts, sie bedürfen einer sachkundigen Aufbereitung. Haushalts- und Familienstatistiken müssen einerseits über das Alltagsleben der Menschen in langen Zeitreihen berichten und andererseits auch im flexiblen raschen Zugriff mit entsprechenden Erhebungsinstrumenten auf gesellschaftspolitische Fragen Antworten liefern können. Man kann der amtlichen Statistik nur wünschen, dass ihr Kooperationsbereitschaft mit der Wissenschaft sowie politische Aufmerksamkeit und Förderung durch den Staat in angemessener Weise zuteil werden.

Max Wingen*)

Zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung von Familie und Haushalt

– Zugleich ein Plädoyer für einen praxisorientierten interdisziplinären Ansatz der Familienwissenschaft –

„Was direkt oder indirekt für den Hausstand geschieht, das geschieht für die materielle Freiheit der Menschen.“

(Lorenz von Stein)

1 Problemangemessene Bewertung von Familie und Privathaushalt als Aufgabe

Die wissenschaftliche und politische Bedeutung von Familie und Haushalt ist im wissenschaftlichen Arbeitsfeld und im politischen Handlungsfeld gleichermaßen unverkennbar von erheblichen Ambivalenzen gekennzeichnet. Neben sehr eindrucksvollen Belegen, die eine hohe Bedeutung und Anerkennung zum Ausdruck bringen, stehen andere Anzeichen, die auf eine vergleichsweise niedrige Bedeutung und mangelnde Wertschätzung von Familie und Haushalt schließen lassen. Hinter diesem zwiespältigen, doppelwertigen Erscheinungsbild steht bei differenzierendem Hinsehen eine große Diskrepanz zwischen der (hohen) Bedeutung, die von den in den Lebensordnungen Familie und (Privat-)Haushalt erbrachten Leistungen und davon ausgehenden Wirkungen für die Lebensqualität des einzelnen und die Wohlfahrt der Gesellschaft her einsichtig und kaum bestreitbar ist und sich auch in der subjektiven Bedeutsamkeit für den einzelnen widerspiegelt, und demgegenüber dem an dem auf Familie und Haushalt bezogenen öffentlichen Handeln ablesbaren tatsächlichen (eher niedrigen) Stellenwert in einer markt- und erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft. Diese vernachlässigt weithin sträflich die Belange von Familien und Haushalten und geht mit dem familialen Leistungspotential eher „ausbeuterisch“ als dieses stärkend um.

Im Folgenden soll dieser Befund etwas näher ausgebreitet und begründet werden – und vielleicht auch auf die eine oder andere denkbare Gegenreaktion hin bedacht werden. Dabei werden freilich tief verwurzelte (vorwissenschaftliche) privatistische, die Gesellschaftlichkeit des Menschen unterbewertende Grundpositionen und Denkmuster sichtbar, die – ohne in eine nicht gerechtfertigte Überbewertung von Familie und Haushalt zu verfallen – deren nachhaltige Aufwertung in Orientierung an ihrer „wahren“ Bedeutung sehr erschweren und damit die Grundlagen unserer Sozial- und Kulturordnung in tendenziell selbstzerstörerischer Weise unterspülen.

Die wissenschaftliche Bedeutung wird von den Vertretern der familien- und haushaltsbezogenen Disziplinen, auch wenn man die Gefahr der Überschätzung des eigenen Forschungs-

*) Prof. Dr. Max Wingen, Ministerialdirektor a.D., Bonn, ehem. Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

feldes einmal angemessen mit in Rechnung stellt, mit Recht im Blick auf die Wissenschaftsentwicklung relativ hoch eingeschätzt, aber schon von Nachbardisziplinen bei weitem nicht mehr so uneingeschränkt bejaht. Wenn es im Raum der Selbstverwaltung der universitären Hallen um die Beibehaltung oder Umwidmung von Lehrstühlen oder die Schaffung neuer Lehrstühle oder auch um den Ausbau bzw. Nichtausbau von Instituten geht, erweist sich bei den diesbezüglichen Entscheidungen in den Selbstverwaltungsgremien oft die Verfolgung von fach- oder auch personengebundenen Eigeninteressen als mindestens ebenso wirksam wie die Berücksichtigung breiterer Forschungsbelange im Interesse des „Gemeinwohls“ im gesellschaftlichen Teilsystem Wissenschaft.

In der politischen Arena ist höchste Vorsicht geboten bei dem an sich ja verständlichen Versuch, die Bedeutung von Familie und (Privat-)Haushalt an den verbalen Kraftakten der politischen Akteure zu messen. Der kritische Beobachter der Szene wird aber gut beraten sein, sich an die politischen Taten zu halten – um dann etwa hinsichtlich der Berücksichtigung von Familienbelangen in Gesellschaft und Politik zum Ergebnis zu kommen, dass das Herz der Politiker zwar laut und vernehmlich für die Familie schlägt, der Impulsgeber für eine familienbezogene Sozialpolitik aber sehr viel mehr in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht installiert ist. Gleichwohl sind auch im Raum der Politik wertbesetzte Richtpflocke errichtet, an denen sich ablesen lässt, welcher Bedeutungsgehalt Familie und Haushalt „an sich“ – bei allen Verdunklungen im Alltag der realexistierenden parlamentarisch-repräsentativen Demokratie – trotz alledem zukommt. Für die amtliche Statistik als wesentlichen Teil einer „öffentlichen informationellen Infrastruktur“ ist dies Grund genug, zur Aufhellung – oder sollte man sagen: zur „Aufklärung“ – in Wissenschaft und Gesellschaft auf ihre Weise unbeirrt beizutragen.

Zur Veranschaulichung der Bedeutung von Familie und Haushalt und ihrer auch wirtschaftlichen Funktion sei zur inhaltlichen Einstimmung die Feststellung eines Altmeisters der deutschen Nationalökonomie zitiert: „Wer jeden Hungrigen ins Wirtshaus, jede Gebärende ins Gebärdhaus, jedes Kind von seiner Geburt bis zur Mannbarkeit in eine Reihe von Erziehungshäusern schickt, der verwandelt die Gesellschaft in eine Summe genußsüchtiger, egoistischer Vagabunden, deren Nervenunruhe und Überreizung nur allzu viele zu Kandidaten für die Irrenhäuser macht. ... Nicht in der Vernichtung, sondern in dem richtigen Wiederaufbau der Familienwohnung und der Familienwirtschaft liegt die Zukunft der Völker und die wahre Emanzipation des Weibes.“ (Schmoller 1901, S. 255 u. 257) Nun sind hier gewiss manche zeitbedingte Töne aus dieser Feststellung Gustav Schmollers von vor 100 Jahren herauszuhören, aber über die zentrale Bedeutung dieser Sozialgebilde gibt es für ihn keinen Zweifel, und zwar je beweglicher das Leben werde und desto notwendiger ein sicherer engerer Kreis des Vertrauens werde, wie ihn allein die Familie gebe. So meinte immerhin auch J.W. von Goethe (1806): „In den unsichersten Augenblicken, wenn alle Bande sich auflösen, wird man auf die häuslichen zurückverwiesen.“

So lohnt es sich dennoch heute noch und vielleicht erst recht, in diesem Einleitungsreferat der wissenschaftlichen und politischen Bedeutung von Familie und Haushalt ein wenig nachzugehen. Es geht dabei noch nicht um die Frage, welche statistischen Daten im Blick auf die Lebensformen von Familie und Haushalt besonders interessieren und mit welchem methodischen Zugriff sie am besten zu gewinnen sind, auch nicht um die beispielhafte Anwendung solcher familien- und haushaltsstatistischer Datengrundlagen in insbesondere wirtschafts- und gesellschaftspolitisch relevanten Analysen, für die es in den weiteren Beratungen Möglichkeiten und Grenzen aufzuzeigen gilt. Vielmehr soll zunächst die wissenschaftliche und

politische Dignität der Sozialgebilde Familie und Haushalt aus heutiger Sicht kurz verdeutlicht werden. Die damit angesprochene Frage lässt sich etwa dahin konkretisieren: Welche Wirkungen gehen von Familie und Haushalt aus, die sie für Wissenschaft und Politik relevant erscheinen lassen? Etwas anders gefragt: Wo wird die Bedeutung von Familie und Haushalt in den gesellschaftlichen Teilsystemen Wissenschaft und Politik besonders sichtbar, die es rechtfertigt, diese Lebensformen zum Gegenstand dieses Kolloquiums zu machen? Daraus ergibt sich dann hoffentlich fast zwangsläufig eine Vorahnung von der Berechtigung der anschließend inhaltlich zu behandelnden Einzelprobleme und von ihrem Stellenwert im Gesamtsystem der (amtlichen und nichtamtlichen) Statistik. „Der Statistiker hat ... bei der Ausarbeitung des Programms die ebenso schöne wie verantwortungsvolle Aufgabe, die Wünsche und Forderungen, die man an das statistische Instrumentarium stellen wird, vorauszuahnen, zu wittern, welche Probleme in der Luft liegen, und dafür zu sorgen, daß möglichst für diese Probleme auch rechtzeitig das statistische Material bereitsteht.“ (Fürst 1963, S. 20) Diese Feststellung des ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes G. Fürst hat bis heute nichts an Aktualität verloren.

Es kann im Folgenden nicht um eine erschöpfende Behandlung der Thematik gehen, sondern nur um einige ausgewählte Hinweise auf besonders wichtig erscheinende Aspekte, die aber insgesamt doch verdeutlichen mögen, dass die in diesem Kolloquium angesprochenen Problemkreise der (amtlichen) Statistik es rechtfertigen, sich damit intensiv auseinander zu setzen. Auf das Ergebnis dieser Auseinandersetzung warten nicht wenige wissenschaftliche Disziplinen einerseits und an der Klärung ihrer Handlungsgrundlagen interessierte politische Handlungsträger andererseits. Die Übergänge zwischen den Feldern von Familie und Haushalt sind, wie schon ein Blick auf das tatsächliche Leben und der Umgang mit der Familien- und Haushaltsstatistik zeigen, durchaus fließend; gleichwohl sind bekanntlich Familie und Haushalt begrifflich zu trennen. Es sei allerdings daran erinnert, dass bis 1939 in den Zählungen der amtlichen Statistik die Mehrpersonen-Haushalte (nicht natürlich die Anstaltshaushalte) durchgängig als „Familienhaushalte“ bezeichnet wurden, auch wenn in diesen Haushalten noch seitenverwandte und sogar familienfremde Personen lebten (Schubnell 1959, S. 121 ff. u. 222 ff.). Wir unterscheiden hier heute bekanntlich mit Recht zwischen Familie und Haushalt, wengleich gerade die Lebensform des Familienhaushalts sichtbar werden lässt, wie sehr es hier zu Verschränkungen kommt. Eine kleine Anstrengung zur begrifflichen Abgrenzung wird also im Verlauf der Beratungen unvermeidlich sein. So betont auch Barbara Fegebank, dass Haushalt und Familie zwei Systeme seien, die einerseits auf eine besondere Art miteinander verflochten seien, andererseits ihre je spezifischen Eigenarten aufwiesen, so dass hier differenzierte Betrachtungen anzustellen seien, „da ansonsten die gesellschaftliche Bedeutung dieser beiden Systeme nur verfälscht dargestellt werden kann“ (Fegebank 1997, S. 167). Auch der wissenschaftliche Aspekt einerseits und der politische Aspekt andererseits lassen sich zumindest dann nicht völlig voneinander trennen, sondern greifen ineinander, wenn die wissenschaftliche Beschäftigung nicht im berühmten „Elfenbeinturm“ stattfindet und die Politik umgekehrt an rationalen Grundlagen des Handelns und damit auch an statistischen Grundinformationen interessiert ist. Im vorliegenden Kontext von Familie und Haushalt interessieren wohl im Wesentlichen die *Privathaushalte*; davon sind weniger als ein Drittel Familienhaushalte, in denen Eltern (und unter Umständen auch nur ein Elternteil) mit ihren ledigen Kindern in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenleben. Etwas vereinfacht lässt sich also sagen: Jede Familie im Sinne der zusammenlebenden Eltern-Kinder-Gemeinschaft bildet auch einen Haushalt, aber längst nicht jeder (Privat-) Haushalt ist ein Familienhaushalt.

2 Familien als Forschungsobjekt unterschiedlicher einzelwissenschaftlicher Ansätze

Fragen wir zunächst nach der wissenschaftlichen Bedeutung von *Familie* und daraus in gewissem Grade folgend nach ihrer politischen Bedeutung. Hier erscheint es vorweg gerade im Blick auf den statistischen Umgang mit der Lebensform Familie wichtig, zwischen der Familie als Institution, als System von Regeln, die sozusagen „Normalstandards“ enthalten, und demgegenüber der Familie als erlebbarem Sozialzusammenhang auf der Ebene des familialen Alltags zu unterscheiden. Dieser Hinweis sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Zusammenhänge bestehen zwischen institutionellen Regelungen und konkreten familialen Lebensformen, auf die hier wenigstens hingewiesen werden soll und die es auch im Grunde nicht erlauben, von *der* Familie zu sprechen, sondern sehr viel eher von Familien.

Die wissenschaftliche Bedeutung von Familie unter diesen beiden Aspekten wird besonders einsichtig, wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher vielfältiger Weise Familie Gegenstand einzelner wissenschaftlicher Disziplinen ist. So sind Familien Forschungsobjekt hauptsächlich der folgenden einzelwissenschaftlichen Ansätze:

1. *Familiensoziologie*: Familien gelten als klassisches Feld der soziologischen Forschung. Hier interessieren die Binnenstrukturen des Sozialgebildes Familie ebenso wie die Außenbeziehungen der Familie zu anderen sozialen Teilsystemen. Familien wirken als grundlegende Vermittlungsinstanzen zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft. Bei der Analyse des Einflusses der Struktur des Systems Familie mit seinen sehr komplexen Mechanismen auf die personale Entwicklung des Einzelnen wird immer wieder deutlich – wie auch die interkulturell vergleichende Sozialforschung zeigt –, dass die Familie ein sehr machtvolleres, vielleicht sogar das machtvollste soziale Beziehungsgeflecht bildet, in dem Menschen stehen. Die Familie als eine „Grundeinheit“ der Gesellschaft (um das missverständliche Wort von der „Keimzelle“ bewusst zu vermeiden) ist durch eine „biologisch-soziale Doppelnatur“ (R. König) gekennzeichnet. Der durchweg sehr hoch eingeschätzte gesellschaftliche Rang der Familie hängt offensichtlich damit zusammen, dass sich die gleichzeitige Befriedigung von bestimmten individuellen Bedürfnissen einerseits – so z.B. nach Intimität, Sicherheit und Solidarität – und von gesellschaftlichen Ordnungsinteressen andererseits nur in einer sehr begrenzten Zahl von institutionellen Formen des Zusammenlebens dauerhaft erreichen lässt. Auch von der Aufklärung wurde trotz hier sich durchsetzender individualistischer Strömungen die sozialstabilisierende Wirkung von Familie (und Haushalt) nicht ernsthaft geleugnet.

Trotz aller Wandlungen und Verlagerungen familialer Funktionen liegen zentrale Grundfunktionen bei der Familie, wobei in dieser Sicht bereits der Familienhaushalt als Kehrseite der Medaille Familie mit im Blick ist. Die Leistungsbreite familialer Grundfunktionen kann unter dem institutionellen Aspekt von Familie gefasst werden als Aufgaben im Sinne der im gesamtgesellschaftlichen Regelzusammenhang kulturell und rechtlich gegebenen Vorstellungen über das, was die Institution Familie leisten soll; unter dem Aspekt des tatsächlichen konkreten kleingruppenhaften Zusammenlebens in den einzelnen Familien – und der ist nun für die statistische Analyse besonders wichtig – kann dieses Leistungsspektrum als Leistungen und Wirkungen von Familien gefasst werden. Die Familienfunktionen sind in der wissenschaftlichen Forschung immer wieder dargestellt worden. Es muss hier genügen, die wichtigeren von den Familien erwarteten

Leistungen und durch die tatsächlich erbrachten Leistungen erzielten Wirkungen stichwortartig zusammenzufassen:

- Sicherung der Generationenfolge durch Weitergabe des Lebens (generative Funktion);
- Auf- und Erziehen der Kinder (Sozialisationsfunktion);
- Von der so wichtigen besonders im Vordergrund der familiensoziologischen Forschung stehenden Sozialisationsfunktion lässt sich, wenn nicht von vornherein mit daruntergefasst, die Funktion der sozialen Platzierung unterscheiden, verstanden als der grundlegende Prozess der Vermittlung des Kindes auf berufliche und soziale Positionen;
- Sorge um die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Ernährung, Wohnung und Kleidung und sonstiger Grundversorgung (hauswirtschaftliche Funktion, die ebenso wie das nächste Stichwort an den Familienhaushalt als soziales Gebilde anknüpft);
- Basisleistungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Familienmitglieder und Bereitstellung von Erholungsmöglichkeiten (Regenerationsfunktion);

In diesem Zusammenhang stehen auch

- Leistungen des psychosozialen Ausgleichs gegenüber Anforderungen aus vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsformen, denen gegenüber Familien – trotz auch hier bestehender Geschlechter- und Generationenspannungen – ein Gegengewicht zu den versachlichten Beziehungen insbesondere der Welt der Erwerbsarbeit bilden (gelegentlich auch als „Ausgleichsfunktion“ mit der Wirkung der emotionalen Stabilisierung bezeichnet);
 - Wirkungen zur Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen, indem z.B. die Familien den alten Menschen erste Hilfe bieten, um altersbedingte Schwierigkeiten zu mildern oder gar zu überwinden, aber auch z.B. durch vielfältige materielle und immaterielle Leistungen, die von der „Herkunftsfamilie“ an die „Fortpflanzungsfamilie“ fließen. (Verschiedentlich wird im Blick auf die Familie als Ort eines solidarischen Leistungsaustausches auch von einer „Solidaritätssicherungsfunktion“ gesprochen. Speziell im Blick auf die Einkommensverteilung kann die Familie als Ort einer 3. Einkommensverteilung (neben der 1. des Marktes und der 2. der sozialen Sicherungssysteme) angesehen werden mit intra- und intergenerativen Umverteilungen auf dieser einzelwirtschaftlichen Ebene.)
2. Eng mit der Familiensoziologie ist die *Familienpsychologie* (Sozialpsychologie der Familie) verschränkt. R. König (1965, S. 103 ff.) hat schon vor mehreren Jahrzehnten in einem Beitrag zur Sozialpsychologie der gegenwärtigen Familie dieser – im Unterschied zur Familiensoziologie, die mehr auf die allgemeinen Entwicklungsbedingungen der Familie im gesamtgesellschaftlichen Prozess ausgerichtet sei – die Aufgabe zugesprochen, Prozesse und Strukturen im Innern des Kraftfeldes Familie aufzuhellen. Der Ausbau einer Sozialpsychologie der Familie erschien ihm schon seinerzeit dringlich; diese forsche nicht allein um der Forschung willen, sondern sie entfalte im Gegenteil ihre ganze Bedeutsamkeit erst dann, wenn man sie mit der Pädagogik koppelte, die aus der

Sozialpsychologie der Familie nicht nur die nötige Einsicht über das Geschehen, sondern gleichzeitig eine Fülle von therapeutischen Hinweisen erhalte (womit zugleich ein Familienbezug der *Erziehungswissenschaft* angesprochen ist). Die sog. „Familienkonstellationen“ im Inneren der Familie, von denen durchaus auch Bedrohungen auf die Lebensform Familie ausgehen können, waren und sind Gegenstand besonderer Forschungen. Aus jüngerer Zeit kann zur wissenschaftlichen Bedeutung der Familie als Gegenstand der psychologischen Forschung z.B. auch auf die Arbeiten von K. A. Schneewind verwiesen werden.¹⁾ R. König hatte übrigens schon seinerzeit die Tragweite auch für das politische Handeln im Blick: Hinsichtlich der Familienpolitik müsse man sich gegenwärtig halten, „daß diese Politik auf lange Sicht und in größeren Perspektiven kein Erfolg werden kann, wenn ihr auf der anderen Seite keine Mikropolitik entspricht, die unmittelbar an den psychologischen Vorgängen ansetzt, die sich im Rahmen der Familie abspielen.“ (König 1965, S. 109)

3. Erwähnung verdient im weiteren Kontext aber auch der Familienbezug in der *Kindheits- und Jugendforschung*: Auch heute noch gilt es dabei als ziemlich ausgemacht, dass der Einzelne in der Geschichte seiner Vorfahren eingebunden ist, wobei Fachleute persönlichkeitsmitbestimmende Familienbande beim Einzelnen bis hin zu den Urgrößen glauben ausmachen zu können. In weiten Teilen der wissenschaftlichen Durchdringung der Lebenswelt der Menschen stoßen wir also immer wieder auf die Relevanz der Familie. Es wird berichtet (Luczak 2000), dass inzwischen in über 100 internationalen Fachzeitschriften Untersuchungsergebnisse über die Struktur des Systems Familie vorgestellt werden. Hier setzen dann auch psychotherapeutische Bemühungen an, bei denen aus wissenschaftlicher Arbeit praktisches Handeln, noch nicht unmittelbar in der familienbezogenen Politik, aber im von dieser mit unterstützten Feld der Familientherapie und -beratung erwächst. In den USA sollen Familienspezialisten heute die stärkste Gruppe unter den Psychotherapeuten bilden; es wird vermutet, dass dies bald auch in Deutschland so sein werde.
4. Ein weiteres familienbezogenes Forschungsfeld bildet die *Familienökonomie*, deren mikroökonomische Arbeiten mit der Lebenswelt des Familienhaushalts verschränkt sind, der sich als ein abgrenzbarer alltäglicher Handlungs- und Erlebniszusammenhang darstellt. Dieses Feld wird mitbearbeitet von der *Haushaltswissenschaft*, die in den letzten Jahren einen sehr beachtenswerten Ausbau erfahren hat und – neben VWL und BWL – als dritter, eigenständiger Zweig der Wirtschaftswissenschaften angesehen werden muss (auf die noch zurückzukommen sein wird). Hier sei nur schon daran erinnert, dass die in den Familienhaushalten geleistete Arbeit in ihrem Volumen immerhin etwa beim 1½fachen des Volumens der Arbeit im Erwerbsektor liegen dürfte. Die Bedeutung einer wissenschaftlichen Befassung mit diesen weitgehend im Verborgenen erbrachten Familienleistungen für die Wohlfahrt des Einzelnen wie auch für die gesellschaftliche Entwicklung wird damit schlaglichtartig sichtbar. Die wissenschaftliche Bedeutung des (Privat-)Haushalts erschöpft sich also nicht darin, dass er – wie von VWL und BWL – zur Erklärung und Gestaltung von Märkten und Marktbeziehungen mit herangezogen werden muss, sondern er ist auch als eigenständige Organisationsform des Wirtschaftslebens, nämlich der Unterhaltswirtschaft zu sehen und anzugehen (wie dies in der

1) Aus jüngster Zeit siehe dazu Schneewind (2000). – Als Beispiel für eine soziologisch-psychologische Verbundstudie (zu Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen) siehe Schneewind/Vaskovics u.a. (1996).

Haushaltswissenschaft geschieht)²⁾. Gleichwohl wird im ökonomischen Blickfeld die Familie bzw. der Familienhaushalt weithin unter dem Stichwort der „Produktion im Schatten“ (H.-G. Krüsselberg) erfasst: „Gedankenlos sieht bis heute die traditionelle Wirtschaftswissenschaft an gesellschaftlich ganz zentralen produktiven Leistungen der Familie vorbei.“ (Krüsselberg 1987, S. 119) Dabei interessiert in jüngerer Zeit über Produktions- und Konsumprozesse hinaus auch der Aspekt der Analyse der Haushaltsaktivitäten insoweit, als sie die natürliche Umwelt beanspruchen, wobei sich dann aus diesem ökologischen Ansatz unmittelbar eine *umweltpolitische* Bedeutung ergibt (Entlastung der natürlichen Grundlagen bei Produktion und Konsum im Haushalt).

5. Bei einem Überblick über die Bedeutung der Position der Familie in der wissenschaftlichen Forschung bedarf die *Familiendemographie* besonderer Hervorhebung. Für bevölkerungswissenschaftliche Analysen steht insbesondere das generative Verhalten der Sicherung der Generationenfolge im Blickfeld, das sich für Deutschland, aber auch eine Reihe anderer Mitgliedstaaten der EU bekanntlich u.a. auf das Fazit der „suboptimalen Geburtenhäufigkeit“ bringen lässt. Kaum weniger bedeutsam ist der Einfluss von familialem Zusammenleben auf die Sterblichkeit, und neben der sog. natürlichen Bevölkerungsbewegung gewinnt immer wieder die Wanderungsbewegung von Menschen mit Familienangehörigen und verändertem generativen Verhalten nach Zuwanderung bevölkerungswissenschaftliches Interesse (mit dem Praxisbezug z.B. des Problems des Familiennachzugs bei Zuwanderern). Dort, wo es gelingt, Familien und Haushalte in die Zukunft hinein fortzuschreiben, lassen sich auf der Grundlage eines mikroanalytischen Bevölkerungsmodells Einsichten gewinnen über die mögliche, d.h. unter bestimmten Annahmen zu erwartende Entwicklung einer Bevölkerung nach Größe, Altersaufbau sowie Familien- und Haushaltsstruktur. In Zeiten, in denen die Frage nach dem Einwanderungsland Deutschland erneut mit in den Vordergrund der Politik gerückt ist, braucht die Bedeutung des Analysegegenstands Familie/Haushalt auch insoweit nicht besonders unterstrichen zu werden.
6. Im Bereich der *Rechtswissenschaft* ist der Familie bereits im BGB ein eigenes Buch (Familienrecht) gewidmet. Auf die Familienrechtsprechung kann hier ebenso nur hingewiesen werden wie etwa auf die systematische wissenschaftliche und zugleich praxisorientierte Arbeit etwa der regelmäßigen „Familiengerichtstage“. In enger Verbindung mit dem rechtswissenschaftlichen Bezug steht der *politikwissenschaftliche* Bezug unserer Thematik, auf den unter den Bedingungen der realexistierenden parlamentarisch-repräsentativen Demokratie noch einmal zurückzukommen sein wird.
7. Schließlich sei noch wenigstens auf die *Sozialgeschichte* verwiesen, in der ein weites Forschungsfeld die Stellung der Familie im sozialgeschichtlichen Prozess betrifft (mit allerdings weithin nur sehr begrenzten sozial- und familienstatistischen Grundlagen).

2) So z.B. Piorkowsky (1998, S. 177).

3 Die soziale Organisation des Privathaushalts in haushaltswissenschaftlicher Sicht

Die unter dem Stichwort des Familienhaushalts bereits angesprochene wissenschaftliche Bedeutung des *Haushalts* – bei weitem nicht jeder Privathaushalt ist, wie zu Eingang bereits festgehalten, ein Familienhaushalt – bedarf einiger weiterer Ausführungen, handelt es sich hier doch um eine soziale Organisation, die sich abgrenzen lässt gegenüber dem sächlichen Sektor der Binnenumwelt (Wohnungseinrichtung, Wohnumfeld u.Ä.) wie auch gegenüber den Sektoren der Außenumwelt (Nachbarschaft, Dienstleistungseinrichtungen im Nahbereich u.Ä.).

Ähnlich wie in der Familiensoziologie herkömmlich die Familie als eine zentrale intermediäre Vermittlungsinstanz zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft gesehen wird, wird – wohl in Orientierung daran – in der Haushaltswissenschaft der Privathaushalt als grundlegende Organisationsform der Menschen für die Gestaltung des individuellen Lebensprozesses und den Aufbau gesellschaftlicher Strukturen angesprochen: „Privathaushalte sind folglich die vermittelnden Institutionen zwischen den Abstrakta „Individuum“ und „Gesellschaft“; und nur sie können die Integration der parzellierten gesellschaftlichen Lebensbereiche in modernen und postmodernen, hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaften leisten und damit Lebensqualität konkret stiften.“³⁾

Eine Ahnung von der wissenschaftlichen Bedeutung des Haushalts für die Wirtschaftstheorie vermittelt ein Blick auf die Entfaltung der Haushaltswissenschaften in den letzten Jahrzehnten, für die die Eigenproduktion im Haushalt („Hauswirtschaft“) und die Austauschmöglichkeiten mit dem Marktsystem in der Daseinsvorsorge wichtige Forschungsbereiche darstellen. Während zunächst in einer auf praktische Ergebnisse ausgerichteten angewandten Theorie des Haushalts das Konsumentenverhalten besonders im Blick war, das für die Interessen der Anbieter im Markt wichtig ist, traten später stärker die Verbraucherinteressen in der Haushaltswissenschaft in den Vordergrund. Nicht nur der Konsum erscheint in dieser Blickrichtung wichtig, sondern auch neben dem Erwerb die (Eigen-) Produktion in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung sowie die reproduktive Arbeit zur Erhaltung der Arbeits- und Lebenskraft der Haushaltsmitglieder. (Eine zusätzliche, im Folgenden nicht weiter aufgegriffene Bedeutung der privaten Haushalte kann darin gesehen werden, dass sie Ausgangsort für die Entstehung von „Zwischengebilden“ sein können, die sich neben den (reinen) Haushalten einerseits und den Unternehmungen andererseits herausbilden.)

Grundsätzlich interessieren aus haushaltswissenschaftlicher Sicht (ökonomische Haushaltstheorie) im Sozialsystem Haushalt (1) einmal diejenigen bedarfswirtschaftlichen Normen sowie Rollenaufteilungen und Positionen der Haushaltsmitglieder, die auf die materielle Lebenssicherung der Haushaltsangehörigen durch nicht-monetär vergütete Tätigkeiten bezogen sind, und (2) zum anderen diejenigen erwerbswirtschaftlichen Normen sowie Aktivitäten, Rollen und Positionen, die auf die materielle Lebenserhaltung der Haushaltsangehörigen durch die Beschaffung und Verwendung von Geldeinkünften bezogen sind. Ein oft zu wenig beachteter Zusammenhang bildet die Komplementarität der bedarfs- und der erwerbs-

3) Piorkowsky (1998, S. 183 f.). – Siehe auch Piorkowsky (1994), wo private Haushalte als „universelle grundlegende und dynamische Organisationsformen des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems“ angesprochen werden, die mit abnehmender Bedeutung von gesellschaftlichen Traditionen und Verbindlichkeiten zunehmend „zum zentralen Instrument der individuellen Lebensgestaltung“ würden (S. 38).

wirtschaftlichen Sphäre des Haushalts, durch die die Funktion der materiellen Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung erfüllt wird (Hegner/Lakemann 1989, S. 496).

Im Haushalt werden also wesentliche Entscheidungen über die Bedarfsdeckung der Haushaltsmitglieder getroffen, aber auch über den Einsatz seiner Produktionsmittel zur Erwerbsarbeit, womit das Erwerbsverhalten der Haushaltsmitglieder angesprochen ist. Dabei ist vorweg festzuhalten, dass Familien und (Familien-) Haushalte nicht nur als homogene und konfliktfreie Entscheidungseinheiten gesehen werden dürfen; vielmehr gilt es hier auch familieninterne Verteilungskonflikte und jenseits der rein ökonomischen Sphäre Benachteiligungen einzelner Familienmitglieder zu sehen. Ökonomische Verteilungskonflikte können besonders dort auftreten, wo das haushaltsführende Familienmitglied nicht über eigenes Einkommen verfügt und finanzielle Abhängigkeiten vom anderen Partner begründet werden. Die überkommene familiäre Arbeitsteilung bedingt darüber hinaus *strukturelle* Ungleichheiten in den Entwicklungschancen im Erwerbsleben zwischen Mann und Frau. Die Verteilung der familiären Pflichten zu Lasten der Frau ermöglicht im Grunde erst die bestehende Organisation der Erwerbsarbeitswelt, die immer noch – wenn auch inzwischen in abgeschwächtem Maße – weithin durch das auf den Mann bezogene „Normalarbeitsverhältnis“ gekennzeichnet ist und in der Männer „Karriere machen“ (können), weil ihre Frauen ihnen „den Rücken freihalten“. Die Verwirklichung des Ziels der Ausprägung eines gleichberechtigungsorientierten Selbst- und Aufgabenverständnisses der (Ehe-) Partner muss dabei dort auf ihre Grenzen stoßen, wo Rahmenbedingungen in der Makrostruktur dem entgegenstehen. So unentbehrlich auch die persönliche Einstellung und Verhaltensweise der einzelnen Partner in der Familie für die Auseinandersetzung mit strukturellen Defiziten und deren möglichen Korrekturen sind, – diese Defizite können dadurch jedoch letztlich nicht behoben werden. Die Aufgabenteilung in der Familie ist wiederum von der Organisation der Erwerbsarbeitswelt mitabhängig. Deshalb sind auch die einzelnen Familienmitglieder kaum in der Lage, diese Frage im Wesentlichen *allein* zu lösen.

In haushaltswissenschaftlicher Sicht interessiert der Haushalt deshalb auch als Ort der Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern. So hat z.B. eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen Auswirkungen nicht nur auf die soziale Familiensituation, sondern auch auf die hauswirtschaftlichen Ressourcen und die Formen der Aufgabenverteilung innerhalb des (Familien-) Haushalts. Hier gewinnen aus gesellschaftspolitischer Sicht Einsichten in die bereits angesprochene gleichberechtigungsorientierte Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau ihre besondere Bedeutung. Dabei spielt immer wieder der – nicht nur im eigenen Land – anzutreffende Befund eine große Rolle, dass die Erwerbstätigkeit *gesellschaftlich deutlich höher bewertet* wird als die (unbezahlte) Haushaltstätigkeit. An dieser Stelle setzen schon seit Jahrzehnten Bestrebungen um eine Bezahlung der Hausarbeit an, die sich in jüngster Zeit auf die einkommenspolitische Berücksichtigung speziell von Betreuungs- und Erziehungsleistungen von Familien verlagert haben („Erziehungsgehalt“).

Ein besonderes Kapitel mit besonderen wissenschaftlichen Herausforderungen stellt die Erfassung der Eigenleistungen der (privaten) Haushalte – insbesondere der Hausarbeit – dar. Eine solche Erfassung geht von der spezifischen Eigenwertigkeit von Haushaltsarbeit aus und muss als Voraussetzung gelten für eine Integration der Wertschöpfung im Haushalt in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dafür sind wiederum Zeitbudgetanalysen eine wichtige Grundlage, wie sie in den vergangenen Jahren auch im Raum der amtlichen Statistik durchgeführt wurden. (Übrigens in den 80er Jahren m.E. durchaus vorbildhaft für

die späteren Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg mit seiner Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle.)

Bei gegebenen Einkommen werden in der Addition der vielen Einzelhaushalte – und dies ist nun wiederum makroökonomisch von Bedeutung – volkswirtschaftlich wichtige Entscheidungen getroffen über die Aufteilung des Einkommens auf Konsum und Sparen und die Aufteilung der Konsumsumme auf verschiedene Bedarfskategorien. Über längere Zeiträume wird das Einkommen oft zur Variablen werden; hier betreffen die Entscheidungen z.B. die Art des Einkommenserwerbs (u.U. mit Arbeitsplatzwechsel), die Wahl des Wohnorts, die Kreditaufnahme oder – im Familienhaushalt – die Ausbildung der Kinder. Hinsichtlich des Verbrauchs interessiert der Zusammenhang zwischen Zunahme des Konsums (insgesamt oder von einzelnen Gütern) und Einkommenszuwachs, wie er sich in einkommensabhängigen Nachfragekurven („Engel-Kurven“) darstellen lässt. Bei J. M. Keynes findet sich wohl eine der ersten allgemeinen Konsumfunktionen mit der Hypothese, der Konsum nehme bei Einkommenszuwachs unterproportional zu. Auf der Grundlage statistischer Zeitreihen überprüfte Konsumfunktionen dienen der Erklärung der Nachfrage der privaten Haushalte in der Volkswirtschaft.

Die Bedeutung der statistischen Erfassung quantitativer und qualitativer Daten zum Haushalt sowohl für die Erforschung der Lebensbedingungen als auch für die praktische Politik bis hin etwa zur Wohnungspolitik liegt auf der Hand. Für massenstatistische Erhebungen ist eine möglichst scharfe Abgrenzung der Erhebungseinheit Haushalt von der Familie wichtig. Dies gilt erst recht in Zukunft, weil Haushalt und Familie künftig noch deutlich weniger deckungsgleich sein werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Für eine Abgrenzung der Familie vom Haushalt stellt sich damit freilich in familienwissenschaftlicher Perspektive das Problem, bei welchen Strukturen des Zusammenlebens von Familie zu sprechen ist. So unumstritten einerseits die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Haushalt und Familie und andererseits der Zusammenführung beider Konzepte ist, so stellt sich angesichts des Wandels von Haushalts- und Familienformen zugleich die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, das vor zwei Jahrzehnten definierte Konzept der Familien- und Haushaltsstatistik auch für die amtliche Statistik zu überdenken.⁴⁾ (Neue Fragestellungen ergeben sich dabei auch aus der hier nicht weiter behandelten Relevanz von den einzelnen Familienhaushalt übergreifenden Netzwerkökonomien, für die z.B. auf den „Familiensurvey“ des Deutschen Jugendinstituts verwiesen werden kann.)

Schließlich sei noch auf die Bedeutung der Ermittlung von Warenkörben auf der Grundlage von Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte hingewiesen, die bekanntlich eine wichtige Grundlage bildet für Preisindexberechnungen (nach Haushaltstypen). Letztere werden wiederum in der Lohn- und Sozialpolitik herangezogen und bilden dort oft unentbehrliche Entscheidungsgrundlagen. Hier ist daran zu erinnern, dass die Haushalte in ihrem Konsumverhalten eine starke Prägekraft für die Vorstellungen vom Lebensstandard in einer Gesellschaft haben; damit wird das auch familienpolitisch wichtige Problem berührt, dass die kinderlosen und kinderarmen Haushalte mit ihrem jeweils dominierenden Gewicht Maßstäbe setzen, die von Mehrkinderfamilien praktisch gar nicht eingehalten werden können. In diesem Zusammenhang ist die wirtschafts- und sozialpolitische Bedeutung von Haushaltsrechnungen hervorzuheben, wie sie sich in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen finden und aus

4) Vergleiche des Näheren die Hinweise zur Unterscheidung und Verknüpfung von Haushalts- und Familientypen bei von Schweitzer (1989, S. 118 f.).

denen sich wichtige Schlüsse auf die reale Versorgungslage von Haushalten gewinnen lassen.

Dabei verdient eine weitere Dimension der Haushalts- und Familienforschung besondere Erwähnung, die die Aussagemöglichkeiten dort betrifft, wo von den Erhebungseinheiten („Mikrosystemen“) ausgegangen wird und eine Einzelfallanalyse möglich ist. So konnte das Gießener Institut in den 80er Jahren aufgrund einer Kooperation mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg – selbstverständlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes – die Haushaltskassenbücher der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (durch nochmalige Aufnahme der Einzeldaten je Fall) anders als nach dem Aggregationsschema der Laufenden Wirtschaftsrechnungen für monographische Studien zur Strukturierung von Kinderkosten für den Einzelfall, unterschieden nach Familientypen, Bedarfsgruppen sowie Alter, Geschlecht, Lebenslage und -stil der einzelnen Familien (und der Kinder), auswerten. Das damit verbundene Forschungsergebnis führte R. von Schweitzer anschließend zu der Feststellung: „Wenn man bedenkt, daß jährlich von ca. 1 000 Haushalten mit insgesamt 1 600 Kindern vollständige und sehr gut kontrollierte Haushaltsrechnungen in Form dieser Kassenbücher vorliegen und im Zeitalter des Computers diese nur aggregiert nach einem einzigen für die „definitive“ Forschung konzipierten Schema ausgewertet werden, kann man auch ermessen, welcher kostbarer Schatz an Informationen zur Haushalts- und Familienforschung in den Statistischen Landesämtern ruht und sehr rasch vernichtet wird. Kein noch so gut dotiertes sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut könnte sich ähnlich gediegenes Material Jahr für Jahr zur „Diagnose der Familienformen“, wie Le Play es tat, selbst bereitstellen.“(von Schweitzer 1989, S. 121 f.)

Bei politischem Willen könnten in der Tat durch ein entsprechendes Datenverarbeitungssystem unterschiedliche Strukturmuster für Kinderkosten auf der Basis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen laufend dargestellt werden, wenn nicht nur massenstatistisch, sondern auch mit dem gleichen Material monographisch geforscht würde. Die sozialwissenschaftliche Bedeutung der Datengrundlagen der Familienhaushalte wird somit keineswegs immer ausreichend gesehen – oder vielleicht richtiger gesagt: die Informationen für die familienwissenschaftliche Forschung können bei weitem nicht ausgeschöpft werden, weil den Statistischen Ämtern nicht die personellen und sächlichen Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden, weil sie auch von ihren Dienstaufsichtsministerien kaum in ihrer potentiellen Rolle als außeruniversitäre wissenschaftliche Dienstleistungseinrichtung gesehen werden. Auf die Bedeutung von monographischen Studien in der Familienhaushaltsforschung kann hier nur verwiesen werden (von Schweitzer 1989, S. 121 f.), auch auf die Notwendigkeit, monographische und repräsentative und dieser vorausgehende und nachfolgende Forschung zusammenzubinden, damit die Ergebnisse der empirischen Haushalts- und Familienforschung überzeugend Neues und Aktuelles hervorbringen und Ideologien entlarven können – so dies denn überhaupt gewollt ist.

Von besonderer wissenschaftlicher und praktisch-politischer Bedeutung sind im Übrigen exakte und abgesicherte Informationen über besondere Problemlagen von Familien in unterschiedlichen Familienabschnitten bzw. über Problemlagen unterschiedlicher Familientypen. Die amtliche Statistik mit ihrer großen Kontinuität und ihrem relativ breiten Datenspektrum kann hierzu wichtige, vor allem quantitative Eckdaten zur Verfügung stellen. Diese genügen gegenwärtig allerdings weder in ihrer technisch-methodischen noch in ihrer inhaltlich-tabellarischen Aufbereitung den besonderen Anforderungen einer adressaten- und familienphasenspezifischen Berichterstattung und einer sich daran orientierenden familienbezogenen

Gesellschaftspolitik. Ein erster Schritt in Richtung auf eine auch unter familienwissenschaftlichen und -politischen Aspekten befriedigende Weiterentwicklung der amtlichen Statistik bestand daher zunächst einmal darin, eine am Modell des Familienzyklus orientierte phasenspezifische Familientypologie zu entwickeln, mit dem Ziel, sowohl Familien in unterschiedlichen Phase ihrer „Familienkarriere“ als auch die Pluralität von Familienformen überhaupt abbilden zu können. Dazu wurde Anfang der 90er Jahre ein *Familienphasenkonzept auf der Basis der amtlichen Statistik* vorgelegt, das sich zum Ziel gesetzt hatte, repräsentative phasenspezifische Entwicklungen aufzuzeigen und dem an der weiterführenden wissenschaftlichen Analyse familialer Lebenszusammenhänge wie auch dem familienpolitisch Interessierten gesicherte Informationen über Familien in verschiedenen Abschnitten ihrer Entwicklung an die Hand zu geben (Stutzer/Schwartz/Wingen 1992, S. 152 ff.). Auf dieser Grundlage galt es, mit den Daten der amtlichen Statistik differenzierte phasenspezifische Einkommensverhältnisse von Familien aufzuzeigen.⁵⁾

Nicht zuletzt sei daran erinnert, dass für den Sektor private Haushalte auf der Makroebene – basierend auf den Ergebnissen der Kreislaufanalyse – in den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* ein eigener Kontenblock geführt wird, der die monetär bewerteten ökonomischen Aktivitäten der privaten Haushalte wie deren Verflechtung mit den anderen Sektoren der Volkswirtschaft (Unternehmen, Staat, Ausland) darstellt. Aus diesen Konten gehen der Konsum und das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte hervor, die zentrale Indikatoren zur Beurteilung des materiellen Wohlstands und der konjunkturellen Entwicklung in einer Gesellschaft darstellen.⁶⁾

4 Abwärtsgerichtete „Bedeutungsspirale“ oder „revolutionierte Maßstäbe“ für eine gesellschaftliche Aufwertung?

Die hohe wissenschaftliche Bedeutung des privaten Haushalts (einschl. des Familienhaushalts) ist somit im Grunde von zwingender Evidenz; aber praktisch erreicht er auch im wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsfeld bei weitem nicht den Stellenwert, der ihm theoretisch zukommen müsste, – bedenkt man etwa, dass der Haushalt auch mit am Beginn der inzwischen breit entfalteten Betriebswirtschaftslehre stand. Der tatsächliche Stellenwert lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, welche Anstrengungen die Haushaltswissenschaften – bemerkenswerterweise relativ stark von weiblichen Lehrstuhlinhabern vertreten – unternehmen müssen, um sich im Konzert der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen zu behaupten. Dort herrscht weithin ein Denken vor, in dem wirtschaftliches Handeln jenseits des Marktes und der Unternehmung von vornherein weniger Beachtung findet. Was zählt, ist in der Sicht der liberalen Ökonomie der Marktwert und die im Markt abgesetzte Produktion. Besonders pointiert und in jüngerer Zeit mehrfach zitiert, hat bekanntlich Friedrich List schon Anfang des 20. Jahrhunderts in seiner Arbeit über „Das nationale System der politischen Ökonomie“ kritisiert, dass das Aufbringen von Schweinen als produktive, das Aufbringen von Kindern aber als unproduktive Tätigkeit gelte. Auch jenseits des rein ökonomischen Bereichs haben

5) Siehe z.B. Stutzer (2000, S. 433 ff.).

6) Für einen Gesamtüberblick siehe etwa: Brümmerhoff (1994, S. 416 ff.). – Für die einzelnen Bundesländer werden seit vielen Jahren eigene VGR der Länder erstellt, die für die amtliche Wirtschaftspolitik auf Länderebene ein wichtiges Instrumentarium der kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsbeobachtung und -analyse bilden, auch wenn sich die Möglichkeiten der Regionalisierung gesamtwirtschaftlicher Größen als begrenzt erwiesen haben. Vergleiche dazu Wingen (1994, S. 425 ff.). – Zur jüngsten Entwicklung siehe den instruktiven Beitrag von Fischer (2000, S. 411 ff.).

wir es mit gesellschaftlichen Strukturen zu tun, in denen Eltern als Eltern keine – jedenfalls keine besonders ausgeprägte – Wertschätzung erfahren. Dies hängt offensichtlich auch damit zusammen, dass in der liberalen Theorie das Kind im Grunde gar nicht vorkommt („The Missing Child in Liberal Theory“ – so der Titel einer 1994 in Toronto erschienenen Arbeit von J. O'Neill).

Eine solche relative Geringschätzung im wissenschaftlichen Feld strahlt nun wiederum in den politischen Raum aus; was im wissenschaftlichen Feld in einem wenn auch inoffiziellen „ranking“ eher nachrangig erscheint, kann im politischen Handlungsfeld schwerlich mit vorderen Plätzen im Ansehen rechnen. Was sich umgekehrt als von geringerer politischer Bedeutung darstellt, wirkt zurück auf die Bedeutung der darauf gerichteten wissenschaftlichen Arbeiten – u.U. bis in die Bereitstellung von Forschungsmitteln hinein. So kommt es hier zu Wechselwirkungen zwischen der wissenschaftlichen und politischen Bedeutung, die im Ergebnis Familie und Haushalt eher in den Schatten rücken. Es entsteht so etwas wie eine abwärts gerichtete „Bedeutungsspirale“.

Ob eine solche Entwicklung nachhaltig korrigiert werden kann, hängt sicherlich mit davon ab, inwieweit es gelingt, den Privathaushalt als Ort von Eigenleistungen – „Haushaltsproduktion“ – in ihrer Bedeutung für die Wohlfahrt des einzelnen und der Gesellschaft voll ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dies wird dort sehr erschwert, wo eine Denkklogik vorherrscht, nach der scheinbar ökonomisch „ineffiziente“, weil nicht mit Marktpreisen versehene Tätigkeiten als Privatangelegenheit dem Bereich der Haushalte und Familien zugeordnet werden, was wesentlich beiträgt – so eine Formulierung von R. von Schweitzer (1995, S. 535) – zu einer „Glorifizierung“ des in der VGR ausgewiesenen Sozialprodukts und seiner Wachstumsraten ohne Rücksicht auf die Alltagssorgen der Menschen. Um so wichtiger erscheinen daher für die Erfassung der „wahren“ Bedeutung der „werteschaffenden Leistungen“ (Helga Schmucker) der privaten Haushalte besondere „Haushaltsökonomische Satelliten-Gesamtrechnungen“ (HGR), durch die sich dann wichtige zusätzliche Informationen für die Wirtschafts-, Sozial- und Familienpolitik gewinnen lassen. Hier liegt eine grundsätzlich längst erkannte, aber bisher noch nicht voll bewältigte Aufgabe der amtlichen Statistik. Für die Lösung dieser Aufgabe sind wiederum Zeitbudgeterhebungen eine wichtige Voraussetzung, auf die bereits hingewiesen wurde.

Starke Impulse hat die Forschung im Bereich von Familie und Haushalt durch die aus den USA herübergekommene „New Home Economics“ erhalten. Hierzu sind für Deutschland die grundlegenden Arbeiten von H.-G. Krüsselberg Mitte der 80er Jahre – übrigens in teilweiser Zusammenarbeit mit der familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg – hervorzuheben. Hierbei wurde, wie Krüsselberg selbst betont, die bisher in der Politik weitgehend vernachlässigte Tatsache wiederentdeckt, dass die in Haushalten organisierten Familien nicht lediglich konsumierende, sondern auch produzierende Einheiten sind (vgl. Krüsselberg/Auge/Hilzenbecher 1986, S. VI). In dieser großangelegten Untersuchung wird die in Geldeinheiten bewertete, in den offiziellen Sozialproduktsberechnungen jedoch nicht erscheinende „Wertschöpfung“ durch die von allen Haushaltsmitgliedern geleistete Hausarbeit (einschl. Kinderbetreuung) – auf den Wertansatz des Jahres 1982 bezogen – in Familienhaushalten mit Frauen im erwerbs- und he-

ratsfähigen Alter auf etwa 1 Billion DM veranschlagt⁷⁾, das entsprach einer Größenordnung von 68 % des Bruttosozialprodukts. Die Präsentation der Ergebnisse verstand sich bewusst auch als Herausforderung zur Revision und Erweiterung der bestehenden Systeme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und war ein Ausgangspunkt dafür, den elementaren Beitrag der Familien für die „Humanvermögensbildung“ einer Gesellschaft herauszuarbeiten, was anschließend von allem durch die Arbeiten von H. Lampert (und dann besonders auch im 5. Familienbericht) geschehen ist.⁸⁾ Zugleich sollte in familienpolitikorientierter Sicht eine Basis geschaffen werden für die Entwicklung von Kriterien zur Bewertung der in Haushalt und Familie geleisteten Arbeit, – „jener Arbeit, die bislang in unserer Gesellschaft nicht die Wertschätzung fand, welche ihr aus vielfältigen Gründen gebührt“ (Krüsselberg/Auge/Hilzenbecher 1986, S. IX). Auch diese von Krüsselberg kritisierte mangelnde Wertschätzung zumindest in eigenen Land kontrastiert mit der Verleihung des Nobel-Preises für Wirtschaftswissenschaften 1979 an Th. W. Schultz (USA), der sich in besonderem Maße um die Fundierung und Weiterentwicklung der „New Home Economics“ verdient gemacht hat. In auf diesen theoretischen Ansätzen beruhenden Arbeiten sieht Krüsselberg mit Recht einen besonders beachtenswerten Ausgangspunkt für familienwissenschaftliche Forschung, weil er einmal das vornehmlich in der (späten) Neoklassik aufgekommene Klischee des Familienhaushalts als „Konsumgemeinschaft“ durch die Betonung der dort tatsächlich auch stattfindenden Produktion auflöse, zum anderen aber auch zur soziologischen Aussage überleite, dass diese „Produktion“ in einem wesentlichen Umfang den Charakter von „Leistungen für die nachwachsende Generation“ habe. Von daher glaubt er noch jüngst eine Forschungsperspektive ausmachen zu können, die dahin tendiere, die Bewertungsmaßstäbe für durch hohe Arbeitsintensität geprägte (familien-) haus-haltliche Aktivität zu „revolutionieren“, und zwar in Richtung auf „eine massive gesellschaftliche Aufwertung der Familientätigkeit“ (Krüsselberg 2000, S. 80).

Diese „Revolution“ scheint bisher allerdings eher noch eine Wunschvorstellung im engeren Kreis interessierter Fachvertreter geblieben zu sein, während die Breitenwirkung dieses revolutionären Prozesses noch aussteht. (Und wenn man ihn denn als unwahrscheinlich ansehen mag, bleibt immer noch die schon seit Aristoteles überlieferte Erfahrung, dass es immer wahrscheinlich ist, dass etwas Unwahrscheinliches geschieht.) Noch wird weithin in privatistischer Grundeinstellung Kinderhaben als Privatangelegenheit angesehen – auch wenn darin ein gesellschaftstheoretisch und sozialtheoretisch grundlegender Irrtum gesehen werden muss. Entscheidungen für oder gegen Kinder sind zwar eine hochpersönliche Entscheidung der einzelnen Paare und müssen es bleiben, aber in ihren objektiven Konsequenzen sind diese Entscheidungen gesellschaftlich hochgradig relevant. Deshalb können auch die vielfältig untersuchten und belegten ökonomischen und sozialen Benachteiligungen von Familienhaushalten insbesondere mit mehreren Kindern nicht als „privates Risiko“ abgetan werden. In der einschlägigen Diskussion ist in diesem Zusammenhang der inzwischen schon fast sprichwörtlich gewordene Befund herausgestellt worden, dass insbesondere im Blick auf die soziale Alterssicherung der Nutzen von Kindern mehr oder weniger voll kollektiviert worden ist, während die Kosten des Kinderaufziehens weithin bei den einzelnen unter-

7) In diesem Zusammenhang kann auch auf Ergebnisse der Input-Output-Tabelle für das Jahr 1990 verwiesen werden, die von Eurostat in Auftrag gegeben worden war (und für deren Erstellung im Statistischen Bundesamt C. Stahmer zuständig war). Danach wäre bei Berücksichtigung von häuslicher Arbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit die Bruttowertschöpfung um 50 % höher gewesen als ohne diese Leistungen (s. FAZ v. 5.9.2000, S. 18).

8) Siehe z.B. jüngst Lampert (2000, S. 57 – 68).

schiedlich großen Familienhaushalten privatisiert geblieben sind. Auch wenn man diese Sichtweise als besonders zugespitzt ansehen mag, so bringt sie doch einen wichtigen sozialökonomischen Zusammenhang auf den Punkt. O. von Nell-Breuning hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, wie sehr unser Wirtschaftssystem und vor allem das System der sozialen Altersversorgung Kinderlosigkeit prämiere. Auch dies ist ein Indikator für den Grad der gesellschaftlichen Wertschätzung von Familie und Familienhaushalt. Die Maßstäbe für deren Bewertung sind sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Feld offensichtlich von übergreifenden vorwissenschaftlichen gesellschaftstheoretischen und -politischen Grundpositionen aus geprägt. Hier ist eine tiefgreifende *Korrektur* angesagt; sie wird sich allerdings nicht über Nacht bewerkstelligen lassen, darf indessen im Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht verdrängt werden.

5 Die Bedeutung eines interdisziplinären familienwissenschaftlichen Ansatzes

Wichtig erscheint für unsere weiteren Beratungen die Hervorhebung der Zusammenführung der unterschiedlichen Disziplinenansätze in einer *familienwissenschaftlichen* Forschungsrichtung. Seitens der verschiedenen Disziplinen liegt sehr viel mehr Material zur unterschiedlichen „Lebenslage“ von Familien vor, als bisher unter einer übergreifenden, eben der interdisziplinär orientierten familienwissenschaftlichen Perspektive integriert ist. Für die Anlage und Ausgestaltung einer systematischen und nicht in Engführungen verfallenden Familienpolitik erscheint dieser Prozess der Zusammenführung der einzelwissenschaftlichen Ansätze mit einem in Bezugsetzen der verschiedenen Befunde unerlässlich. Dass in einer solchen familienwissenschaftlichen Fundierung die Bereitstellung von kompatiblen statistischen Datengrundlagen eine unentbehrliche Rolle spielt, versteht sich eigentlich von selbst, sei aber noch besonders unterstrichen.

Wir haben es hier mit einem betont *interdisziplinären* Ansatz zu tun, dessen wissenschaftliche Bedeutung kaum hoch genug veranschlagt werden kann, dessen praktische Verwirklichung freilich erhebliche Probleme mit sich bringt. Die Bezeichnung „familienwissenschaftlich“ ist dabei verhältnismäßig jungen Datums: Sie taucht in der Nachkriegszeit vereinzelt schon sehr früh auf, so etwa punktuell im Bericht der Sachverständigenkommission für den Zweiten Familienbericht und in den Arbeiten des Schweizer Duss von Werdt. Inzwischen ist der Begriff deutlich geläufiger geworden. So sprechen die Herausgeber des „Handbuchs der Familienforschung“ (1989) gleich im ersten Satz ihres Vorworts von den „familienwissenschaftlichen“ Forschungsergebnissen (ohne die Familienforschung als eigenständige Wissenschaftsdisziplin darzustellen). Zu Beginn der 80er Jahre taucht der Begriff der Familienwissenschaft in Deutschland auf der institutionellen Ebene auf, als im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg eine Arbeitseinheit „Familienwissenschaftliche Forschungsstelle (FaFo)“ eingerichtet wurde, die auch heute noch recht beachtenswert arbeitet, ohne allerdings schon wegen der sehr begrenzten Ressourcen einen wirklich interdisziplinären Ansatz voll einlösen zu können.⁹⁾ Die Einbürgerung des Begriffs der Familienwissenschaft erfolgt in den vergangenen Jahren dann auch im Rahmen der Arbeiten des Forschungsschwerpunkts „Familie und Gesellschaft“ an der Universität Konstanz. Die Bezeichnung „Familienwissenschaft“ ist seit einigen Jahren auch auf der Grundlage einer entsprechenden Erweiterung bzw. Akzentuierung des Spektrums der Haushaltswissenschaft mit

9) Näheres dazu siehe Wingen (1999, S. 96 – 101).

in die Bezeichnung des Lehrstuhls – wie er nun heißt – für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft (im Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung) an der Universität Gießen eingegangen. Interdisziplinäre Ansätze haben sich auch in anderen Forschungseinrichtungen als sinnvoll erwiesen, wie etwa in dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg und im Institut für Sozial- und Familienpolitik der Universität Marburg. In dem ohnehin schon vom bevölkerungswissenschaftlichen Ansatz her auf Interdisziplinarität hin orientierten Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung gehört die „demographischrelevante Familienforschung“ seit jeher zum Arbeitsbereich.

Interdisziplinarität verlangt fächerübergreifendes Denken. Dazu gehört, den interessierenden Gegenstand – in diesem Falle die Familie in ihren Lebensbedingungen (Binnenstrukturen und Außenbeziehungen) – aus der Perspektive unterschiedlicher Disziplinen und der damit jeweils verbundenen Kompetenzen zu bedenken und die Ergebnisse zusammenzuführen. In jeder Disziplin wird dabei freilich die jeweilige Autonomie bezüglich der gewählten Verfahrensweisen gewahrt werden müssen; auch wird es grundsätzlich keine „Hierarchie“ zwischen den einzelnen beteiligten Disziplinen geben dürfen. Der interdisziplinäre Ansatz, wie er für Familienforschung gegenüber einzeldisziplinärer Detailforschung als notwendig bezeichnet wird, erweist sich als besonders wichtig, wenn es um anwendungsbezogene, politikrelevante Analysen von Familien und familiären Lebenssituationen geht, die letztlich auf den Aufweis von politischem Handlungsbedarf hinauslaufen sollen. Aus nur einer Disziplin heraus gelangt man allzu leicht zu einseitigen Schlussfolgerungen. Von daher sei die praktische Relevanz der familienwissenschaftlichen Forschungsergebnisse für die politischen Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen (nicht nur des Staates, sondern z.B. auch der Tarifpolitik und der Unternehmen) hervorgehoben, aber auch die daraus erwachsende Herausforderung an die amtliche Statistik unterstrichen. Die Forschung im Bereich des *Familienhaushalts* kann sich, wie von haushaltswissenschaftlicher Seite in der Vergangenheit immer wieder festgehalten worden ist (von Schweitzer 1989, S. 115), keine ausschließlich disziplinäre Zuordnung leisten: Als angewandte Wissenschaft mit ausgeprägtem Praxisbezug müsse sie von den Problemstellungen des Alltagslebens von Menschen in Familien- und Privathaushalten ausgehen und die Auswahl ihrer Theorie- und Forschungsansätze durch Ergebnisse und Befunde begründen, die sich für die Lösung praktischer Probleme bei der Gestaltung des Familienalltags eignen. „Befreit von dem geistigen Überbau einer bestimmten disziplinären Forschungskonzeption und gefordert von den Realitäten der Alltagsprobleme von Menschen in den Familien- und Privathaushalten muß sie sich nach geeigneten Theorieansätzen und Methoden in allen Disziplinen umsehen, also versuchen, interdisziplinär anwendungsbezogen zu arbeiten.“ (von Schweitzer 1989, S. 116)

Im interdisziplinären familienwissenschaftlichen Ansatz kann es dann auch dazu kommen, dass etwa aus familiensoziologischer Sicht Ergebnisse der Haushaltsökonomie differenzierter wahrgenommen werden. Dies erscheint z.B. deshalb bedeutsam, weil eine möglichst detaillierte Analyse ökonomischer Einflussfaktoren auf die Lebenslage von Familien wesentlich dazu beitragen kann, auch die Bedeutung *nichtökonomischer* Faktoren konkreter zu bestimmen. Damit aber werden wiederum wichtige Anhaltspunkte dafür gewonnen, inwieweit ein bestimmtes (gegebenes oder beabsichtigtes) Spektrum von Leistungen der Familienpolitik Familien in ihrer jeweils konkreten Lebenslage stabilisiert – oder vielleicht sogar eher destabilisiert.

Hinsichtlich eines interdisziplinären familienwissenschaftlichen Ansatzes, der übrigens wegen teils unterschiedlicher Familienverständnisse zusätzliche Anforderungen an die statistischen Datengrundlagen stellt, hat sich in den letzten Jahren einiges gebessert. Jahrelange kontinuierliche Arbeiten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium sowie die Erstellung der regelmäßigen Familienberichte wirken sich hier aus; aber es bleibt immer noch ein Defizit an Interdisziplinarität der Familienforschung zu konstatieren. Dies scheint weniger auf die Komplexität der Lebens- und Wirtschaftsformen der Familien zurückzuführen zu sein, als vielmehr auf die Tatsache, dass es für diese Forschungsaufgabe keinen ausreichend dotierten interdisziplinären institutionellen Rahmen gibt.¹⁰⁾ Es spricht einiges dafür, dass dies wiederum damit zusammenhängt, dass in der Perspektive „bürgerlicher“ Gesellschafts- und Wissenschaftspolitik Familien und Familienhaushalte eine reine Privatangelegenheit darstellen – eine Perspektive, die sich im Bereich der Familiendemographie ja auch hinsichtlich der Beurteilung des Kinderhabens als wirksam erweist. R. von Schweitzer sieht hier eine Verknüpfung dieser privatistischen Sicht von Familien- und Privathaushalten mit der Tatsache, dass davon bisher vor allem Frauen betroffen sind, deren Anliegen sich gesellschaftlich nur überaus mühsam Geltung verschafften, und es vorwiegend Männer seien, die die Forschungsinstitutionen bestimmen (von Schweitzer 1989, S. 115).

In diesem Zusammenhang muss aber auch auf einen anderen Befund hingewiesen werden, der auf der begrifflichen Ebene liegt und zugleich die Aufmerksamkeit der amtlichen Statistik verdient: Es fehlt der wissenschaftlichen Befassung mit dem Gegenstandsbereich Familie eine einheitliche Auffassung darüber, was unter Familie verstanden werden soll. Selbst innerhalb eines einzelnen Fachgebiets – geschweige in einem interdisziplinären Ansatz – stoßen wir auf unterschiedliche Definitionen von Familie. „Diese mangelnde Übereinstimmung resultiert nicht aus einer ungenügenden theoretischen Reflexion oder aus einem Desinteresse an präziser Begrifflichkeit der Fachvertreter; vielmehr werden durch die unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Positionen in dem Familienbegriff jeweils unterschiedliche Aspekte familialer Realität betont.“ (Nave-Herz 1989, S. 2) Für die amtliche Familien- und Haushaltsstatistik könnte sich hier die Aufgabe stellen, von sich aus einen Beitrag zur Überwindung dieses Defizits zu leisten.

6 Gesellschafts- und familienpolitische Schlussfolgerungen

Die bisherigen Anmerkungen zur Relevanz der familienwissenschaftlichen Analysen im Bereich der Lebensformen von Familie und Haushalt und die dabei sehr wichtige interdisziplinäre Vorgehensweise sollten ihrerseits bereits deutlich gemacht haben, dass wir es bei den betreffenden Sozialgebilden mit einer Lebenswelt zu tun haben, die wegen der von ihr ausgehenden Wirkungen politisch hochgradig relevant ist. Diese *politische Bedeutung von Familie und Haushalt* soll im folgenden noch durch einige ergänzende Hinweise, worin die politische Bedeutung besteht und worin sie einen Ausdruck findet, unterstrichen werden. Damit mag dann auch ein wenig der Boden bereitet werden für die im Verlauf des Kolloquiums noch eingehend zu erörternde Frage, welche Konsequenzen sich nun für die amtliche Statistik ergeben. Im Übrigen ist dem Referenten bei der Bearbeitung des Themas erneut so recht bewusst geworden, wie nicht selten in mehr oder weniger gegeneinander abgegrenzten fachwissenschaftlichen Kreisen einerseits die Familie und andererseits den Haushalt

10) So Schubnell (1987), zitiert bei von Schweitzer (1989, S. 115).

betreffende Analysen mit gesellschaftspolitischem Praxisbezug durchgeführt werden, ohne dass hier ein durchgängiger personeller und damit gedanklicher Austausch die Regel ist. Gelegentlich einmal einen Kollegen aus dem benachbarten (relativ geschlossenen) fachwissenschaftlichen Kreis einzuladen, reicht angesichts der Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit im Feld von Familie, Haushalt und Bevölkerung für Beteiligung an der praktischen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, so sie denn gewollt ist, einfach nicht aus. Wie fruchtbar eine regelmäßige interdisziplinäre Kooperation sein kann, zeigt demgegenüber die jahrzehntelange Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium, die der Referent ab 1960 mit auf den Weg bringen und über viele Jahre begleiten durfte.

Die Ergebnisse der Sozialisationsforschung haben die Familie als wichtigen Sozialisationsfaktor in den Vordergrund einer familienbezogenen Gesellschaftspolitik gerückt. Ihre unentbehrlichen *Leistungen*, aber auch Leistungsbehinderungen bis hin zu Leistungsgrenzen im Erziehungs- und Bildungsprozess der nachwachsenden Generation begründen ein hohes politisches Interesse an der Familie; der Verweis auf auch unbestreitbare *Begrenzungen* des Leistungspotentials von Familien bewahrt hier freilich auch vor einer Überbewertung der Bedeutung von Familie für die personale Entfaltung des Einzelnen und die Entwicklung der Gesamtgesellschaft. Die bereits angesprochenen familialen Grundfunktionen über die Sozialisationsfunktion hinaus sind für die personale Entfaltung des Einzelnen wie für das gesellschaftliche Zusammenleben gleichermaßen bedeutsam. Speziell im Blick auf den Haushalt stellen sich vielfältige, in ihrer Bedeutung politisch oft unterschätzte Aufgaben der Haushaltsführung, deren Erfüllung bis hin zur Organisation der laufenden „Produktionsprozesse“ und die Verwaltung der Mittel das konkrete Alltagshandeln nachhaltig bestimmen. Die politisch-praktische Bedeutung wird z. B. in einer Gegenüberstellung der hauptsächlichen Haushaltsführungslehren in Deutschland (von L. Blosser-Reisen, R. v. Schweitzer und B. Seel) sichtbar, die hinsichtlich des Verwendungszusammenhangs als Verwendungszwecke durchgängig Bildungswesen, Beratung, Verwaltung und Forschung sowie als Relevanz für Politikbereiche die allgemeine Gesellschaftspolitik (insbesondere Sozial- und Familienpolitik) ausweist.¹¹⁾ In diesem Zusammenhang wird zu Recht daran erinnert, dass viele Menschen den Anforderungen der Konsumfreiheit nicht ohne weiteres gewachsen sind und daher entsprechende Schulung und Beratung notwendig erscheinen. Zugleich wird aber auch festgehalten, dass Haushaltsführungslehre und Verbraucherpolitik, neben der Wettbewerbspolitik Grundpfeiler einer funktionsfähigen Marktwirtschaft, „längst nicht den erforderlichen Stellenwert“ haben (Blosser-Reisen 1994, S. 214).

Gerade in jüngster Zeit rückt im Zusammenhang mit der langfristigen Sicherung der sozialen Altersversorgung einerseits wie der Notwendigkeit einer gelenkten Zuwanderung andererseits die generative Funktion der Sicherung der Generationenabfolge mit in den Vordergrund der politischen Diskussion (ohne auf absehbare Zeit dabei das Bestandserhaltungsniveau als realistisches Ziel benennen zu wollen). Die Sicherung der optimalen Funktionsfähigkeit der Familie kann als ein allgemeines übergeordnetes Sinnziel eines insbesondere nach dem 2. Weltkrieg national wie international entfalteten Politikfeldes gesehen werden, für das sich die Bezeichnung „Familienpolitik“ fest eingebürgert hat. Sie findet ihre Recht-

11) Vgl. Blosser-Reisen (1994, S. 224 f.). – Zum Aufgabenbereich der Führung des (Privat-)Haushalts ist immer wieder an die seinerzeit grundlegenden Arbeiten von E. Egner zu Funktion und Eigenart der „Unterhaltungswirtschaft“ in der Volkswirtschaft und zur Gestaltungsaufgabe des Haushalts zu erinnern, die maßgeblich zur wissenschaftlichen Fundierung auch der Haushaltsführungslehren beigetragen haben.

fertigung nicht zuletzt in der Zerbrechlichkeit bzw. Verletzlichkeit der Lebensordnung Familie. Bedrohungen kommen dabei nicht nur von außen, vom Staat und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen (Wirtschaft!), wie sich auf der Grundlage der jüngeren Systemtheorie aufzeigen lässt, sondern ebenso von innen, wie bei der Skizzierung des familienpsychologischen Ansatzes bereits angesprochen wurde. Dies macht dann wiederum eine möglichst systematische, von der Familienpolitik zu gewährleistende Familienpädagogik so wichtig. Der heute durchweg anerkannte „Querschnittscharakter“ der Familienpolitik¹²⁾ hat im Übrigen zur Folge, dass ein besonderes Ministerium für Familie/Familienpolitik das politische Aufgabenfeld keineswegs voll abdecken kann, aber als Institutionalisierung von familienpolitischer Zuständigkeit auf der ministeriellen Ebene die politische Bedeutung von Familie unterstreicht.

Eine besondere Hervorhebung erfährt die politische Bedeutung der Familie als eines zentralen Grundwertes naturgemäß durch einen eigenen Verfassungsartikel (Artikel 6 GG), der die Familie (zusammen mit der Ehe) unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ stellt, aber auch durch andere grundlegende Normen auf der nationalen wie internationalen Ebene (Menschenrechtserklärung aus dem Jahre 1968, Europäische Sozialcharta, Internationale Erklärung über die Rechte des Kindes). Ein sehr grundsätzlicher Aspekt wird mit den hier nicht im Einzelnen zu referierenden Überlegungen etwa des früheren Bundesverfassungsrichters P. Kirchhof zur Familie als dem Garanten für Freiheit und Demokratie bezeichnet; wenn mit dieser in Familie institutionalisierten Freiheit eine wesentliche Dimension unseres Zusammenlebens bezeichnet wird, eines Zusammenlebens, in dem persönliche Freiheit durch anonyme Wirtschaftsmächte mancherlei Bedrohung erfährt, dann unterstreicht diese freiheitssichernde Funktion der Familie deren politische Bedeutung für das Gemeinwesen.

Etwas spezieller im Blick auf unsere Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft muss daran erinnert werden, dass diese wesentlich auf Voraussetzungen beruht, zu denen die Vorleistungen von funktionstüchtigen Familien gehören. Auch eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung bedarf einer übergreifenden Sozialordnung mit ausdrücklichem Familienbezug. Schon die geistigen Väter des ordnungspolitischen Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft haben diese Zusammenhänge unmissverständlich festgehalten: So betonte Wilhelm Röpke seinerzeit, zur Bändigung marktwirtschaftlichen Wettbewerbs seien nicht nur entsprechende Regelungen und wirtschaftspolitische Instanzen gefragt, sondern darüber hinaus eine „geistig-moralische Klammer“, die die Absolutsetzung des Lebensstandards ebenso verhindere wie sonstige Fehlentwicklungen. Diese notwendige Klammer müsse durch dafür legitimierte Institutionen geschaffen werden, wozu er ausdrücklich gerade die Familie zählt. Die Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft (so auch Alfred Müller-Armack und Alexander Rüstow) haben also gesehen, dass es um etwas geht, was die Wirtschaftsordnungspolitik selbst gar nicht schaffen kann. Für die Bewahrung des Menschenbildes, auf dem eine sozialverpflichtete Marktwirtschaft beruht, ist die Gesellschaft elementar auf soziale Institutionen wie die Familie angewiesen. Die Befürworter einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ werden gut daran tun, diese (alte) Einsicht ernst zu nehmen und in ein weiterentwickeltes Konzept von sozialer Marktwirtschaft hinein zu nehmen. Darin liegt eine

12) Der Verfasser hat den Querschnittscharakter einer systematischen Familienpolitik (als strukturgestaltender Gesellschaftspolitik) bereits in der Monographie „Familienpolitik – Ziele, Wege und Wirkungen“, 2. Aufl. Paderborn 1965, angesprochen (S. 17) und in den folgenden Jahren mehrfach näher ausgeführt. Vgl. dazu in Wingen (1997). – Aus jüngster Zeit siehe zum Gesamtfeld der Familienpolitik auch: Jans/Habisch/Stutzer (2000).

elementare Bedeutung dieser Lebenseinheit für das Zusammenleben und die zukünftige Entwicklung in der Gesellschaft, und zwar auch in der immer wichtiger werdenden EU-weiten Dimension. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, dass in der Grundrechte-Charta der EU ausdrücklich die politische und gesellschaftliche Bedeutung der Familie unterstrichen und festgeschrieben wird: Der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie wird gewährleistet.

Für die Abschätzung der politischen Bedeutung der Familie (und des Familienhaushalts) kann es nicht unwichtig sein, wie die familiäre Lebenswelt von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern eingeschätzt wird. Wie empirische Befunde immer wieder zeigen, nimmt die Familie in der individuellen Wertschätzung einen sehr hohen Stellenwert ein, und zwar im Gesamtdurchschnitt eindeutig vor der Erwerbstätigkeit. Familie wird – allerdings mit gewissen Unterschieden im Hinblick auf den Erwerbsstatus des Einzelnen – in besonders hohem Maße als „sehr wichtiger“ Lebensbereich eingestuft. Familie gilt als für den Einzelnen sehr bedeutsamer privater Rückzugsort und geradezu als Gegenmodell zur Marktgesellschaft. Wenn man den Ermittlungen des Eurobarometers glauben darf, stellt die Familie auch in den nachwachsenden Generationen einen besonders hochgeschätzten „Schlüsselwert“ der Europäer dar. Aus der jüngsten (13.) „Shell-Jugendstudie 2000“ geht ebenfalls hervor, dass die große Mehrheit der Jugendlichen (zwischen 15 und 24 Jahren) das „Lebenskonzept Familie“ als „biographisches Rückgrat“ für ihr Lebenskonzept betrachtet. Wie eine Auswertung des Wohlfahrtssurveys 1998 für die Bundesrepublik zeigt, lässt sich – entgegen der vielfach anzutreffenden Annahme eines zunehmenden Bedeutungsverlustes – im Ablauf der letzten beiden Jahrzehnte zumindest in den alten Bundesländern sogar eine zunehmende subjektive Wertigkeit der Familie beobachten. Auch die massenstatistischen Daten zeigen, dass – trotz aller Pluralität insbesondere von *nichtfamilialen* Lebensformen, aber auch der familialen Lebensformen – von einer Abkehr von Familie (und Ehe) nicht gesprochen werden kann. Denn sie sind immer noch die mit Abstand häufigsten Lebensformen, und die meisten Kinder wachsen nach wie vor mit zwei Eltern (wenn auch nicht immer den leiblichen) in Familien auf.¹³⁾ Gewisse Ambivalenzen, die gleichwohl im Erscheinungsbild von Familie in der Öffentlichkeit zu beobachten sind, hängen möglicherweise mit Ambivalenzen zusammen, die die Familie selbst kennzeichnen – etwa im Verhältnis der Generationen, auf die K. Lüscher in jüngerer Zeit besonders eingegangen ist.

Allerdings muss auch immer wieder daran erinnert werden, dass die zentralen Leistungsträger Familien (in ihren unterschiedlichen äußeren Erscheinungsweisen) ihre unentbehrlichen Leistungen für die personale Entfaltung des Einzelnen und für den Aufbau des „Humanvermögens“ einer Gesellschaft weithin im Verborgenen erbringen – und deshalb auch immer wieder in die Gefahr geraten, zum „vergessenen“ Leistungsträger zu werden. Der Aufweis einer hohen politischen Bedeutung der Familie (und des Familienhaushalts) und ihres hohen Stellenwerts im Leben der Menschen darf deshalb auch nicht einfach gleichgesetzt werden mit einer entsprechend hohen Wertschätzung der Familie *durch die Politik*, wie sie sich in konkreter familienbezogener Gesellschaftspolitik niederschlägt bzw. niederschlagen müsste. Dies hat sich in den vergangenen Jahren parteiübergreifend immer wieder gezeigt (s. dazu auch L. Susok, 2000, S. 379 f.). Der tatsächliche, „handgreifliche“ Stellenwert der Familie in der praktischen Politik steht im deutlichen Gegensatz zu den Beschwörungen in den Sonntagsreden der Politiker. Nur ein Beispiel bildet der (im Symposium ja

13) Hin (1989, S. 439 ff.). – Siehe zur Gesamtproblematik mit Hinweis auch auf die Bedeutung der vom generativen Verhalten ausgehenden Langzeitwirkungen auch Cornelius (1989, S. 395 ff.).

noch näher zu behandelnde) Familienlastenausgleich, den Gerhard Mackenroth Anfang der 50er Jahre in seinem denkwürdigen Vortrag vor dem Verein für Socialpolitik als die „sozialpolitische Großaufgabe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete und der bis heute, also am Beginn des neuen Jahrhunderts, noch keine wirklich befriedigende Regelung gefunden hat, die den Namen voll verdient – von einer Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs zu einem Familienleistungsausgleich ganz zu schweigen.

Im gesellschafts- und familienpolitischen Raum gibt es zwar immer wieder Ansätze zur nachhaltigeren Hervorhebung der Bedeutung von Familie und Haushalt, wie etwa auch die seit Jahren engagierte Arbeit der Deutschen Hausfrauengewerkschaft (dhg), aber auch die kürzlich erfolgte Einrichtung eines von gesellschaftlichen Kräften getragenen „Europäischen Instituts zur Aufwertung der Erziehungsarbeit“ (Straßburg, Brüssel, Berlin) zeigen mag. Aber von einem gesellschaftspolitischen Durchbruch kann bisher schwerlich gesprochen werden, wie nicht zuletzt der gesetzgeberische Umgang mit der Erziehungsgeldregelung verdeutlicht. Die politischen Parteien treten mit ihren Aktivitäten auch hier in der Regel dann besonders in Erscheinung, wenn sie in der Opposition sind. Vielleicht gehört aber auch dies zum schwierigen Prozess der Ummünzung der Bedeutung, die Familie und Haushalt eigentlich zukommt, in praktische Politik, dass Fortschritte meist nur in kleinen Münzen zu haben sind und herrschenden Politikmustern abgetrotzt werden müssen. Im Feld der Familienpolitik hat sich jedenfalls die „Inkubationszeit“ für weiterführende Konzepte noch immer als recht lang erwiesen. Sicherlich leidet die stärkere Berücksichtigung der Familienbelange im politischen Entscheidungsprozess nicht zuletzt darunter, dass in den Familien ca. ein Fünftel der Bevölkerung lebt, das nicht wahlberechtigt ist. Ohne hier für ein Familienwahlrecht plädieren zu wollen, verweist dieser Sachverhalt doch auf ein strukturelles Defizit in unserer realexistierenden parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, über das nachzudenken angesichts der unverkennbaren Tendenzen, Gegenwartsinteressen zu Lasten von Zukunftsinteressen durchzusetzen, auch sozialetisch nahe liegt.

Im Grunde gilt nach wie vor das, was die Sachverständigenkommission für den Dritten Familienbericht vor über 20 Jahren am Schluss ihrer Analyse feststellte: „Es ist bedauerlich, aber wohl kaum Schuld der Familienpolitiker, dass die Politik die Interessen der Familie so gering achtet. Es ist ein Phänomen der weitverbreiteten Gleichgültigkeit und Unterbewertung der Väter- und Mütteraufgaben und ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Wohlfahrt und Lebensqualität insbesondere durch die Macht- und Führungsgruppen“ (1979, S. 182). Die Akteure im wissenschaftlichen Feld, und dazu gehören auch die Vertreter der amtlichen Statistik, bleiben dabei immer wieder herausgefordert, auf der Grundlage ihrer Einsichten die elementare, aber immer wieder vernachlässigte Bedeutung von Familie und Privathaushalt in das öffentliche Bewusstsein zu heben.

7 Ein forschungspolitischer Vorschlag

Hierzu abschließend noch ein *persönlicher Vorschlag*: Als ein konkretes Fazit aus dem Denken der wissenschaftlichen und politischen Bedeutung von Familie (und Familienhaushalt) möchte ich eine institutionelle Stärkung des – interdisziplinär angelegten – familienwissenschaftlichen Forschungsansatzes nachdrücklich befürworten. Die wissenschaftliche und politische Bedeutung von Familie (einschl. ihrer sozialökonomischen Kehrseite des Familienhaushalts) rechtfertigt nicht nur, sondern begründet im Grunde zwingend eine inzwischen überfällige Einlösung der Aufgabe, einen solchen familienwissenschaftlichen For-

schungsansatz (wissenschaftliches Forschungsprogramm) mit Auswirkungen auch für die Lehre zu entwickeln. Die Umsetzung eines solchen Forschungs- und Lehrprogramms, das die wissenschaftliche und politische Bedeutung von Familie (und Familienhaushalt) praxis- und politikbezogen zu reflektieren hätte, erfordert m. E. eine infrastrukturelle Grundlage im universitären Bereich. Bisherige Erfahrungen etwa mit der Erweiterung bzw. Akzentuierung des Spektrums der Haushaltswissenschaft an der Universität Gießen in Richtung auch einer „Familienwissenschaft“ haben gezeigt, dass zur Entwicklung solcher Forschungsansätze und „Paradigmen“ (Forschungsprogramme) eine formelle und möglichst auch eine ergänzende informelle Infrastruktur vorhanden sein sollte: ein spezieller Lehrstuhl mit entsprechenden Forschungs- und Lehraufgaben sowie eine feste Verbindung zu kontinuierlich arbeitenden Gremien an der Nahtstelle von Wissenschaft und Politik auch mit Politikberatungsfunktion, (aus denen sich immer wieder Anregungen und Synergieeffekte für beide Seiten ergeben).

Darüber wäre eine gewisse institutionalisierte, jedenfalls stärker auf Dauer gestellte Kooperation familien- und haushaltswissenschaftlich arbeitender Forschungseinrichtungen erwünscht, wozu grundsätzlich eine Bereitschaft vorhanden zu sein scheint (wie eine kleine Umfrage des Verfassers ergeben hat; Wingen 2001, S. 89 ff.).

Für einen solchen familienwissenschaftlichen Ansatz erscheint die problemangemessene Berücksichtigung unterschiedlicher Einzeldisziplinen sehr wichtig, wobei zu unterscheiden ist zwischen der Multidisziplinarität als des Rückgriffs auf mehrere Einzeldisziplinen (mit Schwerpunktsetzung) und der Interdisziplinarität als der Integration dieser ausgewählten verschiedenen Disziplinen. Der notwendige Praxis- und Familienpolitikbezug versteht sich im Grunde von selbst, wird aber durch die in groben Strichen aufgezeigte politische Bedeutung von Familie nachdrücklich unterstrichen. Dahinter steht nicht zuletzt die Auffassung, dass sich Wissenschaften gerade auch durch ihren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu legitimieren haben. Die Probleme speziell im Verhältnis von Familie und der sich rasch wandelnden Gesellschaft sind in den letzten Jahrzehnten überdeutlich geworden. Einer praxisbezogenen wissenschaftlichen Forschung auf diesem Feld sollte spätestens am Beginn des neuen Jahrhunderts eine solide Grundlage gegeben werden. Eine *Forschungsprofessur* beispielsweise – mit entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten (in einem kleinen angegliederten Institut) –, u.U. auch als „Stiftungsprofessur“, könnte und sollte dafür ein sehr erwägenswerter zukunftsbezogener Schritt sein. Wer den Schritt zuerst tut, darf der besonderen Zustimmung der Nachwelt in Wissenschaft und Politik sicher sein.

Literaturhinweise

Blosser-Reisen, L. (1994): Haushaltsführung und Lebenshaltung, in: K. Hesse (Hrsg.): Strukturen privater Haushalte und Familien, Studien zur Haushaltsökonomie, Bd. 11, Frankfurt a. M., S. 213 – 235.

Brümmerhoff, D. (1994): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, hrsg. von D. Brümmerhoff u. H. Lützel, München u. Wien, S. 416 – 425.

Cornelius, I. (2000): Heirats-, Geburten- und Scheidungsverhalten im Generationenvergleich – eine Analyse ausgewählter Geburts- und Heiratsjahrgänge in Baden-Württemberg, in: B. Jans; A. Habisch; E. Stutzer (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaft, S. 395 – 410.

Fegebank, B. (1997): Familie und Haushalt – eine übergangene Differenz, in: L. Böhnisch; K. Lenz (Hrsg.): Familien. Eine interdisziplinäre Einführung, Weinheim u. München, S. 167 – 180.

Fischer, B. (2000): Regionalkonten der privaten Haushalte – Was ändert sich durch das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung?, in: B. Jans; A. Habisch; E. Stutzer (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaft, S. 411 – 431.

Fürst, G. (1963): Möglichkeiten und Grenzen einer Vereinheitlichung der Statistik in den Gemeinschaften, in: Statistische Informationen Nr. 2, S. 13 – 30.

Hegner, F.; Lakemann, U. (1989): Familienhaushalt und Erwerbstätigkeit, in: R. Nave-Herz; M. Marckfa (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung, Neuwied u. Frankfurt a. M., S. 491 – 511.

Hin, M. (2000): Demographische Entwicklungen und Lebensformen der Bevölkerung in Baden-Württemberg, in: B. Jans; A. Habisch; E. Stutzer (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaft, S. 439 – 450.

Jans, B.; Habisch, A.; Stutzer, E. (Hrsg., 2000): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaft.

König, R. (1965): Soziologische Orientierungen (Vorträge und Aufsätze), Köln u. Berlin.

Krüsselberg, H.-G. (1987): Einige Hypothesen der „economics of the family“ im empirischen Test, in: H. Todt (Hrsg.): Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, Schr. d. Vereins f. Socialpolitik, NF Bd. 164, Berlin, S. 101 – 127.

Krüsselberg, H.-G. (2000): Der vermögenstheoretische Zugang zur Familienpolitik, in: B. Jans; A. Habisch; E. Stutzer (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaft, S. 79 – 88.

Krüsselberg, H.-G.; Auge, M.; Hilzenbecher, M. (1986): Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets – Die Ansatzpunkte der „Neuen Haushaltsökonomik“ für Familienpolitik, in Zusammenarbeit mit der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 182, Stuttgart.

Lampert, H. (2000): Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wert der Familienarbeit, in: B. Jans; A. Habisch; E. Stutzer (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaft, S. 57 – 68.

Luczak, H. (2000): Die unheimliche Macht des Clans, in: Geo, Heft 3, März 2000, S. 1 – 11.

Nave-Herz, R. (1989): Gegenstandsbereich und historische Entwicklung der Familienforschung, in: R. Nave-Herz; M. Markefka (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung, Neuwied u. Frankfurt a. M., S. 1 – 17.

Piorkowsky, M.-B. (1994): Bevölkerung und private Haushalte, in: K. Hesse (Hrsg.): Strukturen privater Haushalte und Familien, Frankfurt a. M. u.a., S. 9 – 43.

Piorkowsky, M.-B. (1998): Erweiterung des Spektrums der Haushaltswissenschaft in der Postmoderne – Chancen und Probleme bei der Entwicklung eines Paradigmas, in: I. Richarz (Hrsg.): Der Haushalt, Neubewertung in der Postmoderne (Beiträge eines internationalen disziplinübergreifenden Symposiums), Göttingen, S. 175 – 186.

Schmoller, G. (1901): Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre I.

Schneewind, K. A. (Hrsg., 2000): Familienpsychologie im Aufwind. Brückenschläge zwischen Forschung und Praxis, Göttingen.

Schneewind, K. A.; Vaskovics L. A. u.a. (1996): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch, Endbericht, Schriftenreihe Bd. 128.1 und 128.2 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart.

Schubnell, H. (1959): Haushalt und Familie I u. II, in: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 121 – 134 und S. 221 – 237.

Schubnell, H. (1987): Förderungsmöglichkeiten der Familienforschung (Gutachten i.A. des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit), Gießen, Freiburg (unveröffentlichtes Manuskript), zitiert bei R. von Schweitzer: Vom alt-europäischen hauswirtschaftlichen Denken zu statistisch repräsentativen Erhebungsmethoden in der Familienforschung, in: R. Nave-Herz; M. Markefka (Hrsg., 1989): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung, Neuwied u. Frankfurt a. M., S. 115 – 130.

Stutzer, E. (2000): Einkommensverhältnisse junger Familien in Deutschland, in: B. Jans; A. Habisch; E. Stutzer (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaft, S. 433 – 438.

Stutzer, E.; Schwartz, W.; Wingen, M. (1992): Ein Familienphasenkonzept auf der Basis der amtlichen Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 2, S. 152 – 174.

Susok, L. (2000): Familieninteressen in pluraler Gesellschaft, in: Die Neue Ordnung, H. 5, S. 379 – 391.

von Schweitzer, R. (1989): Vom alt-europäischen hauswirtschaftlichen Denken zu statistisch repräsentativen Erhebungsmethoden in der Familienforschung, in: R. Nave-Herz; M. Markefka (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung, Neuwied u. Frankfurt a. M., S. 115 – 130.

Wingen, M. (1965): Familienpolitik – Ziele, Wege und Wirkungen, 2. Aufl., Paderborn.

Wingen, M. (1994): VGRen der Ländern, in: Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, hrsg. von D. Brümmerhoff u. H. Lützel, München u. Wien, S. 425 – 430.

Wingen, M. (1997): Familienpolitik – Grundlagen und aktuelle Probleme, Uni-Taschenbücher Nr. 1970, Stuttgart.

Wingen, M. (1999): Die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg im Anspruch der Familienpolitikberatung, in: Zeitschrift für Familienforschung, H. 3, S. 96 – 101.

Wingen, M. (2001): Familien- und haushaltswissenschaftliche Forschungseinrichtungen signalisieren begrenzte Interdisziplinarität und Kooperationsbereitschaft (Aufschlußreiche Ergebnisse einer Umfrage), in: Zeitschrift für Familienforschung, Heft 1, S. 89 – 95.

Haushaltsproduktion in monetären Input-Output-Tabellen

1 Überblick

Im August 1994 haben Dieter Schäfer und Norbert Schwarz in *Wirtschaft und Statistik* ihre Schätzergebnisse für den Wert der Haushaltsproduktion 1992 vorgestellt und die dabei verwendeten Konzepte erläutert.¹⁾ Im Frühjahr 1994 fand in Stuttgart-Hohenheim eine Tagung statt, auf der der Autor dieses Beitrages konzeptionelle Überlegungen für die Darstellung von Haushaltsaktivitäten in erweiterten Input-Output-Tabellen vorstellte (Stahmer 1995). Sie beruhten auf seinem Entwurf für das *System for Integrated Environmental and Economic Accounting* (SEEA) der Vereinten Nationen, das Ende 1993 veröffentlicht wurde (United Nations 1993). Zu einem empirischen Beispiel für erweiterte monetäre Input-Output-Tabellen mit Nachweis der Haushaltsproduktion kam es trotz wertvoller Vorarbeiten von Dieter Schäfer und Norbert Schwarz nicht. Erst im Rahmen eines Forschungsprojekts für Eurostat, in dem am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland 1990 der *Prototyp* eines umfassenden Input-Output-Berichtssystems in monetären, physischen und Zeiteinheiten vorgestellt wurde, konnte dieses Vorhaben realisiert werden.²⁾

Der folgende Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse dieses Projekts vor. Darstellungsschwerpunkt ist der Nachweis der Haushaltsproduktion in erweiterten *monetären* Input-Output-Tabellen. Wie Aktivitäten der privaten Haushalte in *Zeit-Input-Output-Tabellen* beschrieben werden können, wurde vom Autor bei einem Workshop über Zeitbudgeterhebungen vorgestellt.³⁾ Weitere Informationen enthält der erwähnte Forschungsbericht (Stahmer/Ewerhart/Herrchen 2000). Ein Vergleich der verschiedenen Darstellungsformen (monetär, physisch, zeitlich) wurde in einem Aufsatz über das *Magische Dreieck der Input-Output-Rechnung* veröffentlicht (Stahmer 2000 a). Über weiteren Forschungsbedarf auf diesem Gebiet und erste Überlegungen zur Entwicklung eines Berichtssystems für eine nachhaltige Gesellschaft informiert der Beitrag des Autors zu dem 2. Weimarer Kolloquium der Vereinigung für Ökologische Ökonomie in Weimar (November 2000; Stahmer 2001).

2 Allgemeine Überlegungen zum Begriff der Haushaltsproduktion

Als Haushaltsproduktion wird in der Regel nur der Teil der Aktivitäten der privaten Haushalte bezeichnet, der auch von Dritten übernommen werden könnte.⁴⁾ Dazu rechnen produktive Leistungen für den eigenen Haushalt (z.B. hauswirtschaftliche und handwerkliche Tätigkeiten, Pflege und Betreuung von eigenen Kindern) ebenso wie Netzwerkhilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten in sozialen Organisationen. Bei der monetären Bewertung werden diese Tätigkeiten wie andere nicht-marktbestimmte Produktion behandelt, d.h. ihr Produktionswert wird als Summe der Kosten ermittelt. Zu den Kostengrößen rechnen die einge-

*) Prof. Dr. Carsten Stahmer, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, und Universität Heidelberg.

1) Siehe Schäfer/Schwarz (1994). Zur Konzeption eines Satellitensystems Haushaltsproduktion siehe auch Lützel (1990).

2) Siehe Stahmer/Ewerhart/Herrchen (2000) und Stahmer (2000 a).

3) Siehe Stahmer (2001).

4) Siehe Schäfer/Schwarz (1994) und Blanke/Ehling/Schwarz (1996).

setzen privaten Verbrauchsgüter, die Abschreibungen auf private Gebrauchsgüter und die bewertete Arbeitszeit. Die Abschreibungen auf genutzte Wohnungen sind in den Mieten enthalten, die zu den privaten Verbrauchsgütern rechnen.

Diese Konzeption hat den großen Vorteil, dass bei der Bewertung der eingesetzten Arbeitszeit sinnvolle monetäre Bewertungen möglich sind, da Löhne für vergleichbare Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten sind (z.B. Haushaltshilfe, Koch, Gärtner, Handwerker etc.). Auf der anderen Seite bleiben wichtige Privataktivitäten völlig unberücksichtigt, z.B. Zeiten im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit (Fahrten zum Arbeitsplatz etc.), Aktivitäten der Qualifikation und Bildung ebenso wie Geselligkeit, Mediennutzung und sonstige Freizeitaktivitäten. Sie haben natürlich eine hohe ökonomische und soziale Relevanz und tragen erheblich zu den Umweltbelastungen durch private Haushalte bei.⁵⁾

Sollen auch die übrigen Privataktivitäten in das monetäre Rechnungswesen einbezogen werden, so könnten bei der Ermittlung des Produktionswertes dieser nicht-marktbestimmten Dienstleistungen zumindest die Kosten für eingesetzte Verbrauchsgüter und die Abschreibungen auf Gebrauchsgüter herangezogen werden. Eine monetäre Bewertung der für diese Aktivitäten eingesetzten Zeiten, wie es z.B. Nordhaus/Tobin und das japanische Net National Welfare (NNW)-Komitee bei ihren Berechnungen eines Maßes für die wirtschaftliche Wohlfahrt vorgenommen haben, halte ich für nicht sinnvoll, weil ein Bezug zum Marktgeschehen, in dem sich monetäre Bewertungsmaßstäbe bilden, nicht mehr herstellbar ist.⁶⁾ Sinnvoll monetarisierbar sind aus meiner heutigen Sicht nur Wirtschaftsvorgänge, die als *marktnah* bezeichnet werden könnten.

Bleibt die Bewertung der übrigen Privataktivitäten mit den Kosten für eingesetzte Ge- und Verbrauchsgüter, so findet im Vergleich zum herkömmlichen Nachweis dieser Kostengrößen im Privaten Verbrauch zumindest eine Periodisierung der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter statt. Die Käufe der privaten Haushalte werden dann entweder Vorleistungen der Produktionsbereiche der Privataktivitäten oder Investitionen, die in Form der periodisierten Abschreibungen in den Produktionswert eingehen.

In dem in diesem Beitrag vorgestellten umfassenden monetären Rechenwerk werden die Produktionswerte der Privataktivitäten nicht unbedingt als Konsumgüter behandelt und damit direkt als Teil der letzten Verwendung verbucht. Soweit es sich um Haushaltsproduktion handelt, die dem Dritt-Personen-Kriterium genügt, werden die Leistungen in erster Linie als Vorleistungsgüter für andere Privataktivitäten (z.B. die Mahlzeitenzubereitung als Vorleistung für physiologische Regeneration) behandelt. Bei Aktivitäten im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit (Fahrten zum Arbeitsplatz etc.) werden die Kosten als zusätzliche Vorleistungsinputs bei den Bereichen eingestellt, bei denen die Erwerbstätigen arbeiten. Im Falle von Bildung/Qualifikation werden die Kosten als Investitionen in das Bildungsvermögen angesehen, die Leistungen der übrigen Privataktivitäten haben konsumptiven Charakter und werden als Privater Verbrauch verbucht. Weitere Informationen werden hierzu bei den Erläuterungen zu den erweiterten Input-Output-Tabellen gegeben.

Die geschilderten Konzepte für die monetäre Bewertung der Privataktivitäten bleiben aber unbefriedigend, da die wichtige Größe der Arbeitszeitinputs bei den Aktivitäten außerhalb der Haushaltsproduktion im engeren Sinne unberücksichtigt bleibt. Hier kann aus meiner

5) Siehe dazu auch Franz 1998.

6) Nordhaus/Tobin (1972) und NNW Measurement Committee (1973).

Sicht nur eine Bewertung aller Aktivitäten mit den Zeiteinheiten (in Stunden) helfen, die direkt oder indirekt mit den beschriebenen Tätigkeiten verbunden sind.⁷⁾

3 Erweiterte monetäre Input-Output-Tabelle

Die monetären Input-Output-Tabellen 1990 mit umfassendem Nachweis der Privataktivitäten werden in aggregierter Form nach 13 Bereichen in *Tabelle 1* (siehe S. 40/41) gezeigt. Der Tabellenteil des erwähnten Forschungsberichts enthält die entsprechenden Tabellen in der ausführlichen Fassung nach 89 Bereichen (Stahmer/Ewerhart/Herrchen 2000).

Die Bereiche 1 bis 6 in *Tabelle 1* wurden durch Aggregation der traditionellen Produktionsbereiche der Input-Output-Rechnung gebildet. Allerdings werden in den Bereichen 7 und 8 die Bildungsdienstleistungen explizit gezeigt, die in den Ausgangstabellen Teil der Produktionstätigkeiten von markt- bzw. nichtmarktbestimmten Dienstleistungen (Bereiche 5 bzw. 6) sind. Die Produktionswerte der Bildungsdienstleistungen (72 bzw. 32 Mrd. DM) werden auf der Verwendungsseite als Bildungsinvestitionen gebucht.

Der Bereich 9 (*Tabelle 1*) umfasst die Aktivitäten der privaten Haushalte, die nach dem Dritt-Personen-Kriterium als *Haushaltsproduktion* angesehen werden können. Der Produktionswert betrug 1990 insgesamt 1 352 Mrd. DM. Soweit es sich um hauswirtschaftliche und handwerkliche Leistungen handelt, werden sie als Vorleistungen für die anderen Bereiche der Privataktivitäten gebucht (1 070 Mrd. DM). Bei den ehrenamtlichen/sozialen Diensten und der Pflege bzw. Betreuung von Personen werden diese Leistungen direkt als Privater Verbrauch gebucht (282 Mrd. DM).

Der Produktionswert des Bereichs 10 *Erwerbstätigkeit/Arbeitsuche* (58 Mrd. DM) wird als Vorleistungen den Bereichen zugeordnet, in denen die Erwerbstätigen tätig sind, die diese Kosten (vor allem Fahrtkosten) hatten. Als Schlüssel für die Verteilung auf die Bereiche wurden die entsprechenden Wegezeiten verwendet.

Die Bereiche 11 und 12 zeigen die Privataktivitäten im Zusammenhang mit *Qualifikation* und *Bildung*. Die Produktionswerte (28 bzw. 14 Mrd. DM) umfassen die Kosten, die unmittelbar bei diesen Aktivitäten anfielen (z.B. Fahrtkosten). Auf der Verwendungsseite werden diese Werte als Bildungsinvestitionen behandelt. Gesamtwirtschaftlich betragen die Bildungsinvestitionen 1990 damit 146 Mrd. DM.

Die sonstigen *Privataktivitäten* im Bereich 13 umfassen Aktivitäten des persönlichen Bereichs, vor allem im Zusammenhang mit der physiologischen Regeneration, mit Kontakten und Gesprächen sowie mit Mediennutzung und Freizeit. Ihr Produktionswert (1 775 Mrd. DM) wird vollständig als Privater Verbrauch gebucht. Bei der Interpretation dieser Größe ist zu berücksichtigen, dass der Produktionswert in erheblichem Maße Vorleistungen anderer Privataktivitäten (hauswirtschaftliche bzw. handwerkliche Tätigkeiten) enthält (922 Mrd. DM).

7) Näheres zu diesem Ansatz siehe Stahmer (2001).

**Tabelle 1: Erweiterte monetäre
Inländische
Mrd.**

Lfd. Nr.	Verwendung	Input der Produktions-								
		Erzg. v. Produkten der Land- u. Forst- wirtsch., Fischerei	Erzg. v. Energie, Gew. v. Wasser u. Berg- bau- erzeugn.	H.v. Erzeug- nissen des Ver- arbeiten- den Ge- werbes	Bau	markt- bestimmte Dienst- leistungen	nicht markt- bestimmte Dienst- leistungen	allgemein bildende Schulen	berufs- bezogene Schulen	Haus- halts- produktion im engeren Sinne
Aufkommen		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Output nach Gütergruppen										
1	Produkte der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7,5	0,1	43,4	0,1	5,9	1,1	0,0	0,0	6,0
2	Energie, Wasser, Bergbauerzeugnisse	1,8	30,8	45,0	0,5	20,7	6,4	1,1	0,5	15,4
3	Erzeugn. d. Verarbeitenden Gewerbes	14,8	13,1	571,1	72,0	109,0	43,7	1,7	1,0	109,1
4	Bauleistungen	0,7	3,9	7,1	4,2	23,4	9,1	1,0	0,3	1,0
5	Marktbestimmte Dienstleistungen	8,2	15,9	288,6	39,6	424,5	110,8	5,1	2,7	127,9
6	Nichtmarktbest. Dienstleistungen	0,5	1,3	10,9	2,7	6,7	73,8	0,4	0,2	5,3
7	Bildungsdienstl. allgemein bildender Schulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8	Bildungsdienstl. Berufsbildender Schulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	Haushaltsproduktion i.e.S.	-	-	-	-	-	-	-	-	130,3
10	Erwerbstät./Arbeitsuche d. priv. Haush.	0,5	1,0	17,5	4,0	22,7	9,6	2,1	0,9	-
11	Qualifikation u. Bildung d. priv. Haush. an allgemein bildenden Schulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Qualifikation u. Bildung d. priv. Haush. an berufsbezogenen Schulen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13	Sonstige Privataktivitäten	-	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Vorleistungen d. Prod.bereiche bzw. letzte Verwendung v. Gütern aus inländ. Produktion	34,0	66,1	983,5	-123,1	612,8	254,7	11,6	5,5	395,0
15	Vorleistungen der Produktionsbereiche bzw. letzte Verwendung von Gütern aus der Einfuhr	6,3	14,1	233,8	14,1	52,4	20,0	1,0	0,5	46,9
16	Nichtabziehbare Umsatzsteuer	-	-	-	-	11,6	15,3	0,8	0,5	23,3
17	Vorleistungen der Produktionsbereiche bzw. letzte Verwendung v. Gütern einschl. Einfuhr	40,3	80,2	1217,4	137,1	676,9	290,0	13,4	6,4	465,3
18	Abschreibungen (AB) auf Anlagen	11,8	20,3	72,9	5,4	170,7	18,5	4,1	4,2	33,3
19	Abschreibungen (AB) auf Bildung	1,3	0,6	10,3	2,4	14,3	6,0	2,2	0,8	39,5
20	AB auf Bildungsdienstleistgn. der allgemein bildenden Schulen	0,6	0,2	4,2	1,0	5,7	2,4	0,6	0,2	27,1
21	AB auf Bildungsdienstleistgn. der berufsbezogenen Schulen	0,3	0,2	3,0	0,7	4,5	1,8	1,2	0,4	1,7
22	AB auf Qualifikat. u. Bildung d. priv. Haush. in allgemein bildenden Schulen	0,2	0,1	1,5	0,4	2,1	0,9	0,2	0,1	9,9
23	AB auf Qualifikat. u. Bildung d. priv. Haush. in berufsbezogenen Schulen	0,2	0,1	1,5	0,4	2,1	0,8	0,3	0,1	0,8
24	Prod.steuern abteilg. Subventionen	-4,5	-2,6	54,5	2,3	23,3	0,3	0,2	0,0	-
25	Marge Arbeit und Bildung	-1,8	-1,5	-27,8	-6,4	-37,0	-15,6	-4,4	-1,7	-39,5
26	Einkommen aus unselbständiger Arbeit	7,0	35,4	486,3	85,4	405,7	217,8	56,2	21,7	853,2
27	Eink. aus Unternehmertätigkeiten u. Vermögen	21,9	12,3	94,9	34,6	388,1	-0,7	0,3	0,1	-
28	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	35,7	64,5	691,0	123,7	965,1	226,1	58,6	25,1	886,5
29	Produktionswerte, Salden	76,0	144,7	1908,3	260,8	1642,0	516,2	72,0	31,5	1351,8

Input-Output-Tabelle 1990
Produktion
DM

bereiche					Letzte Verwendung von Gütern							Gesamte Verwendung von Gütern	Lfd. Nr.
Erwerbstätigkeit/Arbeitsuche	Übrige Aktivitäten der privaten Haushalte				Privater Verbrauch der inländischen privaten Haushalte	Staatsverbrauch	Bruttoinvestitionen			Lieferungen an die übrige Welt	zusammen		
	Qualifikation u. Bildung		sonstige Privataktivitäten	zusammen			Anlagen ohne priv. Gebrauchsvermögen, einschl. Vorräten	priv. Gebrauchsvermögen	Bildungsinvestitionen				
10	11	12			13	14				15	16	17	18
0,1	0,0	0,0	3,2	67,3	-	-	2,8	-	-	5,9	8,7	76,0	1
0,4	0,2	0,1	18,4	141,3	-	-	-0,7	-	-	4,1	3,4	144,7	2
7,6	1,0	0,5	116,1	1060,6	-	-	184,7	73,3	-	589,7	847,8	1908,3	3
0,1	-	-	2,4	53,1	-	-	205,1	-	-	2,5	207,7	260,8	4
20,1	6,9	3,2	403,4	1457,1	-	-	32,6	40,7	-	111,6	184,9	1642,0	5
0,5	1,7	0,6	27,9	132,7	18,7	361,9	1,1	-	-	1,8	383,5	516,2	6
-	-	-	-	-	-	-	-	-	72,0	-	72,0	72,0	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	31,5	-	31,5	31,5	8
-	11,9	5,4	922,1	1069,8	282,0	-	-	-	-	-	282,0	1351,8	9
-	-	-	-	58,4	-	-	-	-	-	-	-	58,4	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	28,4	-	28,4	28,4	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	13,8	-	13,8	13,8	12
-	-	-	-	-	-	1775,4	-	-	-	-	1775,4	1775,4	13
28,7	21,7	9,8	1493,6	4040,2	2076,0	361,9	425,6	114,0	145,8	715,6	3839,0	7879,2	14
7,2	1,6	0,8	104,2	502,8	-	-	66,4	32,0	-	-601,3	-502,8	-	15
3,0	0,7	0,3	50,3	106,0	-	-155,0	27,7	17,9	-	3,4	-106,0	-	16
38,9	24,1	10,9	1648,1	4649,0	2076,0	207,0	519,7	163,9	145,8	117,8	3230,2	7879,2	17
14,0	1,7	0,8	76,1	433,9	-	-	-307,9	-126,0	-	-	-433,9	-	18
5,4	2,5	2,1	51,1	138,6	-	-	-	-	-	-138,6	-	-138,6	19
4,0	1,8	1,5	35,7	85,1	-	-	-	-	-85,1	-	-85,1	-	20
-	0,1	0,1	1,6	15,4	-	-	-	-	-15,4	-	-15,4	-	21
1,4	0,7	0,6	13,0	31,0	-	-	-	-	-31,0	-	-31,0	-	22
-	0,0	0,0	0,8	7,2	-	-	-	-	-7,2	-	-7,2	-	23
-	-	-	-	73,4	-	-73,4	-	-	-	-	-73,4	-	24
-	-	-	-	-135,8	135,8	-	-	-	-	-	135,8	-	25
-	-	-	-	2168,7	-2168,7	-	-	-	-	-	-2168,7	-	26
-	-	-	-	551,4	-551,4	-	-	-	-	-	-551,4	-	27
19,4	4,3	2,9	127,3	3230,2	-2584,2	-73,4	-307,9	-126,0	-138,6	-	-3230,2	-	28
58,4	28,4	13,8	1775,4	7879,2	-508,2	133,5	211,8	37,9	7,1	117,8	-	7879,2	29

Es sei auch darauf hingewiesen, dass bei der Beschreibung der Privataktivitäten das Inländerkonzept angewendet wurde. Daher werden zwar die Kosten von Inländern im Ausland berücksichtigt, die Kosten von Ausländern im Inland dagegen herausgerechnet. Dies entspricht dem Konzept der Zeitbudgeterhebung, deren Angaben eine wesentliche Datenquelle für die Aufgliederung der Privataktivitäten waren.

Bei der hier vorgestellten erweiterten Input-Output-Tabelle werden – wie bereits erwähnt – zusätzliche Kosten der Erwerbstätigkeit als Vorleistungen der Bereiche gebucht, in denen die betreffenden Personen beschäftigt sind (Zeile 10). Entsprechend diesen zusätzlichen Vorleistungen würde sich die Bruttowertschöpfung der Bereiche vermindern. Ähnlich wie bei der Ökomarge in den erweiterten Tabellen des SEEA⁸⁾ werden die Kosten der Erwerbstätigkeit ebenso wie die noch näher zu erläuternden Abschreibungen auf Bildungsvermögen in einer *Marge Arbeit und Bildung* (Zeile 25) gegengebucht, so dass die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ebenso wie die Bruttowertschöpfung bzw. die Produktionswerte unberührt bleiben. Diese Verbuchungsform beruht auf der Annahme, dass die (gezählten bzw. unterstellten) Einkommen aus unselbständiger Arbeit bereits ein Entgelt für die zusätzlichen berufsbezogenen Kosten der Erwerbstätigen enthalten.

Eine weitere „neue“ Kostengröße der Produktionsbereiche sind die Abschreibungen auf Bildung. In den Zeilen 20 und 21 werden die Abschreibungen auf Bildungsdienstleistungen von allgemein bildenden Schulen (insgesamt 85 Mrd. DM) bzw. berufsbezogenen Schulen (15 Mrd. DM) gezeigt. Die Kosten von Qualifikation und Bildung bei den Lernenden werden in den Zeilen 22 und 23 abgeschrieben (insgesamt 31 bzw. 7 Mrd. DM). Diese Kostengrößen werden bei den Bereichen, die gezahlte oder unterstellte Einkommen aus unselbständiger Arbeit nachweisen (d.h. bei den Bereichen 1 bis 9) ebenfalls in Zeile 25 gegengebucht, so dass die Bruttowertschöpfung bzw. die Produktionswerte dieser Bereiche auch durch diesen zusätzlichen Nachweis unverändert bleiben. Auch hier wird argumentiert, dass die Wirkungen der Ausbildungsleistungen sich bereits in höheren Einkommen widerspiegeln. Bei den übrigen Bereichen (10 bis 13) werden die Zeiten der Privataktivitäten nicht mit unterstellten Arbeitslöhnen bewertet. Daher ist es hier nicht gerechtfertigt, die Abschreibungen auf Bildung in der Zeile 25 gegenzubuchen. Die Bildungsabschreibungen erhöhen in diesen Fällen den Produktionswert.

Tabelle 1 ermöglicht eine Gegenüberstellung von Bildungsinvestitionen und Abschreibungen auf Bildung. Insgesamt stehen Bildungsinvestitionen in Höhe von 146 Mrd. DM (siehe Zeile 17, Spalte 19) Abschreibungen im Werte von 139 Mrd. DM (siehe Zeile 19, Spalte 19) gegenüber. Das so gemessene Bildungsvermögen hat sich demnach in monetären Größen im Jahr 1990 um etwa 7 Mrd. DM erhöht.

Bei den Investitionen von produzierten Anlagegütern werden – wie bereits erwähnt – auch private Gebrauchsgüter berücksichtigt. Bruttoinvestitionen in Höhe von insgesamt 164 Mrd. DM (siehe Zeile 17, Spalte 18) standen 1990 Abschreibungen von 126 Mrd. DM (siehe Zeile 18, Spalten 9 bis 13) gegenüber, d.h. die Nettoinvestitionen betragen 38 Mrd. DM (siehe Zeile 29, Spalte 18). Bei den Anlagen für die herkömmliche Produktion betragen die Nettoinvestitionen (einschließlich Vorratsveränderung) 212 Mrd. DM (520 Mrd. DM Bruttoinvestitionen abzüglich 308 Mrd. DM Abschreibungen, siehe Spalte 17).

8) SEEA = System of Integrated Environmental and Economic Accounting. – Siehe United Nations (1993).

Hingewiesen sei darauf, dass der Private Verbrauch (Spalte 15) neben den Leistungen der Privataktivitäten (282 bzw. 1 775 Mrd. DM) auch den Eigenverbrauch der privaten Haushalte enthält (19 Mrd. DM in Zeile 6, Spalte 15).

Im Außenhandel ergibt sich ein positiver Außenbeitrag von 118 Mrd. DM (siehe Zeile 29, Spalte 20): Den Exporten aus inländischer Produktion in Höhe von 716 Mrd. DM (Zeile 14, Spalte 20) stehen Importe von 598 Mrd. DM (Zeilen 15 und 16, Spalte 20) gegenüber. Die wieder ausgeführten Importgüter (insgesamt 51 Mrd. DM) blieben bei dieser Rechnung unberücksichtigt, da sie Im- und Exporte in gleicher Weise erhöhen.

4 Vergleich der herkömmlichen und erweiterten Darstellung

In *Tabelle 2* (siehe S. 44) werden Primärinputs und letzte Verwendung von Gütern aus inländischer Produktion gegenübergestellt. Die Primärinputs umfassen neben der Bruttowertschöpfung auch eingeführte Vorleistungsgüter sowie die auf den Vorleistungen liegende nichtabziehbare Umsatzsteuer. Weiterhin werden in *Tabelle 2* die Angaben der erweiterten Input-Output-Tabellen mit den Ergebnissen der herkömmlichen Input-Output-Rechnung verglichen (siehe auch die *Abbildungen 1 und 2*, S. 45).

Insgesamt steigen die *Primärinputs* (und in gleicher Höhe die letzte Verwendung von Gütern aus inländischer Produktion) bei der Erweiterung der Input-Output-Rechnung um fast die Hälfte (von 2 616 auf 3 839 Mrd. DM). Dieser Anstieg ist vor allem auf die monetäre Bewertung der im Rahmen der Haushaltsproduktion geleisteten Arbeitszeiten zurückzuführen (717 Mrd. DM). Wie bereits ausgeführt, handelt es sich hier nur um die Haushaltsproduktion im engeren Sinne, die dem Dritt-Personen-Kriterium folgt.

Die produktionsbezogenen staatlichen Einnahmen umfassen die auf den Vorleistungsgütern liegende nichtabziehbare Umsatzsteuer ebenso wie die Produktionssteuern abzüglich Subventionen. Die in *Tabelle 2* nachgewiesene Erhöhung um 78 Mrd. DM ist darauf zurückzuführen, dass die Käufe von privaten Verbrauchsgütern und damit auch die auf ihnen lastende Umsatzsteuer in der erweiterten Input-Output-Tabelle zu den Vorleistungen gehören. Dies gilt entsprechend für die eingeführten privaten Verbrauchsgüter, die für eine Erhöhung der importierten Vorleistungen von 342 auf 503 Mrd. DM sorgen.

Die Erhöhung der Abschreibungen insgesamt auf fast das Doppelte (303 auf 573 Mrd. DM) hat zwei Ursachen: Einerseits kommt durch das Konzept des Bildungsvermögens ein Abschreibungsbetrag von 139 Mrd. DM hinzu, andererseits erhöhen die Abschreibungen auf private Gebrauchsgüter die Abschreibungen auf Anlagen um 131 Mrd. DM.

Auf der *Verwendungsseite* steigt natürlich der Private Verbrauch, wenn zusätzlich Haushaltsproduktion berücksichtigt wird. Vermindernd wirkt sich allerdings die Umbuchung der Käufe privater Gebrauchsgüter zu den Investitionen aus. Der Staatsverbrauch sinkt, da die staatlichen Bildungsleistungen als Investitionen behandelt werden. Bei den Investitionen sind entsprechende Erhöhungen durch Bildungsinvestitionen und Käufe privater Gebrauchsgüter zu beobachten. Kleinere Änderungen beim Export sind durch den Wechsel vom Inlands- zum Inländerkonzept bedingt.

Tabelle 2
Primärinputs und letzte Verwendung 1990
Ergebnisse der monetären Input-Output-Tabellen

Arten	Primärinputs				Arten	Letzte Verwendung von Gütern aus inländischer Produktion			
	traditionell		erweitert			traditionell		erweitert	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%
<i>Geleistete Arbeit</i>	1 868 800	71,4	2 584 225	67,3	<i>Privater Verbrauch</i>	1 085 325	41,5	2 076 030	54,1
Erwerbsarbeit	1 868 800	71,4	1 866 887	48,6					
Haushaltsproduktion			717 338	18,7					
<i>Produktionsbezogene staatliche Einnahmen</i>	101 680	3,9	179 391	4,7	<i>Staatsverbrauch</i>	444 070	17,0	361 944	9,4
<i>Abschreibungen</i>	303 010	11,6	572 542	14,9	<i>Investitionen</i>	425 577	16,3	685 408	17,9
Bildung			138 638	3,6	Bildung			145 784	3,8
Anlagen	303 010	11,6	433 904	11,3	Anlagen	425 577	16,3	539 624	14,1
<i>Bezüge aus der übrigen Welt</i>	342 179	13,1	502 842	13,1	<i>Lieferungen an die übrige Welt</i>	660 697	25,3	715 618	18,6
<i>Zusammen</i>	2 615 669	100	3 839 000	100	<i>Zusammen</i>	2 615 669	100	3 839 000	100

Abbildung 1
Traditionelle monetäre IOT 1990

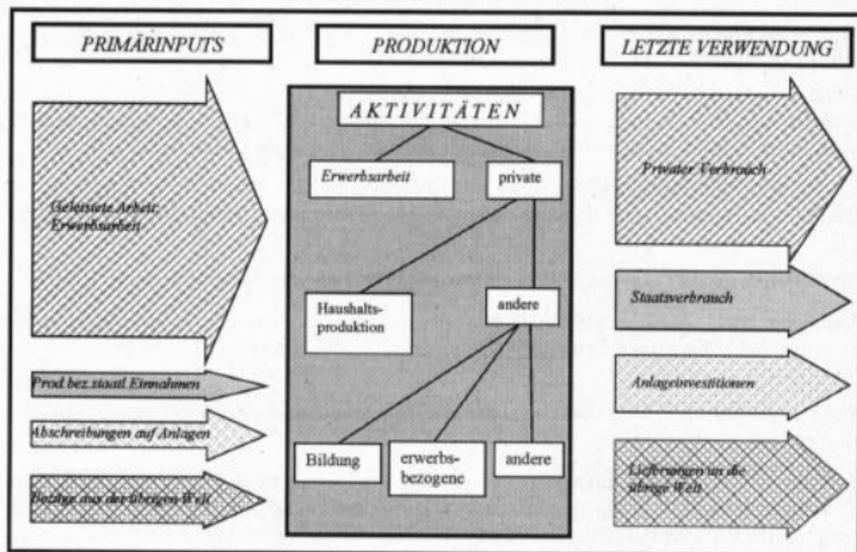
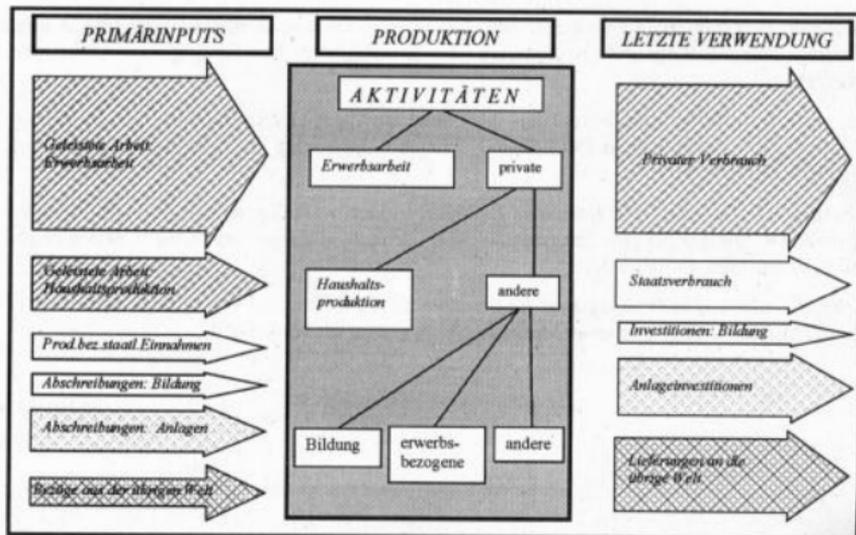


Abbildung 2
Erweiterte monetäre IOT 1990



Literaturhinweise

Blanke, K.; Ehling, M.; Schwarz, N. (1996): Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 121, Stuttgart, Berlin, Köln.

Franz, A. (1998): SNA-Zeit, Non-SNA-Zeit, Zeit-SNA: Unzeitgemäße Überlegungen zu einer existentiellen Taxonomie, in: U.-P. Reich; C. Stahmer; K. Voy (Hrsg.): Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 2: Zeit und Risiko, Marburg, S. 203 – 226.

Lützel, H. (1990): Private Haushalte im makroökonomischen Nachweis, in H. Rapin (Hrsg.): Der Private Haushalt im Spiegel sozioempirischer Erhebungen, Frankfurt a. M., S. 126 – 143.

NNW Measurement Committee (1973): Measuring Net National Welfare of Japan, Tokyo.

Nordhaus, W.D.; Tobin, J. (1972): Is Growth Obsolete?, in: National Bureau of Economic Research (ed.): Economic Growth, 50th Anniversary Colloquium V, General Series No. 96, New York.

Schäfer, D.; Schwarz, N. (1994): Wert der Haushaltsproduktion, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1994, S. 597 – 612.

Stahmer, C. (1995): Satellitensystem für Aktivitäten der Privaten Haushalte, in: B. Seel; C. Stahmer (Hrsg.): Haushaltsproduktion und Umweltbelastung. Ansätze einer Ökobilanzierung für den Privaten Haushalt, Frankfurt a. M., New York, S. 60 – 111.

Stahmer, C. (2000 a): Das magische Dreieck der Input-Output-Rechnung, in S. Hartard, C. Stahmer; F. Hinterberger (2000): Magische Dreiecke – Berichte für eine nachhaltige Gesellschaft, Band 1: Stoffflussanalysen und Nachhaltigkeitsindikatoren, Marburg, S. 43 – 92.

Stahmer, C. (2000 b): Verwehte Engel – Bausteine für ein nachhaltiges Berichtssystem. Beitrag zum 2. Weimarer Kolloquium der Vereinigung für Ökologische Ökonomie, November.

Stahmer, C. (2001): Zeitbudgetdaten in erweiterten Input-Output-Tabellen, in: M. Ehling; J. Merz u. a.: Zeitbudget in Deutschland – Erfahrungsberichte der Wissenschaft, Stuttgart, S. 139 – 151.

Stahmer, C.; Ewerhart, G.; Herrchen, I. (2000): Monetäre, Physische und Zeit-Input-Output-Tabellen – Ansätze für eine integrierte ökonomische, ökologische und soziale Berichterstattung, Wiesbaden, Osnabrück.

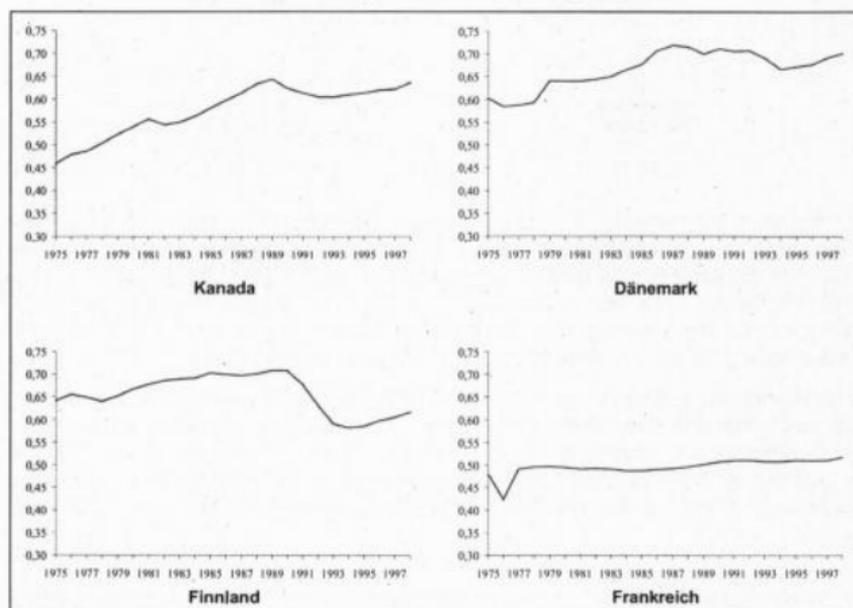
United Nations (1993): Integrated Environmental and Economic Accounting, Handbook of National Accounting, Studies in Methods, Series F, No. 61, New York.

Auslagerung von Haushaltsproduktion – Neuere Ergebnisse für ausgewählte Länder der OECD

1 Auswirkungen der Frauenerwerbsbeteiligung auf die Haushaltsproduktion

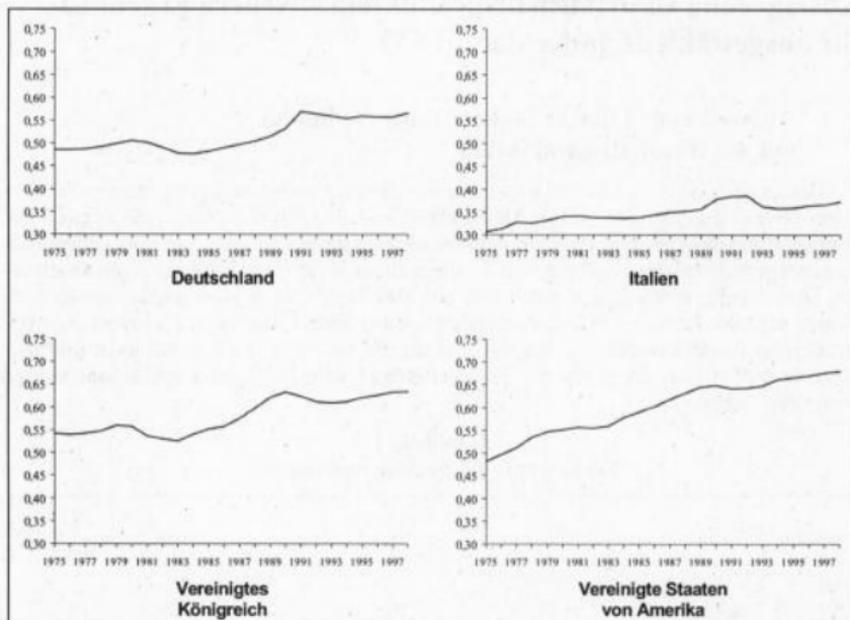
In allen entwickelten Volkswirtschaften hat die Frauenerwerbsbeteiligung mittlerweile ein hohes Niveau erreicht. War z.B. in Deutschland im Jahr 1970 nur knapp jede zweite Frau erwerbstätig, betrug im Jahr 1998 die Frauenerwerbsquote bereits 57%. Die Entwicklung der Frauenerwerbsbeteiligung vollzog sich für die meisten Volkswirtschaften in zwei Abschnitten. Dem ständigen Wachstum in den 70er und 80er Jahren folgte eine Stagnationsphase zu Beginn der 90er Jahre, die in einigen Ländern auch zu einem Rückgang der Frauenerwerbsbeteiligung führte. Ausnahmen hiervon sind die Entwicklung in Großbritannien und den USA; in beiden Ländern wächst die Frauenerwerbsquote mit geringem zyklischem Muster weiter (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1
Entwicklung der Frauenerwerbsquote



*) Prof. Dr. Walter Assenmacher, Universität Essen.

Abbildung 1
Entwicklung der Frauenerwerbsquote



Quelle: OECD, Labor Force Statistics

Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit hat zwei wesentliche ökonomische Effekte. Zum einen erhöht sie das Haushaltseinkommen insgesamt¹⁾, zum anderen führt sie zu einem Rückgang des Zeiteinputs bei der Haushaltsproduktion. Die Haushaltsproduktion hat in allen Volkswirtschaften einen beachtlichen Umfang erreicht, unabhängig davon, wie die Haushaltswertschöpfung gemessen wird. In Deutschland z.B. betrug im Jahre 1992 die Bruttowertschöpfung der Haushalte rund 73 % des Bruttoinlandsprodukts²⁾.

Haushaltsproduktion besteht zum überwiegenden Teil aus der Erstellung von Dienstleistungen an Sachen und Haushaltsmitgliedern, die der Haushalt für sich selbst produziert. In Deutschland war im Jahr 1992 der Zeitaufwand eines Haushalts für Dienstleistungen fünfmal so groß wie der zur Herstellung von Sachgütern³⁾, was vornehmlich in der Produktionsweise für beide Güterarten und den damit verbundenen komparativen Vorteilen begründet ist.

- 1) Frauenerwerbsbeteiligung dient auch der Kompensation eines Einkommensrückgangs, der durch die männliche Erwerbsperson eines Haushalts freiwillig oder unfreiwillig verursacht wird. Dieser Anteil dürfte aber nur gering sein, so dass er im Folgenden vernachlässigt werden kann.
- 2) Dieser Wert wurde aus den bei Schäfer und Schwarz (1994) angegebenen Daten berechnet. Die Bewertung der Eigenleistungen der Haushalte erfolgt mit den Lohnkosten für Spezialisten.
- 3) Vgl. hierzu die Ergebnisse der Zeitbudgetberechnung von Schäfer und Schwarz (1994, S. 600).

Während die Warenproduktion meist kapitalintensiv erfolgt, werden Dienstleistungen bis auf wenige Ausnahmen arbeitsintensiv erstellt.

Die Haushaltsproduktion wird in Deutschland überwiegend von Frauen im heirats- und erwerbsfähigen Alter erbracht (vgl. hierzu Schäfer und Schwarz 1994, S. 599). Durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit stehen diese Frauen nicht mehr im vollen Umfang für die Haushaltsproduktion zur Verfügung, d.h. im heimischen Produktionsprozess sinkt ihr Arbeitseinsatz. Auf diesen Rückgang kann der Haushalt auf verschiedene Weisen reagieren. Entweder substituiert er Heimproduktion durch entsprechenden Kauf bei marktbestimmten Produzenten; oder er setzt bei der Haushaltsproduktion verstärkt Kapitalgüter, d.h. Gebrauchsgüter und in deren Folge eventuell auch mehr Verbrauchsgüter ein.⁴⁾ Bei unterstellter substitutionaler Produktionsweise führt der verstärkte Einsatz von Kapitalgütern zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

Aus diesen möglichen Reaktionen eines Haushalts folgt, dass ein Teil der Zunahme der Konsumausgaben aufgrund eines gestiegenen Haushaltseinkommens der Kompensation der durch verminderten (weiblichen) Arbeitseinsatz gesunkenen Haushaltsproduktion dient. Dieser Teil der Konsumnachfrage wird wegen seiner primären Ursache, der Frauenerwerbstätigkeit, Auslagerungseffekt genannt. Der übrige Teil der Konsumausgaben ist dann einkommensabhängig und soll Einkommenseffekt heißen.

Wäre es möglich, Auslagerungs- und Einkommenseffekt zu quantifizieren, ließen sich die ökonomischen Auswirkungen der Frauenerwerbstätigkeit differenzierter beurteilen, als dies mit den gesamten Konsumausgaben möglich ist. So zeigt z.B. die durch Auslagerung von heimerstellten Dienstleistungen auf marktbestimmte Produzenten induzierte Zunahme des Inlandsprodukts dann keine Verbesserung des Versorgungsniveaus der Haushalte an, wenn sie von einem statistisch nicht erfassten, wertgleichen Rückgang der Haushaltsproduktion begleitet wird. Auch würde sich die Nachfrage nach Verbrauchs- und Gebrauchsgütern anders entwickeln, wenn der Einkommenszuwachs nicht auf das weibliche, sondern männliche Haushaltsmitglied zurückginge, da der Haushalt keine Änderung der Haushaltsproduktionsweise vornehmen müsste. Bei rückläufiger Frauenerwerbsbeteiligung kehren sich die aufgezeigten Effekte um. Ein Teil der vormals am Markt erworbenen Dienstleistungen und Waren wird (wieder) in Haushaltsproduktion hergestellt.

All diese Gründe legen eine theoretische Unterscheidung zwischen Einkommens- und Auslagerungseffekt und ihre empirische Quantifizierung nahe. Um die Auswirkung des Auslagerungseffektes sowohl auf Höhe als auch Struktur der Haushaltsproduktion schätzen zu können, werden alle Konsumgüter im Dispositionsbereich der Haushalte zu drei Güterbündeln (Composite commodities) zusammengefasst: Dienstleistungen, Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Sie bilden die Konsumstruktur der Haushalte in den untersuchten Volkswirtschaften. Geht man davon aus, dass die relativen Preise der in den einzelnen Güterbündeln enthaltenen Güter über die Zeit in etwa konstant bleiben, lassen sich ihre individuellen Preise zu einem Preisindex aggregieren, ohne in Konflikt mit der nutzenmaximierenden Verhaltensannahme der Haushalte zu geraten (Composite commodity-Theorem).

4) Beispielsweise hat der Einsatz von Gebrauchsgütern wie Geschirrspülmaschinen, Wäschetrocknern, Mikrowellengeräten u.Ä. auch eine komplementäre Auswirkung auf den Kauf von Verbrauchsgütern wie Haushaltschemikalien oder Nahrungsmittel.

Für Deutschland und einige ausgewählte Länder der OECD werden Einkommens- und Auslagerungseffekt für die getroffene Konsumstruktur ökonomisch quantifiziert. Um beim internationalen Vergleich mögliche ethnische, soziologische, kulturelle oder institutionelle Länderbesonderheiten bei den ökonomischen Effekten der Frauenerwerbstätigkeit erfassen zu können, wird bei allen Volkswirtschaften dieselbe, durch einen mikroökonomischen Ansatz fundierte Regressionsgleichung geschätzt.

2 Mikroökonomische Fundierung der aggregierten Nachfragefunktionen

Die theoretische Fundierung⁵⁾ der Regressionsgleichung basiert auf einem repräsentativen Haushalt mit zwei Erwerbspersonen M : Mann und F : Frau. Das Arbeitsangebot N_M von M ist exogen bestimmt: $N_M > 0$; das Arbeitsangebot von F , $N_F \geq 0$, legt ein nutzenmaximierender Ansatz fest. Der Haushalt hat zwei Konsumaktivitäten Z_1 und Z_2 zur Wahl, wobei für Z_1 nur Waren G und für Z_2 nur Dienstleistungen S mit ihren konstanten Konsumzeiten pro Einheit t_G und t_S kombiniert werden.⁶⁾ Alle Haushaltsmitglieder bewerten Kombinationen der Konsumaktivitäten mit derselben, streng (quasi-) konkaven Nutzenfunktion u , die wegen konstanter Konsumzeiten letztlich von G und S abhängt: $u = u(G, S)$. Waren und Dienstleistungen können entweder auf dem Markt erworben oder in Heimproduktion von F erzeugt werden. Bei der Heimproduktion setzt F den konstanten Kapitalstock und den variablen Produktionsfaktor Hausarbeitszeit H gemäß einer neoklassischen Produktionsfunktion ein. Es gilt dann:

$$G_H = f_G(H_G) \text{ und } S_H = f_S(H_S) \text{ mit:}$$

$G_H(S_H)$: in Heimproduktion erstellte Waren (Dienstleistungen),

$f_G(f_S)$: neoklassische Produktionsfunktion für Waren (Dienstleistungen),

$H_G(H_S)$: Hausarbeitszeit für Waren (Dienstleistungen).

Bei Qualitätsgleichheit von heimproduzierten und am Markt erworbenen Waren und Dienstleistungen geht die Nutzenfunktion über in:

$$u = u[G_M + f_G(H_G), S_M + f_S(H_S)], \text{ mit:}$$

$G_M(S_M)$: am Markt erworbene Waren (Dienstleistungen).

Die einem Haushalt insgesamt zur Disposition stehende Zeit T wird auf Konsumzeit

$C = t_G G + t_S S$, Hausarbeitszeit $H = H_G + H_S$ und Erwerbszeit $N = N_M + N_F$ aufgeteilt: $T = C + H + N$. Der Haushalt unterliegt der Einkommensrestriktion:

$p_G G_M + p_S S_M \leq K + w_M N_M + w_F N_F$, wobei p_G und p_S die Marktpreise für Waren und Dienstleistungen, w den Stundenlohnsatz und K das Kapitaleinkommen bezeichnen. Die (nutzenmaximierenden) Nachfragefunktionen nach marktbestimmten Waren G_M^* und Dienstleistungen S_M^* lauten in reduzierter Form:

5) Eine detaillierte Darstellung dieses Ansatzes findet man bei Assenmacher und Wenke (1993).

6) Zur Einführung in das Zeitallokationsproblem eines Haushalts siehe Assenmacher (1990).

$$(1) \quad G_M^* = G_M^*(K, T, N_M, t_S, t_G, w, p_S, p_G),$$

$$(2) \quad S_M^* = S_M^*(K, T, N_M, t_S, t_G, w, p_S, p_G).$$

Die mit den Gleichungen (1) und (2) korrespondierenden makroökonomischen Nachfragefunktionen lassen sich nach entsprechender Variablensubstitution gewinnen.⁷⁾ Die Variable w : Stundenlohnsatz bestimmt sowohl das exogene als auch über den Umfang der Hausarbeitszeit H das endogene Einkommen; sie ist damit die entscheidende Variable für den Einkommens- und Auslagerungseffekt. Um beide Effekte isolieren zu können, wird w in zwei Variablen aufgespalten. Bei makroökonomischer Verwendung der beiden Nachfragefunktionen (1) und (2) kann die Wirkung des exogenen Einkommens und des Kapitaleinkommens zusammen mit den Zeitparametern T , t_S und t_G durch eine Variable erfasst werden. Es bietet sich hierfür der reale Gesamtverbrauch pro Kopf V^* an, der ohne endogenes Einkommen realisiert worden wäre. Diese Größe gibt den Teil des Einkommens an, der für konsumtive Zwecke verwendet wird. Sofern bei den drei unterschiedenen Gütergruppen keine Inferiorität vorliegt, steigt die Nachfrage mit dieser Größe. Die Variable V_i^* ist daher geeignet, den Einkommenseffekt zu messen.

Der Auslagerungseffekt resultiert aus der lohnsatzinduzierten Änderung der von Frauen erbrachten Haushaltsproduktionszeit. Da diese Zeitvariable makroökonomisch nur schwer zu ermitteln ist, muss sie durch eine Proxy-Variablen ersetzt werden. In der Zunahme der Frauenerwerbsquote E spiegelt sich am besten der Rückgang der weiblichen Hausarbeitszeit wider; die Variable E wird daher zur Modellierung des Auslagerungseffektes verwendet.

Die Frauenerwerbsquote ist als prozentualer Anteil der erwerbstätigen Frauen der Altersklasse 15 bis 64 Jahren an der weiblichen Bevölkerung derselben Altersklasse festgelegt.⁸⁾ Waren- und Dienstleistungsnachfrage werden als reale Ausgaben G_M und S_M pro Kopf gemessen. Schließlich gehen die Preisvariablen p_G und p_S in die entsprechenden Preisindizes P_G und P_S über. Damit lauten die beiden makroökonomischen Nachfragefunktionen:

$$(3) \quad G_M = G_M(V^*, E, P_S, P_G) \quad \text{und} \quad (4) \quad S_M = S_M(V^*, E, P_S, P_G).$$

Zerlegt man die Nachfragefunktion (3) in die beiden Warenteilaggregate „Gebrauchsgüter: GG^* “ und „Verbrauchsgüter: VG^* “, kann die Konsumstruktur für jede Volkswirtschaft ökonomisch quantifiziert werden. Zur Vermeidung von Multikollinearität bei den Preisindexvariablen dienen die Verbrauchsgüter als Numéraire.

7) Mikroökonomische Fundierung von Makrorelationen wird heute nicht mehr so eng gesehen, dass die makroökonomische Verhaltensgleichung durch Aggregation der mikroökonomischen entstehen müssen. Diese Vorgehensweise ist zudem in vielen Fällen gar nicht möglich.

8) Bis auf Deutschland, Frankreich und Kanada liegt allen „Pro-Kopf“-Größen die Bevölkerung der Altersklassen 15 bis 64 Jahren zu Grunde. Wegen der Datenlage werden in den drei genannten Ländern Quoten und „Pro-Kopf“-Größen mit der Altersklasse 18 bis 65 Jahre ermittelt.

3 Ökonometrische Schätzergebnisse und ihre Interpretationen

Um die Nachfragefunktionen (3) und (4) in Schätzgleichungen zu überführen, sei angenommen, dass sich aus der Nutzenfunktion u loglineare Nachfragefunktionen in Wachstumsfaktoren ableiten lassen.⁹⁾ Die Schätzgleichungen der Konsumstruktur lauten dann:

$$(5) \quad \ln y_{M,t} - \ln y_{M,t-1} = \varepsilon_{y_1} + \varepsilon_{y_2} (\ln V_t^* - \ln V_{t-1}^*) + \varepsilon_{y_3} (\ln E_t - \ln E_{t-1}) \\ + \varepsilon_{y_4} (\ln P_{S,t} - \ln P_{S,t-1}) + \varepsilon_{y_5} (\ln P_{GG,t} - \ln P_{GG,t-1}) \\ + v_{y,t},$$

mit $y = S, GG$ und VG , $v_{y,t}$: Störvariable.

Die Koeffizienten ε_{y_k} , $k = 2, \dots, 5$ stellen die Nachfrageelastizitäten von y bezüglich der einzelnen Regressoren dar. Bis auf V^* sind alle Variablen der Gleichung (5) als Jahresdaten direkt beobachtbar.¹⁰⁾ Für V^* lassen sich jedoch bereinigte Werte berechnen, indem der reale Gesamtverbrauch pro Kopf mit dem niedrigsten Stand der Frauenerwerbsquote im Stützzeitraum standardisiert wird:

$$(6) \quad V_t^* = \frac{V_t}{Y_t} \left(\frac{Y_{M,t}}{E_{M,t}} \frac{E_{M,t}}{B_t} + \frac{Y_{F,t}}{E_{F,t}} \frac{B_{F,0}}{B_0} E_{\theta} \right), \text{ mit:}$$

$Y_{F(M)}$: von Frauen (Männern) erstelltes Bruttoinlandsprodukt,

$E_{F(M)}$: weibliche (männliche) Erwerbstätige,

$t = 0$: Jahr mit der geringsten Frauenerwerbsquote,

B_F : weibliche Bevölkerung,

B : Bevölkerung.

Unterstellt man Gleichheit für die Durchschnittsproduktivität von Frauen und Männern, gilt in Gleichung (6): $\frac{Y_{M,t}}{E_{M,t}} = \frac{Y_{F,t}}{E_{F,t}} = \bar{y}$, wobei \bar{y} die messbare makroökonomische Durchschnittsproduktivität darstellt.

Für die Länder Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Vereinigtes Königreich und die Vereinigten Staaten wurde die Konsumstruktur als Gleichung (5) mit der Methode der kleinsten Quadrate (OLS) geschätzt. In Tabelle 1 (S. 53) sind der Stützzeitraum und das Jahr mit der geringsten Frauenerwerbsquote ausgewiesen. Die unterschiedlichen Längen der Stützzeiträume erklären sich dadurch, dass Beobachtungen am Anfang und Ende der Zeitreihe nicht bei der Schätzung verwendet wurden, wenn die Frauenerwerbsquote nur gering variiert. Daher liegt in zwei Fällen das Minimum von E außerhalb der angegebenen Stützzeiträume.

9) Begründungen für diese Schätzgleichungen findet man bei Assenmacher und Wenke (1996, S. 161).

10) Die Daten wurden entnommen aus OECD, National Accounts.

Tabelle 1
Datenbasis und Standardisierungsjahr

Land	Stützzeitraum	Minimum von E
Kanada (CAN)	1970 – 1991	1970
Dänemark (DEN)	1978 – 1995	1976
Finnland (FIN)	1978 – 1996	1994
Frankreich (FRA)	1970 – 1991	1970
Deutschland (GER)	1970 – 1991	1970
Italien (ITA)	1978 – 1997	1975
Vereinigtes Königreich (UK)	1970 – 1996	1983
Vereinigte Staaten (USA)	1970 – 1997	1975

Tabelle 2 (S. 54) gibt die OLS-Schätzungen der Konsumstruktur für die untersuchten Länder wieder.¹¹⁾ Bei allen Schätzungen sind die OLS-Residuen nach dem erweiterten Dickey-Fuller-Test integriert vom Grade null: $I(0)$; die maximale Laglänge in der für diesen Test benötigten Hilfsregression wurde mit dem Schwert-Kriterium (vgl. hierzu Schwert 1987, S. 88) bestimmt.

11) Die Schätzungen für Deutschland, Kanada und Frankreich wurden entnommen aus Assenmacher und Wenke (1996, S. 162/3). Der Rückgriff auf eine ältere Schätzung erfolgte für Deutschland aus dem Grund, weil für das vereinte Deutschland nicht alle benötigten Daten vorliegen. Bei Kanada und Frankreich variiert die Frauenerwerbsquote nach 1991 so gering, dass ein längerer Stützzeitraum die Ergebnisse nur verfälscht hätte. Beim Ländervergleich sollte beachtet werden, dass den Schätzungen für Deutschland, Kanada und Frankreich die Bevölkerung der Altersklasse 18 bis 65 Jahre, für die übrigen hier betrachteten Länder jedoch die der Altersklasse 15 bis 64 Jahre zu Grunde liegt. Alle Schätzungen und Tests wurden mit dem Programmpaket EViews 3.1 durchgeführt.

Tabelle 2
OLS-Schätzungen der Konsumstruktur ausgewählter Volkswirtschaften

Land	abhängige Variable	Koeffizienten ¹⁾					Prüfmaße ²⁾	
		Absolutglied	bereinigter Verbrauch	Frauen-erwerbsquote	Dienstleis-tungspreis	Gebrauchs-güterpreis	\bar{R}^2	DW
Kanada (CAN)	S	0,01 (2,2)	0,63 (4,4)	0,50 (2,1)	-0,26 (-2,5)	0,26 (1,8)	0,82 (18,4)	2,16
	VG	-0,01 (2,7)	0,59 (4,9)	0,40 (1,7)	0,11 (1,3)	0,08 (0,7)	0,79 (19,5)	2,12
	GG	-0,05 (-2,2)	2,64 (5,0)	1,77 (1,6)	0,18 (0,5)	-0,41 (-0,8)	0,75 (16,3)	1,72
Dänemark (DEN)	S	0,02 (4,15)	0,16 (1,65)	0,2 (1,59)	-0,21 (-1,17)	0,2 (1,62)	0,33 (2,89)	1,86
	VG	0,01 (1,62)	0,33 (2,09)	-0,01 (-0,04)	-0,31 (-1,05)	0,13 (0,64)	0,39 (1,73)	1,63
	GG	-0,07 (-2,2)	5,03 (8,76)	1,99 (2,77)	1,53 (1,44)	-1,35 (-1,92)	0,84 (20,62)	1,83
Finnland (FIN)	S	0,02 (6,13)	0,66 (5,82)	0,26 (3,31)	-0,1 (-1,18)	0 (0,03)	0,91 (45,21)	2,44
	VG	0,01 (1,8)	0,16 (0,82)	0,34 (2,5)	0,14 (1,0)	0,16 (1,56)	0,58 (7,28)	1,32
	GG	0 (3,15)	0,94 (20,23)	0,47 (14,7)	0,01 (0,29)	-0,02 (-0,76)	0,99 (627,47)	1,17
Frankreich (FRA)	S	0,01 (3,5)	0,46 (3,5)	0,75 (3,1)	-0,05 (-0,5)	0,09 (1,0)	0,69 (9,4)	1,86
	VG	0,00 (0,1)	0,43 (2,3)	0,71 (2,4)	0,19 (1,3)	0,09 (0,6)	0,59 (8,2)	1,59
	GG	-0,08 (-5,7)	4,26 (7,1)	3,84 (3,9)	0,11 (0,2)	-0,29 (-0,6)	0,81 (22,7)	1,63
Vereinigtes Königreich (UK)	S	0,00 (-0,03)	0,91 (6,69)	0,87 (6,36)	0,22 (1,88)	-0,26 (-3,11)	0,89 (35,66)	3,08
	VG	0,00 (0,07)	0,42 (3,31)	0,12 (0,94)	-0,03 (-0,29)	0,11 (1,33)	0,68 (10,55)	2,37
	GG	-0,02 (-0,64)	3,47 (7,08)	-0,18 (-0,37)	-0,23 (-0,53)	-0,01 (-0,04)	0,81 (20,19)	1,22
Italien (ITA)	S	0,02 (3,86)	0,31 (2,11)	0,23 (2,34)	-0,01 (-0,08)	0,03 (0,32)	0,53 (6,3)	1,21
	VG	0,01 (1,19)	0,47 (2,89)	0,12 (1,12)	-0,02 (-0,13)	0,16 (1,43)	0,56 (7,01)	1,08
	GG	-0,04 (-1,72)	2,7 (3,87)	0,82 (1,79)	1,01 (1,71)	-0,41 (-0,84)	0,66 (10,31)	1,69
Vereinigte Staaten (USA)	S	0,02 (9,01)	0,41 (3,39)	0,44 (4,69)	-0,10 (-1,04)	0,05 (0,70)	0,78 (18,20)	2,39
	VG	0,00 (1,96)	0,49 (4,54)	0,29 (3,42)	-0,13 (-1,51)	0,05 (0,94)	0,78 (17,90)	2,69
	GG	-0,04 (-3,36)	4,13 (6,45)	1,03 (2,10)	0,91 (1,81)	-0,45 (-1,32)	0,9 (43,14)	0,74
West-deutschland (GER)	S	0,01 (1,7)	0,67 (4,3)	0,41 (2,3)	-0,33 (-1,9)	0,19 (1,5)	0,79 (12,4)	1,54
	VG	0 (0,9)	0,59 (5,3)	0,49 (1,9)	0,35 (2,1)	-0,41 (-2,0)	0,73 (9,0)	1,81
	GG	-0,1 (-1,5)	1,5 (9,1)	0,95 (3,0)	0,36 (1,4)	-0,61 (-2,3)	0,87 (20,4)	2,03

Quelle: Eigene Berechnungen

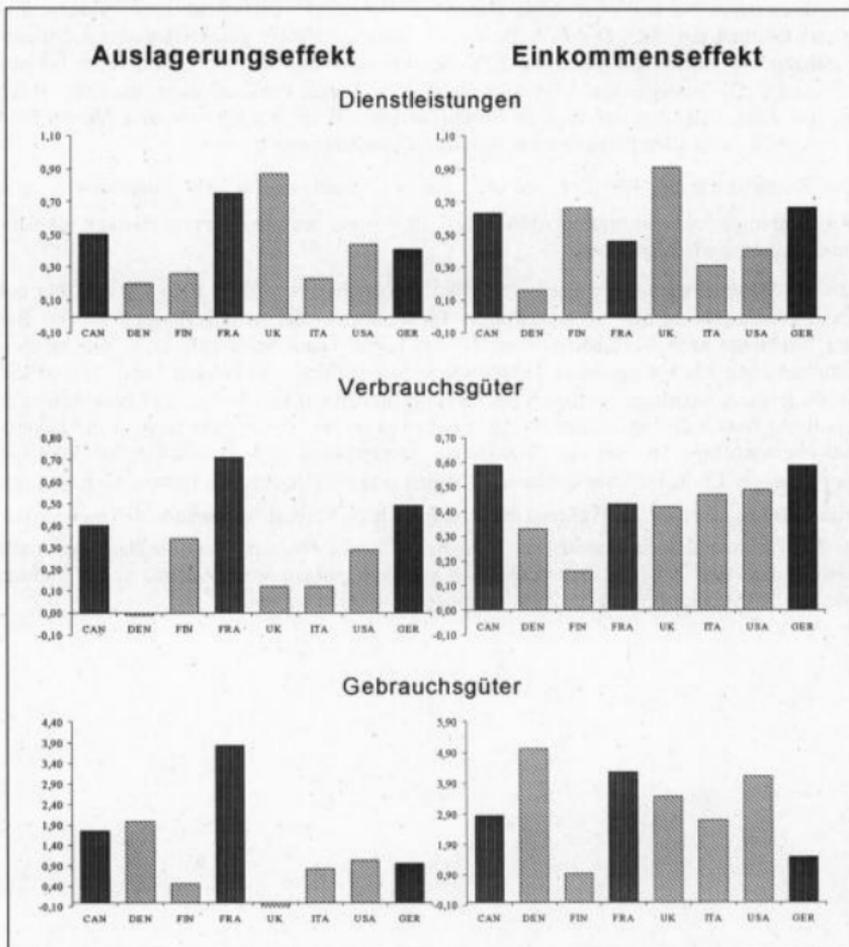
- 1) Unter den Koeffizientenschätzungen sind in Klammern die t -Werte angegeben.
- 2) Es bedeuten: \bar{R}^2 : Korrigiertes Bestimmtheitsmaß, darunter in Klammern der F -Wert, DW : Durbin-Watson-Teststatistik.

Obwohl der (bereinigte) Determinationskoeffizient bei Schätzungen mit Variablen, die wie hier als erste Differenzen gemessen werden, tendenziell gering ist, liegt er für alle Regressionsgleichungen bis auf zwei Regressionen für Dänemark (Dienstleistungen, Verbrauchsgüter) deutlich über 0,5. Die *F*-Werte zeigen einen signifikant geschätzten Gesamtzusammenhang bei einem α -Fehler von 1 % bei den Konsumstrukturen aller Länder bis auf Dänemark (Dienstleistungen, Verbrauchsgüter). Die direkte Preisnachfrageelastizität hat bis auf die Dienstleistungsnachfrage in Großbritannien das theoretisch erwartete Vorzeichen, wengleich sie in allen Ländern nicht signifikant geschätzt wurde.

Die Schätzungen der Koeffizienten ε_{y_2} und ε_{y_3} quantifizieren den Einkommens- und Auslagerungseffekt. Sie sind in Abbildung 2 (S. 56) zur besseren Vergleichbarkeit als Säulendiagramme wiedergegeben.

Bis auf Dänemark liegt bei einem α -Fehler von höchstens 5 % in allen Ländern bei der Dienstleistungsnachfrage ein signifikanter Einkommens- und Auslagerungseffekt vor. Bei der Nachfrage nach Verbrauchs- bzw. Gebrauchsgüter sind beide Effekte in den meisten Ländern ebenfalls bei einem α -Fehler von 5 % signifikant. In keinem Land reagiert die Dienstleistungsnachfrage bezüglich des bereinigten Verbrauchs V^* oder der Erwerbsquote E elastisch; fasst man Einkommens- und Auslagerungseffekt zusammen, reagiert die Dienstleistungsnachfrage in Kanada, Frankreich, Deutschland und Großbritannien elastisch ($\varepsilon_{S_2} + \varepsilon_{S_3} > 1$), in Dänemark, Finnland, Italien und den Vereinigten Staaten hingegen unelastisch ($\varepsilon_{S_2} + \varepsilon_{S_3} < 1$). Während die Nachfrage nach Verbrauchsgütern in den meisten der hier betrachteten Ländern unelastisch bezüglich V^* und E reagiert, hängt die Nachfrage nach Gebrauchsgütern in allen Ländern elastisch von dem gemeinsamen Einfluss von V^* und E ab; für die Einzeleinflüsse gilt dies mit geringen Einschränkungen.

Abbildung 2
Auslagerungs- und Einkommenseffekte



Obwohl nur acht nationale Konsumstrukturen geschätzt wurden, eröffnen sich mit einer Korrelationsanalyse der Nachfrageelastizitäten weitere Interpretationsmöglichkeiten. Da die Auslagerungseffekte im Vordergrund stehen, wurde die paarweise Korrelation nach Bravais-Pearson für die Elastizitäten der Nachfrage bezüglich der Frauenerwerbsquote berechnet. Die Ergebnisse gibt die Korrelationsmatrix (Tabelle 3, S. 57) wieder.

Tabelle 3
Korrelationsmatrix der Elastizitäten des Auslagerungseffektes

	$\epsilon_{S,E}$	$\epsilon_{VG,E}$	$\epsilon_{GG,E}$
$\epsilon_{S,E}$	1	0,3885	0,129
$\epsilon_{VG,E}$		1	0,569
$\epsilon_{GG,E}$			1

Die Korrelationskoeffizienten zeigen, dass der Auslagerungseffekt bei Dienstleistungen (schwach) positiv mit dem Auslagerungseffekt bei Verbrauchs- und Gebrauchsgütern korreliert, jedoch in unterschiedlichem Maße. Die Korrelation der Dienstleistungs- und Verbrauchsgüterelastizitäten ist dreimal so groß wie die der Dienstleistungen und Gebrauchsgüter. Haushalte lagern wegen der Erwerbstätigkeit der Frauen vornehmlich die Produktion von Dienstleistungen und Verbrauchsgütern an marktbestimmte Produzenten aus. Die geringe Korrelation zwischen $\epsilon_{S,E}$ und $\epsilon_{GG,E}$ bestätigt, dass Haushalte Dienstleistungen arbeitsintensiv produzieren und daher keine großen Faktorsubstitutionsmöglichkeiten bestehen. Dies ist bei der Heimproduktion von Verbrauchsgütern anders. Die sehr große Korrelation zwischen $\epsilon_{VG,E}$ und $\epsilon_{GG,E}$ deutet auf einen verstärkten Einsatz von Verbrauchsgütern bei der vom Haushalt nicht ausgelagerten Verbrauchsgüterproduktion hin.

Insgesamt bestätigen die neueren Schätzungen die in einer früheren Untersuchung (Assenmacher/Wenke 1996) festgestellten Unterschiede zwischen den nationalen Konsumstrukturen und der Auslagerung von Haushaltsproduktion. Jedoch scheint die Neigung, wegen zunehmender Frauenerwerbsbeteiligung die Dienstleistungsnachfrage auf marktbestimmte Produzenten auszudehnen, leicht rückläufig zu sein. Dies mag auch daran liegen, dass die Anzahl teilzeitbeschäftigter Frauen wächst. In Deutschland beträgt die Zunahme von 1991 bis 1999 etwa 27,91 %, was einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 3,12 % entspricht. Je höher der Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der Frauenerwerbsquote ausfällt, desto geringer wird die Notwendigkeit der Auslagerung von Haushaltsproduktion.

Literaturhinweise

Assenmacher, W. (1990): Das Zeitallokationsproblem des Haushalts; in: *Wirtschaftsstudium (WISU)* Heft 11, S. 619 – 622.

Assenmacher, W.; Wenke, M. (1993): Haushaltsproduktion, Frauenerwerbstätigkeit und Dienstleistungsnachfrage privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland; in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 211/1-2, S. 22 – 41.

Assenmacher, W.; Wenke, M. (1996): Konsumstruktur und Auslagerung von Haushaltsproduktion in ausgewählten Ländern der OECD; in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 215/2, S. 157 – 170.

OECD, National Accounts, Part II: Detailed Tables; Paris, verschiedene Jahrgänge.

OECD, Labor Force Statistics; Paris, verschiedene Jahrgänge.

Schäfer, D.; Schwarz, N. (1994): Wert der Haushaltsproduktion 1992, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 8, S. 597 – 612.

Schwert, G.W. (1987): Effects of Model Specification on Test for Unit Roots in Macroeconomic Data; in: *Journal of Monetary Economics*, Vol. 20, S. 73 – 103.

Die Verwendung von Äquivalenzskalen bei Verteilungsanalysen: Notwendigkeit der Berücksichtigung von Haushaltsproduktion

Bei der Analyse der Wohlfahrtslagen und ihrer Verteilung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ergeben sich erhebliche Mess-, Zuordnungs- und Bewertungsprobleme. Das eigentlich interessierende Untersuchungsobjekt – das Wohlstandsniveau der Individuen – ist nicht direkt beobachtbar und messbar. Daher wird üblicherweise das monetäre Einkommen als Indikator für die Möglichkeiten der Güterversorgung verwendet. Damit treten bereits erste Abgrenzungsschwierigkeiten auf. Besteht ein Haushalt aus mehreren Personen, so bilden diese üblicherweise eine Bedarfsgemeinschaft, die meist einen Großteil der Güter gemeinsam verwenden und konsumieren. Eine Zuordnung der Einkommen auf individueller Ebene scheint daher auch dann nicht sinnvoll, wenn dieses individuell erworben wird. Um das Wohlfahrtsniveau von Personen in Haushalten mit unterschiedlicher personeller Zusammensetzung vergleichen zu können, müssen darüber hinaus der unterschiedliche Bedarf sowie eventuelle Vorteile gemeinsamer Haushaltsführung berücksichtigt werden. Hierzu werden üblicherweise sogenannte Äquivalenzskalen verwendet, deren zugrundeliegende Annahmen allerdings nicht ganz unproblematisch sind. Insbesondere finden bei den herkömmlichen Äquivalenzskalen die Art der Zeitverwendung und der Umfang der zum Einkommenserwerb verwendeten Zeit keine Berücksichtigung. Inwieweit dies bei Verteilungsanalysen zu Problemen führen kann, soll im Folgenden untersucht werden.

1 Äquivalenzskalen und Wohlfahrtsmessung

In der Literatur sind sehr unterschiedliche Ansätze zur Bestimmung von Äquivalenzziffern zu finden. Es liegen dabei unterschiedliche Vorstellungen darüber zugrunde, was diese messen und welche Sachverhalte durch sie vergleichbar gemacht werden sollen. Generell soll mit Äquivalenzskalen das relative Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung bestimmt werden, mit dem diese das gleiche Wohlfahrtsniveau erreichen. Es wird also der Frage nachgegangen, wie viel zusätzliches Einkommen ein größerer Haushalt gegenüber einem Referenzhaushalt benötigt, damit die Mitglieder in beiden Haushalten als gleich wohlhabend angesehen werden können.

Hierbei stellen sich zunächst die grundsätzlichen Fragen, wie Wohlfahrt operationalisiert und gemessen wird und wessen Wohlfahrt betrachtet wird. Typischerweise werden sogenannte Erwachsenenäquivalenzskalen ermittelt; d.h. es wird von einem Haushalt mit ausschließlich Erwachsenen, meist zwei Personen als Referenzhaushalt ausgegangen und das Einkommen ermittelt, das bei größeren oder kleineren Haushalten nötig ist, um das Wohlfahrtsniveau dieser Referenzpersonen konstant zu halten. Dabei wird gleichzeitig unterstellt, dass die Güter innerhalb des Haushalts so auf alle Mitglieder verteilt werden, dass alle das gleiche Wohlfahrtsniveau erlangen. Diese Annahme ist ein mangels entsprechender Daten über haushaltsinterne Verteilungen notwendiges Hilfskonstrukt; sie dürfte jedoch in der Realität vielfach verletzt sein. Insbesondere mag sich die interne Verteilung infolge der Veränderung der

*) Prof. Dr. Notburga Ott, Ruhr-Universität Bochum.
Kristina Rust, Ruhr-Universität Bochum.

Haushaltszusammensetzung, z.B. durch die Geburt eines Kindes, ändern¹⁾, so dass eine kompensatorische Änderung des Haushaltseinkommens nicht gleichzeitig das Wohlfahrtsniveau beider Eltern konstant zu halten vermag. Äquivalenzskalen sind daher grundsätzlich nur geeignet, Wohlfahrtspositionen von gesamten Haushalten zu beschreiben. Eine Zurechnung zu einzelnen Haushaltsmitgliedern impliziert die höchst problematische Annahme der Gültigkeit der Gleichverteilungsfiktion in der Realität, was bei entsprechenden Verteilungsanalysen zu berücksichtigen ist. Wie Haddad/Kanbur (1990) zeigen, wird bei solchen Verteilungsanalysen auf Personenebene die Ungleichheit in der Gesellschaft unterschätzt.

Noch problematischer ist diese Annahme hinsichtlich der Berücksichtigung der Wohlfahrt von Kindern. Diese sind – zumindest bis zu einem gewissen Alter – weder am Einkommenserwerb noch an der Verteilung der Güter oder der Entscheidung über die Haushaltszusammensetzung beteiligt. Die Gleichverteilungsannahme unterstellt somit, dass Eltern die interne Verteilung so vornehmen oder zumindest vornehmen könnten, dass ihre Kinder das gleiche Wohlfahrtsniveau wie sie selbst erreichen. Dies ist aber noch nicht einmal bei der Güterverteilung gewährleistet, da die Eltern die Präferenzen der Kinder nicht kennen. Der Nutzen, der aus der Haushaltszusammensetzung resultiert, ist dagegen überhaupt nicht vergleichbar. Während Eltern sich überwiegend freiwillig für ihre Kinder entscheiden und daher ein positiver Nutzen unterstellt werden kann, muss dies keineswegs für die Kinder hinsichtlich ihrer Eltern oder Geschwister gelten. Sofern ein solcher Nutzen negativ ist, ist zudem zu bezweifeln, dass er im Rahmen der Güterverteilung kompensiert werden kann und von den Eltern kompensiert wird. Die Wohlfahrt von Kindern anhand des Ausgabeverhaltens von Eltern abschätzen zu wollen, scheint daher konzeptionell verfehlt.²⁾

Dieser Aspekt weist auf ein generelles Problem hin, das in der Literatur als Endogenitätsproblem diskutiert wird. Bei der Berechnung von Äquivalenzziffern wird die Haushaltszusammensetzung vielfach als gegeben betrachtet.³⁾ Derartige Verfahren sind für umfassende Wohlfahrtsanalysen ungeeignet, da die Haushaltszusammensetzung selbst die Wohlfahrt beeinflusst. Geht man davon aus, dass die Haushaltszusammensetzung freiwillig erfolgt, so ist ihr ein positiver Nutzen zuzurechnen, der den Verlust an Konsumnutzen zumindest teilweise kompensiert. Nach ökonomischer Theorie dürfte bei idealen Märkten und vollkommener Voraussicht und Kontrolle überhaupt kein Wohlfahrtsverlust durch das Hinzukommen weiterer Haushaltsmitglieder entstehen, da bei rationaler Entscheidung immer die Alternative mit dem höchsten Nutzenlevel gewählt wird. Nach diesem Konzept sind Wohlfahrtsunterschiede zwischen Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung auf unvollkommene Information, Märktmängel oder ungleiche Anfangsausstattung zurückzuführen. Diese Ursachen zu identifizieren ist notwendig, will man auf der Basis von Verteilungsanalysen zielgerichtete Politikmaßnahmen einführen. Dabei mögen dann unterschiedliche Typen von Äquivalenzskalen durchaus hilfreich sein.

Dieses Problem ist zuerst von Pollak/Wales (1979) thematisiert worden. Sie unterscheiden „conditional equivalence scales“, die auf bedingten Präferenzen bei gegebener Haushaltszusammensetzung basieren, und „unconditional equivalence scales“, die die gesamte Präferenzstruktur berücksichtigen. Für Wohlfahrtsvergleiche sind letztere notwendig, während

1) Vgl. hierzu Ott (1997).

2) Vgl. hierzu ausführlich Nelson (1993).

3) In der deutschsprachigen Literatur findet man praktisch nur diesen Ansatz; vgl. z.B. Faik (1995) oder Stryck (1997).

bedingte Skalen z.B. für Nachfrageanalysen sinnvoll sind, die auf kurzfristigen Entscheidungen beruhen. Allgemeine, unbedingte Skalen sind jedoch empirisch nur schwer zu ermitteln. Selbst bei identischen bedingten Präferenzfunktionen, kann aus nachfragebasierten Äquivalenzskalen ohne restriktive Zusatzannahmen nicht auf die allgemeinen zurückgeschlossen werden.⁴⁾ In der Literatur ist ein solches Vorgehen daher auch nur gelegentlich zu finden.⁵⁾ Die sich ergebenden Äquivalenzgewichte fallen dabei geringer aus als bei der Schätzung bedingter Skalen.⁶⁾

Ein anderer Weg wird mit der Schätzung subjektiver Äquivalenzskalen verfolgt, die auf einer direkten Messung des Wohlfahrtsniveaus basieren.⁷⁾ Beim sogenannten Leyden-Ansatz⁸⁾ werden mittels Befragung die Einkommensniveaus erhoben, die für die gegebene Haushaltssituation als gut oder schlecht angesehen werden.⁹⁾ Andere Autoren verwenden auch andere Indikatoren der Einkommens- oder Lebenszufriedenheit.¹⁰⁾ Die empirisch geschätzten Skalen sind sowohl für verschiedene Länder¹¹⁾ als auch für die verschiedenen Ansätze relativ ähnlich. Wie bei den nachfragebasierten nicht konditionalen Ansätzen fallen auch die subjektiven Skalengewichte deutlich geringer aus als bei bedingten Äquivalenzskalen.¹²⁾ Dies weist darauf hin, dass die Menschen der Haushaltszusammensetzung selbst einen positiven Nutzen zumessen, der einen Ausgleich für ein niedrigeres Konsumlevel darstellt. Interessant ist dabei vor allem, dass die Äquivalenzskalen je nach Einkommensniveau unterschiedlich sind und mit steigenden Einkommen geringer werden (siehe Tabelle 1, S. 62).

Beim Vergleich unterschiedlicher subjektiver Skalen fällt zudem auf, dass bei Verwendung der Cantrill-Frage, die auf einen umfassenderen Wohlfahrtsbegriff zielt, die Skalen über die Einkommensklassen hinweg deutlich stärker differieren und in den höheren Einkommensklassen die Skalengewichte für Kinder verschwinden bzw. sogar leicht negativ werden. Der Grund dafür mag sein, dass bei der Bewertung der gesamten Lebensumstände, die Wohlfahrtseffekte der Haushaltszusammensetzung umfassend – d.h. mit vergangenen Lebensabschnitten und Zukunftschancen – Berücksichtigung finden. Für diese Interpretation spricht auch das positive Skalengewicht bei Alleinlebenden, dem offensichtlich ein hoher negativer Wert zugemessen wird. Bei niedrigem Einkommen fällt dagegen der Kostenaspekt von Kindern besonders stark ins Gewicht, der bei der Bewertung von Lebensentwürfen als Fehlentscheidung oder als Folge unvorhersehbarer Risiken oder Marktbeschränkungen schwerer wiegen mag als bei der aktuellen Lebensbewältigung.

4) Vgl. zur Diskussion dieses Identifikationsproblems z.B. Blundell/Lewbel (1991) und Kapteyn (1994).

5) Vgl. für Schätzungen neuerer Datums Nicol (1994) und Ferreira/Buse/Chavas (1998).

6) Ein direkter Vergleich beider Äquivalenzskalen ist bei Nicol (1994) zu finden.

7) Hierbei handelt es sich um die Erhebung ordinaler individueller Präferenzordnungen. Zur Ableitung von Äquivalenzziffern ist dann die durchaus problematische Zusatzannahme notwendig, dass diese Präferenzordnungen für alle Befragten identisch sind.

8) Vgl. z.B. Goedhart et al. (1977), Kapteyn/Wansbeek (1985).

9) Dabei werden meist sechs Abstufungsniveaus vorgegeben.

10) Danzinger et al. (1984) verwenden eine Frage nach dem Minimaleinkommen, Schwarze (2000) nach der Einkommenszufriedenheit und Plug/Van Praag (1995) die aus der psychologischen Forschung bekannte sogenannte Cantrill-Frage nach der Lebenszufriedenheit.

11) Vgl. z.B. Van Praag/Van der Sar (1988).

12) Vgl. z.B. Schwarze (2000).

Tabelle 1: Subjektive Äquivalenzskalen nach Einkommenslevel

Leydens-Ansatz: Bewertung unterschiedlicher Einkommensniveaus für die individuelle Haushaltskonstellation ^{a)}

Einkommenslevel	n=1 ^{*)}	n=2 ^{*)}	n=3 ^{*)}	n=4 ^{*)}	n=5 ^{*)}	n=6 ^{*)}
Level 1	0,86	1,00	1,09	1,16	1,21	1,26
Level 2	0,89	1,00	1,07	1,12	1,17	1,20
Level 3	0,90	1,00	1,07	1,12	1,16	1,19
Level 4	0,90	1,00	1,07	1,12	1,16	1,19
Level 5	0,93	1,00	1,05	1,08	1,11	1,13
Level 6	0,95	1,00	1,03	1,05	1,07	1,08

Cantrill-Ansatz: Lebenszufriedenheit ^{b)}

Einkommen (hfl)	n=1 ^{*)}	n=2 ^{*)}	n=3 ^{*)}	n=4 ^{*)}	n=5 ^{*)}	n=6 ^{*)}
10 000	0,88	1,00	1,18	1,35	1,51	1,66
20 000	1,26	1,00	1,05	1,13	1,22	1,30
30 000	1,55	1,00	0,98	1,02	1,07	1,13
40 000	1,80	1,00	0,94	0,95	0,98	1,02
50 000	2,03	1,00	0,90	0,99	0,92	0,94

^{a)} „Please try to indicate what you consider to be an appropriate amount for each of the following cases? Under my (our) conditions I would call a net income per week/month/year of: about \$... very bad, about \$... bad, about \$... insufficient, about \$... sufficient, about \$... good, about \$... very good.“

^{b)} „Here is a picture of a ladder, representing the ladder of life. The bottom of this ladder, step 0, represents the worst possible life while the top of this ladder, step 10, represents the best possible life. Where on the ladder do you feel you personally stand at the present time?“

^{*)} n = Haushaltsgröße, 1 bzw. 2 Erwachsene + Kinder

Quelle: Plug/Van Praag (1995)

Diese Überlegungen weisen auf einen weiteren Aspekt hin, den Pashardes (1991) thematisiert. Bei perfekten Kreditmärkten ist davon auszugehen, dass die Kosten weiterer Haushaltsmitglieder, insbesondere die von Kindern, im Lebenslauf durch vorheriges Ansparen oder durch Kreditaufnahme zulasten späteren Konsums verteilt werden. Sofern sich durch die veränderte Haushaltszusammensetzung die Konsumpräferenzen nicht ändern, wäre dann keine Änderung im Nachfrageverhalten beobachtbar, da die Konsumreduktion auf alle Lebensphasen – auch die ohne Kinder – verteilt würde. Sind die Möglichkeiten intertemporaler Einkommensumschichtungen jedoch aufgrund von Kreditbeschränkungen begrenzt, entstehen zusätzliche Kosten aufgrund der suboptimalen intertemporalen Güterverteilung. Auf Längsschnittdaten basierende Äquivalenzziffern würden dann genau diese durch Marktversagen induzierten Kosten messen. Skalen auf Basis von Querschnitterhebungen, in denen

nicht zwischen lebenslang und aktuell Kinderlosen sowie zwischen Eltern mit und ohne Kreditbeschränkungen unterschieden werden kann, reflektieren beide Arten Kinderkosten. Die in Tabelle 1 ausgewiesenen höheren Skalengewichte bei niedrigerem Einkommen mögen zum Teil auf die geringeren Möglichkeiten der intertemporalen Einkommensumschichtung zurückzuführen sein.

2 Äquivalenzskalen zur Messung von Lebensstandards

Die bisher aufgezeigten, theoretischen und empirischen Probleme der Ableitung von Äquivalenzziffern haben deutlich gemacht, dass ein interpersoneller Wohlfahrtsvergleich mit derartigen Verfahren auch nicht annähernd erreicht werden kann. Die verschiedenen empirischen Ansätze und der Vergleich der Effekte unterschiedlicher Annahmen geben wertvolle Hinweise auf isolierte, partielle Wohlfahrtseffekte, die bei der Ausgestaltung politischer Maßnahmen von großer Bedeutung sind. Als objektive Skalen, die echte Wohlfahrtsanalysen erlauben würden, können sie gleichwohl nicht angesehen werden.

Insbesondere bei den überwiegend verwendeten konditionalen Äquivalenzziffern ist eine solche Interpretation unzulässig. Vom Ansatz her sind sie jedoch geeignet, die Vergleichbarkeit materieller Lebensstandards herzustellen. Für die Politik liefern sie u.U. sogar die wichtigeren Informationen, wenn nämlich nicht der Ausgleich individueller Wohlfahrtspositionen vorrangiges politisches Ziel ist, sondern die Frage nach den Ursachen mangelnder Bedarfsdeckung und die Beseitigung von Ineffizienzen in der materiellen Güterversorgung.

Beim Vergleich des Lebensstandards von Haushalten mit unterschiedlicher Zusammensetzung gilt es vor allem zwei Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen verändert sich durch das Hinzukommen weiterer Personen die Bedarfssituation im Haushalt, da je nach Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand andere Güter wichtig sind und die vorhandenen Ressourcen auf mehr Personen verteilt werden müssen – zumindest wenn die zusätzliche Person keine eigenen Ressourcen einbringt, wie dies bei Kindern der Fall ist. Für die bisherigen Haushaltsmitglieder resultiert daraus, wenn vielleicht auch kein Wohlfahrtsverlust, so doch eine Einschränkung im Konsumniveau. Zum anderen ergeben sich durch das gemeinsame Wirtschaften mehrerer Personen Vorteile bei der Haushaltsführung, sogenannte „economies of scale“, die vor allem durch den gemeinsamen Konsum haushaltsöffentlicher Güter und die Reduzierung von Fixkosten entstehen. Bei gleichen Ressourcen lässt sich damit ein höherer Lebensstandard erreichen.

Unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten sind allerdings bei beiden Aspekten Fragezeichen zu setzen, ob und in welchem Umfang sie bei einem gesellschaftlichen Ausgleich Berücksichtigung finden sollen.

- Economies of scale führen sicherlich dazu, den Lebensstandard und damit die Leistungsfähigkeit, die als Kriterium bei Umverteilungsmaßnahmen zugrunde liegt, zu erhöhen. Andererseits sind economies of scale das Resultat freiwilliger Entscheidungen über die Art der Wirtschaftsführung, die bei dieser Entscheidung eine nicht unbedeutende Rolle

spielen.¹³⁾ Eine vollständige Abschöpfung der Vorteile durch ein Umverteilungssystem würde damit auch diese Anreize zu effizienter Haushaltsführung beseitigen.¹⁴⁾

- Die Problematik, eine Reduktion in der materiellen Güterversorgung zur Grundlage von Umverteilungsmaßnahmen zu machen, wenn gleichzeitig nichtmaterielle Wohlfahrtseffekte entstehen, wurde bereits im Abschnitt I diskutiert. Zumindest im unteren Einkommensbereich, wenn durch die Absenkung des Lebensstandards das anerkannte „soziokulturelle Existenzminimum“ nicht mehr erreicht wird, muss jedoch aus politischer Sicht die kurzfristige Bedarfsdeckung Vorrang vor der Berücksichtigung möglicherweise erst langfristig wirkenden immateriellen Wohlfahrtseffekte haben. Auch bei der Betrachtung anderer Einkommensklassen begründet die Veränderung des Lebensstandards bei sich ändernder Haushaltszusammensetzung insofern politischen Handlungsbedarf, soweit darin vor allem die mangelnde Möglichkeit eines effizienten Ressourceneinsatzes im Lebenslauf zum Ausdruck kommt.¹⁵⁾

Trotz aller Mess- und Bewertungsprobleme erscheint jedoch die Betrachtung von Lebensstandards auf Haushaltsebene die einzig praktikable Möglichkeit, die Wohlfahrt von Kindern bei der Bemessung von monetären Transfers angemessen berücksichtigen zu können.¹⁶⁾ Auch wenn nicht ohne weiteres sichergestellt werden kann, dass Kinder gleichmäßig am Lebensstandard der Familie partizipieren¹⁷⁾, so gibt die Messung der materiellen Versorgung auf Haushaltsebene zumindest über das Niveau des potentiellen individuellen Lebensstandards Auskunft, an dem sich die Politik orientieren kann, wenn ein bestimmtes Niveau aus gesellschaftspolitischer Sicht nicht unterschritten werden soll.

13) Besonders deutlich ist dies bei Wohngemeinschaften, die überwiegend ausschließlich aus Gründen der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit eine (teilweise) gemeinsame Haushaltsführung wählen.

14) Derartige negative Anreizeffekte dürften bei den in der Sozialhilfe verwendeten Skalen bereits bestehen, wenn man die Sätze von allein erziehenden und zusammen lebenden Eltern vergleicht (vgl. Ott 2001). Andererseits gibt es aber auch keinen Grund, bestimmte Formen des Zusammenwirtschafens auch noch zu begünstigen, wie dies z.B. mit dem Ehegattensplitting im Steuersystem geschieht (vgl. Ott 1999).

15) Weiterhin gibt es in Haushalten mit Kindern zusätzlich aus familienpolitischer Sicht Gründe für den Ausgleich materieller Einbußen, da die familiäre Sozialisation der Kinder allen Gesellschaftsmitgliedern zugute kommt und sog. „externe Effekte“ erzeugt. Besonders deutlich ist dies im umlagefinanzierten Rentensystem zu sehen. Vgl. hierzu Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2001). Auch wenn ein solcher Ausgleich nicht im Rahmen eines allgemeinen Umverteilungssystems zielgerichtet stattfinden kann, sondern spezifische familienpolitische Maßnahmen erfordert, ist auch dafür zunächst die Messung der Einbußen im Lebensstandard notwendig.

16) Der Staat hat aber auch noch andere Mittel, auf die Wohlfahrt von Kindern einzuwirken, die u.U. deutlich zielgenauer sind. Dies gilt vor allem für Realtransfers, sofern diese ausschließlich Kindern zugute kommen, wie z.B. das Schulsystem. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, institutionell direkt auf die Familien einzuwirken, was aber in einer liberalen Gesellschaftsordnung wohlbegründet sein muss.

17) Dabei können die Abweichungen durchaus in beide Richtungen erfolgen. Es ist anzunehmen, dass in vielen Familienhaushalten eine Ungleichverteilung zugunsten der Eltern herrscht.

3 Probleme bei der Ermittlung nachfragebasierter Äquivalenzskalen

Obwohl also die Nützlichkeit von konditionalen Äquivalenzskalen, die den Lebensstandard messen, offensichtlich ist und mit ihnen einige Probleme der Wohlfahrtsmessung umgangen werden können, ist auch ihre Ermittlung nicht problemlos. Neben den expertenbasierten Ansätzen, die i.d.R. das sozialkulturelle Existenzminimum beschreiben und hier nicht weiter betrachtet werden sollen¹⁸⁾, existieren unterschiedliche Ansätze, die Äquivalenzgewichte aus dem Nachfrageverhalten der Haushalte abzuleiten versuchen. Diese Ansätze unterscheiden sich letztlich darin, welche Güter als den Lebensstandard eines Haushalts bestimmend angesehen werden.¹⁹⁾

Beim sogenannten Engel-Ansatz wird der Frage nachgegangen, welches zusätzliche Einkommen bei weiteren Haushaltsmitgliedern nötig ist, um die Ausgabenanteile für bestimmte Gütergruppen konstant zu halten. Ausgehend von den Arbeiten von Ernst Engel (1857) wurde ursprünglich der Budgetanteil für Nahrungsmittel als Wohlstandsmaß angesehen. Mittlerweile wird der Ansatz aber auch für andere Gütergruppen verwendet.

Bei der sogenannten Rothbarth-Methode wird dagegen das Einkommen ermittelt, das notwendig wäre, um die absolute Ausgabenhöhe für bestimmte Gütergruppen konstant zu halten. Äquivalenzziffern lassen sich mit dieser Methode nur dann ermitteln, wenn es Gütergruppen gibt, an denen die zusätzlichen Haushaltsmitglieder nicht partizipieren. Im ursprünglichen Ansatz²⁰⁾ wurden bei der Ermittlung von Skalen für Familienhaushalte typische Erwachsenengüter verwendet.

Beim Prais-Houthakker-Verfahren²¹⁾ wird der Versuch unternommen, das Haushaltseinkommen zu ermitteln, mit dem das Versorgungsniveau konstant gehalten wird. Bei diesem Verfahren handelt es sich um eine Weiterentwicklung der Engel-Methode, bei der das Problem der Auswahl bestimmter Gütergruppen dadurch umgangen wird, dass für alle Gütergruppen gruppenspezifische Äquivalenzgewichte ermittelt werden. Dies ist jedoch ohne zusätzliche Annahmen nicht möglich, weshalb sich in der Folgezeit unterschiedliche Ansätze entwickelt haben, die dieses Identifikationsproblem in unterschiedlicher Weise zu lösen versuchen.

Schließlich ist noch die Gruppe der Verfahren zu nennen, die auf dem sogenannten Barten-Ansatz²²⁾ aufbauen, bei dem ein explizit nutztheoretisches Konzept verfolgt wird. Dabei wird das Einkommen ermittelt, das das bedingte Nutzenniveau, das mit den Konsumausgaben erreicht wird, bei unterschiedlicher Haushaltszusammensetzung konstant hält. Auch dieses Vorgehen ist nur unter restriktiven Zusatzannahmen handhabbar.

Letztlich wird bei allen Verfahren eine Ausgaben- bzw. Kostenfunktion für jene Gütergruppen bestimmt, die in die Betrachtung eingehen. Das jeweils zugrundeliegende Kriterium lässt

18) Vgl. zu einem Überblick z.B. Faik (1995, S. 47 f.) und Stryck (1997, S. 24 ff.).

19) Einen Überblick sowie eine kritische Diskussion der Ansätze geben Faik (1995, Teil 2) und Stryck (1997, Kap. 3).

20) Vgl. Rothbarth (1943).

21) Vgl. Prais/Houthakker (1955).

22) Der Ansatz geht auf Barten (1964) zurück.

sich in eine entsprechende Nutzenfunktion uminterpretieren²³⁾, so dass für alle Verfahren eine einheitliche nutzentheoretische Darstellung gewählt werden kann. Der Skalenindex, mit dem das Einkommen eines Haushalts zu dem eines Referenzhaushaltes vergleichbar wird, berechnet sich dann aus dem Verhältnis der Kostenfunktion für ein vorgegebenes Nutzenniveau:

$$m^h = \frac{c(U^R, p | S^h)}{c(U^R, p | S^R)}$$

mit	$c(\dots)$	Kostenfunktion
	U^R	Nutzenniveau des Referenzhaushalts
	p	Preissystem
	S^i	Struktur des Haushalts i

Die verschiedenen Ansätze führen zu sehr unterschiedlichen Äquivalenzskalen. Die größten Gewichte weisen Skalen nach dem Engel-Ansatz auf, Skalen vom Rothbarth-Typ eher geringere Gewichte, während Skalen, die auf gesamten Nachfragesystemen basieren, eher dazwischen liegen, aber selbst wiederum eine große Bandbreite aufweisen.²⁴⁾ Die Skalen sind somit sehr sensitiv hinsichtlich der zugrunde liegenden Annahmen. Dies kann die Aussagefähigkeit der Skalen u.U. erheblich beeinflussen. Die wichtigsten Probleme sollen daher kurz dargestellt werden.²⁵⁾

Damit die Kostenfunktionen in obiger Gleichung eindeutig abgeleitet und geschätzt werden können, sind verschiedene Separabilitätsannahmen zu treffen. Um eindeutige konditionale Äquivalenzskalen ermitteln zu können, müssen die zugrundeliegenden Nutzenfunktionen in verschiedenen Dimensionen separierbar sein: zwischen dem Konsum der Eltern und dem der Kinder, zwischen haushaltsöffentlichen Gütern und den privaten Elterngütern, sowie zwischen verschiedenen Perioden. Die Separabilität ist verletzt, sofern Skaleneffekte im Konsum existieren oder durch weitere Haushaltsmitglieder die Preise oder die Qualität anderer Güter verändert werden. So mag durch Kinder z.B. die Qualität des TV-Konsums beeinträchtigt werden und durch die Notwendigkeit eines Babysitters der Preis für einen Theaterbesuch steigen. Skaleneffekte im Konsum entstehen vielfach durch Fixkosten der Haushaltsproduktion – beispielsweise durch den Kauf einer Waschmaschine oder eines Herdes.

Darüber hinaus wird häufig die Annahme der „base independence“ – d.h. der Unabhängigkeit der Äquivalenzskala vom Einkommenslevel – eingeführt, die für die Identifizierung nicht konditionaler Skalen notwendig ist.²⁶⁾ Diese Annahme ist mehrfach getestet worden und musste abgelehnt werden.²⁷⁾ Obwohl diese Annahme für die Herleitung und Schätzung konditionaler Äquivalenzskalen unerheblich ist, so gilt dies nicht für deren Anwendung, da die Verwendung ein und derselben Äquivalenzskala für Haushalte verschiedener Einkommensklassen zu starken Verzerrungen bei Verteilungsanalysen führen kann.

23) So impliziert z.B. der Rothbarth-Ansatz eine limitationale Nutzenfunktion, der Engel-Ansatz solche, die zu homogenen Engelkurven führen. Bei den Ansätzen nach Prais/Houthakker und Barten werden die impliziten oder expliziten Nutzenfunktionen durch die jeweiligen Zusatzannahmen bestimmt. Vgl. hierzu Faik (1995, Kap. 3).

24) Vgl. zu vergleichenden Analysen z.B. Klein (1994), Phipps (1996), Lancaster et al. (1999).

25) Vgl. dazu Gronau (1988) und Dickens et al. (1993).

26) Vgl. z.B. Blundell/Lewbell (1991).

27) Auch die in Tabelle I dargestellten Ergebnisse zeigen eine Abhängigkeit der Skalen vom Einkommensniveau.

Schließlich ist noch ein weiteres Problem in der Anwendung von Äquivalenzskalen zu nennen, auf das Glewwe (1991) aufmerksam macht. Bei Verwendung von Äquivalenzskalen in der Verteilungsanalyse kann es zu dem paradoxen Ergebnis kommen, dass eine Umverteilung von ärmeren zu reicheren Haushalten die Ungleichheit verringert, wenn diese Umverteilung von kleineren Haushalten zu größeren stattfindet.²⁸⁾ In diesem Fall wird nämlich durch die Umverteilung die gesamte Summe der rechnerischen Äquivalenzeinkommen in der Gesellschaft größer, wobei dieser Zuwachs vor allem den größeren Haushalten zugerechnet wird und damit die Verteilung verändert. Sofern nun die Äquivalenzgewichte auf einer besseren Ressourcenverwendung (economies of scale) in größeren Haushalten beruhen, hat dieses Resultat einen substantiellen Grund. In der Folge wäre jedoch eine verteilungspolitisch höchst problematische Forderung der Ressourcenumlenkung in größere Haushalte begründbar mit dem Argument, dass in diesen effizienter gewirtschaftet werde. Eine solche Argumentation erfordert zwar eine utilitaristische Sicht, indem dazu tatsächlich interpersonelle Nutzenvergleiche angestellt werden müssten, was empirisch nicht möglich ist. Jedoch fließt genau diese Annahme bei der Ermittlung von Äquivalenzskalen ein, was zwar aus Praktikabilitätsgründen notwendig ist, bei der Ableitung politischer Schlussfolgerungen jedoch immer zu beachten gilt. Spiegeln die Äquivalenzskalen jedoch nur Bedarfsgewichte wider, mit denen lediglich das Nutzenniveau der Referenzperson im Haushalt rechnerisch konstant gehalten werden kann, wenn für die weiteren Haushaltsmitglieder ein bestimmtes Güterbündel bereitgestellt wird²⁹⁾, so sagt das rechnerische Äquivalenzeinkommen wenig über den tatsächlichen Wohlstand der einzelnen Haushaltsmitglieder aus. Bei Verwendung von Äquivalenzeinkommen in der Verteilungsanalyse werden dann die weiteren Haushaltsmitglieder mit einem Einkommen berücksichtigt, das ihnen gar nicht zur Verfügung steht.³⁰⁾

Alle drei angesprochenen Problempunkte hängen mit der innerfamiliären Wohlfahrtsproduktion zusammen, in die als Inputfaktor nicht nur das monetäre Einkommen eingeht, sondern auch die Eigenleistungen der Haushaltsmitglieder. Mit herkömmlichen, nachfragebasierten Äquivalenzskalen werden letztere überhaupt nicht erfasst. Dies ist unproblematisch, sofern alle Haushalte eine vergleichbare Technologie in der Haushaltsproduktion verwenden, d.h. das Verhältnis von Marktgütern und Hausarbeitszeit in allen Haushalten etwa gleich ist. Anderenfalls hat die Haushaltsproduktion nicht unerhebliche Einflüsse einerseits auf die Verteilung der Wohlstandpositionen und andererseits auf die Größe der Wohlfahrtseffekte, die durch eine gemeinsame Haushaltsführung entstehen.

28) Glewwe illustriert dies an folgendem Beispiel: Eine Gesellschaft besteht aus 3 Haushalten. Zwei Ein-Personen-Haushalte mit einem Einkommen von \$ 30 bzw. \$ 400 und einem Sechs-Personen-Haushalt mit einem Einkommen von \$ 70, was einem Äquivalenzeinkommen von \$ 35 entspricht (Skala: 1. Person = 1, jede weitere Person = 0,2). Bei einer Umverteilung von \$ 2 vom ärmsten zum mittleren Haushalt verringert sich der Theilindex von 0,6887 auf 0,6800.

29) Siehe dazu die Diskussion um die Vernachlässigung der Wohlstandsposition der Kinder in Abschnitt 1.

30) Im Beispiel von Glewwe gehen sechs Personen des mittleren Haushalts mit einem zusätzlichen Einkommen von \$ 1 in die Verteilungsanalyse ein, obwohl fünf von ihnen nur 20 Cent erhalten haben, wenn das Nutzenniveau der ersten Person im Haushalt korrekt zugerechnet wird.

4 Verteilungseffekte von Haushaltsproduktion

Zur Berücksichtigung von Haushaltsproduktion bei der Wohlfahrtsmessung ist es notwendig, dieser einen Wert zuzumessen. Hierzu sind in der Literatur verschiedene Ansätze zu finden.³¹⁾ Generell wird dabei der in der Haushaltsproduktion eingesetzten Zeit ein Preis zugeordnet. Dieser kann am Output der Haushaltsproduktion oder am Input, den Faktorkosten, orientiert sein. Im ersten Fall wird entweder ein von den Befragten angegebener Wert verwendet³²⁾ oder es werden die Alternativkosten bei Erwerb der Leistung am Markt angesetzt. Hierfür wird die Zeit für bestimmte Haushaltstätigkeiten mit den Marktlöhnen von entsprechenden Dienstleistungsanbietern bewertet, wobei es auch hier wiederum verschiedene Varianten gibt: Die Generalistenmethode verwendet den Lohnsatz einer Hauswirtschafterin, die Spezialistenmethode die spezifischen Marktlöhne für die einzelnen Tätigkeiten. Diese Methode wird vor allem dann eingesetzt, wenn differenzierte Zeitbudgetdaten mit genauen Tätigkeitsbeschreibungen vorliegen. Liegen nur Informationen über den Umfang der in der Haushaltsproduktion eingesetzten Zeit vor, muss eine am Input orientierte Methode gewählt werden, indem die Zeit mit den Opportunitätskosten bewertet wird, d.h. mit dem Lohnsatz, der bei Einsatz der Zeit am Markt erzielt werden könnte. Bei erwerbstätigen Personen kann hierfür der beobachtete Lohnsatz verwendet werden, für nicht erwerbstätige Personen muss dagegen die Einkommenskapazität geschätzt werden.

Der Wert der Haushaltsproduktion, der in solcherart bewerteter Hausarbeitszeit ausgedrückt wird, stellt damit quasi ein rechnerisches „Entgelt“ für die Haushaltsleistung dar und kann zum monetären Einkommen dazugerechnet werden. Das sog. „erweiterte Einkommen“ ergibt sich dann als

$$EK = Y + D$$

mit Y monetäres Einkommen
mit D monetär bewertete Haushaltsproduktionszeit

beim Opportunitätskostenansatz:

$$E = Y + w_j H_j + w_m H_m = Y + D$$

mit w_j Lohnsatz Person j
 H_j Haushaltsproduktionszeit von j

bei Bewertung mit Marktlöhnen:

– Generalistenmethode:

$$E = Y + w(H_j + H_m) = Y + D$$

mit w Lohnsatz einer Hauswirtschafterin

– Spezialistenmethode:

$$E = Y + \sum_i w_i H_i = Y + D$$

mit w_i Spezialistenlohnsatz für Tätigkeit i

Untersuchungen zur Verteilung dieses erweiterten Einkommens kommen einhellig zu dem Ergebnis, dass die Ungleichheit deutlich geringer ausfällt als bei ausschließlicher Betrachtung des monetären Einkommens.³³⁾ Theoretisch lässt sich zeigen³⁴⁾, dass eine negative

31) Vgl. z.B. Schäfer/Schwarz (1996).

32) Vgl. zu einem Beispiel Merz/Kirsten (1998).

33) Vgl. Merz/Kirsten (1998), Aslaken/Koren (1996), Jenkins/O'Leary (1996), Bonke (1992).

34) Vgl. Jenkins/O'Leary (1996).

Korrelation von Y und D die Ungleichheit der Geldeinkommen tendenziell abmindert. Die Ungleichheit der erweiterten Einkommen ist auch umso geringer als das der Geldeinkommen, je kleiner die Streuung der Haushaltsproduktionseinkommen im Vergleich zur Streuung der Geldeinkommen und je höher ihr Mittelwert im Vergleich zum Mittelwert der Markteinkommen ist. Wenn also bei hohem Geldeinkommen weniger Haushaltsproduktion geleistet wird und generell ein nicht unerheblicher Anteil an Haushaltsproduktion stattfindet, was beides anzunehmen ist, so ist genau das empirische Ergebnis zu erwarten.

Wenn also die Haushalte ein unterschiedliches Verhalten hinsichtlich der Haushaltsproduktion zeigen, stellt sich die Frage, ob dies auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit gemeinsamen Wirtschaftens hat und daher bei der Ermittlung von Äquivalenzskalen berücksichtigt werden müsste. Die bereits mehrfach empirisch bestätigten geringeren allgemeinen Äquivalenzskalen für ländliche Haushalte im Vergleich zu städtischen³⁵⁾ könnten auf stärkere wirtschaftliche Vorteile gemeinsamer Haushaltsführung in Haushalten mit mehr Eigenproduktion hinweisen. Die gleichfalls nachgewiesenen höheren ausgabenbasierten konditionalen Skalen ließen sich auch durch Haushaltsproduktion erklären, da für die eigenproduzierten Güter keine Ausgaben getätigt werden und bei Eigenproduktion gleichzeitig die Nachfrage nach anderen Gütergruppen sinkt.

Um sich der Frage nach der Notwendigkeit der Berücksichtigung von Haushaltsproduktion bei der Ermittlung von Äquivalenzskalen anzunähern, soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, welche Effekte der Einbezug von Haushaltsproduktion auf unterschiedliche Familientypen hat.

Dazu wurde die Verteilung der Geldeinkommen und die Verteilung der erweiterten Einkommen für verschiedene Familientypen berechnet. Datenbasis ist die Welle 1997 des Sozioökonomischen Panels (SOEP).³⁶⁾ Als Geldeinkommen wurde das Haushaltsnettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder herangezogen.³⁷⁾ Das erweiterte Einkommen berücksichtigt zusätzlich die Haushaltsproduktion. Dafür wurden die Zeiten aller Haushaltsmitglieder aufsummiert, die für Hausarbeit i. e. S. (Waschen, Kochen, Putzen), Besorgungen sowie Reparaturen im und um das Haus verwendet wurden.³⁸⁾ Zeiten der Kinderbetreuung blieben außen vor, da Kinderbetreuung häufig gleichzeitig mit anderen Tätigkeiten ausgeübt wird und es so zu einer Überschätzung der Haushaltsproduktion kommen könnte. Die Zeiten der Haushaltsarbeit wurden dann mit dem Tariflohn von Haushaltshilfen in Privathaushalten in Nordrhein-Westfalen³⁹⁾ bewertet, was eine vergleichsweise vorsichtige Bewertung dar-

35) Vgl. z.B. Nicol (1994), Slesnik (1993).

36) Vgl. zur Datenbasis z.B. Wagner et al. (1994). Verwendet wurden die Stichproben der Ost- und Westdeutschen, ausgeschlossen wurden Migranten sowie Ausländer.

37) Die Frage im SOEP lautet: „Wenn man mal alle Einkünfte zusammennimmt: Wie hoch ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder heute?“

38) Die Frage im SOEP lautet: „Wie sieht gegenwärtig Ihr normaler Alltag aus? Wie viele Stunden pro Tag entfallen bei ihnen an einem durchschnittlichen Werktag, an einem typischen Samstag und an einem typischen Sonntag auf die folgenden Tätigkeiten? Berufstätigkeit, Lehre ..., Besorgungen (Einkaufen, Beschaffungen, Behördengänge) ..., Hausarbeit (Waschen, Kochen, Putzen) ..., Kinderbetreuung ..., Aus- und Weiterbildung, Lernen ..., Reparaturen am Haus, in der Wohnung, am Auto, Gartenarbeit ..., Hobbies und sonstige Freizeitbeschäftigungen ...“

39) Der Stundenlohn betrug DM 9,51 DM; vgl. WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.1998.

stellt⁴⁰⁾ Haushaltsnettoeinkommen und erweitertes Einkommen wurden schließlich mit der Äquivalenzskala nach dem Bundessozialhilfegesetz gewichtet.

Tabelle 2: Verteilung der Äquivalenzeinkommen in Prozentanteilen des jeweiligen Bevölkerungsdezils¹⁾ am Gesamteinkommen

	Ehepaare ohne Kinder		Ehepaare mit 1 Kind		Ehepaare mit 2 Kindern		Ehepaare mit 3 Kindern		Allein Erziehende	
	GE ^{**)}	EE ^{**)}	GE ^{**)}	EE ^{**)}	GE ^{**)}	EE ^{**)}	GE ^{**)}	EE ^{**)}	GE ^{**)}	EE ^{**)}
1. Dezil	4,1	4,8	4,6	4,8	4,9	4,3	6,0	4,4	3,8	4,1
2. Dezil	6,2	6,7	6,1	6,5	6,7	6,2	7,0	7,4	5,9	6,3
3. Dezil	6,9	7,7	7,7	7,8	7,4	7,0	8,5	7,8	6,5	7,3
4. Dezil	7,6	8,5	7,8	8,8	8,4	8,6	8,5	8,3	7,5	8,0
5. Dezil	8,7	9,4	9,1	9,5	8,6	9,9	9,5	9,5	8,1	9,2
6. Dezil	9,7	10,1	9,7	10,2	9,9	10,3	9,7	10,7	9,6	10,1
7. Dezil	10,6	10,8	10,1	11,1	10,5	10,8	10,7	11,1	10,8	10,7
8. Dezil	12,1	11,7	11,5	11,5	11,4	12,2	11,6	12,2	12,9	11,7
9. Dezil	15,2	13,1	13,5	12,7	13,4	14,1	12,1	13,4	14,6	13,8
10. Dezil	19,0	17,1	19,9	17,1	18,8	16,5	16,5	15,3	20,5	18,7

¹⁾ Die Bevölkerung wird nach dem Einkommen in aufsteigender Höhe geordnet und in jeweils zehn gleich große Gruppen (Dezile) unterteilt.

^{**)} GE: Geldeinkommen, EE: erweitertes Einkommen.

Tabelle 2 zeigt die Verteilung der Geldeinkommen und der erweiterten Einkommen für verschiedene Familientypen. Für Ehepaare ohne Kinder, Ehepaare mit einem Kind und allein Erziehende fällt die Verteilung des erweiterten Einkommens weniger ungleich aus als die der Geldeinkommen; d.h. den unteren Bevölkerungsgruppen steht – verglichen mit dem Geldeinkommen – ein höherer Anteil am Gesamteinkommen zur Verfügung, wenn man das erweiterte Einkommen betrachtet. Die Haushaltsproduktion wirkt hier also in gewissem Maße kompensierend.

Für Ehepaare mit zwei Kindern und Ehepaare mit drei Kindern ergeben sich etwas andere Effekte. Hier kommt es für die unteren Dezile, d.h. für die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, zu einer ungleicheren Verteilung des erweiterten Einkommens gegenüber dem Geldeinkommen. Bei Ehepaaren mit zwei Kindern steht erst dem vierten Dezil ein höherer Anteil am gesamten erweiterten Einkommen zur Verfügung als ihr Anteil am Geldeinkommen ausmacht. Bei Ehepaaren mit drei Kindern tritt dieser Effekt noch deutlicher auf, erst im fünften Dezil ist der Anteil an beiden Einkommen gleich, die unteren Dezile verfügen – verglichen mit ihrem Anteil am Geldeinkommen – jeweils über einen geringeren Anteil am ge-

40) Vgl. z.B. Merz/Kirsten (1998, S. 362).

samten erweiterten Einkommen. In den Bevölkerungsgruppen mit höherem Einkommen wirkt Haushaltsproduktion dagegen wieder nivellierend. Die vierte bis neunte Dezilgruppe der Ehepaare mit zwei Kindern verfügt über einen höheren Anteil am erweiterten Einkommen, bei den Ehepaaren mit drei Kindern gilt dies für das sechste bis neunte Dezil, während das höchste Dezil jeweils über einen geringeren Anteil am gesamten erweiterten Einkommen verfügt als ihr Anteil am Geldeinkommen ausmacht.

Für viele Haushaltstypen und insbesondere für höhere Einkommensgruppen kann man also davon ausgehen, dass bei Berücksichtigung von Haushaltsproduktion die Verteilung der Wohlstandspositionen gleichmäßiger ausfällt als es die Betrachtung des reinen Geldeinkommens nahe legt. Eine Verteilungsanalyse auf Basis von Geldeinkommen überschätzt somit die Ungleichheit. Dieses Ergebnis kommt zustande, wenn diejenigen Haushalte ein relativ geringeres Markteinkommen haben, die ihre Zeit stärker in der Haushaltsproduktion einsetzen. Hausarbeit und Markteinkommenserwerb sind für diese Bevölkerungsgruppen somit substitutive Inputfaktoren in der Haushaltsproduktion.

Dies gilt jedoch offensichtlich nicht für alle Haushalte. Bei den unteren Einkommensgruppen der Familien mit zwei oder drei Kindern setzen im Durchschnitt diejenigen mit relativ niedrigerem Einkommen auch weniger Zeit bei der Haushaltsproduktion ein. Dies mag einerseits mit eingeschränkten Ressourcen zusammenhängen, indem z.B. aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen insgesamt weniger Zeit für Einkommenserwerb und Hausarbeit zur Verfügung steht. Andererseits mögen diese Haushalte aber auch an technologische Grenzen stoßen. Die Substitutionalität bei der Haushaltsproduktion ist in unserer Gesellschaft heutzutage beschränkt, da aufgrund mangelnder Möglichkeiten der Subsistenzwirtschaft eine gewisse Menge an Marktgütern zur Existenzsicherung notwendig ist, die umso größer ist, je mehr Personen dem Haushalt angehören. Bei geringen Lohnsätzen muss dann u.U. die zur Verfügung stehende Zeit vermehrt zum Erwerb dieses Basiskonsums verwendet werden und die Haushaltsproduktion entsprechend eingeschränkt werden.

5 Berücksichtigung von Haushaltsproduktion bei der Schätzung von Äquivalenzskalen

Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass je nach Haushaltszusammensetzung und Zeitverwendung von einer unterschiedlichen Haushaltstechnologie ausgegangen werden muss. Dann bedeutet aber selbst für Haushalte gleicher Zusammensetzung die Ausstattung mit dem gleichen Güterbündel kein vergleichbares Wohlstandsniveau, sofern nicht der gleiche Zeitinput in die Haushaltsproduktion eingeht. Derartige Effekte müssen dann schon bei der Ableitung der Äquivalenzskalen berücksichtigt werden, da eine weitere Person im Haushalt je nach verwendeter Technologie unterschiedlichen zusätzlichen Bedarf und unterschiedliche economies of scale verursacht.

Empirische Schätzungen von Äquivalenzskalen, die Haushaltsproduktion explizit berücksichtigen, sind bislang kaum zu finden. Aus theoretischer Sicht bieten sich prinzipiell verschiedene Herangehensweisen an.

Der einfachste Ansatz ist, die Haushaltsproduktion nur indirekt zu berücksichtigen, indem traditionelle bedingte Äquivalenzskalen auch noch bezüglich der beobachteten Marktarbeitszeit konditioniert werden.

$$m^h = \frac{c(U^R, p | S^h, M^h)}{c(U^R, p | S^R, M^R)} \quad \text{mit } M^h \text{ Marktarbeitszeit des Haushalts i}$$

Ein solches Vorgehen hat jedoch den Nachteil, dass sehr viele Äquivalenzskalen geschätzt werden müssen, will man die Arbeitszeit hinreichend differenziert berücksichtigen.

Eine ebenfalls vergleichsweise einfache Vorgehensweise wäre, die im Haushalt produzierten Güter als eigene Gütergruppe aufzufassen, die zusätzlich zu den Marktgütern nur mit Hausarbeitszeit hergestellt werden. Die „Ausgaben“ für diese Haushaltsgüter entsprechen dann den Opportunitätskosten der Hausarbeitszeit, d.h. die Hausarbeitszeit wird mit dem individuellen Marktlohnsatz bewertet. Die Gesamtausgaben des Haushalts setzen sich dann folgendermaßen zusammen:

$$A_i = \sum_j p_j x_j + w_f H_f + w_m H_m \quad \text{mit } A_i \text{ Ausgaben des Haushalts i}$$

x_j Marktgut j

p_j Preis des Gutes j

Ein solches Ausgaben-Modell kann dann mit einem der traditionellen Ansätze wie z.B. dem Barten-Ansatz geschätzt werden.⁴¹⁾ Das Problem dabei ist vor allem, dass bei diesem Ansatz von einer substitutionalen Haushaltsproduktionsfunktion ausgegangen wird und in der Realität bestehende Komplementaritäten zwischen Marktgütern und Hausarbeitszeit keine Berücksichtigung finden.

Will man diese Komplementaritäten wie auch im Haushalt stattfindende Kuppelproduktion angemessen erfassen, sind Ansätze notwendig, die die Haushaltsproduktion explizit berücksichtigen.⁴²⁾ Letztlich werden dabei in Zeiteinheiten gemessene Ausgabensysteme geschätzt; d.h. es wird untersucht, welchen zusätzlichen Zeitverbrauch, in Form von Markt- oder Hausarbeit, ein zusätzliches Haushaltsmitglied verursacht.⁴³⁾

$$m^h = \frac{c(U^R, \pi^h | S^h)}{c(U^R, \pi^R | S^R)} \quad \text{mit } \pi^j = \pi^j(z_1, \dots, z_n) \text{ Haushaltsproduktionsfunktion des Haushalts i}$$

Da es sich bei der Haushaltsproduktionsfunktion nicht um einen linearen Zusammenhang handelt, ist ein solches Zeitanfragesystem nicht ohne weitere Zusatzannahmen identifizierbar. Darüber hinaus sind auch die Datenanforderungen nicht ganz leicht zu erfüllen. Für

41) Ein empirisches Beispiel für diesen Ansatz liefern Ferreira et al. (1998), die in ihrem Ausgabensystem auch die Nachfrage nach „Freizeit“ berücksichtigen.

42) Vgl. Seel (1991, S. 312ff.).

43) Im Prinzip beschreiten Bittman/Goodin (2000) einen solchen Weg, wobei sie allerdings keine explizite Haushaltsproduktionsfunktion mitschätzen, sondern lediglich den unterschiedlichen Gesamtzeitinput bei unterschiedlicher Haushaltskonstellation untersuchen.

ein solches Modell ist ein Datensatz notwendig, der einerseits detaillierte Konsuminformationen enthält und andererseits möglichst differenzierte Zeitverwendungsdaten liefert.

Zumindest für die Bundesrepublik Deutschland existiert ein solcher Datensatz nicht und ist angesichts der enormen Kosten, die die Erhebung verursachen würde, in absehbarer Zeit auch kaum zu erwarten. Hilfreich wäre es daher, wenn die Informationen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Zeitbudgetstudie zusammengeführt werden könnten. Leider ist auch dies mangels geeigneter Verknüpfungsvariablen z.Z. nicht möglich. Würde hier in Zukunft darauf geachtet werden, die zur Verknüpfung notwendigen Informationen in den großen Standarderhebungen des Statistischen Bundesamtes einheitlich abzufragen, würde sich manch interessante Forschungsfrage vor allem im Bereich der Wohlfahrtsproduktion von Haushalten auch empirisch untersuchen lassen.

6 Schlussfolgerungen

Wie die vielfältigen theoretischen wie empirischen Probleme bei der Ableitung und Interpretation von Äquivalenzskalen zeigen, sind Verteilungsanalysen auf Basis herkömmlicher Äquivalenzeinkommen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Wenngleich zumindest zur Zeit keine besseren Instrumente zur Verfügung stehen, da auch einfache Pro-Kopf-Einkommen oder ungewichtete Haushaltseinkommen die Bedarfs- und produktionstechnische Situation von Mehrpersonenhaushalten nicht korrekt widerspiegeln, sondern eher noch größere Verzerrungen verursachen, sollten verteilungspolitische Schlussfolgerungen nur mit großer Vorsicht und unter Abwägen unterschiedlicher Interpretationen gezogen werden. Einkommensunterschiede im Äquivalenzeinkommen von Erwachsenen, die auf gemeinsamem Wirtschaften beruhen, erfordern keinen Kompensationsbedarf, eine vollständige Abschöpfung solcher Kooperationsgewinne mag sogar starke Fehlanreize setzen. Die Berechnung von Äquivalenzeinkommen in Haushalten mit Kindern bringt nur beschränkte Informationen über deren Versorgungslage, wenn die zugrunde liegenden Äquivalenzziffern auf dem Nutzen der Eltern basieren. Der Nutzen der Kinder kann nur schwerlich mit dem reduzierten Konsumnutzen der Eltern gemessen werden, wie dies bei nachfragebasierten Äquivalenzskalen erfolgt. Hier besteht politischer Handlungsbedarf vor allem unter dem Gesichtspunkt der Zukunftschancen der Kinder, die nur zu einem Teil mit der Ausstattung mit Marktgütern erfasst wird. Für eine umfassendere Analyse ist die Berücksichtigung von Haushaltsproduktion unumgänglich. Allerdings stehen dafür bislang keine geeigneten Daten zur Verfügung.

Literaturhinweise

- Aslaken, Julie; Koren, Charlotte (1996):* Unpaid Household Work and the Distribution of Extended Income: the Norwegian Experience, in: *Feminist Economics* Vol. 2(3), p. 65 – 80.
- Barten, Anton P. (1964):* Family Composition, Prices and Expenditure Patterns, in: Peter E. Hart; Gordon Mills; John K. Whitaker (ed.): *Econometric analysis for national economic planning*, London, p. 277 – 292.
- Bittman, Michael; Goodin, Robert E. (2000):* An equivalence scale for time, in: *Social Indicators Research*, Vol. 52, p. 291 – 311.
- Blundell, Richard; Lewbel, Arthur (1991):* The information content of equivalence scales, in: *Journal of Econometrics*, Vol. 50, p. 49 – 68.
- Bonke, Jens (1992):* Distribution of Economic Resources: Implications of Including Household Production, in: *Review of Income and Wealth*, Vol. 38(3), p. 281 – 293.
- Danzinger, Sheldon; van der Gaag, Jacques; Taussig, Michael T.; Smolensky, Eugene (1984):* The direct measurement of welfare levels: how much does it cost to make ends meet? in: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 64, p. 500 – 505.
- Dickens, Richard; Fry, Vanessa; Pashardes, Panos (1993):* Non-Linearities and Equivalence Scales, in: *The Economic Journal*, Vol. 103, p. 359 – 368.
- Engel, Ernst (1857):* Die Productions- und Consumptionsverhältnisse des Königsreichs Sachsen, in: *Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königlich Sächsischen Ministeriums des Inneren.*, Vol. 3.
- Faik, Jürgen (1995):* Äquivalenzskalen – Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Ferreira, Luisa M.; Buse, Reuben C.; Chavas, Jean-Paul (1998):* Is there bias in computing household equivalence scales?, in: *Review of Income and Wealth*, Vol. 44(2), p. 183 – 198.
- Glewwe, Paul (1991):* Household equivalence scales and the measurement of inequality: Transfers from the poor to the rich could decrease inequality, in: *Journal of Public Economics*, Vol. 44, p. 211 – 216.
- Goedhart, Theo; Halberstadt, Victor; Kapteyn, Arie; Van Praag, Bernard (1977):* The Poverty Line: Concept and Measurement, in: *The Journal of Human Resources*, Vol. 12, p. 503 – 520.
- Gronau, Reuben (1988):* Consumption Technology and the Intrafamily Distribution of Resources: Adult Equivalence Scales Reexamined, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 96, p. 1183 – 1205.
- Haddat, Lawrence; Kanbur, Ravi (1990):* How serious is the neglect of intra-household inequality? in: *The Economic Journal*, Vol. 100, p. 866 – 881.
- Jenkins, Stephen P.; O'Leary, Nigel C. (1996):* Household income plus Household Production: the Distribution of Extended Income in the U.K., in: *Review of Income and Wealth*, Vol. 42, p. 401 – 419.

- Kapteyn, Arie (1994):* The measurement of household cost functions – Revealed preference versus subjective measures, in: *Journal of population economics*, Vol. 7, p. 333 – 350.
- Kapteyn, Arie; Wansbeek, Tom (1985):* The individual welfare function, in: *Journal of Economic Psychology*, Vol. 6, p. 333 – 363.
- Klein, Thomas (1994):* Einkommen und Bedarf im Haushaltszusammenhang – Äquivalenzskalen als Instrument der Wohlfahrtsmessung, in: Richard Hauser; Notburga Ott; Gert Wagner (Hrsg.): *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation*, Berlin, S. 278 – 295.
- Lancaster, Geoffrey; Ray, Ranjan; Valenzuela, Maria Rebecca (1999):* A cross-country study of equivalence scales and expenditure inequality on unit record household budget data, in: *Review of Income and Wealth*, Vol. 45(4), p. 355 – 482.
- Merz, Joachim; Kirsten, Dagmar (1998):* Extended Income Dynamics: Valuing Household Production and its Distributional Impacts – A Ten Year Panelanalysis for Professions, Entrepreneurs and Employees in Germany, in: Joachim Merz; Manfred Ehling (ed.): *Time Use – Research, Data and Policy*, Baden-Baden, p. 351 – 382.
- Nelson, Julie A. (1993):* Household Equivalence Scales: Theory versus Policy?, in: *Journal of Labour Economics*, Vol. 11(3), p. 471 – 493.
- Nicol, Christopher J. (1994):* Identifiability of household equivalence scales through exact aggregation: some empirical results, in: *Canadian Journal of Economics*, Vol. 27, p. 307 – 328.
- Ott, Notburga (1997):* Beruf, Kinder, Familie – ein Spannungsfeld aus ökonomischer Sicht, in: Ute Behning (Hrsg.): *Das Private ist ökonomisch – Widersprüche der Ökonomisierung von Familien- und Haushaltsdienstleistungen*, Berlin, S. 41 – 66.
- Ott, Notburga (1999):* Eigenproduktion versus Dienstleistungen im Haushalt – Zum ökonomischen Wert der Hausarbeit, in: Miriam Beblo; Gertraude Krell; Katrin Schneider; Birgit Soete (Hrsg.): *Ökonomie und Geschlecht*, München/Mehring, S. 35 – 52.
- Ott, Notburga (2001):* Die Sozialpolitische Situation von Alleinerziehenden und spezifische Belastungen, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Allein erziehen in Deutschland – Ressourcen und Risiken einer Lebensform*, Stuttgart.
- Pashardes, Panos (1991):* Contemporaneous and intertemporal child costs: Equivalent expenditure vs. equivalent income scales, in: *Journal of Public Economics*, Vol. 45, p. 191 – 213.
- Phipps, Shelly A. (1996):* What is the Income "Cost of a Child"? Exact Equivalence Scales for Canadian Two-Parent Families, in: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 78, p. 157 – 164.
- Prais, Sigbert J.; Houthakker, Hendrik S. (1955):* The analysis of family budgets: with an application to two British surveys conducted in 1937-9 and their detailed results, Cambridge.
- Pollak, Robert A.; Wales, Terence J. (1979):* Welfare Comparisons and Equivalence Scales, in: *American Economic Review, Papers and Proceedings*, Vol. 69, p. 216 – 222.

Plug, Erik J.S.; Van Praag, Bernard (1995): Family equivalence scales within a narrow and broad welfare context, in: *Journal of Income Distribution*, Vol 4(2), p. 171 – 186.

Rothbarth, Erwin (1943): Note on a Method of Determining Equivalent Income for Families of Different Composition, in: *War Time Pattern of Saving and Spending*, London.

Saunders, Peter; O'Connor, Inge; Smeeding, Timothy (1998): The distribution of welfare: inequality, earnings capacity, and household production in a comparative perspective, in: Stephen Jenkins; Arie Kapteyn; Bernard Van Praag (ed.): *The Distribution of Welfare and Household Production*, p. 77 – 110.

Schäfer, Dieter; Schwarz, Norbert (1996): Der Wert der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte – Das Satellitensystem Haushaltsproduktion, in: Karen Blanke; Manfred Ehling; Norbert Schwarz (Hrsg.): *Zeit im Blickfeld*, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 121, Stuttgart, Berlin, Köln, S. 15 – 69.

Schwarze, Johannes (2000): Using Panel Data on Income Satisfaction to Estimate the Equivalence Scale Elasticity, IZA Discussion Paper No. 224, Bonn.

Seel, Barbara (1991): *Ökonomik des privaten Haushalts*, Stuttgart.

Slesnik, Danile T. (1993): Gaining Ground: Poverty in the Postwar United States, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 101, p. 1 – 38.

Stryck, Ingo (1997): *Kosten von Kindern*, Frankfurt.

Van Praag, Bernard; Van der Sar, Nico (1988): Household Cost Functions and Equivalence Scales, in: *The Journal of Human Resources*, Vol. 23, p. 193 – 210.

Wagner, Gert; Schupp, Jürgen; Rendtel, Ulrich (1994): Das Sozio-oekonomische Panel – Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt, in: Richard Hauser; Notburga Ott; Gert Wagner (Hrsg.): *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik*, Band 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin, S. 70 – 112.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2001): *Gerechtigkeit für Familien – Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs*, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 202.

Familienlastenausgleich – Politische Konzepte und Verteilungswirkungen

1 Einleitung

In Deutschland herrscht ein breiter Konsens zwischen allen politischen Parteien, dass die staatliche Förderung von Familien eine herausragende politische Aufgabe darstellt. Anders als in vielen anderen Bereichen ist es in der Familienpolitik auch nicht bei bloßen Absichtserklärungen geblieben. Vielmehr hat der *Umfang der staatlichen Unterstützung für Familien* im Lauf der Jahre insgesamt zugenommen – und auch in den letzten Jahren, in denen (u.a. zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien) die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu einem wichtigen finanzpolitischen Ziel wurde, setzte sich diese Entwicklung fort. Dies zeigt etwa die folgende Tabelle über die Entwicklung der Kindergeldbeträge:

Tabelle
Entwicklung der Kindergeldbeträge von 1960 bis 2001
in DM

	1960	1970	1980	1990	1996	1997	1998	1999	2000	2001
1. Kind	0	0	50	50	200	220	220	250	270	270
2. Kind	0	25	100	130	200	220	220	250	270	270
3. Kind	40	60	200	220	300	300	300	300	300	300

Welches die geeignete *Form der Familienförderung* ist, bleibt jedoch nach wie vor umstritten. Dabei geht es nicht so sehr um eher technische Detailprobleme oder Partikularinteressen wie etwa bei der Rentenreform, bei der die Lautstärke der öffentlichen Auseinandersetzung die prinzipielle Übereinstimmung in Grundsatzfragen zu überdecken droht. Vielmehr besteht im Bereich der Familienpolitik (und insbesondere bei der Verzahnung der Familienpolitik mit der Steuerpolitik) ein *fundamentaler Dissens* über die Grundkonzeption, der schon seit langem entlang der gleichen Fronten verläuft. Auf die praktische Politik schlagen diese kontroversen Auffassungen nur deswegen nicht in voller Schärfe durch, weil durch die im Bereich der Familienbesteuerung höchst aktive Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestimmte Reformansätze von vornherein tabuisiert sind oder zumindest erscheinen.

Welche Sprengkraft die Meinungsunterschiede im Bereich der Familienpolitik haben, zeigt sich auf der Ebene der Wissenschaft. In jüngster Zeit haben sich zu diesem Thema in der Fachzeitschrift „Steuer und Wirtschaft“ eine ganze Reihe von Steuerrechtlern und Wirtschaftswissenschaftlern (Betriebswirte aus der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre und Volkswirte aus der Finanzwissenschaft) in engagierter Weise zu Wort gemeldet. Dabei hat der Betriebswirt Peter Bareis dem Juristen Klaus Vogel etwa vorgeworfen, dass dieser sich

*) Prof. Dr. Wolfgang Buchholz, Universität Regensburg.

Den Teilnehmern der Diskussion bei der Tagung, insbesondere N. Ott, L. Kullmer und M. Wingen, möchte ich für ihre Anregungen danken. Ebenso habe ich von zahlreichen Gesprächen profitiert, die ich mit K. A. Konrad und W. Mieth über familienpolitische Themen geführt habe.

„über wissenschaftstheoretische Postulate hinwegsetze“ (Bareis 2000, S. 89 f.), worauf der in dieser Weise Attackierte dem Angreifer „fehlende Sachkenntnis und Sensorium“ (Vogel 2000, S. 90) vorwarf. In diesem Streit geht es allerdings nicht, wie es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein haben könnte, einfach um einen Disput zwischen Juristen auf der einen und Ökonomen auf der anderen Seite. Vielmehr berührt die Auseinandersetzung um die richtige Familienpolitik die gesellschaftliche Wertebasis im Hinblick auf elementare und höchst sensible Fragen etwa im Zusammenhang mit der Gestaltung des Zusammenlebens von Mann und Frau, den Prinzipien der Kindererziehung oder aber auch den Aufgaben eines Rechts- und Sozialstaats überhaupt. Im Endeffekt geht es um die Frage, was unter bestimmten Umständen und in bestimmten Situationen als „gerecht“ gelten kann – wozu es in der Regel natürlich ganz unterschiedliche Ansichten gibt, die sich aus Wahrnehmungsmustern der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen nur teilweise erklären lassen. Die große Bedeutung, die solchen normativen Grundsatzfragen gerade im Zusammenhang mit der Familienpolitik zukommt, mag auch die Heftigkeit der Auseinandersetzung erklären.

Was kann die Wissenschaft bei der Diskussion solcher normativer Grundkonzeptionen – oder einfach gesagt „Meinungen“ – überhaupt leisten? Gemäß Max Webers *Wertfreiheitspostulat* und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer Trennung von Seins- und Sollen-Aussagen darf die Wissenschaft sich jedenfalls nicht anmaßen, Werturteile objektiv begründen zu wollen. Jedoch kann sie zu einer rationalen Diskussion von Zielen beitragen, indem sie die argumentative Struktur der jeweiligen Begründungszusammenhänge analysiert und dann im Hinblick auf ihre logische Stimmigkeit („Konsistenz“) zu bewerten versucht. An die Stelle von Urteilen über die absolute Gültigkeit, die es bei Wertungen nicht geben kann, treten dann – gewissermaßen im Rahmen einer axiomatischen Methode – bescheidene Aussagen über die relative Gültigkeit im Wenn-Dann-Sinne. Ein solches Vorgehen trägt zumindest dazu bei, Sackgassen und Holzwege der Diskussion zu vermeiden. Wie die Auseinandersetzung in „Steuer und Wirtschaft“ auch zeigt, dürfte gerade im Bereich der Familienpolitik bei der Zieldiskussion immer noch ein erheblicher Klärungsbedarf bestehen.¹⁾ Hierzu einen Beitrag zu leisten, ist die Absicht dieses Aufsatzes.

2 Die Kritik am bestehenden System der Familienförderung

Die §§ 31 (Familienleistungsausgleich) und 32 Einkommensteuergesetz (EstG) sehen Kinderfreibeträge vor, die in zwei Komponenten – einen Freibetrag von zur Zeit (im Jahr 2001) 6 912 DM für das „sächliche Existenzminimum des Kindes“ sowie (für Kinder unter 16 Jahren oder behinderte Kinder) zusätzlich einen Betreuungsfreibetrag von 3 024 DM – aufgespalten sind und die mit den Kindergeldzahlungen, auf die unabhängig vom Einkommen ein Anspruch besteht, verrechnet werden. Als Folge des progressiven Einkommensteuertarifs bringen solche Kinderfreibeträge für Eltern mit höherem Einkommen einen größeren Vorteil als für Eltern mit niedrigem Einkommen. Fasst man Kinderfreibetrag und Kindergeld zusammen, kommt man, bezogen auf absolute Größen, zu einem Förderungsprofil, das (für das erste Kind) im Einkommensintervall bis ca. 100 000 DM (für ein Ehepaar) einen konstanten Förderbetrag von 3 240 DM aufweist (das ist gerade das jährliche Kindergeld für das erste Kind). Die Entlastungsbeträge (jetzt durch den Freibetrag) steigen dann monoton an, bis sie bei einem (Haushalts)Einkommen von ca. 240 000 DM ihr maximales Niveau von

1) Auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Zieldiskussion im Bereich der Familienpolitik weist auch Ott (2000) nachdrücklich hin.

4 819 DM (= Spitzengrenzsteuersatz 48,5% x Gesamtkinderfreibetrag 9 936 DM) erreichen, bei dem es dann auch bei noch höherem Einkommen bleibt. Dieser maximale Entlastungsbetrag durch den Kinderfreibetrag liegt aber etwa um das 1½fache über der jährlichen Kindergeldzahlung. Dies erscheint in höchstem Maße ungerecht, weil Kinder reicher Eltern stärker subventioniert werden – obwohl gerade diese eine solche Unterstützung ungleich weniger benötigen als Kinder von Eltern mit geringerem Einkommen. Die *Norm der Bedarfsgerechtigkeit* – wer weniger hat, soll mehr bekommen, weil er es dringender braucht – wird durch die in Deutschland bestehenden Regelungen also auf den Kopf gestellt.²⁾

Diese „Begünstigung der Reichen“ wurde durch die zusätzliche Einführung des Betreuungsfreibetrags im Zuge der Einkommensteuerreform 2000 sogar noch erheblich vergrößert. Und zwar stieg im Jahr 2000 der maximale steuerliche Entlastungsbetrag um 1 404 DM bzw. 38,3%, während die Erhöhung des Kindergeldes um 20 DM bzw. 8% im Vergleich dazu eher bescheiden ausfiel. Durch die Verminderung des Spitzengrenzsteuersatzes der Einkommensteuer auf 48,5% im Jahr 2001 wurde dieser relative Abstand allerdings wieder etwas verkleinert. Werden die weiteren Vorgaben, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 10.11.1998 gemacht hat, berücksichtigt, kann sich die Schere zwischen den tatsächlichen Verteilungseffekten des „Familienleistungsausgleichs“ und denen, die unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsgerechtigkeit eigentlich geboten wären, möglicherweise noch weiter öffnen.³⁾ Allerdings ist von der Bundesregierung auch eine Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind auf 300 DM geplant.

Auf der Grundlage der Bedarfsgerechtigkeitsnorm müsste man stattdessen fordern, dass die staatliche Bezuschussung von Kindern mit dem Einkommen der Eltern zumindest nicht wachsen darf. Im Einklang damit streben die meisten Anhänger der Bedarfsgerechtigkeit Kindergeldzahlungen in gleicher Höhe für alle an, die zwar nach der Zahl der Kinder, nicht jedoch nach der Einkommenshöhe gestaffelt werden sollten. Im Rahmen der Einkommensteuer könnten auch *Kindergrundfreibeträge*, die für die meisten Steuerpflichtigen zu einem Abzug von der *Steuerschuld* in gleicher absoluter Höhe führen würden, zu einem äquivalenten Entlastungseffekt führen.⁴⁾ Nur für Nicht- oder Geringverdiener wären ersatzweise direkte Transfers erforderlich.

Teilweise wird aber auch vorgeschlagen, die finanzielle Unterstützung von Kindern auf einkommensschwache Bevölkerungsschichten zu begrenzen, die solche Zahlungen zur angemessenen Versorgung ihrer Kinder tatsächlich benötigen. Im Extrem ließe das darauf hinaus, den Kreis der Begünstigten auf die Sozialhilfeempfänger zu beschränken. Aus dieser Sicht sind die Aufwendungen für Kinder als Konsumausgaben der Eltern anzusehen, weil sie die Folge einer freien individuellen Entscheidung sind. Niemand wird gezwungen, Kinder zu haben – und wie hoch die materiellen und immateriellen Kosten der Kindererziehung sind, kann jeder voraussehen. Wenn sich die Individuen dennoch für Kinder entscheiden, signalisieren sie damit nur, dass sie ihren Nettonutzen mit Kind (Freude am Kind $\%$ Kinderkosten) höher einschätzen als ihren Nutzen ohne Kind. Weshalb sollte der Staat in diese rein private

2) Der zentrale Stellenwert dieser Norm wird z. B. von Lampert (1998, S. 331 ff.) betont. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen (1999) stellt sie der Forderung nach (horizontaler) Steuergerechtigkeit explizit gegenüber.

3) Vgl. hierzu auch die Berechnungen bei Oberhauser (2000).

4) Dieser Vorschlag wurde schon vor längerer Zeit etwa vom Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen (1988) gemacht.

Entscheidung eingreifen, sie „verzerrten“?⁵⁾ Nur wenn die finanziellen Mittel der Eltern nicht ausreichen, um den Mindestbedarf der Kinder zu sichern, gebieten übergeordnete sozialpolitische Motive eine staatliche Intervention (vgl. z. B. Bareis 1991).

Die Gegner der Kinderfreibeträge sind mehr oder weniger identisch mit denen der anderen zentralen Komponente im System der Familienbesteuerung in Deutschland – dem *Ehegattensplitting*. Hier fällt die Kritik z. T. sogar noch erheblich heftiger aus.⁶⁾ Beim Ehegattensplitting, das in Deutschland im Jahre 1958 eingeführt wurde und das es im Übrigen in nicht allzu vielen anderen Ländern gibt, geht man von der Vorstellung aus, dass jedem Partner genau die Hälfte des von beiden zusammen erzielten Einkommens zufließt. Der Steuervorteil, der sich bei einem progressiven („konvexen“) Tarif aus dem Ehegattensplitting ergibt, ist am höchsten bei Alleinverdienenden mit hohem zu versteuerndem Einkommen, für die er (für ein über 215 136 DM gelegenes Einzeleinkommen) bis auf 19 299 DM steigen kann. Die Bezieher niedriger Einkommen können dagegen vom Splitting-Vorteil nur vergleichsweise wenig profitieren, wenn der Ehepartner, etwa zum Zwecke der Kinderbetreuung, zeitweise auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet oder aber in Folge von Krankheit oder Behinderung zu Erwerbstätigkeit nicht in der Lage ist. Eine derartige Verteilung der Entlastungswirkungen erscheint also auch hier als ungerecht, weil sie dem Bedarfsprinzip eklatant widerspricht.

Beim Splitting-Verfahren bilden aber nicht nur dessen distributive Wirkungen, sondern bereits der ihm zugrundeliegende Rechtfertigungsansatz einen Stein des Anstoßes. Die Vorstellung einer gleichmäßigen Verteilung des Gesamteinkommens auf beide Partner gilt für die Vertreter dieser Position als bloße Fiktion, die keineswegs typisch für realexistierende Ehen ist und die zudem auf keinem wirklichen Rechtsanspruch beruht (vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1999). Die Abkehr vom ansonsten gültigen Individualprinzip der Besteuerung, auf die das Ehegattensplitting offenbar hinausläuft, kann so gesehen *aus empirischen Gründen* nicht einmal dann überzeugen, wenn man die dem Splitting zugrundeliegende Idee als solche akzeptiert. Darüber hinaus sind aber nicht einmal alle davon überzeugt, dass der Staat die finanziellen Folgen aus einer Eheschließung überhaupt *in irgendeiner Weise* steuerlich berücksichtigen sollte. Noch mehr als beim In-die-Welt-Setzen von Kindern handelt es sich bei der Eheschließung um eine freiwillige Entscheidung, über deren Konsequenzen die beteiligten Individuen sich im Klaren sein müssten. Was sollte dem Staat das Recht geben, sich in solche privaten Angelegenheiten wie die partnerschaftliche Verbindung zwischen Mann und Frau einzumischen und durch materielle Anreize, wie sie das Splitting ja in vielen Fällen gewährt, Einfluss zu nehmen? Auch hier scheint aus ökonomischer Sicht Neutralität geboten (vgl. z. B. Bareis 2000, S. 83). Dass es zu steuerlichen Effekten auf das Heiratsverhalten tatsächlich kommt, zeigt das auch in diesem Bereich zu beobachtende „Dezemberfieber“.⁷⁾

Ökonomisch besonders bedeutsame Anreizeffekte durch das Ehegattensplitting, die nach Ansicht der Splitting-Gegner auch als höchst nachteilig einzustufen sind, ergeben sich im Hinblick auf das Erwerbsverhalten der Ehepartner. Durch das Splitting wird – sowohl durch

- 5) Schneider (1984) liefert vor dem Hintergrund der Forderung nach Entscheidungsneutralität der Besteuerung eine grundsätzliche Kritik von Freibetragsregelungen.
- 6) Eine detaillierte Erörterung der Argumente für und gegen das Ehegattensplitting liefert (mit negativem Ergebnis) die als juristische Dissertation entstandene Monografie von Vollmer (1998).
- 7) Vgl. zu empirischen Untersuchungen steuerlicher Regelungen auf das Heiratsverhalten Alm/Whittington (1997, 1999).

den Substitutionseffekt als auch durch den Einkommenseffekt – die Erzielung von Markteinkommen durch den „Zweitverdiener“ (und das ist auch heute in aller Regel noch der weibliche Partner) unattraktiver gemacht.⁸⁾ Auf diese Weise wird die Hausfrauen-Ehe gefördert. Zudem wird durch das Splitting die Neigung von Frauen zur Weiterqualifikation im Beruf reduziert, was auf längere Sicht die Abhängigkeit der Frauen von ihren Ehemännern erhöht.⁹⁾ Asymmetrische Machtbeziehungen innerhalb einer Ehe werden begünstigt, und der grundgesetzlich verankerte Anspruch auf Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wird verletzt. Das Ehegattensplitting beruht also nicht nur auf empirisch unbegründeten Annahmen, ist nicht nur sozial ungerecht und leistungsfeindlich, sondern fördert auch die Diskriminierung der Frau.¹⁰⁾

Wenn man nicht ohnehin die besondere steuerliche Berücksichtigung der Ehe völlig abschaffen will, bietet sich als Reformansatz¹¹⁾ die Kappung des Splitting-Vorteils durch *Vorgabe eines Höchstbetrages* für die Entlastungswirkung oder aber die *Verminderung des Splitting-Faktors* auf einen Wert unter zwei an.¹²⁾ Eine weitere Alternative wäre der Übergang zum *Realsplitting*, das es gemäß § 10 Abs. 1 EStG mit einem Sonderausgabehöchstbetrag von 27 000 DM heute schon für geschiedene oder getrennt lebende Ehepaare gibt. Dabei darf der einkommensstärkere Ehegatte sein steuerpflichtiges Einkommen um einen Transferbetrag vermindern, der dann aber beim hypothetischen Empfänger versteuert werden muss. Anders als beim Splitting wird dann nicht von einer vollständigen, sondern lediglich von einer partiellen Angleichung der verfügbaren Einkommen der beiden Partner ausgegangen, was als wirklichkeitsnäher gilt.¹³⁾ Wenn man eine durch Tarifprogression bedingte Zunahme der steuerlichen Entlastung mit steigendem Einkommen völlig vermeiden will, wäre eventuell sogar an eine *fixe Unterhaltsprämie* zu denken. Beide Ansätze vermeiden die beim Splitting kritisierten unsozialen Verteilungswirkungen bis zu einem gewissen Grade und schränken auch die wohlfahrtsschädlichen Disincentive-Wirkungen auf Arbeitsangebots- und Ausbildungsverhalten ein. Speziell in Bezug auf das Arbeitsangebotsverhalten kam die Simulationsstudie von Wagenhals/Kraus (1998) zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass die gewünschte Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen von 59% auf 85% steigen würde, wenn man das Splitting abschafft. Eine empirische Schätzung von Althammer (1999) hat zudem gezeigt, dass auch die Ungleichheit der Einkommensverteilung beträchtlich zurückginge, wenn das bestehende System durch ein „Markteinkommensprinzip“ ersetzt würde, bei dem

8) Seit Boskin/Sheshinski (1983) und Apps/Rees (1988) gilt es als „conventional wisdom“ in der Finanzwissenschaft, dass durch die Verzerrung der Arbeitsangebotsentscheidung bei Zusammenveranlagung der Ehepartner (wie etwa beim Splitting) im Vergleich zu getrennter Veranlagung Wohlfahrtsverluste auftreten. Vgl. zur Kritik an dieser These Piggott/Whalley (1996) sowie die anschließende Diskussion zwischen Apps/Rees (1999) und Gottfried/Richter (1999) auf der einen und Piggott/Whalley (1999) auf der anderen Seite.

9) Auf die Bedeutung eines längerfristigen Qualifikationsanreizes in diesem Zusammenhang macht insbesondere Konrad (1999) aufmerksam.

10) Aus diesem Grund erscheint Sacksofsky (2000) das Ehegattensplitting sogar als verfassungswidrig.

11) Eine ausführliche Darstellung verschiedener möglicher Verfahren zur Beschränkung des Splitting-Vorteils findet sich bei Bareis/Allmendinger/Selg (1998).

12) Bei der Reform der Ehegattenbesteuerung in der Schweiz ist die Einführung eines solchen Teilsplittings auf Bundesebene (mit dem Splitting-Faktor 1,9) beabsichtigt.

13) Die rot-grüne Koalition hatte zwar ursprünglich beabsichtigt, Elemente dieser Regelung auch auf Ehepaare zu übertragen und damit das Voll-Splitting abzuschaffen, nahm davon aber (wohl aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken) alsbald Abstand. Ein ähnliches Verfahren ist (als Ergänzung zum § 10 Abs. 1 EStG mit einem auf 40 000 DM erhöhten Maximalbetrag) im Entwurf zum „Lebenspartnerschaftsgesetz“ für homosexuelle Paare vorgesehen.

sich die staatliche Förderung auf einkommensschwache Ehepaare beschränkt. Speziell der Atkinson-Index (für $\epsilon = 2$) fiel von 0,35 auf 0,14.

3 Die Gegenposition: Die Verteidigung familienbedingter Steuervorteile in der bisherigen Form

Die Verfechter der bisherigen Form der einkommensteuerlichen Behandlung von Familien rücken eine ganz andere Gerechtigkeitsnorm in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, nämlich die *subjektive Leistungsfähigkeit* eines Steuerpflichtigen, die ihnen als elementarer Bestandteil eines gerechten Steuersystems gilt. Der Staat darf gemäß dieser altehrwürdigen Konzeption bei der Besteuerung nur auf diejenigen Einkommensbestandteile eines Individuums zurückgreifen, über die der Steuerpflichtige selber frei disponieren kann. Für den Steuerpflichtigen unvermeidbare (indisponible) Ausgaben sollen deswegen von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden dürfen und von der Einkommensteuer verschont bleiben. § 33 EStG definiert ganz allgemein zwangsläufige Aufwendungen als solche, denen sich der Steuerpflichtige aus „rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen“ nicht entziehen kann. Anders als dies der Titel dieses Paragraphen „Außergewöhnliche Belastungen“ suggeriert, fallen unter derartige „zwangsläufige Aufwendungen“ natürlich auch solche, die schon unter normalen Umständen entstehen. Diese Steuerpflichtigen können sich ja, aus dem sehr elementaren „tatsächlichen Grund“, weiterleben zu wollen, zumindest nicht den Ausgaben entziehen, die zur Sicherung des Existenzminimumsbedarfs erforderlich sind.

Die Umsetzung des Leistungsfähigkeitsprinzips im Hinblick auf die steuerliche Freistellung des individuellen Minimalbedarfs erfolgt in Deutschland durch den *Grundfreibetrag*, der zur Zeit 14 093 DM beträgt. Wenn aber, wie es in Familien typischerweise der Fall ist, mehrere Individuen vom Erwerbseinkommen eines Steuerpflichtigen leben, erscheint es nur konsequent, auch Freibeträge für die gleichfalls unvermeidbaren Belastungen einzuräumen, die durch die Finanzierung des existenznotwendigen Bedarfs mitzuversorgender Personen, vor allem von Kindern, entstehen. Bei der Bemessung der Höhe entsprechender Kinderfreibeträge darf aus der Perspektive des Leistungsfähigkeitsprinzips aber nicht zwischen verschiedenen Einkommensniveaus unterschieden werden. Der finanzielle Spielraum wird durch den (Mindest)Unterhaltsbedarf eines Kindes beim Reichen nicht weniger eingeschränkt als beim Armen.¹⁴⁾ Dass dem Reichen hinterher mehr übrig bleibt als dem Armen, mag man zwar aus der Perspektive anderer Gerechtigkeitsnormen bedauern, ehrlicherweise darf man dies aber nicht der Besteuerung und insbesondere nicht dem Kinderfreibetrag anlasten.

Genauso lässt sich auch die These von den unsozialen Verteilungswirkungen von Kinderfreibeträgen, mit welcher deren Gegner vor allem operieren, in Zweifel ziehen. Dass die Entlastungswirkungen von Kinderfreibeträgen mit dem Einkommen wachsen, beruht ja auf der Einkommensteuerprogression, die selber der sozialen Gerechtigkeit dienen soll. Ähnliche Entlastungsprofile (mit einer Zunahme des Entlastungsbetrags bei steigendem Einkommen) ergeben sich zudem auch bei anderen Abzügen von der Bemessungsgrundlage, etwa der Kilometerpauschale. Würde man darauf verzichten wollen, die Einkommensteuer für distri-

14) Diese Position wird vom Bundesverfassungsgericht (zuletzt in seinen Entscheidungen vom 10. November 1998) nachdrücklich vertreten. Die Stellung von Kinderfreibeträgen im deutschen Einkommensteuerrecht wurde dadurch zementiert.

butive Zwecke einzuspannen und stattdessen zu einem linearen Steuertarif übergehen, würden auch die einkommensabhängigen Unterschiede in den Entlastungswirkungen verschwinden – und von sozialer Ungerechtigkeit bei Kinderfreibeträgen könnte nicht länger die Rede sein.

Für die Anhänger von Kinderfreibeträgen haben diese zudem mit einer staatlichen Familienförderung im eigentlichen Sinne nur wenig zu tun. Aus ihrer Sicht liegen die jeweils verfolgten Ziele auf völlig verschiedenen Ebenen und dürfen nicht miteinander vermischt oder gegeneinander ausgespielt werden. Dem Staat bleibt es dann natürlich unbenommen, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte alle oder auch nur bestimmte Klassen von Familien gezielt zu unterstützen. In welchem Umfang und in welcher Form dies geschieht, hängt von den Präferenzen der parlamentarischen Mehrheit und damit indirekt der Wahlbürger ab. Zu Lasten der Steuergerechtigkeit, die Kinderfreibeträge zwingend gebietet, dürfen solche familienfördernden Maßnahmen jedoch auf keinen Fall gehen.

Anders als bei Kindern ist aus der Sicht des Leistungsfähigkeitsprinzips nicht sofort klar, wie bei der steuerlichen Behandlung von Ehepaaren verfahren werden soll. Wenn man realistisch davon ausgeht, dass in Ehen eine gewisse Umverteilung von Einkommen stattfindet, legt es das Leistungsfähigkeitsprinzip zwar nahe, beim „Geber“ (dem Partner mit dem höheren Markteinkommen) die Bemessungsgrundlage in gewissem Umfang zu vermindern und den Transfer dafür beim „Nehmer“ (dem Partner mit dem geringeren Markteinkommen) zu versteuern. Auch die Bereitstellung haushaltsspezifischer öffentlicher Güter (wie Wohnung, Waschmaschine usw.), die beide Partner gemeinsam nutzen, führt indirekt zu einer solchen Umverteilung. Aus dieser Perspektive besteht dann auch kein prinzipieller Widerspruch zwischen dem Splitting-Verfahren und dem Individualprinzip der Besteuerung.¹⁵⁾ Allerdings erscheint es a priori keineswegs selbstverständlich, dass man bei diesen Transfers zu einer *hälftigen* Aufteilung des Gesamteinkommens gelangt, wie sie dem Ehegattensplitting konzeptionell zugrunde liegt.

Will man diese argumentative Lücke schließen, muss man weitere Gesichtspunkte berücksichtigen. Insbesondere bietet es sich an, an der rechtlichen Konstruktion der Ehe anzusetzen: Als vom Staat definierte Institution gilt die Ehe als Gemeinschaft bei Erwerb und Verwendung von Einkommen, in der die Partner ihr Leben gemeinsam organisieren, sich für bestimmte Formen der Arbeitsteilung innerhalb und außerhalb des Haushalts entscheiden und aus einem Topf wirtschaften.¹⁶⁾ Dass der Rechtsrahmen einer Ehe auf dem Gemeinschaftsideal aufbaut, hat natürlich auch Konsequenzen für die finanziellen Beziehungen innerhalb einer Ehe. Die Partner sind verpflichtet, sich ihren Lebensunterhalt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten wechselseitig zu sichern. Gemäß des *Subsidiaritätsprinzips* springt (etwa bei der Sozialhilfe oder der Arbeitslosenhilfe) der Staat erst dann ein, wenn die Ehepartner nicht mehr in der Lage sind, sich selber zu helfen. Für bestehende Ehen sieht der Staat zwar nicht explizit die gleichmäßige Partizipation der Partner am Gesamteinkommen vor. Auch dies ist nicht weiter überraschend. Es entspricht auch dem Subsidiaritätsprinzip, dass eine äußere Einmischung in die internen Entscheidungsprozesse einer geschützten Gemeinschaft so weit wie möglich unterbleiben sollte. Wenn eine Ehe jedoch scheitert und die

15) Vgl. zu diesem Transferargument etwa Wosnitza (1996).

16) Vgl. zu derartigen Rechtfertigungsansätzen für das Ehegattensplitting in jüngerer Zeit v. a. Homburg (2000) und Scherf (2000).

Gemeinschaft damit aufgehoben ist, tritt der Staat in Aktion – und sichert dann Unterhaltsansprüche, die sich zumindest im Prinzip an der Gleichverteilungsmaxime orientieren. Als Maßstab für einen angemessenen Unterhalt gilt ja nicht die bloße Absicherung des Existenzminimums, sondern die Aufrechterhaltung des während der Ehe erreichten Lebensstandards, der am Gesamteinkommen der einstigen Partner festgemacht wird. Wenn aber der Staat in dieser Weise die Ehe als Einkommensgemeinschaft begreift und ihr – durch Regelungen im Zivil- und Sozialrecht – einen entsprechenden Rechtsstatus verleiht, kann es natürlich auch keine Rechtfertigung dafür geben, im Bereich des Steuerrechts anders zu verfahren. Das Ehegattensplitting erscheint dann als die einzige Form der Besteuerung von Ehepaaren, die zur rechtlich gültigen Gesamtkonzeption der Institution „Ehe“ wirklich passt.¹⁷⁾

Theoretische Überlegungen aus der Familienökonomie legen es sogar nahe, von den Unterhaltsregelungen für gescheiterte Ehen auf die faktische Einkommensverteilung in bestehenden Ehen zurückzuschließen.

Der familienökonomische *Bargaining-Ansatz*¹⁸⁾ geht davon aus, dass Ehepartner nicht nur über die Aufgabenverteilung, sondern auch über die Aufteilung ihres Markteinkommens verhandeln. Das zu erwartende Verhandlungsergebnis hängt dann aber in erheblichem Maße von den *Drohpunkten* ab, die beide Partner haben. Im Zusammenhang mit einer Ehe kann man sich darunter die Einkommens- bzw. Nutzenniveaus vorstellen, auf welche die Ehepartner zurückfallen, wenn der Verhandlungsprozess zu keinem Ergebnis führt, die Partner sich nicht zusammenraufen können und die Ehe somit scheitert. Für die genaue Lage dieser Drohpunkte sind die nach Beendigung einer Ehe verbleibenden Unterhaltsansprüche aber von ausschlaggebender Bedeutung. Gibt es hier (wie in Deutschland etwa auch durch den Versorgungsausgleich im Rentenalter) günstige Bedingungen für den einkommensschwächeren Partner, steigt dessen Drohpotential, so dass er schon innerhalb einer bestehenden Ehe einen höheren Anteil am Gesamteinkommen durchsetzen kann. Das Ehegattensplitting erweist sich in einer solchen Situation nicht nur im Hinblick auf die idealerweise unterstellte, sondern auch im Hinblick auf die reale Einkommensverteilung als die angemessene Lösung.

Aus dem Blickwinkel dieses Arguments erscheint auch die beliebte These, derzufolge das Ehegattensplitting zur Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt führt, in einem etwas anderen Licht.¹⁹⁾ Das Gesamtpaket der rechtlichen Regelungen, das es für die Institution der Ehe in Deutschland gibt und in dem die Ehegattenbesteuerung nur eine Komponente unter vielen ist, führt ja dazu, dass ein Ehepartner durchaus Interesse daran haben muss, dass die Erwerbchancen des anderen Partners während der Ehe erhalten bleiben. Dadurch ergibt sich eine gewisse Absicherung gegen das Risiko, nach einer Scheidung mit hohen Unterhaltsansprüchen konfrontiert zu werden. Umgekehrt kann aber möglicherweise derjenige Partner den Anreiz an einer weiteren beruflichen Qualifikation verlieren, dem durch das Unterhaltsrecht auf alle Fälle ein hoher Lebensstandard garantiert ist. Aus der sozialpolitischen Diskussion sind derartige Disincentive-Effekte der Umverteilung zwar wohlbekannt und als Problem weitgehend akzeptiert, im familienpolitischen Kontext könnte ein entsprechender Hin-

17) Vgl. zur Forderung nach konsistenter Behandlung der Ehe in den verschiedenen Rechtsbereichen (Zivilrecht, Sozialrecht, Steuerrecht) z. B. Vogel (1999), Buchholz (2000) und Homburg (2000).

18) Vgl. zur Darstellung dieses Bargaining Approach z. B. Ott (1992) oder Lundberg/Pollak (1996). Die Erörterung dieses Punktes beruht auf zahlreichen Gesprächen mit K. A. Konrad.

19) Eine theoretische Analyse der Wirkungen des Ehegattensplittings auf verschiedene intrafamiliale Entscheidungen liefert Wrede (2000).

weis vielleicht sogar provokativ wirken. Zumindest dürften sie dem Weltbild der meisten Gegner des Ehegattensplittings nicht so recht entsprechen.

4 Versuch einer Synthese

Ich habe bisher die Argumente, die in der Diskussion um die Familienbesteuerung in Deutschland die zentrale Rolle spielen, in komprimierter und teilweise zugespitzter Form wiederzugeben versucht. Nach dieser fiktiven Pro- und Contra-Debatte bleibt zunächst der Eindruck, dass jede der beiden Positionen auf ihre Weise, im Rahmen ihrer Prämissen und Wertvorstellungen, Recht hat. Will man die beiden Positionen und die mit ihnen verbundenen Politikempfehlungen gegeneinander abwägen, kommt man nicht umhin, die jeweiligen normativen Ausgangspunkte miteinander zu vergleichen. Dies ist natürlich schwieriger als die rein immanente Darstellung der Wertungssysteme selbst, und die Urteile müssen dementsprechend vorsichtig ausfallen.

Die Befürworter der gegebenen steuerlichen Vergünstigungen für Familien (und mit ihnen das Bundesverfassungsgericht) geben dem Leistungsfähigkeitsprinzip absolute Priorität gegenüber allen anderen steuerpolitischen Zielen distributiver und allokativer Art. Auf den ersten Blick erscheint diese Gewichtung möglicherweise zu einseitig, so dass man versucht sein könnte, auf Kompromisse zwischen den einzelnen Zielen (etwa in Form von Kindergrundfreibeträgen oder durch ein Realsplitting) hinzuwirken. Inwieweit das Bundesverfassungsgericht von seinem bisherigen auf das Leistungsfähigkeitsprinzip fixierten Standpunkt abrücken und solche vom Wertepluralismus inspirierten Reformen mittragen würde, ist in diesem Zusammenhang nur die eine – praktisch-politische – Frage. Die andere tiefer gehende bezieht sich darauf, ob es dies wirklich mit guten Gründen tun könnte. Meine Antwort dazu ist nein. Das Leistungsfähigkeitsprinzip entspricht m.E. nämlich einer fundamentalen Fairness-Norm, deren Bedeutung weit über steuerrechtliche Einzelregelungen hinausreicht. Hielte sich der Staat nicht an das Leistungsfähigkeitsprinzip, würde er sich mehr Verfügungsmacht über das Einkommen des Steuerpflichtigen anmaßen, als er diesem selber zugeht. Eine solche asymmetrische Behandlung erscheint grob unbillig und mit der Eigentumsordnung einer freiheitlichen Gesellschaft unvereinbar. Das Leistungsfähigkeitsprinzip stellt so gesehen in der Tat eine unverrückbare Minimalnorm dar, durch die das Eigentum der Bürger gegenüber staatlichem Zugriff geschützt wird. Damit erhält es in der Tat eine Vorrangstellung gegenüber anderen Normen. Die hieraus direkt ableitbare Notwendigkeit eines Freibetrags für den Steuerpflichtigen selber („Grundfreibetrag“) scheint auch weitgehend unumstritten. Es ist aber kein überzeugender Grund erkennbar, bei vom gleichen Einkommen abhängigen Individuen anders zu verfahren.

Ein nicht unerheblicher Teil der Kontroverse in diesem Bereich dürfte ohnehin nur einem semantischen Missverständnis zuzuschreiben sein, das auf der im Gesetzestext verwendeten Kennzeichnung des individuellen Freibetrags eben als *Grundfreibetrag* beruht. Die damit einhergehende Einarbeitung dieses Freibetrags in den Tarif hat aber nur steuertechnische Gründe – eine spezifische und von anderen Freibeträgen verschiedene Belastungskonzeption verbirgt sich dahinter nicht.²⁰⁾ Die Forderung nach Einführung von Grundfreibeträgen für Kinder als gerechtere Alternative zu den „normalen“ Freibeträgen stiftet nur Verwirrung, weil sie sich über die Trennung zwischen Ermittlung der Bemessungsgrundlage auf der einen

20) Vgl. hierzu Buchholz (1991) und die ausführliche Darstellung bei Homburg (1995).

und Anwendung des Steuertarifs auf der anderen Seite hinwegsetzt.²¹⁾ Regelungen, welche die Bestimmung der richtigen Bemessungsgrundlage betreffen, sollten zur Vermeidung von Willkür vom konkreten Tarif unabhängig sein, d.h. in dieser Hinsicht hinter einem *Schleier des Nichtwissens* getroffen werden.

Wenn man dem Leistungsfähigkeitsprinzip aber, wie es hier geschieht, die zentrale Rolle für eine faire Einkommensbesteuerung zuweist, muss allerdings auch festgestellt werden, dass man dieser Norm einen Bärendienst erweist, wenn man ihre Reichweite zu sehr ausdehnt. Dies ist mit der Einbeziehung von nicht zahlungswirksamen „Opportunitätskosten“ der Kinderbetreuung im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10.11.1998 aber möglicherweise geschehen. Aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip in der üblichen Fassung lässt sich sicherlich nicht die Erhöhung des effektiven Kinderfreibetrags auf ein Niveau ableiten, das weit über dem Existenzminimumsbedarf eines Kindes liegt.²²⁾

Ohne dass man bereit wäre, den grundlegenden Ansatz und die Systematik der Einkommensbesteuerung über Bord zu werfen, führt also an Kinderfreibeträgen in Höhe des Existenzminimumsbedarfs kaum ein Weg vorbei. Beim Ehegattensplitting besteht ein solcher Automatismus jedoch nicht. Hier ergibt sich aus der Logik des Leistungsfähigkeitsprinzips zunächst nur die Mindestforderung, dass auch für einen Ehepartner ohne eigenes Erwerbseinkommen ein zusätzlicher Freibetrag in Höhe des individuellen Grundfreibetrags eingeräumt werden muss. Das im Hinblick auf Entlastungseffekte wesentlich weiter gehende Splitting hingegen hat seine normative Basis im Eherecht als Ganzem – und nur dort. Wenn im Zuge einer weiteren Individualisierung die Ehe als dauerhafte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau an Bedeutung einbüßt (etwa weil die Individuen mobiler sein müssen, weil sie hedonistischer und damit bindungsunwilliger bzw. -unfähiger werden und die Scheidungszahlen noch weiter steigen, weil mit der Profanisierung aller Lebensbereiche auch eine Entromantisierung eintritt und der Staat die traditionelle Ehe durch lockerere Bindungsformen ersetzt), verliert auch das Splitting seine Berechtigung. Die zunehmende Tendenz, Unterhaltsverpflichtungen durch Eheverträge zu umgehen, ist ebenso ein Schritt in diese Richtung wie die Ermöglichung eingetragener Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare.²³⁾ Vor diesem Hintergrund erscheint die Beurteilung des Ehegattensplittings von der Beantwortung viel grundsätzlicherer Fragen abhängig zu sein: Welches Interesse kann der Staat (über die durch die Institution der Ehe geschaffene Möglichkeit zur Einsparung von Sozialleistungen hinaus) überhaupt haben, das Zusammenleben zweier erwachsener Menschen zu regulieren? Welches Recht hat er, und wie sieht der passende Regulierungsrahmen aus? Wenn der eine Partner seine Karriere der des anderen opfert und von ihm später verlassen wird, mag dies zwar individuell schmerzlich sein, zu einer öffentlichen Angelegenheit wird es deswegen aber noch lange nicht. Will man aber einen entsprechenden Schutz des Partners mit den geringeren Erwerbchancen, kommt man konsequenterweise auch um das Ehegattensplitting nicht herum.

21) Aus diesem Grunde werden Kindergrundfreibeträge auch als nicht verfassungskonform angesehen. Vgl. etwa Arndt/Schuhmacher (1999).

22) Auf die veränderte Interpretation des Leistungsfähigkeitsprinzips durch das Bundesverfassungsgericht weist etwa Schneider (2000) deutlich hin. Er bezweifelt aber, dass die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwingend durch Freibeträge in der üblichen Form zu geschehen hat.

23) Vgl. zur Anwendung des Splitting-Gedanken auf solche Partnerschaften Hackmann (2001). Dieser Beitrag enthält auch wichtige Argumente gegen das Ehegattensplitting selber.

Aus dieser Perspektive erweist es sich als im Ansatz verfehlt, wie etwa Lampert (1998, S. 341) es tut, von einem „Übergewicht der finanziellen Förderung der Ehe gegenüber der Förderung der Familie“ zu sprechen. Ehepaare werden nicht „gefördert“, sondern es wird nur dafür gesorgt, dass sie im gegebenen Rechtsrahmen bei der Besteuerung fair und nicht willkürlich behandelt werden. Die Steuerausfälle, die der Staat durch Kinderfreibeträge und Splitting zu tragen hat, als Teil der Familienförderung zu begreifen, ist nicht angebracht. Der Gesetzgeber leistet diesem Missverständnis allerdings selber Vorschub, wenn er § 31 EStG, in dem die steuerliche Freistellung des Existenzminimums eines Kindes geregelt ist, mit „Familienleistungsausgleich“ überschreibt und die durch das Splitting resultierende Steuerermäßigung als Teil des Sozialbudgets verbucht.

Die eigentliche Politik der Familienförderung beginnt erst jenseits dieser steuerlichen Regelungen. Dass sich Kriterien für Förderungswürdigkeit hier an der Einkommenssituation nach Wahrnehmung von Steuervergünstigungen orientieren sollten, erscheint dabei fast zwingend. Konkret bedeutet dies, dass eine steuerliche Entlastung die „Bedürftigkeit“ von Familien reduziert und deshalb direkte Transfers zumindest teilweise überflüssig macht. Bei den Kinderfreibeträgen gibt es eine derartige sinnvolle Integration zwischen Steuer- und Sozialsystem seit einigen Jahren. Beim Ehegattensplitting ließe sich in diesem Zusammenhang an eine Verrechnung mit Kinderbetreuungskosten denken, was den Intentionen des Bundesverfassungsgerichts allerdings kaum entsprechen dürfte.

Welche Ziele die eigentliche Familienförderungs politik jedoch im Einzelnen verfolgen sollte, ist meinem Eindruck nach weniger kontrovers als diffus. Dies ist auch mein Hauptvorwurf in Bezug auf die normative Basis, von der die Kritiker des bestehenden Systems ausgehen. Als konkretes Ziel der Familienförderung am überzeugendsten dürfte dabei noch die Verminderung der absoluten Kinderarmut sein, wobei hier vor allem an Maßnahmen im Rahmen der Sozialhilfe (etwa durch eine Erhöhung des Regelsatzes für Kinder) zu denken ist. Ebenso leuchtet die in den Anfangsjahren der Bundesrepublik bestehende Regelung ein, für dritte, vierte und weitere Kinder ein besonders hohes Kindergeld zu bezahlen, weil bei einer so großen Kinderzahl auch ein reichlich bemessenes Familienbudget an seine Grenzen stößt.²⁴⁾ In den letzten Jahren hat man stattdessen insbesondere das Kindergeld für die ersten beiden Kinder erhöht. Diesen finanziellen Entlastungen für die heutige Normalfamilie mit Kindern liegt – über dem auf politökonomischer Ebene bestehenden Streben der Politiker nach Wählerstimmenmaximierung – die Vorstellung zugrunde, dass die Gemeinschaft (und somit insbesondere auch die Kinderlosen) einen fairen Anteil an den Kinderkosten tragen solle. Warum eigentlich? Dass Familien finanzielle Zuwendungen benötigen, wenn ansonsten die Gefahr besteht, dass sie verarmen und die Erziehung und Ausbildung von Kindern dann Schaden nimmt, ist zwar weitgehend unstrittig. Daneben ist bei der Familienförderung ein wirkliches *Gerechtigkeitsfordernis* jedoch schwer zu erkennen. Zumindest wären Kriterien für diejenigen individuellen Belastungen zu bestimmen, für die eine Mitfinanzierung durch die Gemeinschaft geboten scheint.

Hinter Gerechtigkeitsargumenten, wie sie im familienpolitischen Zusammenhang in Deutschland vorgetragen werden, verbirgt sich vielmehr der Wunsch, die demografische Entwicklung zu stabilisieren bzw. umzukehren. Damit tritt ein allokatives an die Stelle eines distributiven Ziels. Die Kindererziehung bedeutet in ökonomischer Hinsicht die Bereit-

24) Vgl. hierzu z. B. Wingen (1994, S. 139). Welche Gründe aber für den geforderten „wirklichen Ausgleich der Familienkosten“ (Wingen 1994, S. 133) sprechen sollten, bleibt aus meiner Sicht letztlich offen.

stellung eines Produktionsfaktors, der durch den Geburtenrückgang knapp zu werden droht. Eltern schaffen durch die freiwillig getätigten Aufwendungen für ihre Kinder Externalitäten für die Kinderlosen, die später beispielsweise von den Rentenbeiträgen der mittlerweile ins Erwerbsleben eingetretenen Kinder profitieren und auf diese Weise eine „Freifahrerrolle“ einnehmen können.²⁵⁾ Man kann dies als unfair empfinden und aus diesem Grund eine Honorierung für die Produzenten positiver Erziehungsexternalitäten (etwa durch den Ausbau des „Erziehungsgeldes“²⁶⁾) fördern. Aus ökonomischer Sicht steht dann jedoch der Anreizeffekt im Vordergrund, so dass die Wertung, Familien hätten einen moralischen Anspruch auf einen Leistungsausgleich, sekundär erscheint. Um den Unterschied von allokativen Zielen und distributiven Wertungen klar zu machen, hat man sich etwa im Bereich der Umweltökonomie seit Coase (1960) in analoger Weise darum bemüht, das „Verursacherprinzip“ von seinen moralischen Konnotationen zu befreien.

Wenn die populäre Forderung nach gerechter Behandlung von Familien aber keine eigenständige Gültigkeit besitzt, sondern aus einer allokativen Zielsetzung lediglich abgeleitet ist, wird sie natürlich auch relativiert. In einer von Überbevölkerung geprägten Gesellschaft ließe sich ein Familienleistungsausgleich auf diese Weise kaum begründen, während Kinderfreibeträge bei konsequenter Orientierung am Leistungsfähigkeitsprinzip auch hier unabweisbar wären. Aber selbst in einer unter Bevölkerungsrückgang leidenden Volkswirtschaft ergibt sich durch eine bewusster Orientierung an den eigentlichen allokativen Problemen eine bedeutsame Akzentverschiebung. Die gerechtigkeitsorientierte Begründung einer Politik zur Förderung von Familien führt ja fast automatisch zur Forderung nach finanziellen Zuwendungen für Familien mit Kindern. Es entspricht der Vorstellung von Tauschgerechtigkeit, dass die Nutzer einer Leistung den Leistungserbringern ein angemessenes Entgelt bezahlen sollten. Geht man jedoch direkt vom eigentlichen allokativen (oder wenn man den Begriff akzeptiert: bevölkerungspolitischen) Ziel der Internalisierung positiver Kinderexternalitäten aus und fragt nach geeigneten Internalisierungsstrategien, so scheinen einige Zweifel daran angebracht, ob finanzielle Transfers an Familien mit Kindern tatsächlich das bestmögliche Instrument zur Familienförderung darstellen.

Der Erfolg solcher Maßnahmen ist höchst unsicher. Die Ausdehnung der finanziellen Förderung von Familien in den letzten Jahren hat die demografische Entwicklung jedenfalls kaum positiv beeinflusst. Dafür sind die Mitnahmeeffekte beträchtlich, und das je nach Standpunkt als gerecht und notwendig anzusehende Förderungsvolumen erscheint als Fass ohne Boden. Zudem wird auch durch derartige Transfers, und eben nicht nur durch das Splitting, die Hausfrauen-Ehe via Einkommenseffekt gefördert. Vor allem aber besteht die Gefahr, dass man mit der kurzgeschlossenen Strategie, eine letztlich allokativ motivierte Bevölkerungspolitik von vornherein als Teil der Sozialpolitik zu begreifen, am Kern des Problems vorbeigeht. Dass in Deutschland so wenig Kinder geboren werden, ist keine Folge eines wirklichen Mangels an finanziellen Mitteln. Vielleicht gilt sogar eher das Gegenteil. Die Einkommenschancen von Frauen sind stark gestiegen, so dass die Opportunitätskosten der Kindererziehung nach dem klassischen Rollenbild der Hausfrau und Mutter höher geworden sind. Wenn man sich ernsthaft um die demografische Entwicklung in Deutschland sorgt, kann die Alternative nur sein, die Vereinbarkeit der Kindererziehung und der Berufstätigkeit der Frau zu

25) Zu allokativen Begründungsansätzen für die Familienpolitik allgemein vgl. die umfassende Darstellung bei Ott (2000).

26) Vgl. zur Begründung und möglichen Ausgestaltung eines solchen Erziehungsgeldes Wingen (1994, insbesondere S. 165 – 180).

erhöhen. Entsprechenden Maßnahmen steht aber neben Inflexibilität des Arbeitsmarkts immer noch ein recht weit verbreitetes Leitbild von Frau und Familie entgegen. Pointiert ausgedrückt: Weil für viele die Familie klassischen Zuschnitts immer noch das eigentliche Ideal darstellt, droht die reale Familie mit den tatsächlichen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder zu verkümmern. Dieses Paradoxon stellt aus meiner Sicht das zentrale Problem für die Familienpolitik in Deutschland dar. Erst wenn man bereit ist, ideologische Vorbehalte über Bord zu werfen und grundsätzlicher und vorurteilsfreier über alternative Konzepte der Familienpolitik nachzudenken, dürfte man in der Lage sein, den angemessenen Stellenwert finanzieller Zuwendungen an Familien richtig einschätzen zu können. Gerade die skandinavischen Länder, in denen die Stellung der Frau in der Gesellschaft schon seit langem anders als in Deutschland wahrgenommen wird, könnten hier in mancherlei Hinsicht ein Vorbild darstellen.

Die jüngsten Erklärungen auch aus den konservativen Parteien in Deutschland lassen erwarten, dass man auch im Bereich der Familienpolitik allmählich bereit ist, „Trampelpfade des Denkens“²⁷⁾ zu verlassen und neue Wege zu beschreiten, die auch der organisierten Kinderbetreuung (in Kindertagesstätten oder aber auch vermehrt in betrieblichen Betreuungseinrichtungen) einen höheren Stellenwert einräumen.²⁸⁾ Auf längere Sicht dürfte sich hier auch die Dominanz politischer Sachzwänge über abstrakt-normativen Erwägungen zeigen. In Folge des Bevölkerungsrückgangs und der Überalterung der Gesellschaft wird in der Zukunft kein Weg an einer intensiveren Nutzung des gesamtwirtschaftlichen Erwerbspotentials vorbei führen. Die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und die permanente berufliche Weiterqualifikation von Frauen kann sich als wichtiger und notwendiger Schritt in diesem allgemeinen Prozess erweisen.

27) Mit diesen Worten hat Bonus (1986) die Wirkung von Coase (1960) im Bereich der Umweltökonomie treffend charakterisiert.

28) Vgl. zu möglichen Formen der Ausgestaltung institutioneller Kinderbetreuung Kreyenfeld/Spieß/Wagner (2001).

Literaturhinweise

Alm, J.; Whittington, L. A. (1997): Income Taxes and the Timing of Marital Decisions, in: *Journal of Public Economics* 35, S. 355 – 369.

Alm, J.; Whittington, L. A. (1999): For Love or Money? The Impact of Income Taxes on Marriage, in: *Economica* 66, S. 297 – 316.

Althammer, J. (2000): Reforming Family Taxation, Diskussionspapier, Universität Passau.

Apps, P. F.; Rees, R. (1988): Taxation and the Household, in: *Journal of Public Economics* 35, S. 355 – 369.

Apps, P. F.; Rees, R. (1999): Individual versus Joint Taxation in Models with Household Production, in: *Journal of Political Economy* 107, S. 393 – 403.

Arndt, H.-W.; Schuhmacher, A. (1999): Die Verfassungswidrigkeit des Kindergrundfreibetrages, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, S. 1689 – 1695.

Bareis, P. (1991): Transparenz bei der Einkommensteuer – Zur systemgerechten Behandlung sogenannter „notwendiger Privatausgaben“, in: *Steuer und Wirtschaft* 77, S. 38 – 51.

Bareis, P. (2000): Gebietet das Grundgesetz bei der Ehegattenbesteuerung die Missachtung ökonomischer Wirkungen? – Analyse eines Rechtsgutachtens Klaus Vogels, in: *Steuer und Wirtschaft* 77, S. 81 – 90.

Bareis, P.; Allmendinger, D.; Selg, C. (1998): Neuansätze des Familienlastenausgleichs, in: Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Frauenpolitische Aspekte im Einkommensteuerrecht Teil 3, Wiesbaden.

Bonus, H. (1986): Eine Lanze für den „Wasserpfeffig“, in: *Wirtschaftsdienst* 66, S. 451 – 455.

Boskin, M. J.; Sheshinski, E. (1983): Optimal Tax Treatment of the Family: Married Couples, in: *Journal of Public Economics* 20, S. 281 – 297.

Buchholz, W. (1991): Aktuelle Probleme der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern, in: *Familie in Bayern* 8.

Buchholz, W. (2000): Die Neuregelung der Familienbesteuerung im Meinungsstreit, Diskussionspapier Universität Regensburg.

Coase, R. (1960): The Problem of Social Cost, in: *Journal of Law and Economics* 3, S. 1 – 44.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1999): Alternativen zu Ehegattenbesteuerung aus verfassungsrechtlicher, steuersystematischer und ökonomischer Sicht, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin.

Gottfried, P.; Richter, W. F. (1999): The Tax Unit and Household Production: Comment, in: *Journal of Political Economy* 107, S. 404 – 409.

Hackmann, J. (2001): Vom Ehegatten- zum Partnerschaftssplitting? Steuerwissenschaftliche Begründungsdefizite und zu einem Versuch ihrer Erklärung mit mentaler Korruption, Diskussionspapier, Universität der Bundeswehr Hamburg.

- Homburg, S. (1995): Zur Steuerfreiheit des Existenzminimums: Grundfreibetrag oder Abzug von der Bemessungsgrundlage, in: Finanzarchiv 52, S. 182 – 195.
- Homburg, S. (2000): Das einkommensteuerliche Ehegattensplitting, in: Steuer und Wirtschaft 77, S. 261 – 268.
- Konrad, K. A. (1999): „Das Ehegattensplitting zerrüttet die Ehe“, Interview in: DER TAGESSPIEGEL vom 1.12.1999, S. 19.
- Kreyenfeld, M.; Spieß, C. K.; Wagner, G. (2001): Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung, Neuwied und Berlin.
- Lampert, H. (1998): Lehrbuch der Sozialpolitik, fünfte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin, Heidelberg und New York.
- Lundberg, S.; Pollak, R. A. (1996): Bargaining and Distribution in Marriage, in: Journal of Economic Perspectives 10, S. 139 – 158.
- Oberhauser, A. (2000): Berücksichtigung des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs bei den familienpolitischen Maßnahmen, Probleme und Gestaltungsmöglichkeiten, Expertise für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Ott, N. (1992): Intrafamily Bargaining and Household Decisions, Berlin, Heidelberg, New York.
- Ott, N. (2000): Ökonomische Effizienz und Familienlastenausgleich – eine konzeptionelle Klärung, in: B. Jaus; A. Habisch; E. Stutzer (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaff, S. 185 – 200.
- Piggott, J.; Whalley, J. (1996): The Tax Unit and Household Production, in: Journal of Political Economy 104, S. 398 – 418.
- Piggott, J.; Whalley, J. (1999): Reply to Apps/Rees und Gottfried/Richter, in: Journal of Political Economy 107, S. 410 – 418.
- Sacksofsky, U. (2000): Steuerung der Familie durch Steuern, in: Neue Juristische Wochenschrift, S. 1896 – 2003.
- Scherf, W. (2000): Das Ehegattensplitting aus finanzwissenschaftlicher Sicht, in: Steuer und Wirtschaft 77, S. 269 – 278.
- Schneider, D. (1984): Leistungsfähigkeitsprinzip und Abzug von der Bemessungsgrundlage, in: Steuer und Wirtschaft 61, S. 356 – 367.
- Schneider, H.-P. (2000): Die Berücksichtigung des Kinderbedarfs bei der Reform des Familienlastenausgleiches im Jahr 2002, Verfassungsrechtliche Anforderungen und politische Gestaltungsspielräume, Expertise für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Vogel, K. (1999): Besteuerung von Eheleuten und Verfassungsrecht, in: Steuer und Wirtschaft 77, S. 201 – 226.
- Vogel, K. (2000): Erwiderung, in: Steuer und Wirtschaft 77, S. 90.
- Vollmer, F. (1998): Das Ehegattensplitting: Eine verfassungsrechtliche Untersuchung der Einkommensbesteuerung von Eheleuten, Baden-Baden.

Wagenhals, G.; Kraus, M. (1998): Neuansätze des Familienlastenausgleichs – Empirische Untersuchung, Mikroökonomische Analysen –, in: Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Frauenpolitische Aspekte im Einkommen-Steuerrecht Teil 3.

Wingen, M. (1994): Zu Theorie und Praxis der Familienpolitik, Stuttgart.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (1988): Familienpolitik nach der Steuerreform, Bonn.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (1999): Stellungnahme zur Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs nach den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998, Berlin.

Wosnitza, M. (1996): Die Besteuerung von Ehegatten und Familien – Zur ökonomischen Rechtfertigung eines Realsplitting, in: Steuer und Wirtschaft 73, S. 123 – 136.

Wrede, M. (2000): Income Splitting – Is it Good for Both Partners in the Marriage?, CESifo Working Paper No. 391.

Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben der amtlichen Statistik

1 Ausgangslage

In der deutschen amtlichen Statistik werden derzeit verschiedene Wege zur Weiterentwicklung der bestehenden Haushaltsstichproben diskutiert, um auch in Zukunft in der Lage zu sein, den sich verändernden Anforderungen durch die Politik, die Wissenschaft und die Gesellschaft gerecht zu werden.

Während in der Vergangenheit Aggregatdaten über Strukturen in zum Teil großer fachlicher und regionaler Tiefe zu verschiedenen Themen ausreichend waren, sind heute integrierte Informationssysteme gefragt. Diese müssen wie in der Vergangenheit Strukturinformationen bereitstellen, aber zusätzlich auch flexibel auf der Mikroebene zu wandelnden Fragestellungen ausgewertet werden können, kurzfristig die Erhebung neuer Merkmale ermöglichen, die in das Informationssystem integrierbar sind und Entwicklungen und Veränderungen darstellen, also nicht nur Querschnitts-, sondern auch Längsschnittinformationen liefern.

Das bestehende System der Haushaltsstichproben wurde in den 50er und beginnenden 60er Jahren etabliert. Auf der einen Seite gibt es den Mikrozensus, in den die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU) integriert ist. Die Teilnahme am Mikrozensus ist für die ausgewählten Haushalte obligatorisch und für die meisten Fragen besteht Auskunftspflicht. Unter den Erhebungen mit freiwilliger Teilnahme sind als erstes die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte zu nennen, die aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den Laufenden Wirtschaftsrechnungen bestehen. Daneben gibt es sporadisch Statistiken für besondere Zwecke auf der Basis des § 7 Bundesstatistikgesetz (BStatG). Beispiele für solche Erhebungen sind die Zeitbudgeterhebung, die Erhebung zu den Einkommensverhältnissen von Familien mit Kindern in Deutschland sowie das Europäische Haushaltspanel. Zwar erfolgten im Laufe der Jahre Anpassungen bei den Erhebungen an veränderte Anforderungen, sie ließen das unverbundene Nebeneinander von Mikrozensus, Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte und Ad-hoc-Erhebungen jedoch unangetastet. Diese Struktur erschwert zunehmend die Aufgabenerfüllung der amtlichen Statistik. Daher sind heute deutliche Veränderungen erforderlich, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden und für die Zukunft gerüstet zu sein.

Folgende Ziele werden angestrebt:

- Die Haushaltsstichproben sollten ein Gesamtsystem bilden, so dass die Daten der verschiedenen Erhebungen zu einem konsistenten Datenkranz ergänzt werden können.
- Ad-hoc-Erhebungen sollten flexibel, schnell und kostengünstig durchgeführt werden können.
- Mikrozensus und Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte sollten durch Schaffung alternativer Möglichkeiten der Befriedigung von Datenbedarf um Zusatzerhebungen ent-

*) Dr. Sabine Bechtold, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

lastet und der Gefahr ihrer Überfrachtung mit weiteren Modulen sollte entgegengewirkt werden.

- Haushaltsbudgetinformationen sollten in hinreichender fachlicher und regionaler Tiefe nicht nur alle fünf Jahre, sondern jährlich vorliegen.
- Europäische Statistikprojekte sollten flexibel in das nationale System integriert werden können.

Alle diese Überlegungen müssen zudem sicherstellen, dass die hohe methodische Qualität der Daten der amtlichen Statistik gewährleistet bleibt.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verfolgen bei ihren aktuellen Überlegungen zur Weiterentwicklung der freiwilligen Haushaltsstichproben zwei Handlungsstränge:

- Überlegungen zur Zusammenführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Laufenden Wirtschaftsrechnungen zu einer jährlichen Haushaltsbudgeterhebung,
- Überlegungen zum Aufbau eines Access-Panels in der amtlichen Statistik.

Neben diesen Überlegungen gibt es bereits seit Mitte der neunziger Jahre Bestrebungen, die EU-Arbeitskräfteerhebung unterjährig durchzuführen und damit Durchschnittsergebnisse auf Jahres- und Quartalsebene bereitzustellen. Seit 1998 ist die Unterjährigkeit durch eine EU-Verordnung geregelt. Für Deutschland gilt derzeit noch eine Ausnahmeregelung, wonach der Mikrozensus mit der Arbeitskräfteerhebung nach wie vor nach dem Stichtagskonzept erhoben werden darf. Der Übergang zum kontinuierlichen Konzept mit einer gleichmäßigen Verteilung des Befragungsvolumens auf die einzelnen Wochen des Jahres ist frühestens mit der Novellierung des Mikrozensus-Gesetzes im Jahr 2005 möglich. Da es sich hierbei jedoch nicht um eine neue Überlegung handelt, wird im Rahmen dieses Beitrages auf diese Umstellung nicht weiter eingegangen.

2 Umgestaltung der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte zu einer jährlichen Haushaltsbudgeterhebung

In der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwei primärstatistische Erhebungen, mit deren Hilfe Aussagen über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte gewonnen werden: Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen. Beide Erhebungen beruhen auf dem Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961.¹⁾

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) werden in fünfjährigem Abstand durchgeführt und erfassen Haushalte aller Größen und sozialen Schichten. In die Erhebung können bis zu 0,3% aller in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen privaten Haushalte einbezogen werden. An der EVS 1998 beteiligten sich rund 70 000 Haushalte. Mit dieser Erhebung werden Strukturdaten bereitgestellt, die sowohl regional als auch fachlich tief gegliedert sind. Neben dieser großen Strukturserhebung gibt es die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), die mittlerweile als Quartalspanel mit 6 000 Haushalten durchgeführt

1) Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 708-6 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846).

werden. Haushalte von Selbstständigen und von Landwirten werden jedoch nicht einbezogen. Mit den Laufenden Wirtschaftsrechnungen wird die Lücke zwischen den Jahren geschlossen, für die keine EVS-Informationen vorliegen.

Zurzeit werden Überlegungen angestellt, EVS und LWR zu einer jährlich stattfindenden 18 000 – 24 000 Haushalte umfassenden Haushaltsbudgeterhebung über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte weiterzuentwickeln. Eine solche Weiterentwicklung sollte folgenden Anforderungen genügen:

- Der Detaillierungsgrad und die Genauigkeit der Ergebnisse der bisherigen EVS sollte gewahrt bleiben. Fachlich und regional tiefgegliederte Ergebnisse müssen auch in Zukunft insbesondere für die Zwecke der Statistischen Ämter der Länder, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Preisstatistik zur Verfügung stehen.
- Gleichzeitig sollte die Aktualität dieser detaillierten Ergebnisse erhöht werden, indem Daten jährlich und nicht mehr nur alle fünf Jahre zur Verfügung gestellt werden.

Die Erhebungsmerkmale der jährlichen Haushaltsbudgeterhebung werden sich an der EVS und den LWR orientieren. Grundsätzlich sind jedoch Erweiterungen denkbar, um beispielsweise Informationen speziell für die Armut- und Reichtumsberichterstattung bereitzustellen.

Eine höhere Aktualität bei gleichbleibender Genauigkeit der Ergebnisse könnte erreicht werden, wenn die Daten aus mehreren Erhebungsjahren mit einem geeigneten Verfahren „gepoolt“ würden. Detaillierte Ergebnisse könnten dann mit geringerem jährlichen Stichprobenumfang erzielt werden, so dass – auf fünf Jahre gerechnet – der Umfang der neuen Stichprobe gegenüber dem derzeitigen Erhebungsumfang von EVS und fünf Jahren LWR sinken könnte. Dabei könnte das Verfahren der Basiskumulierung genutzt werden.

Bei der Basiskumulierung werden die Daten mehrerer Jahre als eine große Stichprobe betrachtet. Um einen unverzerrten Schätzwert und eine gleichbleibende Varianz zu erreichen, setzt dieses Verfahren jedoch voraus, dass Verbrauchsstruktur und Stichprobenumfänge konstant bleiben und dass sich die Grundgesamtheit nicht verändert. Ändert sich etwa die Verbrauchsstruktur, was wir in Deutschland heute schon in recht kurzen Zeiträumen beobachten, führt eine Basiskumulierung bei konstanten Stichprobenumfängen und gleichbleibender Grundgesamtheit zwar immer noch zu unverzerrten Schätzwerten, aber die Varianz wird sich erhöhen. Die Basiskumulierung müsste deshalb mit einem Verfahren der Varianzverminderung kombiniert werden.

Als varianzminderndes Verfahren könnte das Verfahren der Kalibrierung zur Anwendung kommen. Hierbei erfolgt eine gebundene Hochrechnung anhand von Hilfsinformationen, die durch ein Bezugsmerkmal operationalisiert werden. Daher muss bei diesem Verfahren festgelegt werden, welche Hilfsinformation geeignet ist und wie diese gewonnen werden kann. Eine bei Statistics Sweden entwickelte Möglichkeit besteht darin, das Bezugsmerkmal anhand eines Zeitreihenmodells vom Typ ARIMA zu schätzen. Die Methode führt allerdings zu verzerrten Ergebnissen, wenn das Modell nicht angemessen ist. Darüber hinaus ist es sehr aufwändig, da für jede Tabelle neue Modelle geschätzt werden müssen. Für die Gewinnung von Hilfsinformationen sind daher unter Umständen empirisch belegte A-priori-Annahmen, welche auf theoretischen Zusammenhängen beruhen, besser geeignet.

Parallel zu der beschriebenen Hochrechnung könnte zur Anpassung an Quotierungs- bzw. Schichtungszellen auch das Verfahren der Hochrechnung nach dem Prinzip des minimalen

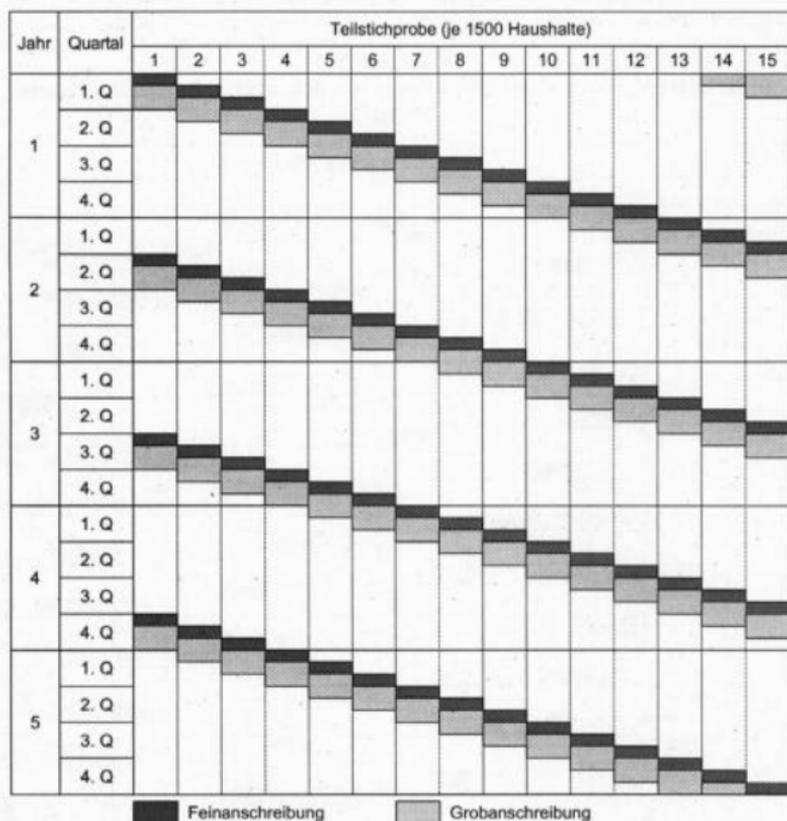
Informationsverlustes eingesetzt werden. Dieses Verfahren würde zu einer weiteren Reduktion der durch die Basiskumulation erhöhten Varianz beitragen.

Als Vorbereitung für die Entwicklung von geeigneten Kumulierungsverfahren plant das Statistische Bundesamt einen Workshop mit internationalen Experten, um die verschiedenen Verfahren und die dabei auftauchenden Probleme zu diskutieren.

Weitere Überlegungen beziehen sich auf das für eine jährliche Haushaltsbudgeterhebung zu wählende Rotationsverfahren zur Einbeziehung von Haushalten in die Stichprobe. Diskutiert werden zwei verschiedene Modelle. Denkbar wäre zum einen eine fortlaufende Haushaltsbudgeterhebung über 15 Monate, bei der eine Stichprobe von 22 500 Haushalten in 15 Teilstichproben mit jeweils 1 500 Haushalten eingeteilt wird. Die Haushalte dieser Teilstichproben würden dann über fünf Jahre hinweg viermal an der Erhebung teilnehmen. Vor jeder Anschreibephase wird jeweils ein Viertel der Teilstichproben ausgetauscht. In Übersicht 1 (siehe S. 97) ist ein solches Rotationsverfahren beispielhaft dargestellt. Wie zu ersehen ist, würden die Haushalte der Teilstichproben insgesamt viermal drei Monate lang an der Erhebung teilnehmen, wobei die Haushalte jeweils im ersten Monat ein „großes“ Haushaltsbuch führen, in dem alle Einnahmen und Ausgaben detailliert erfasst werden. In den beiden folgenden Monaten würden diese Haushalte ein „kleines“ Haushaltsbuch führen, in dem die Einnahmen und Ausgaben kategorisiert einzutragen sind. Die Ergebnisdarstellung würde auf dem größeren Anschreibungs niveau erfolgen. In jedem Monat würden so drei Teilstichproben gleichzeitig teilnehmen und davon eine der Teilstichproben ein großes Haushaltsbuch führen. Zwischen den Anschreibephasen hätten die Haushalte zwölf Monate Pause.

Übersicht 1

Rotationsverfahren für eine fortlaufende jährliche Haushaltsbudgeterhebung – Modell 1 –



Vergleicht man dieses Rotationsverfahren mit den derzeitigen Haushaltsbudgeterhebungen, so ergäben sich folgende Änderungen: Bei einer Kumulierung der in dem skizzierten Verfahren gewonnenen Daten über fünf Jahre würden Ergebnisse auf der Basis von insgesamt 270 000 Haushaltsbüchern zur Verfügung stehen. Die Stichprobe der EVS von 1998 ließ hingegen nur die Auswertung von rund 210 000 Haushaltsbüchern zu. Ein stichprobentheoretischer Vorteil einer fortlaufenden Haushaltsbudgeterhebung über fünf Jahre hinweg bestünde darin, dass der Anschreibungsmonat rotiert, jeder Haushalt im Verlauf der fünf Jahre also einmal in jedem Kalendermonat seine Einnahmen und Ausgaben berichtet, wodurch saisonale Verzerrungen ausgeglichen werden.

Das zweite Modell sieht vor, eine Stichprobe von 24 000 Haushalten zu befragen, wobei ein Drittel der Gesamtstichprobe jeweils im ersten, zweiten und dritten Monat eines Quartals ein

Haushaltsbuch führt und danach zwei Monate pausiert (vgl. Übersicht 2). Jeder Haushalt nähme für die Dauer von drei Jahren viermal im Jahr an den Aufzeichnungen teil. Die Feinschreibungen würden jeweils von einem Viertel jeder aktiven Teilstichprobe durchgeführt, so dass also jeder Haushalt nur einmal im Jahr ein „großes“ Haushaltsbuch zu führen hätte. Nach jedem Jahr würde ein Drittel jeder Teilstichprobe ausgetauscht.

Übersicht 2
Rotationsverfahren für eine fortlaufende jährliche Haushaltsbudgeterhebung
– Modell 2 –

Jahr	Quartal	Teilstichprobe (je 8000 Haushalte)		
		1	2	3
1	1. Q	■	■	■
	2. Q	■	■	■
	3. Q	■	■	■
	4. Q	■	■	■
2	1. Q	■	■	■
	2. Q	■	■	■
	3. Q	■	■	■
	4. Q	■	■	■
3	1. Q	■	■	■
	2. Q	■	■	■
	3. Q	■	■	■
	4. Q	■	■	■

Feinschreibung
 Grobschreibung

Im Vergleich zu den derzeitigen Haushaltsbudgeterhebungen könnten bei Kumulierung über fünf Jahre bei diesem Modell 480 000 Haushaltsbücher ausgewertet werden. Gegenüber dem ersten Modell hätten die Haushalte hier während der drei Jahre ihrer Teilnahme in jedem Quartal einen festen Anschreibemonat. Die Vorteile dieses Verfahrens liegen im Bereich der Erhebungsorganisation, da mit einer geringeren Abbruchquote nach einer kurzen Pause von zwei Monaten gerechnet wird als nach einer Pause von zwölf Monaten.

Betrachtet man nur die Anzahl der auswertbaren Haushaltsbücher, ergäbe sich mit den beiden dargestellten Rotationsverfahren gegenüber der bisherigen EVS ein Informationsgewinn. Der insgesamt realisierte Informationsverlust oder -gewinn hängt allerdings nicht nur von der Anzahl der auswertbaren Haushaltsbücher ab, denn in den vorgestellten Modellen werden

dieselben Personen häufiger befragt als in den bisherigen Stichprobenplänen. Ob sich eine wiederholte Befragung derselben Personen nachteilig auswirkt, hängt wesentlich von den Auswirkungen der Kumulierung auf die Genauigkeit der Ergebnisse ab, die – wie erwähnt – gegenwärtig näher untersucht werden.

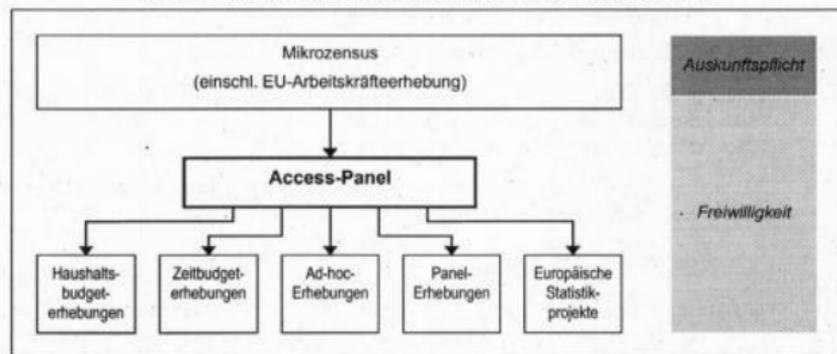
3 Ein Access-Panel für die amtliche Statistik

Für eine effizientere Durchführung der Haushaltsbudgeterhebungen sowie der übrigen Haushaltsbefragungen ohne Auskunftspflicht in der amtlichen Statistik wird zurzeit der Aufbau eines Access-Panels konzipiert. Ein Access-Panel ist eine Datei befragungsbereiter Einheiten, die als Basis für die Ziehung von Stichproben dient. Ein Access-Panel als Basis für Haushaltsstichproben enthält sowohl Adressen als auch Merkmale von Haushalten, die sich bereit erklärt haben, auf freiwilliger Basis an Erhebungen der amtlichen Statistik teilzunehmen. Die Voraussetzung dafür, dass aus einem Access-Panel qualitativ hochwertige Stichproben gezogen werden können, ist allerdings, dass es

- (1) aus einer Zufallsstichprobe aufgebaut sein muss und dass
- (2) detaillierte Informationen sowohl über teilnehmende Haushalte als auch über die nicht-teilnehmenden Haushalte vorliegen.

Ein Access-Panel, das aus dem Mikrozensus aufgebaut wird, würde diese Bedingungen erfüllen. Hierzu würden Haushalte nach Beendigung ihrer Mikrozensus-Teilnahme darauf angesprochen werden, ob sie bereit wären, sich auch in Zukunft an weiteren Erhebungen der amtlichen Statistik zu beteiligen. Von so gewonnenen Haushalten würden – ihre Zustimmung vorausgesetzt – ihre Adresse und zuvor im Rahmen des Mikrozensus abgefragte Merkmale in der Datenbank des Access-Panels gespeichert.

Übersicht 3 Die Grundidee für ein Access-Panel der amtlichen Statistik



Alle Haushalts- und Personenstichproben,

- (1) bei denen die Teilnahme freiwillig ist,
- (2) für die eine deutlich kleinere Stichprobe als beim Mikrozensus als ausreichend angesehen wird und
- (3) deren Erhebungsmerkmale nicht direkt mit Mikrozensus-Merkmalen ausgewertet werden müssen – dies würde eine Integration in den Mikrozensus notwendig machen –,

könnten aus einem solchen Access-Panel gespeist werden. Das Spektrum könnte damit Erhebungen zum Haushalts- und Zeitbudget, Ad-hoc-Erhebungen für besondere Zwecke des Bundes und der Länder, Haushaltspanelerhebungen für nationale und europäische Zwecke und sonstige europäische Statistikprojekte umfassen.

Für eine effektive Nutzung des Instruments wäre es erforderlich, dass ein Teil der Merkmale, die aus dem Mikrozensus in die Datenbank des Access-Panels übernommen werden, mindestens einmal im Jahr aktualisiert wird, um jederzeit eine zutreffende Charakterisierung der Haushalte des Access-Panels zu haben. Daher sollten alle Erhebungen, die aus dem Access-Panel gezogen werden, um diese Merkmale ergänzt werden. Zu Haushalten, die innerhalb eines Jahres nicht an einer Erhebung teilnehmen, würde speziell zur Aktualisierung dieser Kerninformationen Kontakt aufgenommen.

Ein Access-Panel würde aus folgenden Gründen eine sehr dynamische Struktur aufweisen:

- Da die Bereitschaft von ehemaligen Mikrozensus-Haushalten, sich in Zukunft an weiteren Erhebungen der amtlichen Statistik zu beteiligen, vermutlich eher gering sein wird, muss ein Access-Panel über mehrere Jahre akkumuliert werden. Ein Access-Panel wird daher Haushalte enthalten, die zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten aufgenommen wurden.²⁾
- Wie bei jedem Panel wird auch bei einem Access-Panel Panelmortalität zu beobachten sein. Zu einem Ausfall von Erhebungseinheiten kann es kommen,
 - wenn ein Haushalt erklärt, nicht mehr teilnehmen zu wollen, oder
 - wenn ein Haushalt wiederholt die Teilnahme an Erhebungen, die aus dem Access-Panel gespeist werden, verweigert. Er wird in so einem Fall von Seiten des statistischen Amtes aus dem Access-Panel entlassen.
 - Ein weiterer Grund kann sein, dass ein Haushalt umzieht und es aus diesem Grund nicht gelingt, den Kontakt mit ihm aufrecht zu erhalten.
 - Krankheit und Tod sind weitere Gründe für einen Haushaltsausfall.

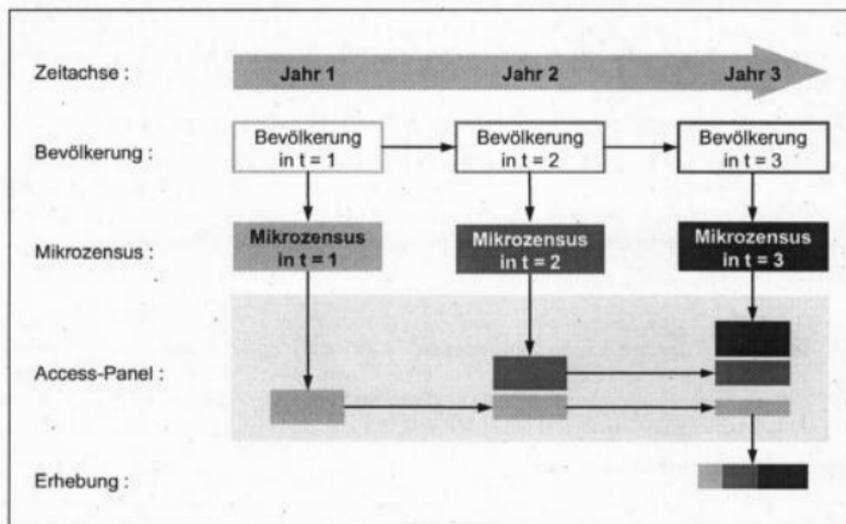
2) Der Mikrozensus ist als Flächenstichprobe organisiert und umfasst 1% der Grundstücke mit Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Stichprobeneinheiten sind sogenannte Auswahlbezirke – Flächenstücke mit einer annähernd gleichen Anzahl von Wohnungen. Jedes Jahr wird ein Viertel der Auswahlbezirke durch neu in die Stichprobe hineinkommende Auswahlbezirke ersetzt. Alle Haushalte, die in den einbezogenen Auswahlbezirken leben, werden befragt. Auf Grund des Rotationsprinzips nehmen sie in der Regel an vier aufeinander folgenden Jahren an der Erhebung teil. Wegziehende Haushalte fallen jedoch aus der Beobachtung heraus und werden durch die neu in die Auswahlbezirke ziehenden Haushalte ersetzt. Der Mikrozensus ist damit keine Panelerhebung, in der typischerweise Haushalte an ihren neuen Wohnort gefolgt wird. Um eine Vermischung von auskunftspflichtigem Mikrozensus und freiwilligen Haushaltsbefragungen zu vermeiden, sollten nur Haushalte des vierten Mikrozensus-Rotationsviertels für ein Access-Panel angeworben werden.

- Schließlich sollten Access-Panel-Haushalte nach einer bestimmten Zeit bewusst entlassen werden, da mit zunehmender Dauer der Zugehörigkeit unkontrollierbare Panel-Effekte zu erwarten sind, die eine systematische Verzerrung von Schätzgrößen bewirken können.

Ein Access-Panel der amtlichen Statistik würde sich also aus mehreren Stichproben zusammensetzen, die zu verschiedenen Zeitpunkten gezogen wurden (vgl. Übersicht 4). Jede dieser Teilstichproben eines so gebildeten Access-Panels kann als eine mehrphasige Stichprobe interpretiert werden. Die erste Phase bildet die Auswahl der Mikrozensus-Haushalte. Das Zufallsprinzip in der Auswahl der Haushalte würde sich dadurch von der Zufallsstichprobe des Mikrozensus auf die Stichprobe des Access-Panels übertragen, würde aber durch den – wahrscheinlich bedeutenden – Anteil von nicht teilnehmenden Haushalten verwässert werden.

In der zweiten Phase reduziert sich der Stichprobenumfang auf die am Access-Panel teilnehmenden Haushalte. Die nächsten Phasen sind dadurch gekennzeichnet, dass sich in den folgenden Jahren der Stichprobenumfang des Access-Panels um die oben beschriebenen Ausfälle verringert. Für eine aus einem Access-Panel gezogene Erhebung würde die letzte Phase die Auswahl der Haushalte für diese Erhebung aus dem Access-Panel sein. Im Ergebnis wären die aus dem Access-Panel gezogenen Stichproben damit nicht nur durch die Charakteristika ihrer eigenen Stichprobenziehung – also ihr erhebungsspezifisches Stichprobendesign und ihre Response-Rate – sondern auch durch die Charakteristika des Access-Panels gekennzeichnet.

Übersicht 4
Die Struktur eines aus dem Mikrozensus aufgebauten Access-Panels



Folgendes wären die wichtigsten Vorteile eines erfolgreich aufgebauten Access-Panels der amtlichen Statistik:

(1) Korrektur des Freiwilligkeitsbias bei Zufallsstichproben

Eine Besonderheit der Stichprobenziehung aus einem Access-Panel, das aus dem Mikrozensus aufgebaut wird, besteht darin, dass sowohl für das Access-Panel selbst als auch für die daraus gezogenen Stichproben Informationen über die nicht teilnehmenden Haushalte vorliegen würden. Diese Informationen verbessern die Möglichkeiten zur Schätzung von Antwortwahrscheinlichkeiten. Unter Einbeziehung von Mikrozensus-Informationen können Inklusionswahrscheinlichkeiten zur Teilnahme am Access-Panel selbst geschätzt werden und mit den regelmäßig aktualisierten Basisinformationen der Access-Panel-Teilnehmer können Wahrscheinlichkeiten für die Teilnahme an aus dem Access-Panel gezogenen Stichproben geschätzt werden.

Durch die Korrektur des Freiwilligkeitsbias und damit die Berücksichtigung der nicht befragungsbereiten Bevölkerung würden die Schätzwerte näher an der tatsächlichen Verteilung liegen, die Validität der Ergebnisse also zunehmen. Die durch den Mikrozensus vorhandene Information würde dadurch noch intensiver als bisher für die Produktion nachfolgender Statistiken über Haushalte und Personen genutzt, vorhandene Systemvorteile also realisiert.

(2) Wirksame Schichtung von Stichproben

Ein Vorteil eines Access-Panels läge darin, dass für Stichprobenziehungen wirksame Schichtungen durchgeführt werden könnten, da für alle Access-Panel-Haushalte regelmäßig aktualisierte Kerninformationen vorliegen würden. Eine besonders hohe Wirksamkeit der Schichtung und damit eine höhere Präzision der Stichprobenergebnisse wird dann erzielt, wenn die Schichtungsmerkmale mit den in der Erhebung betrachteten Variablen korrelieren.

(3) Verbesserte Möglichkeiten zur Ziehung von Stichproben aus Subpopulationen

Durch das Vorliegen von aktuellen Kerninformationen ist ein kosten- und zeitaufwändiges Screening zur Abgrenzung von speziellen Befragungspopulationen, z.B. Niedrigeinkommenshaushalten oder Haushalten mit Kindern unter sechs Jahren, überflüssig, wenn die hierfür benötigten Variablen Bestandteil der Kerninformationen sind.

(4) Schnelle Durchführung von Erhebungen

Durch das Vorhandensein einer Access-Panel-Datenbank könnten Ad-hoc-Erhebungen schnell und flexibel durchgeführt werden, da der aufwändige Aufbau einer Auswahlgrundlage und die Adressenermittlung entfällt und unmittelbar mit der Stichprobenziehung begonnen werden kann. Die amtliche Statistik könnte daher schneller als bisher auf kurzfristig auftretenden Datenbedarf reagieren.

(5) Senkung der Erhebungskosten

Da das Access-Panel aus potentiell teilnahmebereiten Haushalten bestehen würde, könnten bei Erhebungen, die aus dem Access-Panel gespeist würden, hohe Ausschöpfungsquoten erzielt werden. Im Gegensatz zu Erhebungen, die direkt aus der interessierenden Grundgesamtheit gezogen werden und bei denen mit sehr viel niedrigeren Ausschöpfungsquoten gerechnet werden muss, wären Access-Panel-Erhebungen mit deut-

lich geringeren Kosten verbunden, da der Brutto-Stichprobenumfang erheblich kleiner sein könnte.

Die genannten Vorteile hätten zur Folge, dass der Mikrozensus wirksam entlastet und der Gefahr seiner Überfrachtung begegnet werden könnte, da mit dem Instrumentarium des Access-Panels die Möglichkeit für eine schnelle, flexible und kostengünstige Durchführung von zusätzlichen Erhebungen besteht, mit denen qualitativ hochwertige Schätzergebnisse gewonnen werden können.

Außerdem würde ein Access-Panel zu einer Reduktion bei der Belastung der Befragten führen, indem im Access-Panel aktuell vorliegende Kerninformationen an nachfolgende Erhebungen weitergegeben werden könnten bzw. dort nicht neu erhoben, sondern lediglich aktualisiert werden müssten. Hinzu kommt, dass davon ausgegangen werden kann, dass befragungsbereite Haushalte die Belastung durch Erhebungen weniger stark empfinden als nicht befragungsbereite Haushalte, die Akzeptanz der Erhebungen also höher wäre.

Durch die Definition von Kernmerkmalen, welche Bestandteil aller Erhebungen wären, würde sich eine Standarddemografie der amtlichen Statistik entwickeln, die zu einer Harmonisierung aller Haushaltsstichproben beitragen würde. Es wäre dann leichter als heute möglich, Ergebnisse der einzelnen Erhebungen konsistent zusammenzuführen. Erhebungen zu speziellen Themen können sich dann auf eine bekannte Datenstruktur beziehen, wodurch ihr Erkenntniswert deutlich über dem unzusammenhängender Erhebungen liegt.

4 Beratungsnetzwerk

Wegen der sehr grundsätzlichen Bedeutung der Weiterentwicklungsüberlegungen beschäftigt sich neben einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, der Fachleute aus der amtlichen Statistik angehören, auch ein Ressortberatungsgremium und ein wissenschaftlicher Beraterkreis mit der Thematik. In dem Ressortberatungsgremium sind das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Arbeit- und Sozialordnung, das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertreten. Der wissenschaftliche Beraterkreis, über den die aktuelle Methodendiskussion in die Überlegungen einfließt und von dem erwartet wird, dass er Impulse gibt, die über die traditionellen Denkschemata der amtlichen Statistik hinausgehen, besteht aus

- Prof. Dr. Heinz P. Galler von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
- Prof. Dr. Richard Hauser von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main,
- Prof. Dr. Walter Krug von der Universität Trier,
- Prof. Dr. Peter Mohler vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim und
- Prof. Dr. Ulrich Rendtel von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Einkommensdynamik und soziale Mobilität

Zusammenfassung

Diese Studie untersucht die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen, der Brutto- und der Nettoäquivalenzeinkommen in Deutschland, Großbritannien und den USA mit Hilfe von Panel-Daten. Die Analysen ergeben, dass es für westdeutsche Arbeitslose schwieriger ist, einen Arbeitsplatz zu finden als für britische und amerikanische. Allerdings findet in den USA und in Großbritannien ein wesentlich größerer Teil der ehemals Arbeitslosen nur schlecht bezahlte Jobs. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland verteilen sich die ehemals Arbeitslosen viel gleichmäßiger auf die verschiedenen Einkommensklassen. Ein Grund für diese Beobachtungen könnte die unterschiedliche Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung in den untersuchten Ländern sein. Insgesamt ist die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen in Westdeutschland ähnlich hoch wie in Großbritannien, aber höher als in den USA. Die ostdeutsche Mobilität ist bei allen drei Einkommenskonzepten zunächst deutlich höher als die westdeutsche, nähert sich dieser aber im Zeitablauf an. In Westdeutschland, in den USA und in Großbritannien ist die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen deutlich, in Ostdeutschland leicht höher als die der individuellen Bruttoarbeitseinkommen. Bei der Einbeziehung des Haushaltszusammenhangs überwiegen also die mobilitätserhöhenden gegenüber den mobilitätsreduzierenden Effekten. Die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen ist in Westdeutschland höher, die der Nettoäquivalenzeinkommen geringer als in Großbritannien und in den USA. Das Steuer- und Transfersystem reduziert die Mobilität in Westdeutschland wesentlich stärker als in Großbritannien und in den USA, was durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Steuer- und Transfersysteme zu erklären ist. In Ostdeutschland findet eine noch stärkere Mobilitätsreduktion statt als in Westdeutschland, was auf die Übertragung des westdeutschen Steuer- und Transfersystems auf Ostdeutschland und auf die Wirkung der umfangreichen finanziellen Unterstützung aus Westdeutschland nach der Wiedervereinigung zurückgeführt werden kann.

1 Einleitung

Wer heute mit dem Begriff Mobilität konfrontiert wird, wird in erster Linie an räumliche Mobilität denken. Unsere Welt ist geprägt von der Forderung oder dem Wunsch nach dieser Form von Mobilität. Der Gegenstand dieser Untersuchung ist allerdings nicht die räumliche, sondern die soziale Mobilität. Sie wird hier in der speziellen Form der Einkommensmobilität

*) Dr. Holger Fabig, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Berlin.

Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine private Veröffentlichung des Autors. Die in dieser Veröffentlichung vertretenen Ansichten geben nicht notwendigerweise die Ansichten des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung wieder.

Die vorliegende Studie basiert auf Ergebnissen, die ich bereits im Zusammenhang mit meiner Promotion an der Universität Frankfurt am Main in unterschiedlichen Formen veröffentlicht habe. Es handelt sich dabei um folgende, im Literaturverzeichnis ausführlich zitierten Veröffentlichungen: Fabig (1998a, 1998b, 1999a, 1999b und 2000), Hauser und Fabig (1999). Frühere Versionen letzterer Veröffentlichung sind Hauser und Fabig (1997 und 1998). Ich danke Prof. Dr. Richard Hauser für die zahlreichen wertvollen Anregungen während der Arbeit an allen oben genannten Veröffentlichungen.

untersucht. Diese wiederum ist definiert als die Veränderung des individuellen Einkommens im Zeitablauf, also als Einkommensdynamik.

Warum ist das Studium der Einkommensmobilität ein lohnendes Unterfangen? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich zunächst vergegenwärtigen, wie vielschichtig der Begriff Einkommen ist.

Da ist zunächst das Einkommen, das jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin am Markt erzielt, das individuelle Bruttoarbeitseinkommen. Eine verlässliche Aussage über den sozialen Status ist anhand dieses Einkommens allerdings noch nicht möglich. Denn viele Menschen leben in Haushalten mit anderen Menschen zusammen. In Haushalten profitieren zum einen auch andere Haushaltsmitglieder vom Haushaltseinkommen, das zudem eventuell von mehreren Personen erwirtschaftet wird. Zum anderen profitieren Menschen in Haushalten von der sogenannten Haushaltsersparnis, die daraus resultiert, dass bestimmte Gebrauchsgegenstände auch in einem Mehrpersonenhaushalt nur einmal vorhanden sein müssen – genauso wie in einem Single-Haushalt (z.B. Waschmaschine, Kühlschrank etc.).

Dieser Tatsache tragen Äquivalenzeinkommenskonzepte Rechnung. Bei ihnen wird das Haushaltseinkommen nicht einfach durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern durch die Summe der sogenannten Äquivalenzgewichte jedes Haushaltsmitglieds, die mit Ausnahme des Haushaltsvorstands kleiner als eins sind und deren genaue Höhe von der verwendeten Äquivalenzskala abhängt. Je deutlicher diese Gewichte unter eins liegen, desto größer ist die von der Äquivalenzskala unterstellte Haushaltsersparnis. Das so errechnete Äquivalenzeinkommen wird jedem Haushaltsmitglied zugeordnet.

Entsprechend ist das Bruttoäquivalenzeinkommen die geeignete Größe, wenn der Haushaltszusammenhang in die Analyse von Bruttoeinkommen einbezogen werden soll. Allerdings werden Bruttoeinkommen in der Regel durch Steuern und Sozialabgaben reduziert. Auf der anderen Seite ersetzt das soziale Sicherungssystem, wenn der entsprechende Schutztatbestand erfüllt ist, das fehlende Markteinkommen. Hierbei ist zu beachten, dass einige Steuerzahlungen und Transferleistungen nur im Haushaltskontext zu verstehen sind. Folglich ist das Nettoäquivalenzeinkommen das geeignete Einkommenskonzept, um sowohl die Wirkungen des Haushaltskontextes als auch des Steuer- und Transfersystems zu erfassen.

Hieraus folgt, dass für die Bewertung von Einkommensmobilität von entscheidender Bedeutung ist, welches Einkommenskonzept zugrunde gelegt wird. Betrachtet man etwa individuelle Bruttoarbeitseinkommen, so kann deren Mobilität zumindest bis zu einem gewissen Grad als ein Indikator für Arbeitsmarktflexibilität betrachtet werden. Eine hohe Mobilität der Löhne und Gehälter sorgt darüber hinaus für Effizienz, da ein hohes Einkommen prinzipiell für alle durch individuelle Leistung erreichbar und nicht etwa durch die soziale Herkunft vorbestimmt ist. Eine hohe Mobilität der Löhne und Gehälter bedeutet ferner, dass nicht nur die Möglichkeit des Aufstiegs, sondern auch die des Abstiegs gegeben ist und liefert so den ökonomischen Anreiz zu individueller Leistungsbereitschaft.¹⁾ Eine hohe Mobilität der Löhne und Gehälter ist nicht zuletzt auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten positiv zu beurteilen, weil in ihr auch ein Indikator für Chancengleichheit und für die Offenheit einer Gesellschaft gesehen werden kann.²⁾

1) Vgl. auch Müller und Frick (1996).

2) Vgl. auch Atkinson (1983) und Jarvis und Jenkins (1996).

Auf der Nettoeinkommensebene wird man dagegen eine hohe Einkommensmobilität kritischer beurteilen. Abgesehen davon, dass Schwankungen des Bruttoeinkommens wegen der entsprechenden Änderung in der Steuerlast nicht in voller Höhe auf die Nettoeinkommensebene durchschlagen, wird man vom System der sozialen Sicherung insbesondere eine Dämpfung der auf der Bruttoeinkommensebene beobachteten Mobilität nach unten (also eine Dämpfung von Bruttoeinkommensverlusten) erwarten.

Unabhängig vom jeweils betrachteten Einkommenskonzept ist die Analyse von Einkommensmobilität bedeutsam, weil Einkommensmobilität die notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Änderungen in der gesamtgesellschaftlichen Einkommensverteilung ist. Hat sich die Einkommensverteilung geändert, muss Einkommensmobilität vorliegen. Ist die Einkommensverteilung unverändert geblieben, so folgt daraus nicht zwingend, dass auch keine Einkommensmobilität vorliegt. Denn die individuellen Positionen in der gesamtgesellschaftlichen Einkommensverteilung können ja auch einfach getauscht worden sein, ohne dass sich diese Verteilung geändert hat.

Die Bedeutung der Einkommensmobilität für die Analyse von Einkommensverteilungen geht indes über diesen technischen Aspekt hinaus. Denn das über mehrere Perioden gemittelte Einkommen wird in einer Gesellschaft mit hoher Einkommensmobilität in der Regel nicht so ungleich verteilt sein wie das Einkommen in einer bestimmten Einzelperiode. Folglich ist eine sehr ungleiche Einkommensverteilung bei hoher Einkommensmobilität nicht so problematisch wie bei geringer Einkommensmobilität.³⁾

Eine Analyse der Einkommensmobilität ist immer dann besonders interessant, wenn die Ergebnisse international verglichen werden können. Entsprechend sind vor allem in den letzten Jahren eine Vielzahl international vergleichender Mobilitätsanalysen vorgelegt worden. Hierzu gehören Creedy et al. (1981), Fritzell (1990), Atkinson et al. (1992), Dirven (1996), Gershuny und Brice (1996), Burkhauser und Poupore (1997), OECD (1997 a), Burkhauser, Holtz-Eakin und Rhody (1997 und 1998), Spéder und Habich (1998), Schlüter (1998), Burkhauser, Butler und Houtenville (1999) sowie DiPrete und McManus (2000). Müller und Frick (1996) und Mathwig und Habich (1996) vergleichen die Einkommensmobilität zwischen Ost- und Westdeutschland.

Die vorliegende Studie ist ebenfalls international vergleichend angelegt. Sie untersucht die Einkommensdynamik in Ostdeutschland, Westdeutschland, Großbritannien und den USA. Ostdeutschland und Westdeutschland werden getrennt analysiert, weil die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen im Untersuchungszeitraum enorm sind. Es werden also sozusagen drei Länder, aber vier Volkswirtschaften verglichen. Dieser Vergleich wird allerdings nicht nur für ein Einkommenskonzept, sondern für drei verschiedene Einkommenskonzepte vollzogen: das individuelle Bruttoarbeitseinkommen, das Bruttoäquivalenzeinkommen und das Nettoäquivalenzeinkommen.

Dieser Beitrag ist wie folgt gegliedert: Abschnitt 2 erläutert die verwendeten Daten, Abschnitt 3 die verwendeten Methoden. Abschnitt 4 vergleicht zunächst die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen, dann die der Bruttoäquivalenzeinkommen und schließlich die der Nettoäquivalenzeinkommen. Abschnitt 5 enthält Schlussbemerkungen.

3) Vgl. z.B. Gustafsson (1994) oder Burkhauser, Holtz-Eakin und Rhody (1997).

2 Daten

Die Analyse der Einkommensmobilität in Deutschland basiert auf dem Sozioökonomischen Panel (SOEP). Diese Datenbasis ist mittlerweile so gut bekannt, dass auf eine weitere Beschreibung hier verzichtet werden kann. Informationen über das SOEP können Wagner, Burkhauser und Behringer (1993), Hanefeld (1997) und Wagner (1991) entnommen werden. In der vorliegenden Studie werden SOEP-Daten sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland für die Jahre 1990 bis 1995 ausgewertet.⁴⁾

Datenbasis für die Untersuchung der Einkommensdynamik in den USA ist der PSID-GSOEP Equivalent File 1980 – 1994 (EF). Der EF ist aus den beiden Ursprungsdatensätzen PSID (Panel Study of Income Dynamics) und dem deutschen SOEP durch die Konstruktion einheitlicher Variablendefinitionen, Variablenbezeichnungen und durch die Generierung der entsprechenden „äquivalenten“ Variablen entstanden. Informationen über das PSID befinden sich z.B. in Hill (1992) und in CEPS/INSTEAD (1996). Den EF beschreiben Butrica und Jurkat (1997).

In diesem Beitrag werden die amerikanischen Daten des EF für die Jahre 1989 – 1991 ausgewertet. Da zum Zeitpunkt der Datenauswertung die originären SOEP-Daten bis 1995, die deutschen Daten im EF aber nur bis 1994 vorlagen, wurden die originären SOEP-Daten verwendet.

Da der EF über keinerlei Angaben zur Arbeitslosigkeit verfügt, wurde der EF zur Analyse der Mobilität in den USA durch die individuelle „Beschäftigungsvariable“ des PSID (Variable zur *self-reported activity*) für die Jahre 1989, 1990 und 1991 ergänzt.⁵⁾

Datenbasis für die Analyse der Einkommensmobilität in Großbritannien ist der PACO-Datensatz. Dieser wurde vom *Centre d'Etudes de Populations, de Pauvreté et de Politiques Socio-Economiques/ International Network for Studies in Technology, Environment, Alternatives, Development* (CEPS/INSTEAD) in Differdange, Luxemburg, entwickelt. Der Name PACO steht für *panel comparability* und hat seinen Ursprung in der Tatsache, dass der PACO-Datensatz nationale Panelstudien international vergleichbar macht. Er bildet eine Datenbasis mit harmonisierten, standardisierten und international konsistenten Variablen sowie identischen Datenstrukturen für alle in den Datensatz aufgenommenen Länder. Für die Analysen, die der vorliegenden Studie zugrunde liegen, wurde die Version 2.0 des PACO-Datensatzes verwendet. In ihr liegen aufbereitete Panel-Daten aus Luxemburg (1985 – 1992), Großbritannien (1991 – 1993), Ungarn (1992 – 1994), Lothringen/Frankreich (1985 – 1990), Deutschland (1984 – 1994)⁶⁾ und den USA (1983 – 1987)⁷⁾ vor. Der Original-Datensatz für Großbritannien, der dem PACO-Datensatz zugrunde liegt, ist die British Household Panel Study (BHPS). Weitere Informationen über den PACO-Datensatz und die PACO-Version

4) Vgl. für eine etwas ausführlichere Beschreibung der verwendeten deutschen Daten auch Fabig (1999 a, S. 93 ff.).

5) Vgl. für eine etwas ausführlichere Beschreibung der verwendeten amerikanischen Daten auch Fabig (1999 a, S. 95 ff.).

6) Die Analysen, die diesem Beitrag zugrunde liegen, verwenden dennoch die Originaldaten des SOEP, da zum Zeitpunkt dieser Analysen bei diesen Daten mit 1995 ein zusätzliches Jahr zur Verfügung stand.

7) Die Analysen dieses Beitrags verwenden den EF, da in diesem jüngere Daten für die USA zur Verfügung stehen.

des BHPS (PACO-BHPS) können CEPS/INSTEAD (1996) entnommen werden. Informationen über das BHPS enthält Taylor et al. (1997).

Da im BHPS (und damit auch im PACO-Datensatz) nur Bruttoeinkommen erfasst werden, wurde der PACO-BHPS-Datensatz für die Analysen dieses Beitrags noch um Nettoeinkommensvariablen ergänzt, die von Jarvis und Jenkins (1997) aus den BHPS-Daten generiert worden sind. Auswertungszeitraum für die britischen Daten sind die Jahre 1991 bis 1993.⁸⁾

3 Methoden

Dieser Abschnitt stellt in der gebotenen Kürze die in dieser Studie verwendeten Methoden vor.⁹⁾ Wie eingangs bereits erwähnt, werden drei verschiedene Einkommenskonzepte analysiert. Bei allen Einkommenskonzepten werden Monatseinkommen betrachtet. Das individuelle Bruttoarbeits Einkommen ist definiert als das Einkommen, das ein Individuum am Arbeitsmarkt durch abhängige Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit und vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben erzielt. Eventuelle 13. und 14. Monatsgehälter sowie andere Gratifikationen und Boni werden – ggf. nach Division durch zwölf – hinzugezählt.

Das Bruttoäquivalenzeinkommen ist definiert als die Summe der individuellen Bruttoarbeits einkommen aller Haushaltsmitglieder geteilt durch die Summe der Äquivalenzgewichte dieser Haushaltsmitglieder. Das Nettoäquivalenzeinkommen ist definiert als das Nettoeinkommen des Haushalts¹⁰⁾ geteilt durch die Summe der Äquivalenzgewichte aller Haushaltsmitglieder. Die hier verwendeten Äquivalenzgewichte ergeben sich aus der sogenannten alten OECD-Äquivalenzskala, die dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, jedem weiteren Haushaltsmitglied, das 15 Jahre alt oder älter ist, ein Gewicht von 0,7 und jedem weiteren Haushaltsmitglied, das 14 Jahre alt oder jünger ist, ein Gewicht von 0,5 zuordnet.

Art und Ausmaß der Einkommensmobilität hängen nicht nur von den verwendeten Einkommenskonzepten, sondern auch von der Auswahl des Personenkreises ab. Hier besteht unabhängig vom betrachteten Einkommenskonzept der Personenkreis aus denjenigen Personen, die im Startjahr der Analyse Erwerbspersonen¹¹⁾ sind, die 1990 mindestens 18 und 1995 höchstens 59 Jahre alt waren und deren Einkommen für das jeweils betrachtete Einkommenskonzept die jeweilige Bagatellgrenze¹²⁾ übersteigen.¹³⁾ Tabelle 1 (S. 109) zeigt die Fallzahlen, die sich bei Anwendung dieser Personenabgrenzung ergeben, wobei allerdings

8) Vgl. für eine etwas ausführlichere Beschreibung der verwendeten britischen Daten auch Fabig (1999 a, S. 98 ff.).

9) Eine umfassende Darstellung der verwendeten Methoden befindet sich in Fabig (1999 a, S. 102 – 131).

10) In dieser Studie wird die Aggregation der individuellen Nettoeinkommensvariablen über die Haushaltsmitglieder durch die genauere Angabe des Haushaltsnettoeinkommens ersetzt, die sich in allen hier verwendeten Datensätzen befindet und nur im Falle Deutschlands noch geringfügig angepasst werden muss. Vgl. Fabig (1999 a, S. 112).

11) Als Erwerbspersonen werden solche Personen bezeichnet, die entweder voll- oder teilzeitbeschäftigt oder arbeitslos sind.

12) Diese Bagatellgrenzen sind 100 DM für Deutschland, 40 £ für Großbritannien und 33,33 US \$ für die USA.

13) Auf eine ausführliche Darstellung und Begründung für diese Personenabgrenzung muss hier aus Platzgründen verzichtet werden. Vgl. hierzu Fabig (1999 a, S. 113 – 119).

die Bagatellgrenzen unberücksichtigt sind, da diese die Fallzahlen für jedes Einkommenskonzept unterschiedlich beeinflussen.¹⁴⁾

Tabelle 1
Personen-Fallzahlen nach Anwendung der Personenabgrenzung
ohne Einkommensbagatellgrenzen

Jahr	Westdeutschland	Ostdeutschland	Großbritannien	USA
1989	-	-	-	8910
1990	4943	2920	-	8426
1991	4658	2676	4203	8083
1992	4485	2534	3716	-
1993	4303	2398	3540	-
1994	4082	2301	-	-
1995	3909	2211	-	-

Datenbasis: SOEP, PACO-BHPS, PSID-GSOEP Equivalent File: 1980 – 1994, PSID

Quelle: Eigene Berechnungen

Alle hier verwendeten Panel-Datensätze sind nur eine Stichprobe der Gesamtbevölkerung. Deshalb ist eine Hochrechnung der einzelnen Fälle nötig. Da Querschnitts-Hochrechnungsfaktoren in allen Datensätzen vorhanden sind, ist eine solche Hochrechnung bei Querschnittsanalysen wie z.B. der Berechnung von Durchschnittseinkommen problemlos möglich. Allerdings ist die Untersuchung von Einkommensmobilität eine echte Längsschnittanalyse, für die Längsschnitts-Hochrechnungsfaktoren verwendet werden sollten. Diese können allerdings nur für die deutschen Daten berechnet werden, so dass die Hochrechnung in den anderen beiden Ländern mit dem Querschnitts-Hochrechnungsfaktor des Endjahres der Betrachtung durchgeführt wurde, wie es z.B. Burkhauser, Holtz-Eakin und Rhody (1998) empfehlen.¹⁵⁾

Die vorliegende Mobilitätsanalyse basiert auf relativen Einkommenspositionen. Die relative Einkommensposition eines Individuums i zum Zeitpunkt t beim Einkommenskonzept EK , $r_{EK,i}^t$, entsteht durch die Division des individuellen Einkommens bei diesem Einkommenskonzept zum Zeitpunkt t , $y_{EK,i}^t$, durch den entsprechenden Durchschnittswert, $\bar{y}_{EK,i}$, wobei gilt $EK=BI$, falls das individuelle Bruttoarbeitseinkommen, $EK=BA$, falls das Bruttoäquivalenzeinkommen und $EK=NA$, falls das Nettoäquivalenzeinkommen betrachtet wird.

Durch die Betrachtung von relativen Einkommen ist die Wahl eines geeigneten Deflators für die Einkommensentwicklung automatisch gelöst: Die Einkommen werden mit dem Anstieg des jeweiligen Durchschnittseinkommens deflationiert. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass diese Deflationierung über eine reine Preisbereinigung hinausgeht, da auch echte Realein-

14) Durch die Bagatellgrenzen werden maximal ca. 2,8% der in Tabelle 1 aufgelisteten Fälle ausgeschlossen, wobei dieser Prozentsatz in allen untersuchten Volkswirtschaften beim Nettoäquivalenzeinkommen immer und bei den anderen Einkommenskonzepten meistens niedriger ist.

15) Vgl. hierzu auch Fabig (1999 a, S. 119 – 120).

kommenssteigerungen in den Deflator eingehen. Darüber hinaus macht die Berechnung von relativen Einkommenspositionen auch die Umrechnung ausländischer Einkommen in Einkommen in inländischer Währung überflüssig, da die relativen Einkommenspositionen nicht mehr in Geldeinheiten gemessen werden.

Die auf diese Weise ermittelten relativen Einkommenspositionen werden dann den folgenden Einkommensklassen zugeordnet:

Einkommensklasse 1: Individuelle Arbeitslosigkeit, $rp_{EK,j}^i \equiv 0$,

Einkommensklasse 2: $rp_{EK,j}^i < 0,50$,

Einkommensklasse 3: $0,50 \leq rp_{EK,j}^i < 0,75$,

Einkommensklasse 4: $0,75 \leq rp_{EK,j}^i < 1,00$,

Einkommensklasse 5: $1,00 \leq rp_{EK,j}^i < 1,25$,

Einkommensklasse 6: $1,25 \leq rp_{EK,j}^i < 1,50$,

Einkommensklasse 7: $rp_{EK,j}^i \geq 1,50$.

Wenn Äquivalenzeinkommenskonzepte betrachtet werden, wird Einkommensklasse 1 nicht berücksichtigt, da individuelle Arbeitslosigkeit auf Haushaltsebene nicht definiert ist.¹⁶⁾

Auf der Grundlage dieser relativen Einkommensklassen können nun Mobilitätsmatrizen gebildet werden. In dieser Studie wird – einer Begriffsunterscheidung von Boudon (1973) folgend – stets die Mobilitätsmatrix in Form der *transition matrix* verwendet. Das i, j -te Element einer solchen Übergangsmatrix ist der Anteil p_{ij} der sich im Endjahr in Einkommensklasse j befindenden Personen an der Gesamtzahl der sich im Startjahr in Einkommensklasse i befindenden Personen. Die Verteilung der Einkommen über die Einkommensklassen im Start- und im Endjahr der Analyse wird charakterisiert durch p_i und p_j , $i, j = 1, \dots, n$. p_i ist Anteil der Personen, die im Startjahr in Einkommensklasse i waren, an der Gesamtzahl aller Personen. p_j ist der Anteil der Personen, die im Endjahr in Einkommensklasse j waren, an der Gesamtzahl aller Personen. n ist die Zahl der Einkommensklassen. Ferner gilt, dass nicht die Summe der Elemente der Mobilitätsmatrix insge-

16) Natürlich kann nicht nur ein Individuum, sondern auch ein Haushalt als arbeitslos definiert werden, etwa dann, wenn alle Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Alter arbeitslos sind. Solche Haushalte hätten dann ein Bruttoäquivalenzeinkommen von null. Würden solche Haushalte bei der Analyse der Bruttoäquivalenzeinkommen nicht wie in der vorliegenden Studie der Einkommensklasse 2, sondern der Klasse 1 zugeordnet, könnte die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen nicht mehr mit der der Nettoäquivalenzeinkommen verglichen werden, da der erwähnte Haushalt auf jeden Fall ein wie auch immer geartetes Transfereinkommen hat und deshalb bei der Analyse der Nettoäquivalenzeinkommen der Einkommensklasse 2 zugeordnet wird. Folglich macht eine Einkommensklasse 1 beim Nettoäquivalenzeinkommen keinen Sinn und muss daher aus Gründen der Vergleichbarkeit auch beim Bruttoäquivalenzeinkommen entfallen. Vgl. auch Fabig (1999 a, S. 125).

samt, sondern die Summe der Elemente einer Zeile der Mobilitätsmatrix eins beträgt und dass die Randverteilungen¹⁷⁾ $p_{i\cdot}$ und $p_{\cdot j}$ sich über i bzw. j zu eins addieren:

$$(1) \quad \sum_{j=1}^n p_{ij} = 1 \forall i, \quad \sum_{i=1}^n p_{i\cdot} = \sum_{j=1}^n p_{\cdot j} = 1.$$

Auf der Grundlage dieser Definitionen lässt sich eine Mobilitätsmatrix in tabellarischer Form und in Anlehnung an Boudon (1973, S. 10) wie in Tabelle 2 darstellen.

Tabelle 2
Die Mobilitätsmatrix in tabellarischer Form

Einkommens- klasse in t	Einkommensklasse in $t+s$						Einkommens- verteilung in t
	1	2	...	j	...	n	
1	p_{11}	p_{12}	p_{1n}	$p_{1\cdot}$
...	p_{21}	p_{22}	p_{2n}	$p_{2\cdot}$
...
i	p_{ij}	$p_{i\cdot}$
...
n	p_{n1}	p_{n2}	p_{nn}	$p_{n\cdot}$
Einkommens- verteilung in $t+s$	$p_{\cdot 1}$	$p_{\cdot 2}$...	$p_{\cdot j}$...	$p_{\cdot n}$	1

Die Betrachtung von Mobilitätsmatrizen ermöglicht bereits erste Aussagen über Mobilitätsprozesse. Oft ist es jedoch wünschenswert, die in der Mobilitätsmatrix enthaltenen Informationen anhand eines Mobilitätsindex in eine einzige Zahl zu aggregieren. Ein Mobilitätsindex, der diese Aggregation leistet, ist der Bartholomew-Index (*BMI*), der auf Bartholomew (1973, S. 24) zurückgeht. Er summiert die prozentualen Anteile p_{ij} derjenigen Individuen auf, die sich zwischen Start- und Endjahr in eine andere Einkommensklasse bewegen. Dabei gewichtet er jeweils mit der Größe des Einkommenssprungs und mit $p_{i\cdot}$, der relativen Häufigkeit der Einkommensklasse i in t :

$$(2) \quad BMI = \sum_{i=1}^n \sum_{j=1}^n p_{i\cdot} p_{ij} |i - j|.$$

Aus (2) ist ersichtlich, dass der Bartholomew-Index den Wert null annimmt, wenn keine Mobilität vorliegt. Er wird umso größer, je mehr Mobilität beobachtet wird, und ist nach oben nicht beschränkt. Während diese mangelnde Normierung auf eins und seine Sensitivität

17) In der in dieser Studie verwendeten tabellarischen Darstellung der Mobilitätsmatrix sind diese Randverteilungen als letzte Spalte bzw. letzte Zeile wiedergegeben. Sie werden in dieser tabellarischen Darstellung etwas verkürzt als „Einkommensverteilung“ überschrieben – exakt wäre die Bezeichnung „Randverteilung auf Einkommensklassen“.

bezüglich der Zahl der Einkommensklassen zu seinen Nachteilen gehört, zählt zu seinen Vorteilen, dass er sämtliche Informationen der Mobilitätsmatrix ausschöpft und dass er den Einkommenssprung mit der Anzahl der übersprungenen Klassen gewichtet. Zu beachten ist schließlich, dass der Bartholomew-Index wie jeder Mobilitätsindex, der auf Mobilitätsmatrizen mit Einkommensklassen beruht, nicht diejenige Mobilität erfasst, die sich durch Einkommensverschiebungen innerhalb dieser Einkommensklassen ergibt.

Der vorliegende Beitrag untersucht drei verschiedene Einkommenskonzepte. Von besonderem Interesse sind dabei die Mobilitätsunterschiede zwischen diesen Einkommenskonzepten, die dann ihrerseits wieder international verglichen werden können. Denn es ist nicht nur interessant, beispielsweise die Höhe der Mobilität der Nettoäquivalenzeinkommen international zu vergleichen, sondern z.B. auch das Ausmaß, um das sich die Mobilität verändert, wenn man vom Brutto- zum Nettoäquivalenzeinkommen übergeht.

Entsprechend werden in diesem Beitrag zwei Maßzahlen verwendet, die diese Mobilitätsunterschiede abbilden sollen. Die erste ist die Differenz $\Psi_{BA/BI}^{BMI, j/t+s}$ zwischen dem Wert des Bartholomew-Index für die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen und dem für die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen:

$$(3) \quad \Psi_{BA/BI}^{BMI, j/t+s} = BMI_{BA}^{j/t+s} - BMI_{BI}^{j/t+s}.$$

Je größer $\Psi_{BA/BI}^{BMI, j/t+s}$ ist, desto größer ist die Rolle, die die Einbeziehung des Haushaltszusammenhangs in die Analyse für die Einkommensmobilität spielt.

Die zweite Maßzahl ist die Differenz $\Psi_{BA/NA}^{BMI, j/t+s}$ zwischen dem Wert des Bartholomew-Index für die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen und dem für die Mobilität der Nettoäquivalenzeinkommen:

$$(4) \quad \Psi_{BA/NA}^{BMI, j/t+s} = BMI_{BA}^{j/t+s} - BMI_{NA}^{j/t+s}.$$

Je größer $\Psi_{BA/NA}^{BMI, j/t+s}$, desto stärker die mobilitätsreduzierende Wirkung des Steuer- und Transfersystems.

4 Einkommensdynamik und soziale Mobilität: Ein Vergleich von Deutschland, Großbritannien und den USA

Dieser Abschnitt präsentiert die Ergebnisse der Mobilitätsanalyse, die auf der Grundlage der oben genannten Daten und Methoden hergeleitet wurden. Zunächst wird die Mobilität der Bruttoarbeitseinkommen, dann die der Bruttoäquivalenz- und schließlich die der Nettoäquivalenzeinkommen untersucht, wobei bei den letzteren beiden Konzepten auch die Mobilitätsänderung zum jeweils vorangegangenen Einkommenskonzept untersucht wird.

4.1 Individuelles Bruttoarbeitseinkommen

Bevor in diesem Abschnitt die aggregierte Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen erörtert wird, lohnt eine separate Analyse der beiden untersten Einkommensklassen, also der Klasse der Arbeitslosen und der Klasse derjenigen, die weniger als 50% des durch-

schnittlichen Bruttoarbeitseinkommen verdienen und die im Folgenden *working poor* genannt werden.¹⁸⁾

Tabelle 3 (S. 114) zeigt für Ost- und Westdeutschland, Großbritannien und die USA die Mobilität der Arbeitslosen und der *working poor* für jeweils drei verschiedene Zeiträume.¹⁹⁾ Dabei bildet sie aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht die gesamten Mobilitätsmatrizen ab, sondern jeweils nur die ersten beiden Zeilen der Mobilitätsmatrix, da nach der Definition aus Abschnitt 3 die erste Zeile ausreicht, um die Mobilität der Arbeitslosen abzubilden, und die zweite Zeile genügt, um die Mobilität der *working poor* darzustellen. Abgebildet werden für Ost- und Westdeutschland sowie für Großbritannien die Mobilitätsprozesse zwischen 1991 und 1992, zwischen 1992 und 1993 und zwischen 1991 und 1993. Für die USA werden die Mobilitätsprozesse zwischen 1989 und 1990, zwischen 1990 und 1991 und zwischen 1989 und 1991 betrachtet.²⁰⁾

Aus Tabelle 3 ist ersichtlich, dass 54,6 % derjenigen Ostdeutschen, die 1991 arbeitslos waren, auch 1992 noch arbeitslos sind. In Westdeutschland sind 61,5 % derjenigen, die 1991 arbeitslos waren, auch 1992 noch arbeitslos. Für den Übergang 1992/1993 lautet das entsprechende Zahlenpaar für Ost- bzw. Westdeutschland: 59,1 % bzw. 74,0 %, und für den Übergang 1991/1993 44,6 % und 59,4 %. In allen drei Fällen ist die Anzahl der *stayer*, also derjenigen, die in der Arbeitslosigkeit verharren, in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland; die Mobilität der ostdeutschen Arbeitslosen ist größer als die der westdeutschen.

Als nächstes werden Westdeutschland und Großbritannien verglichen. Zwischen 1991 und 1992 verharren – wie bereits gesehen – 61,5 % der westdeutschen Arbeitslosen in der Arbeitslosigkeit, in Großbritannien sind es 60,9 %. Für den Übergang 1992/1993 sind es 74,0 % in Westdeutschland und 59,7 % in Großbritannien. Zwischen 1991 und 1993 verharren in Westdeutschland 59,4 % und in Großbritannien 44,3% in der Arbeitslosigkeit. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass britische Arbeitslose schneller einen neuen Job haben als westdeutsche Arbeitslose.²¹⁾

18) Angesichts der Tatsache, dass ein Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 50% des Durchschnitts eine weit verbreitete Definition von relativer Armut ist (vgl. z.B. Hauser und Berntsen 1992 sowie Jarvis und Jenkins 1996), erscheint diese Definition der *working poor* gerade im Gesamtzusammenhang der vorliegenden Studie sinnvoll.

19) Die folgende Diskussion von Tabelle 3 orientiert sich an der Diskussion in Fabig (2000, S. 45 – 49).

20) Der amerikanische Zeitraum 1989 – 1991 und der westdeutsche Zeitraum 1991 – 1993 sind unter konjunkturellen Gesichtspunkten gut miteinander vergleichbar. 1989 bzw. 1991 waren in den USA bzw. in Westdeutschland Jahre kräftigen Wachstums. 1990 bzw. 1992 verlangsamte sich die konjunkturelle Dynamik in den USA bzw. in Westdeutschland. 1991 bzw. 1993 brach in den USA bzw. in Westdeutschland eine Rezession aus (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1996 und OECD 1997 b).

21) Die Konjunkturzyklen in Westdeutschland und Großbritannien verliefen im Untersuchungszeitraum nicht synchron. Deutschland erfreute sich nach der Wiedervereinigung eines konjunkturellen Booms, der bis 1992 anhielt. 1993 setzte eine tiefe Rezession ein (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1996). Großbritannien befand sich 1991 und 1992 in einer Rezession, aber 1993 setzte ein Aufschwung ein (vgl. OECD 1997 b). Es kann aber gezeigt werden, dass das obige Ergebnis robust hinsichtlich der konjunkturellen Einflüsse ist (vgl. Fabig 2000, S. 45).

Tabelle 3
Übergänge aus der Arbeitslosigkeit und aus gering bezahlten Jobs

		Ostdeutschland						
1991/1992		1	2	3	4	5	6	7
1		54,6	4,4	9,3	18,0	5,9	3,3	4,4
2		32,0	28,0	22,9	12,9	2,4	0,0	1,8
1992/1993		1	2	3	4	5	6	7
1		59,1	6,7	13,1	11,4	5,8	3,2	0,5
2		24,6	32,7	19,8	9,0	6,9	2,6	4,4
1991/1993		1	2	3	4	5	6	7
1		44,6	5,4	13,3	18,0	10,0	5,3	3,4
2		39,0	19,5	20,3	15,2	3,2	0,0	2,7
		Westdeutschland						
1991/1992		1	2	3	4	5	6	7
1		61,5	6,3	5,1	8,2	12,4	2,5	3,8
2		5,8	61,8	11,1	3,6	9,1	4,6	3,9
1992/1993		1	2	3	4	5	6	7
1		74,0	8,1	6,5	5,9	2,1	2,1	1,3
2		4,2	62,8	13,5	8,1	5,0	1,3	5,2
1991/1993		1	2	3	4	5	6	7
1		59,4	9,6	5,9	11,9	7,3	1,4	4,6
2		6,8	53,7	13,5	7,7	6,5	6,6	5,2
		Großbritannien						
1991/1992		1	2	3	4	5	6	7
1		60,9	22,9	7,1	4,4	1,7	1,7	1,3
2		6,0	67,5	16,2	7,4	0,5	1,2	1,2
1992/1993		1	2	3	4	5	6	7
1		59,7	24,2	4,3	4,8	4,8	0,0	2,2
2		3,0	64,5	19,7	7,4	2,7	1,1	1,6
1991/1993		1	2	3	4	5	6	7
1		44,3	20,7	11,0	9,8	6,5	2,4	5,3
2		4,5	58,0	23,1	5,5	4,5	1,3	3,1
		USA						
1989/1990		1	2	3	4	5	6	7
1		30,5	43,5	15,9	4,7	2,6	0,7	2,2
2		6,3	73,0	14,3	4,4	1,4	0,3	0,3
1990/1991		1	2	3	4	5	6	7
1		29,0	43,9	14,0	7,4	3,4	2,2	0,1
2		8,3	67,8	16,8	3,7	2,0	0,9	0,7
1989/1991		1	2	3	4	5	6	7
1		30,1	40,8	14,0	7,6	2,7	1,9	3,0
2		7,3	64,1	17,8	5,8	3,1	0,9	1,1

Datenbasis: SOEP, PSID-GSOEP Equivalent File 1980 – 1994, PSID, PACO-BHPS.

Quelle: Eigene Berechnungen

Der Vergleich zwischen Westdeutschland und den USA zeigt, dass in Westdeutschland zwischen 1991 und 1992 61,5 % in der Arbeitslosigkeit verharren, aber im amerikanischen Vergleichszeitraum 1989 – 1990 nur 30,5%. Noch größer ist die Differenz beim Vergleich der Zeiträume 1992 – 1993 für Westdeutschland (74,0 % *stayer*) und 1990 – 1991 für die USA (29,0 %). Schließlich sind in Westdeutschland 59,4 % derjenigen, die schon 1991 arbeitslos waren, auch 1993 noch arbeitslos. In den USA sind nur 30,1 % derjenigen, die schon 1989 arbeitslos waren, auch 1991 noch arbeitslos. Der Vergleich zwischen Westdeutschland und den USA zeigt also sehr deutlich, dass Arbeitslose in den USA viel leichter wieder in eine Beschäftigung zurückkehren als Arbeitslose in Deutschland.²²⁾

Was passiert mit denjenigen, die der Arbeitslosigkeit entkommen konnten? In Ostdeutschland steigen zwischen 1991 und 1992 und zwischen 1991 und 1993 die meisten – nämlich jeweils 18% – der ehemals Arbeitslosen in die Einkommensklasse 4, also in eine mittlere Einkommensklasse auf. Zwischen 1992 und 1993 steigen die meisten in Einkommensklasse 3 auf, jedoch wiederum dicht gefolgt von Einkommensklasse 4. Nur wenige Arbeitslose bewegen sich lediglich in die nächsthöhere Einkommensklasse: für den Übergang 1991/1992 sind es 4,4%, für den Übergang 1992/1993 6,7% und für den Übergang 1991/1993 5,4%.

Auch in Westdeutschland wandert nur ein kleiner Teil der ehemals Arbeitslosen in die Klasse der *working poor*: zwischen 1991 und 1992 6,3%, zwischen 1992 und 1993 8,1% und zwischen 1991 und 1993 9,6%. Insgesamt verteilen sich die ehemals Arbeitslosen recht gleichmäßig auf die verschiedenen Einkommensklassen.

Das kann von Großbritannien nicht gesagt werden: Bei allen drei Übergängen steigt der mit Abstand größte Teil der ehemals Arbeitslosen nur in die nächsthöhere Einkommensklasse 2, also in die Klasse der *working poor*, auf. Beim Übergang 1991/1992 sind es 22,9%, beim Übergang 1992/1993 24,2% und beim Übergang 1991/1993 20,7%.

Noch deutlicher ist das Bild in den USA: 43,5% derjenigen, die 1989 arbeitslos waren, gehören 1990 zu den *working poor*. Für den Übergang 1990/1991 lautet diese Zahl 43,9% und für den Übergang 1989/1991 40,8%. Der mit großem Abstand größte Teil der ehemals Arbeitslosen wandert in die Klasse der *working poor*.

Aus Tabelle 3 kann also die Schlussfolgerung gezogen werden, dass Arbeitslose in Großbritannien und den USA zwar leichter als in Westdeutschland wieder in eine Beschäftigung zurückkehren. Während sich aber in Westdeutschland die früheren Arbeitslosen relativ gleichmäßig auf die anderen Einkommensklassen verteilen, finden die meisten der früheren Arbeitslosen in Großbritannien und in den USA nur schlecht bezahlte Jobs.²³⁾

Eine naheliegende Erklärung für diese Beobachtung ist die institutionelle Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung in den untersuchten Ländern. Die Leistungen der deutschen Arbeitslosenversicherung sind ein bestimmter Prozentsatz des vorherigen Nettoeinkommens. Je besser der oder die Arbeitslose früher bezahlt wurde, desto höher wird auch die Bezahlung

22) Obwohl dieses Ergebnis von der grundsätzlichen Aussage her dem Ergebnis des westdeutsch-britischen Vergleichs entspricht, sollte nicht übersehen werden, dass die quantitativen Unterschiede zwischen Westdeutschland und den USA viel größer sind als die Unterschiede zwischen Westdeutschland und Großbritannien. Ein genauer Vergleich der Zahlen zeigt sogar, dass Großbritannien „näher“ an Westdeutschland ist als an den USA.

23) Auch hier ist anzumerken, dass die Unterschiede innerhalb des angelsächsischen Lagers sehr groß sind: Der Prozentsatz der Arbeitslosen, die in die Klasse der *working poor* wandern, ist in den USA fast doppelt so hoch wie in Großbritannien.

der neuen Beschäftigung sein, nach der der oder die Arbeitslose sucht. Die britische Arbeitslosenversicherung zahlt dagegen nur eine einkommensunabhängige Grundsicherung. Entsprechend sind schlecht bezahlte Tätigkeiten auch für diejenigen Arbeitslosen erwägenswert, die früher gut verdient haben.²⁴⁾ Die amerikanische Arbeitslosenversicherung zahlt wesentlich kürzer und an wesentlich weniger Arbeitslose als in Deutschland Arbeitslosengeld. Folglich besteht für Arbeitslose ein starker Anreiz, ein Arbeitsplatzangebot auch dann anzunehmen, wenn das Gehalt deutlich unterhalb der Bezahlung der alten Beschäftigung liegt.²⁵⁾

Folglich kann der Schluss gezogen werden, dass sowohl in Großbritannien als auch in den USA ein größerer Teil der ehemals Arbeitslosen schlecht bezahlte Jobs annehmen wird als in Deutschland, womit eine Erklärung für das oben beschriebene Phänomen gefunden sein könnte.

Auch ein Blick auf die Mobilität der *working poor* lohnt. Zwischen 1991 und 1992 verharren in Ostdeutschland 28,0% der *working poor* in ihrer Einkommensklasse, in Westdeutschland aber 61,8%. Die entsprechenden Zahlenpaare für 1992/1993 und für 1991/1993 sind 32,7% bzw. 62,8% und 19,5% bzw. 53,7%. Die ostdeutschen *working poor* sind also wesentlich mobiler als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen.

Jedoch wandert in Ostdeutschland der größte Teil der ehemaligen *working poor* in die Arbeitslosigkeit (z.B. 39,0% beim Übergang 1991/1993). In zwei von drei Übergängen steigen mehr *working poor* in die Arbeitslosigkeit ab als in ihrer Klasse verharren. In Westdeutschland dagegen steigen die meisten ehemaligen *working poor* um eine Einkommensklasse auf. Nur ein kleiner Anteil steigt in die Arbeitslosigkeit ab (z.B. 6,8% für den Übergang 1991/1993). Die *working poor* in Ost- und Westdeutschland erfahren also völlig unterschiedliche Schicksale: Während sie in Westdeutschland eine gute Chance auf einen – wenn auch bescheidenen – Aufstieg in der Einkommensverteilung haben, ist für sie in Ostdeutschland die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, größer als jede andere Bewegung.

Die Mobilitätsunterschiede der *working poor* zwischen Westdeutschland und Großbritannien sind deutlich geringer. Zwischen 1991 und 1992 (1992/1993; 1991/1993) verharren 61,8% (62,8; 53,7) der westdeutschen und 67,5% (64,5; 58,0) der britischen *working poor* in ihrer Einkommensklasse. Die westdeutschen *working poor* sind also nur etwas mobiler als die Briten.

Genau wie in Westdeutschland steigen in Großbritannien die meisten ehemaligen *working poor* um eine Einkommensklasse auf. Allerdings ist dieser Anteil in Großbritannien durchschnittlich etwas höher als in Westdeutschland, wo sich die ehemaligen *working poor* im Durchschnitt etwas häufiger in die hohen Einkommensklassen bewegen.

In den USA verharren zwischen 1989 und 1990 73,0% der *working poor* in ihrer Einkommensklasse, in Westdeutschland zwischen 1991 und 1992 – wie gesehen – nur 61,8%. Für den Übergang 1990/1991 (USA) bzw. 1992/1993 (Westdeutschland) lautet das entsprechende Zahlenpaar 67,8% und 62,8%. Für den Übergang 1989/1991 bzw. 1991/1993 sind die

24) Vgl. hierzu Fabig (1999 a, S. 281 f. und S. 152 ff.) und Commission of the European Communities (1994, S. 243 ff.).

25) Vgl. hierzu Fabig (1999 a, S. 304 und S. 152 ff.), OECD (1991, S. 252 f.) und Luxembourg Income Study – LIS (1997).

Werte 64,1% und 53,7%. Folglich ist es in Westdeutschland leichter, die Klasse der *working poor* zu verlassen als in den USA.

Auch in den USA bewegen sich die meisten der ehemaligen *working poor* eine Einkommensklasse nach oben. Wie in Großbritannien ist dieser Anteil in den USA im Durchschnitt etwas größer als in Westdeutschland. Dort steigen die ehemaligen *working poor* durchschnittlich öfter als in den USA in die hohen Einkommensklassen auf.

Der nächste Schritt in der Analyse der Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen ist die Betrachtung der Werte des Bartholomew-Index in Tabelle 4.²⁶⁾

Tabelle 4
Werte des Bartholomew-Index für das individuelle Bruttoarbeitseinkommen

Übergang	Ostdeutschland	Westdeutschland	USA	Großbritannien
1989/90	-	-	0,5568	-
1990/91	0,9966	0,6291	0,5663	-
1991/92	1,0669	0,5804	-	0,5248
1992/93	0,9523	0,5992	-	0,5529
1993/94	0,7764	0,5445	-	-
1994/95	0,7092	0,5189	-	-
Zwei Jahre	1,2796	0,7517	0,6947	0,7944

Bemerkung: Der Zweijahresübergang bezieht sich auf 1991/1993 für Ost- und Westdeutschland sowie Großbritannien und auf 1989/1991 für die USA.

Datenbasis: SOEP, PSID-GSOEP Equivalent File 1980 – 1994, PSID, PACO-BHPS.

Quelle: Eigene Berechnungen

Aus Tabelle 4 ist ersichtlich, dass die mit Abstand höchsten Werte des Bartholomew-Index in Ostdeutschland erreicht werden. Nach einem anfänglichen Anstieg des Bartholomew-Index von 1,00 für den Übergang 1990/1991 auf 1,07 für den Übergang 1991/1992, fällt die Mobilität in Ostdeutschland allerdings in den darauf folgenden Jahren kontinuierlich bis zu einem Indexwert von 0,71 für den Übergang 1994/1995.

Während der anfängliche Anstieg des Bartholomew-Index sicherlich mit den ökonomischen Turbulenzen der deutschen Wiedervereinigung erklärt werden kann, dürfte die Erklärung für den fallenden Trend wiederum in der zunehmenden Normalisierung der ökonomischen Situation in Ostdeutschland in den späteren Jahren zu suchen sein.

Die deutsche Wiedervereinigung ging auch an Westdeutschland nicht spurlos vorbei. Zum einen profitierte die westdeutsche Volkswirtschaft vom konjunkturellen Boom nach der deutschen Einheit, zum anderen unterstützte die westdeutsche Volkswirtschaft die ostdeutsche mit umfangreichen Transferzahlungen.²⁷⁾

26) Die folgende Diskussion von Tabelle 4 orientiert sich an der Diskussion in Fabig (2000, S. 40 – 42).

27) Die jährlichen Nettotransfers von West- nach Ostdeutschland während der ersten fünf Jahre des Transformationsprozesses wurden auf 5 bis 7% des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts geschätzt (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1995).

Entsprechend verwundert es nicht, dass auch in Westdeutschland der höchste Wert des Bartholomew-Index mit 0,63 beim Übergang 1990/1991 gemessen wird. In den darauffolgenden Jahren fällt die Einkommensmobilität auf 0,52 für den Übergang 1994/1995. Offensichtlich haben die Fortschritte bei der ökonomischen Wiedervereinigung auch die Mobilität in Westdeutschland reduziert.

Der ähnlich fallende Trend in Ost- und Westdeutschland sollte indes nicht über die großen Niveau-Unterschiede zwischen den Werten des Bartholomew-Index für West- und Ostdeutschland hinwegtäuschen. Während des gesamten Beobachtungszeitraums ist die Mobilität in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland. Die Differenz steigt von 0,37 für den Übergang 1990/1991 auf das Maximum von 0,49 für den Übergang 1991/1992. Danach kann eine beträchtliche Konvergenz der Mobilität in den beiden deutschen Landesteilen beobachtet werden; am Ende des Beobachtungszeitraums (Übergang 1994/1995) beträgt die Differenz nur noch 0,19.

Aus Tabelle 4 ist auch ersichtlich, dass die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitsinkommen in Westdeutschland höher ist als in den USA. Das gilt beim Vergleich der Zeiträume 1991/1992 (Westdeutschland) und 1989/1990 (USA), 1992/1993 (Westdeutschland) und 1990/1991 (USA) genauso wie beim Zweijahresübergang 1991/1993 (Westdeutschland) und 1989/1991 (USA). Dieses Ergebnis ist deshalb so erstaunlich, weil eine hohe Mobilität der individuellen Bruttoarbeitsinkommen als ein Indikator für hohe Arbeitsmarktflexibilität interpretiert werden kann. Schließt man sich dieser Interpretation an, so deuten die Zahlen aus Tabelle 4 darauf hin, dass die Arbeitsmarktflexibilität in Westdeutschland höher ist als in den USA – also das genaue Gegenteil der üblichen Bewertung.

Die britischen Werte des Bartholomew-Index für den Übergang 1991/1992 und für den Übergang 1992/1993 sind kleiner als die entsprechenden westdeutschen Werte. Beim Zweijahresübergang 1991/1993 ist es umgekehrt. Es kann also nicht eindeutig entschieden werden, welche Volkswirtschaft eine höhere Mobilität der individuellen Bruttoarbeitsinkommen aufweist. Auch dieses Ergebnis ist überraschend vor dem Hintergrund, dass Großbritannien üblicherweise die größere Arbeitsmarktflexibilität zugesprochen wird.

Diese Ergebnisse einer überraschend hohen Mobilität in Westdeutschland stehen nicht im Widerspruch zu der oben nachgewiesenen höheren Mobilität der amerikanischen und britischen Arbeitslosen. Denn es wurde auch nachgewiesen, dass ein großer Teil der ehemals Arbeitslosen in den USA und in Großbritannien nur einen schlecht bezahlten Job findet, während sich in Westdeutschland die ehemals Arbeitslosen sehr gleichmäßig auf die verschiedenen Einkommensklassen verteilen. Da der Bartholomew-Index auch die Größe des Einkommenssprungs berücksichtigt, erhöht ein Aufstieg von der Arbeitslosigkeit in einen gut bezahlten Job den Index stärker als eine Bewegung von der Arbeitslosigkeit zu den *working poor*.²⁸⁾

28) Ähnliches gilt für die ehemaligen *working poor*. Es wurde nachgewiesen, dass diese in Westdeutschland durchschnittlich etwas häufiger in die hohen Einkommensklassen aufsteigen als in Großbritannien und den USA. Der Anteil der ehemaligen *working poor*, die sich um nur eine Einkommensklasse nach oben bewegen, ist dagegen in Großbritannien und den USA durchschnittlich etwas höher als in Westdeutschland.

4.2 Bruttoäquivalenzeinkommen

Nach der Analyse der Dynamik der individuellen Bruttoarbeitseinkommen wird nun das Bruttoäquivalenzeinkommen untersucht.²⁹⁾ Tabelle 5 zeigt, dass auch bei diesem Einkommenskonzept die ostdeutschen Mobilitätswerte mit Abstand am höchsten sind. Allerdings fallen die Werte des Bartholomew-Index für Ostdeutschland kontinuierlich – vom Maximum von 1,06 für den Übergang 1990/1991 auf 0,74 für den Übergang 1994/1995. Zur Erklärung sei auf die Ausführungen in Abschnitt 4.1 verwiesen.

Auch in Westdeutschland ist ein fallender Trend zu beobachten. Während der Indexwert für den Übergang 1990/1991 noch 0,75 lautet, sinkt er auf 0,66 für 1994/1995. Da die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen aber in Ostdeutschland stärker sinkt als in Westdeutschland, verringert sich die Differenz von 0,31 für den Übergang 1990/1991 auf 0,08 für 1994/1995. Auch beim Bruttoäquivalenzeinkommen ist also eine starke Konvergenz der Indexwerte zu beobachten, wobei die Differenz am Ende des Beobachtungszeitraums beim Bruttoäquivalenzeinkommen deutlich geringer ist als beim individuellen Bruttoarbeits-einkommen.

Tabelle 5
Werte des Bartholomew-Index für das Bruttoäquivalenzeinkommen

Übergang	Ostdeutschland	Westdeutschland	USA	Großbritannien
1989/90	-	-	0,6579	-
1990/91	1,0627	0,7508	0,6415	-
1991/92	1,0492	0,6839	-	0,6140
1992/93	0,9537	0,7159	-	0,6001
1993/94	0,7945	0,6822	-	-
1994/95	0,7441	0,6610	-	-
Zwei Jahre	1,1924	0,8728	0,8033	0,8367

Bemerkung: Der Zweijahresübergang bezieht sich auf 1991/1993 für Ost- und Westdeutschland sowie Großbritannien und auf 1989/1991 für die USA.

Datenbasis: SOEP, PSID-GSOEP Equivalent File 1980 – 1994, PSID, PACO-BHPS.

Quelle: Eigene Berechnungen

Während beim Vergleich der Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen zwischen Großbritannien und Westdeutschland nicht entschieden werden konnte, wo die Mobilität höher ist, kann bei den Bruttoäquivalenzeinkommen eine eindeutige Aussage gemacht werden: Für alle drei Übergänge ist der Indexwert in Westdeutschland deutlich höher als in Großbritannien.

Schließlich ist aus Tabelle 5 ersichtlich, dass nicht nur die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen, sondern auch die der Bruttoäquivalenzeinkommen in Westdeutschland eindeutig höher ist als in den USA.

29) Zu den Ausführungen dieses Abschnitts vgl. auch Fabig (1999 a, S. 262 ff. zum Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland, S. 288 ff. zum Vergleich zwischen Westdeutschland und Großbritannien und S. 311 ff. zum Vergleich zwischen Westdeutschland und den USA).

Es wurde eingangs erwähnt, dass mit Hilfe des Bruttoäquivalenzeinkommens die Rolle, die der Haushaltszusammenhang für die Einkommensmobilität spielt, untersucht werden kann. Es ist völlig klar, dass der Haushaltszusammenhang eine entscheidende Rolle für die Beurteilung der individuellen Wohlstandsposition spielt. Trotz allen gesellschaftlichen Wandels ist die in häuslicher Gemeinschaft zusammenlebende Familie auch heute noch eine Institution der sozialen Sicherung. Und natürlich können auch in häuslicher Gemeinschaft zusammenlebende Menschen, die nicht familiär miteinander verbunden sind, in Notsituationen füreinander einstehen.

Im Haushalt fließen Ressourcen zusammen und werden geteilt. Verliert ein Haushaltsmitglied seinen Arbeitsplatz, so bedeutet dies auf der individuellen Bruttoeinkommensebene einen Einkommensverlust von 100%. Sofern im Haushalt jedoch noch mindestens ein weiterer Verdienender lebt, ist der Verlust auf der Ebene des Bruttoäquivalenzeinkommens geringer als 100%.

Of übersehen wird dagegen, dass im Haushaltszusammenhang auch Risiken geteilt werden. In dem obigen Beispiel verändert sich nicht nur das Einkommen des arbeitslos Gewordenen. Auch das Bruttoäquivalenzeinkommen der weiteren Verdienender im Haushalt verändert sich, und zwar auch dann, wenn sich an ihrem eigenen Bruttoarbeitseinkommen nichts geändert hat.

Die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen ergibt sich aber nicht nur aus Änderungen der Markteinkommen der Haushaltsmitglieder. Sie ergibt sich auch aus Veränderungen im Haushaltszusammenhang, die typischerweise zu einer Veränderung der Summe der Äquivalenzgewichte führen. Beispiele für solche Veränderungen sind Einzug und Auszug aus einem Haushalt, Geburt eines Kindes oder Tod eines Haushaltsmitglieds. Selbst wenn die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen konstant bleibt, können sich die Äquivalenzgewichte ändern, weil diese Gewichte vom Alter der im Haushalt lebenden Personen abhängen.³⁰⁾

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob sich die Mobilität beim Übergang von der Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen zu der der Bruttoäquivalenzeinkommen erhöht, also ob die mobilitätsreduzierenden oder die mobilitätserhöhenden Effekte überwiegen. Um diese Frage zu beantworten, zeigt Tabelle 6 (S. 121) die Werte der eingangs erläuterten Maßzahl $\Psi_{BA/BI}^{BM, j/t+s}$. Je größer ihr Wert, desto stärker erhöht sich die Mobilität bei oben erwähntem Übergang.

30) Zur Rolle des Haushaltszusammenhangs und seiner Veränderungen vgl. auch Fabig (1999 a, S. 86 ff.).

Tabelle 6
 $\Psi_{BA/BI}^{BMI, j/t+s}$ im internationalen Vergleich

Übergang	Ostdeutschland	Westdeutschland	USA	Großbritannien
1989/90	-	-	0,1011	-
1990/91	0,0661	0,1217	0,0752	-
1991/92	-0,0177	0,1035	-	0,0892
1992/93	0,0014	0,1167	-	0,0472
1993/94	0,0181	0,1377	-	-
1994/95	0,0349	0,1421	-	-
Zwei Jahre	-0,0872	0,1211	0,1086	0,0423

Bemerkung: Der Zweijahresübergang bezieht sich auf 1991/1993 für Ost- und Westdeutschland sowie Großbritannien und auf 1989/1991 für die USA.

Datenbasis: SOEP, PSID-GSOEP Equivalent File 1980 – 1994, PSID, PACO-BHPS.

Quelle: Eigene Berechnungen

Aus Tabelle 6 geht hervor, dass die Mobilität der Bruttoäquivalenzeinkommen in allen untersuchten Volkswirtschaften in der Regel höher ist als die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen im gleichen Zeitraum. Allein in Ostdeutschland ist es in zwei Fällen umgekehrt. Die mobilitätserhöhenden Effekte des Haushaltszusammenhangs scheinen die mobilitätsreduzierenden also zu überlagern.

Darüber hinaus offenbart Tabelle 6 interessante Unterschiede zwischen den untersuchten Volkswirtschaften. $\Psi_{BA/BI}^{BMI, j/t+s}$ ist in Westdeutschland bei jedem Übergang größer als in Ostdeutschland. Der Haushaltszusammenhang erhöht die Mobilität in Ostdeutschland also nicht so stark wie in Westdeutschland. Über die Gründe hierfür kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Eine mögliche Erklärung wäre ein in Ostdeutschland stabilerer Haushaltszusammenhang, weil Ereignisse wie Geburt eines Kindes, Scheidung oder Auszug eines Haushaltsmitglieds seltener sind als in Westdeutschland.

Aus Tabelle 6 geht auch hervor, dass die Werte von $\Psi_{BA/BI}^{BMI, j/t+s}$ in den USA bei allen vergleichbaren Übergängen und auch im Durchschnitt unter denen für Westdeutschland liegen. Ebenso sind die britischen Werte von $\Psi_{BA/BI}^{BMI, j/t+s}$ in allen drei in Tabelle 6 abgebildeten Fällen deutlich kleiner als die entsprechenden westdeutschen Werte. Folglich ist die mobilitätserhöhende Wirkung des Haushaltszusammenhangs und seiner Veränderungen in Westdeutschland ausgeprägter als in den USA und in Großbritannien. Auch hier kann über Ursachen nur spekuliert werden. Es bleibt die Aufgabe zukünftiger Forschung, hier Erklärungen anzubieten.

4.3 Nettoäquivalenzeinkommen

Der letzte Schritt in der Mobilitätsanalyse dieses Beitrags ist die Untersuchung der Dynamik der Nettoäquivalenzeinkommen.³¹⁾ Tabelle 7 zeigt, dass die Werte des Bartholomew-Index für Ostdeutschland einmal mehr die höchsten Werte im Ländervergleich sind. Auch im Fall des Nettoäquivalenzeinkommens ist jedoch zu beobachten, dass die Mobilitätswerte in Ostdeutschland kontinuierlich fallen, und zwar von 0,91 für den Übergang 1990/1991 auf 0,61 für den Übergang 1994/1995. Abschnitt 4.1 bietet hierzu Erklärungen an.

Die westdeutschen Werte sind im Beobachtungszeitraum durch ein Auf und Ab gekennzeichnet, allerdings mit fallendem Trend. Die Differenz zu den ostdeutschen Werten verringert sich enorm: von 0,26 für 1990/1991 auf 0,05 für 1994/1995. Damit ist die Konvergenz zwischen West- und Ostdeutschland, gemessen an der Differenz zum Ende des Beobachtungszeitraums, beim Nettoäquivalenzeinkommen am stärksten. Es liegt nahe, die Erklärung für diese starke Konvergenz in der Übertragung des westdeutschen Steuer- und Transfer-systems, aber auch in den umfangreichen Transferzahlungen von Westdeutschland nach Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung zu suchen.

Aus Tabelle 7 geht auch hervor, dass die Mobilität der Nettoäquivalenzeinkommen in Westdeutschland geringer als in Großbritannien ist. Das gilt sowohl für den direkten Vergleich als auch beim Vergleich der durchschnittlichen Werte für die Einjahresübergänge (0,5960 für Westdeutschland und 0,6350 für Großbritannien).

Auch in den USA ist die Mobilität der Nettoäquivalenzeinkommen größer als in Westdeutschland. Das gilt sowohl für den konjunkturell adäquaten Vergleich Deutschland 1991/1992 versus USA 1989/1990 als auch beim Vergleich des deutschen Durchschnitts mit dem einzigen Wert, der für die USA berechnet werden konnte.

Tabelle 7
Werte des Bartholomew-Index für das Nettoäquivalenzeinkommen

Übergang	Ostdeutschland	Westdeutschland	USA	Großbritannien
1989/90	-	-	0,6755	-
1990/91	0,9063	0,6495	-	-
1991/92	0,7685	0,5503	-	0,6506
1992/93	0,7136	0,6002	-	0,6193
1993/94	0,6882	0,6237	-	-
1994/95	0,6058	0,5564	-	-
Zwei Jahre	0,8945	0,7302	-	0,7710

Bemerkung: Der Zweijahresübergang bezieht sich für Ost- und Westdeutschland sowie Großbritannien auf 1991/1993.

Datenbasis: SOEP, PSID-GSOEP Equivalent File 1980 – 1994, PSID, PACO-BHPS.

Quelle: Eigene Berechnungen

31) Zu den Ausführungen dieses Abschnitts vgl. auch Fabig (1999 a, S. 271 ff. zum Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland, S. 294 ff. zum Vergleich zwischen Westdeutschland und Großbritannien und S. 317 ff. zum Vergleich zwischen Westdeutschland und den USA).

Es wurde bereits eingangs erwähnt, dass die Differenz zwischen Brutto- und Nettoäquivalenzeinkommen ($\Psi_{BA/NA}^{BMI,j/1+s}$) eine sehr gute Maßzahl für die mobilitätsreduzierende Wirkung des Steuer- und Transfersystems ist. Diese Wirkung könnte nicht adäquat erfasst werden, wenn man individuelle Bruttoarbeitsinkommen und Nettoäquivalenzeinkommen direkt vergleichen würde, denn bei einem solchen Vergleich würde der Effekt des Übergangs von einem individuellen zu einem Haushaltseinkommenskonzept mit dem Effekt des Übergangs von der Brutto- zur Nettoeinkommensebene vermischt. Es bedurfte also zwingend des Zwischenschritts der Berechnung von Bruttoäquivalenzeinkommen, um eine gute Ausgangsbasis für eine Wirkungsanalyse des Steuer- und Transfersystems zu schaffen.

Zwei Aspekte bestimmen die mobilitätsreduzierende Wirkung des Steuer- und Transfersystems. Zum einen wird sie umso größer sein, je progressiver der Einkommensteuertarif ist. Denn dann entsprechen großen Einkommensschwankungen auf der Bruttoeinkommensebene (und zwar sowohl positiven als auch negativen) geringere Schwankungen auf der Nettoeinkommensebene. Zum anderen wird sie umso stärker sein, je umfassender das System der sozialen Sicherung ausgestaltet ist. Denn dann werden Einkommensverluste auf der Bruttoebene (z.B. durch Arbeitslosigkeit, Übergang in den Ruhestand usw.) durch relativ großzügige soziale Transfers (z.B. Arbeitslosengeld, gesetzliche Rente usw.) ersetzt, und entsprechend gering sind die Einkommensschwankungen auf der Nettoeinkommensebene.

Tabelle 8 (S. 124) zeigt die Werte der Differenz $\Psi_{BA/NA}^{BMI,j/1+s}$ – und einige interessante Ergebnisse. Zunächst ist aus Tabelle 8 ersichtlich, dass sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland $\Psi_{BA/NA}^{BMI,j/1+s}$ positiv ist. Das deutsche Steuer- und Transfersystem reduziert also die Einkommensmobilität sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Allerdings ist diese mobilitätsreduzierende Wirkung in Ostdeutschland wesentlich stärker als in Westdeutschland: Für jeden Übergang ist $\Psi_{BA/NA}^{BMI,j/1+s}$ in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland. Eine Erklärung für diese Beobachtung könnte sein, dass die Mobilität der ostdeutschen Bruttoäquivalenzeinkommen durch die ökonomischen Turbulenzen in Ostdeutschland wesentlich höher ist als in Westdeutschland, die Funktionsweise des Steuer- und Transfersystems aber im Wesentlichen die gleiche ist wie in Westdeutschland. Zusammen mit den bereits erwähnten Transfers von West- nach Ostdeutschland ergibt sich die größere dämpfende Wirkung des Steuer- und Transfersystems in Ostdeutschland.

In Großbritannien kann für die beiden Einjahresübergänge überhaupt keine mobilitätsreduzierende Wirkung des Steuer- und Transfersystems festgestellt werden. Im Gegenteil: $\Psi_{BA/NA}^{BMI,j/1+s}$ ist negativ. Nur für den Zweijahresübergang 1991/1993 stellt sich das erwartete positive Vorzeichen ein. Der Vergleich mit Westdeutschland ergibt ein entsprechend eindeutiges Ergebnis: Das deutsche Steuer- und Transfersystem reduziert die Einkommensmobilität wesentlich stärker als das britische.

Tabelle 8
 $\Psi_{BA/NA}^{BMI, j/1+j}$ im internationalen Vergleich

Übergang	Ostdeutschland	Westdeutschland	USA	Großbritannien
1989/90	-	-	-0,0176	-
1990/91	0,1564	0,1013	-	-
1991/92	0,2807	0,1336	-	-0,0366
1992/93	0,2401	0,1157	-	-0,0192
1993/94	0,1063	0,0585	-	-
1994/95	0,1383	0,1046	-	-
Zwei Jahre	0,2979	0,1426	-	0,0657

Bemerkung: Der Zweijahresübergang bezieht sich für Ost- und Westdeutschland sowie Großbritannien auf 1991/1993.

Datenbasis: SOEP, PSID-GSOEP Equivalent File 1980 – 1994, PSID, PACO-BHPS.

Quelle: Eigene Berechnungen

Diese Beobachtung kann recht gut erklärt werden, wenn man sich die unterschiedliche Ausgestaltung der Steuer- und Transfersysteme in den beiden Ländern vor Augen führt: Der deutsche Einkommensteuertarif ist deutlich progressiver als der britische. Darüber hinaus ist das britische Sozialsystem stärker durch Grundsicherungen charakterisiert als das deutsche, in dem Sozialleistungen großzügiger sind und in dem die Lebensstandardsicherung eine größere Rolle spielt.³²⁾

Bei den beiden britischen Einjahresübergängen führt das britische Steuer- und Transfersystem offensichtlich nicht zu einer Mobilitätsreduktion. Hierfür können zwei Gründe angeboten werden. Zum einen führt die Veränderung des Steuer- und Transfersystems selbst zu Mobilität. Ändern sich zum Beispiel durch eine Steuerreform die Parameter der Besteuerung, so kann es selbst bei konstanten Bruttoäquivalenzeinkommen zu Mobilität auf der Nettoäquivalenzeinkommensebene kommen.³³⁾ Zum anderen sind bei den Nettoäquivalenzeinkommen auch Kapitaleinkünfte nach Steuern berücksichtigt, während bei den Bruttoäquivalenzeinkommen keine Kapitaleinkünfte berücksichtigt werden. Dies kann eine Mobilität des Nettoäquivalenzeinkommens hervorrufen, auch wenn das Bruttoäquivalenzeinkommen unverändert bleibt.³⁴⁾ Allerdings würde man erwarten, dass die mobilitätsreduzierende Wirkung eines hinreichend stark umverteilenden Steuer- und Transfersystem diese beiden Effekte überlagert.

Dies ist nicht nur bei den britischen Einjahresübergängen, sondern auch bei dem einzigen amerikanischen Einjahresübergang, für den die Datenbasis die Berechnung eines Wertes von $\Psi_{BA/NA}^{BMI, j/1+j}$ erlaubt, nicht der Fall. Denn auch bei dem amerikanischen Übergang 1989/1990

32) Für eine ausführliche Diskussion vgl. Fabig (1999 a, S. 298 f. und S. 145 ff.) und Fabig (1999 b).

33) Vgl. hierzu auch Fabig (1999 a, S. 68f.).

34) Vgl. hierzu auch Fabig (1999 a, S. 77 ff., S. 112 f. und S. 187 f.).

stellt sich ein negatives Vorzeichen von $\Psi_{BA/NA}^{BM, j/t+s}$ ein. Entsprechend kann aus Tabelle 8 geschlossen werden, dass die mobilitätsdämpfende Wirkung des Steuer- und Transfersystems in den USA wesentlich schwächer ist als in Westdeutschland.

Auch dieses Ergebnis kann angesichts der unterschiedlichen Ausgestaltung der Steuer- und Transfersysteme in den USA und in Westdeutschland nicht verwundern. Zum einen ist der deutsche Steuertarif viel progressiver als der amerikanische, zum anderen ist das System der sozialen Sicherung in Deutschland viel großzügiger ausgestaltet als in den USA.³⁵⁾

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das deutsche Steuer- und Transfersystem im Vergleich mit den USA und Großbritannien die mit Abstand größte mobilitätsreduzierende Wirkung entfaltet. Insbesondere in Ostdeutschland ist die staatliche Umverteilung sehr erfolgreich dabei gewesen, die ökonomischen Turbulenzen abzufedern, die sich aus der Wiedervereinigung ergeben haben.

5 Schlussbemerkungen

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass das weitverbreitete Urteil, der deutsche Arbeitsmarkt sei unflexibel, zumindest so pauschal nicht zutreffend ist. Zwar kehren westdeutsche Arbeitslose in der Tat nicht so schnell wie amerikanische oder britische in eine Beschäftigung zurück. Jedoch finden die ehemals Arbeitslosen in den USA und in Großbritannien zu einem großem Teil nur schlecht bezahlte Jobs, während sie sich in Westdeutschland viel gleichmäßiger auf die verschiedenen Einkommensklassen verteilen. Auch ein Aufstieg aus schlechtbezahlten Jobs in besser bezahlte Tätigkeiten findet in Westdeutschland etwas häufiger statt als in Großbritannien und den USA. Insgesamt ist die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitsentlohnung, die bis zu einem gewissen Grad als ein Indikator für Arbeitsmarktflexibilität interpretiert werden kann, in Westdeutschland etwa genauso hoch wie in Großbritannien und höher als in den USA.

Ein internationaler Vergleich der Mobilität der Brutto- und der Nettoäquivalenzeinkommen ergibt darüber hinaus, dass die mobilitätsreduzierende Wirkung des Steuer- und Transfersystems in Deutschland wesentlich größer ist als in Großbritannien und den USA.

Um voreiligen Schlussfolgerungen vorzubeugen, sollte betont werden, dass die Steuer- und Sozialpolitik eines Landes nicht umso erfolgreicher ist, je stärker die Mobilität beim Übergang von der Brutto- zur Nettoeinkommensebene reduziert wird. Wenn es das sozialpolitische Ziel eines Landes ist, nur moderat umzuverteilen und nur ein Mindestmaß an sozialer Sicherung zu garantieren, dann bedeutet eine geringere mobilitätsreduzierende Wirkung des Steuer- und Transfersystems als in einem Land, dessen Steuerpolitik stark umverteilt und dessen Sozialpolitik weitestgehend die Lebensstandardsicherung zum Ziel hat, dass genau jenes Ziel erreicht worden ist. Insofern kann aus dieser Studie der Schluss gezogen werden, dass Deutschland, Großbritannien und die USA ihre jeweiligen sozialpolitischen Ziele erreichen: Deutschland, dessen Steuersystem stark umverteilt und dessen Sozialpolitik großzügig ausgestaltet ist, weist eine hohe Mobilitätsreduktion auf, während Großbritannien und die USA, die ein moderater umverteilendes Steuersystem haben und die eher dem sozialpoliti-

35) Für eine ausführliche Diskussion vgl. Fabig (1999 a, S. 321 f. und S. 145 ff.) und Fabig (1999 b).

schen Ziel der Grundsicherung verpflichtet sind, eine viel geringere Mobilitätsreduktion aufweisen.³⁶⁾

In Ostdeutschland ist die Mobilität der individuellen Bruttoarbeitseinkommen, der Brutto- und der Nettoäquivalenzeinkommen wesentlich höher als in Westdeutschland. Allerdings sinken die ostdeutschen Mobilitätswerte bei allen drei Einkommenskonzepten im Untersuchungszeitraum und nähern sich den schwächer sinkenden westdeutschen Werten an. Die hohe Mobilität in Ostdeutschland ist sicherlich mit der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft zu erklären, und die sinkende Mobilität mit den entsprechenden Fortschritten bei dieser Transformation. Bemerkenswert ist schließlich die mobilitätsreduzierende Wirkung des Steuer- und Transfersystems in Ostdeutschland. Sie ist viel größer als in Westdeutschland und zeigt, dass das sozialpolitische Ziel, die ökonomischen Turbulenzen der deutschen Wiedervereinigung zu dämpfen, erreicht worden ist.

Literaturhinweise

Atkinson, A.B. (1983): The Measurement of Economic Mobility, in: A.B. Atkinson: Social Justice and Public Policy, Brighton.

Atkinson, A.B.; Bourguignon, F.; Morrison, C. (1992): Empirical Studies of Earnings Mobility, Fundamentals of Pure and Applied Economics Series, Philadelphia.

Bartholomew, D. J. (1973): Stochastic Models for Social Process, 2. Auflage, London.

Boudon, R. (1973): Mathematical Structures of Social Mobility, New York/Amsterdam.

Burkhauser, R.V.; Butler, J.S.; Houtenville, A.J. (1999): Changes in Permanent Income Inequality in the United States and Germany in the 1990s, in: Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung 2/99, S. 284 – 289.

Burkhauser, R.V.; Holtz-Eakin, D.; Rhody, S.E. (1997): Labor Earnings Mobility and Inequality in the United States and Germany during the Growth Years of the 1980s, in: International Economic Review 38, S. 775 – 794.

Burkhauser, R.V.; Holtz-Eakin, D.; Rhody, S.E. (1998): Mobility and Inequality in the 1980s: A Cross-National Comparison of the United States and Germany, in: S. Jenkins; A. Kapteyn; B. Van Praag (Hrsg.): The Distribution of Welfare and Household Production: International Perspectives, Cambridge, S. 111 – 178.

Burkhauser, R.V.; Poupore, J. G. (1997): A Cross-National Comparison of Permanent Inequality in the United States and Germany, in: Review of Economics and Statistics 74, S. 11 – 17.

Butrica, B.; Jurkat, D. (1997): 1996 Version PSID-GSOEP Equivalent Data File Codebook, Center for Demography and Economics of Aging, Syracuse University, Syracuse.

CEPS/INSTEAD (1996): The PACO Project User Manual, CEPS/INSTEAD, Differdange, Luxemburg.

Commission of the European Communities (1994): Social Protection in the Member States of the Community – Situation on July 1st 1993 and Evolution, Brüssel.

36) Vgl. hierzu auch Fabig (1999 b, S. 346).

Creedy, J.; Hart, P.E.; Klevmar, N.A. (1981): Income Mobility in Great Britain and Sweden, in: N.A. Klevmar; J.A. Lybeck (Hrsg.): The Statistics and Dynamics of Income, Clevedon, S. 195 – 211.

DiPrete, T.A.; McManus, P.A. (2000): Family Change, Employment Transitions, and the Welfare State: Household Income Dynamics in the United States and Germany, in: American Sociological Review 65, S. 343 – 370.

Dirven, H.-J. (1996): Income Dynamics, Persistent Poverty and Welfare Regimes: Evidence from Europe and the United States, unveröffentlichtes Manuskript, Tilburg Institute for Social Security Research, Tilburg University, Tilburg.

Fabig, H. (1998 a): Einkommensmobilität im internationalen Vergleich – eine empirische Analyse mit Panel-Daten, Arbeitspapier Nr. 17 des EVS-Projekts „Personelle Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“, Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main.

Fabig, H. (1998 b): Income Mobility in International Comparison – an Empirical Analysis with Panel Data, Comparative Research on Household Panel Studies, Research Paper No. 26, Panel Comparability Project, CEPS/INSTEAD, Differdange, Luxemburg.

Fabig, H. (1999 a): Einkommensdynamik im internationalen Vergleich – Eine empirische Mobilitätsanalyse mit Panel-Daten, Frankfurt am Main/New York.

Fabig, H. (1999 b): Income Mobility and the Welfare State: An International Comparison with Panel Data, in: Journal of European Social Policy 9 (4), S. 331 – 349.

Fabig, H. (2000): Labor Income Mobility – Germany, the USA and Great Britain Compared, in: R. Hauser; I. Becker (Hrsg.): The Personal Distribution of Income in an International Perspective, Berlin, S. 31 – 55.

Fritzell, J. (1990): The Dynamics of Income Distribution: Economic Mobility in Sweden in Comparison with the United States, in: Social Science Research 19, S. 17 – 46.

Gershuny, J.; Brice, J. (1996): Income Mobility in Five Countries: A Research Note, Comparative Research on Household Panel Studies, Research Paper No. 17, Panel Comparability Project, CEPS/INSTEAD, Differdange, Luxemburg.

Gustafsson, B. (1994): The Degree and Pattern of Income Immobility in Sweden, in: Review of Income and Wealth 40, S. 67 – 86.

Hanefeld, Ute (1987): Das Sozio-ökonomische Panel: Grundlagen und Konzeption, Frankfurt am Main/New York.

Hauser, R.; Berntsen, R. (1992): Einkommensarmut – Determinanten von Aufstiegen und Abstiegen, in: R. Hujer; H. Schneider; W. Zapf (Hrsg.): Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel, Frankfurt am Main/New York, S. 73 – 115.

Hauser, R.; Fabig, H. (1997): Labor Earnings and Household Income Mobility in Reunified Germany: A Comparison of the Eastern and Western States, Income Security Policy Series, Paper No. 15, Center for Policy Research, Syracuse University, Syracuse, New York.

Hauser, R.; Fabig, H. (1998): Labor Earnings and Household Income Mobility in Reunified Germany: A Comparison of the Eastern and Western States, Arbeitspapier Nr. 15 des EVS-Projekts „Personelle Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“, Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main.

Hauser, R.; Fabig, H. (1999): Labor Earnings and Household Income Mobility in Reunified Germany: A Comparison of the Eastern and Western States, in: Review of Income and Wealth 45 (3), S. 303 – 324.

Hill, M.S. (1992): The Panel Study of Income Dynamics: A user's guide, Newbury Park.

Jarvis, S.; Jenkins, S.P. (1996): Changing Places: Income Mobility and Poverty Dynamics in Britain, ESRC Research Centre on Micro-social Change, Working Paper No. 96-19, University of Essex, Colchester.

Jarvis, S.; Jenkins, S.P. (1997): Codebook for Derived Net Income Variables, BHPS waves 1-4, ESRC Research Centre on Micro-Social Change, unveröffentlichtes Manuskript, University of Essex, Colchester.

Luxembourg Income Study (1997): The LIS Institutional Database, CEPS/INSTEAD, Luxemburg.

Mathwig, G.; Habich, R. (1996): Berufs- und Einkommensverläufe in Deutschland nach der Wiedervereinigung, in: S. Hradil; E. Pankoke (Hrsg.): Aufstieg für alle?, Opladen, S. 11 – 101.

Müller, K.; Frick, J. (1996): Die Einkommensmobilität (Nettoäquivalenzeinkommen) in den neuen und alten Bundesländern 1990 – 1994, in: S. Hradil; E. Pankoke (Hrsg.): Aufstieg für alle?, Opladen, S. 103 – 154.

OECD (1991): The Tax/Benefit Position of Production Workers 1987 – 90, OECD, Paris.

OECD (1997 a): OECD Employment Outlook July 1997, OECD, Paris.

OECD (1997 b): OECD Wirtschaftsausblick 61, OECD, Paris.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1995): Jahresgutachten 1995/96, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache, 13/3016.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1996): Jahresgutachten 1996/97, Deutscher Bundestag, Bundestagsdrucksache 13/6200.

Schlüter, C. (1998): Income Dynamics in Germany, the USA, and the UK: Evidence from panel data, CASE Paper No. 8, London School of Economics, London.

Spéder, Z.; Habich, R. (1998): Losers and Winners – Processes and Outcomes during the Transformation in a Comparative Perspective, unveröffentlichtes Manuskript, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin.

Taylor, M.F. (Hrsg.) mit Brice, J., Buck, N. und Prentice, E. (1997): British Household Panel Survey User Manual Volume A: Introduction, Technical Report and Appendices, ESRC Research Centre on Micro-Social Change, University of Essex, Colchester.

Wagner, G. (1991): Erhebung von Einkommensdaten im Sozio-ökonomischen Panel, in: U. Rendtel; G. Wagner (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel – Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984, Frankfurt am Main/New York.

Wagner, G.; Burkhauser, R.; Behringer, F. (1993): The English Language Public Use File of the German Socio-Economic Panel, in: Journal of Human Resources 28, S. 429 – 433.

Familiengründung junger Erwachsener: Ergebnisse eines Panels 1983 bis 1997

Modelle des menschlichen Lebenslaufs sind keine Mangelware. In der Familiensoziologie gibt es moderne, aber ahistorische „life cycle“-Modelle. In der „Literatur“ reichen die Vorstellungen von den festen Vorgaben in Friedrich Schillers „Lied von der Glocke“ bis hin zu R. Hitlers Vorstellungen von der heutigen „Bastelbiographie“, die durchweg von ihren Autoren nicht zeitlich begrenzt werden.

Ich werde Ihnen Ergebnisse zu einem Lebensabschnitt von lediglich einer Kohorte, der Geburtsjahrgänge 1964 bis 1967, in der Zeitspanne 1983 bis 1997 vortragen. An diesem Ort ist darauf hinzuweisen, dass wir lediglich eine für die Verhältnisse dieses Hauses relativ kleine, für soziologische Biographieforscher aber nachgerade riesige Stichprobe in der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen von 1983 untersucht haben. Unsere Untersuchung 1983, die von der Volkswagen-Stiftung gefördert wurde, knüpft mit vielen Fragen an eine Jugenduntersuchung von Ludwig von Friedeburg im Jahr 1962 an. Wir konnten an diesem Beispiel zeigen, dass auch „Fragen“ altern, gerade auch im Hinblick auf den menschlichen Lebenszyklus.

Die Stichprobe wurde von Dr. Hans-Peter Kirschner, seinerzeit ZUMA, konzipiert; er hat das Verfahren in dem Methodenband der damaligen Studie umfassend dokumentiert (Hoag/Allerbeck 1985). Sie wurde mit jeweils angemessenen Zufallsverfahren aus Einwohnermelderegistern gezogen.

3 237 Adressen kamen in den Feldeinsatz. Die realisierte Stichprobe 1983 umfasste 2 066 „Jugendliche“. Die Ausschöpfung war durch unseren Vertrag mit infratest und das Budget der Bewilligung der Stiftung, die 2 000 Interviews vorsahen, nach oben begrenzt.

Die 2 066 „Jugendlichen“ waren das Ausgangsmaterial der 1997 mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) durchgeführten Befragung der nunmehr ca. 30-Jährigen. Eine Adressenpflege hatte in der Zwischenzeit nicht stattgefunden; das Einzige, was wir mit Sicherheit zu wissen meinten, war, dass sie zum überwiegenden Teil nicht mehr unter der Adresse des Jahres 1983 erreichbar waren, sei es, weil sie aus dem Elternhaus ausgezogen waren, sei es, weil die Eltern verzogen oder verstorben waren (empirisch übrigenfalls ca. 40 %), oder aus beiden Gründen.

Der Erhebung war deswegen eine Adressrecherche vorgeschaltet. Sie umfasste eine bis zu dreistufige Kombination von Anschreiben an die Eltern, Anfragen bei Einwohnermeldeämtern und postalische Kontrolle.

86,6 % der Zielpersonen konnten in der Adressrecherche lokalisiert werden. Die Ausfälle der Recherche sind einer Vielzahl im Einzelnen unterschiedlicher Gründe geschuldet, die nur zu einem relativ geringen Anteil in Eigenschaften der gesuchten Personen liegen. So sind fast 100 Personen ins Ausland verzogen – von fast der Hälfte hatten wir die Adressen ermittelt –, die aus Gründen der Abrechnungsmodalitäten auch nicht schriftlich befragt werden konnten.

*) Prof. Dr. Klaus R. Allerbeck, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.
Dr. Wendy J. Hoag, Kronberg.

1 193 Personen wurden von infratest-Interviewern im Herbst 1997 befragt; weitere 129 ausgefüllte Fragebogen erbrachte eine postalische Nachbefragung ab Mai 1998 bei denjenigen Zielpersonen, bei denen es aus den unterschiedlichsten Gründen (Wunsch nach postalischer Befragung statt persönlichem Interview, Nichterreichbarkeit unter zunächst ermittelter Adresse, Wohnort auf Nordseeinsel, „weiche“ Verweigerung usw.) nicht zu einem persönlichen Interview gekommen war.

Die Identität der Befragten beider Wellen wurde durch Vergleich der Angaben zum Geburtsdatum maschinell geprüft; die Fragebogen (Urmaterial) wurden miteinander verglichen. Die Nicht-Identität der Befragten konzentrierte sich im Wesentlichen bei einem Interviewer; so kommt es zu einem Totalausfall der Region Nahe.

Der Vergleich der Angaben bei als „hart“ geltenden Merkmalen wie Konfessionszugehörigkeit macht die Identität unseres Panels plausibel; abgesehen von 16 % Kirchnaustreten bleiben die Angaben im Wesentlichen gleich.

Das Ausfallgeschehen ähnelt, wie Wendy J. Hoag früher bereits an anderem Material gezeigt hat, einem Destillationsprozess (Hoag 1981); die Ausfälle sind nicht neutral. Die realisierte Stichprobe ist keine Zufallsstichprobe aus der Ausgangsstichprobe. Der Mittelschicht-Bias, den wir schon für die Umfrage 1983 dokumentiert hatten, wird verstärkt. Der Nachweis ist relativ einfach, da wir über die Merkmale der realisierten Stichprobe 1983 verfügen. Die damaligen Schüler werden etwas besser erreicht als die damaligen Lehrlinge, und die Lehrlinge werden besser erreicht als die damaligen Berufstätigen. Diese wie auch alle folgenden Auswertungen beziehen sich lediglich auf die von den infratest-Interviewern durchgeführte Befragung.

Die Befragung 1997 bildet also nicht die Geburtsjahrgänge 1964 bis 1967 im Erhebungsjahr repräsentativ ab; die Verzerrungen, die sich ergeben, sind jedoch nicht so groß, dass den Daten alle Aussagekraft genommen wäre.

Der Datensatz, der sich aus der mündlichen Erhebung ergibt, ist also in zweifacher Hinsicht von Interesse:

- als Annäherung an die 30 bis 33-Jährigen des Jahres 1997,
- als Panel, das den Vergleich einzelner Personen zu den beiden Erhebungszeitpunkten erlaubt.

Das Frageprogramm 1997 knüpft mit einer Reihe identischer oder korrespondierender Fragen an das Erhebungsprogramm 1983 an, das seinerseits viele Fragen des Jahres 1962 wieder aufnimmt. Das Frageprogramm ist ergänzt um eine erhebliche Zahl von Fragen zum Lebensverlauf, Geschlechtsrollen, politischen Vorstellungen und Familienbeziehungen, um die wichtigsten Bereiche zu nennen; es schließt in modifizierter Form zwei vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) entwickelte Instrumente zur Erhebung der Berufs- und der Partnerbiographie ein.

Ein unmittelbarer Vergleich 1962/1997 ist naturgemäß nicht möglich. Den Wandel zwischen 1962 und 1983 hatten wir bereits (Allerbeck und Hoag 1985, 1987) umfassend dargestellt, wobei wir auch auf den Wandel von Moral und den Vorstellungen vom Zusammenleben der Geschlechter eingegangen waren. Insbesondere hatten wir dokumentiert, dass das 1962 für junge Leute undenkbbare Zusammenleben vor der Ehe zu einem normalen vorgestellten Bestandteil des eigenen künftigen Lebenslaufs geworden war, aber für die meisten Befragten

keine Alternative zur Ehe darstellt. Im Vergleich 1962 bis 1983 hatten wir ferner gezeigt, dass es 1962 als kaum entschuldbar galt, wenn eine ledige Frau ein Kind bekam, die Antworten auf vergleichbare Fragen 1983 aber zeigten, dass „ledige Mütter“, mit dem Vater des Kindes zusammenlebend oder nicht, durchaus nicht außergewöhnlich erschienen.

Viele 1983 – meistens erstmals – gestellte Fragen bezogen sich auf den antizipierten eigenen Lebenslauf. Heiratsabsicht, Kinderwunsch und gewünschte Kinderzahl wurden ebenso erhoben wie Vorstellungen von einer künftigen Partnerschaft und Geschlechtsrollen. Das künftige Zusammenleben wurde überwiegend partnerschaftlich und eher egalitär gesehen, wobei diese Tendenz bei den weiblichen Jugendlichen noch etwas ausgeprägter war als bei den gleichaltrigen männlichen Befragten. Die Absicht, Mutterrolle und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren, meist in einem gedachten „Drei-Phasen-Modell“, überwog.

1997 bestand die Gelegenheit, die damaligen Vorstellungen vom künftigen Lebensverlauf mit dessen tatsächlicher Entwicklung zu vergleichen und auch die Wertung des eigenen Lebenslaufs im Rückblick zu erheben. Mit einer umfangreichen offenen Frage wurden die nach Meinung der Befragten „wichtigsten Ereignisse in Ihrem Leben in den letzten 14 Jahren“ erhoben. Die Einzelangaben sind vielfältig, aber die Tendenz ist völlig eindeutig: Es werden hier ausschließlich Ereignisse aus dem privaten Bereich genannt, also Heirat, Geburt von Kindern, schwere Krankheiten, Unfälle, Karrieresprünge und -einschnitte.

Die Familiengründung – der Ausschnitt der Studie, über den ich heute berichte – ist also subjektiv der zentrale Bereich des Lebensverlaufs in dieser Phase.

83 % der Befragten haben 1997 einen „festen Partner“. 57% sind verheiratet. Über die Hälfte der „Ledigen“, 57 % der Männer und 67% der Frauen, berichten von einem „festen Partner“.

Die Hälfte der Befragten (52%) hat Kinder. Von den Übrigen wollen 72% Kinder haben, 14% verneinen die Frage, und 13 % antworten mit „Weiß nicht“.

Die „Familiengründung“ der Anfang-Dreißig-Jährigen ist also in unserer Stichprobe durchaus nicht abgeschlossen. Die mit diesem Sachverhalt verbundenen Probleme der statistischen Analyse sind bekannt. Ein einfaches Rezept für „censored data“ gibt es nicht; ich werde auch nicht mit Hilfe statistischer Modelle über die Zukunft dieser Befragten spekulieren, sondern einfach auf diesen Sachverhalt hinweisen und es zunächst bei der Deskription belassen.

Dass der Prozess der Familiengründung noch nicht abgeschlossen ist, zeigt auch der Vergleich mit der Frage 63: „Wie viele Kinder möchten Sie insgesamt haben?“

Die Hälfte unserer Befragten möchten also, so gefragt, 2 Kinder haben. (Psychometriker wissen, dass diese Frage so zu einfach ist).

Das erste Kind wurde bei denen, die bereits Eltern sind, überwiegend in der zweiten Hälfte der zwanziger Lebensjahre geboren. Nimmt man hinzu, dass bei den meisten noch Kinderlosen der Wunsch nach einem Kind gegeben ist, wie die Befragung ja zeigte, wird das Ausmaß, in dem die Geburt von Kindern bei dieser Kohorte hinausgeschoben wird, jedenfalls in Umrissen deutlich erkennbar, auch wenn wir das Geburtsjahr des ersten Kindes für die Kohorte insgesamt zum Zeitpunkt 1997 noch nicht beziffern können.

Welche Bedeutung den geäußerten Absichten allerdings beizumessen ist, muss dahinstehen. Der Vergleich der Zahl der Kinder, die sich die Befragten 1983 in ihrer Zukunft vorstellten, mit der Zahl der Kinder 1997 zeigt keine erkennbare Beziehung.

Die Vorstellungen von den Rollen der Geschlechter sind egalitär; dabei unterscheiden sich die Meinungen der Befragten beider Geschlechter nicht sehr. Wir verwendeten das folgende Instrument zur Erhebung der entsprechenden Vorstellungen:

Übersicht 1 Geschlechtsrollen

	Stimme damit voll überein	Stimme damit weit- gehend überein	Lehne ich weitgehend ab	Lehne ich voll und ganz ab	Weiß nicht
Hier sind einige Ansichten, die manche Leute vertreten. Wir möchten dabei wissen, wie Sie darüber denken. Stimmen Sie mit den einzelnen Ansichten voll überein, weitgehend überein oder lehnen Sie sie weitgehend bzw. voll und ganz ab?					
Heutzutage ist für eine Frau die berufliche Entwicklung genau so wichtig wie für einen Mann.	()	()	()	()	()
Für Kinder ist es sehr nachteilig, wenn die Mutter berufstätig ist.	()	()	()	()	()
Die meisten wichtigen Entscheidungen im Leben einer Familie sollen vom Mann getroffen werden.	()	()	()	()	()
Wenn man heiratet, muss man viele persönliche Freiheiten aufgeben.	()	()	()	()	()
Wenn Frauen selten in führenden Stellen sind, liegt das daran, dass Frauen diese Stellen gar nicht haben wollen.	()	()	()	()	()

Die Rollen der Geschlechter werden eher als ähnlich gesehen; insbesondere wird die Vorstellung von der Bedeutung des Berufs für Frauen von beiden Geschlechtern fast unterschiedslos geteilt.

Wir haben eine andere Fragenbatterie entwickelt, die einen anderen Bezug zu Geschlechtsrollen erlaubt, ohne dass das Geschlecht in der Frage selbst vorkam; wir fragten nach einem Sammelsurium von Aktivitäten:

Übersicht 2 Aktivitäten

Auf dieser Liste stehen einige ganz verschiedene Dinge, die man tun kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aktivitäten, ob Sie das schon einmal gemacht haben; wenn Sie es noch nicht gemacht haben, sagen Sie mir bitte, ob Sie sich das zutrauen würden.

	Habe schon	Traue mir zu	Traue mir NICHT zu
bei einer Autopanne einen Reifen wechseln	()	()	()
sich in einer Fremdsprache unterhalten	()	()	()
einen Videorecorder programmieren	()	()	()
die Windeln eines Babys wechseln	()	()	()
für den Stadt-/Gemeinderat kandidieren	()	()	()
ein Fax verschicken	()	()	()
ein Zimmer tapezieren	()	()	()
eine E-mail schicken	()	()	()
mit einem Computer Texte schreiben	()	()	()
die Zeitschaltautomatik eines Herdes einstellen	()	()	()

Wenn man diese Frage nach Geschlecht auswertet, zeigen sich Unterschiede nach Geschlecht, die den Erwartungen jedenfalls in der Richtung entsprechen. Geschlechtsunterschiede werden deutlich, wenn man Gelegenheiten berücksichtigen kann; so haben fast alle Frauen schon einmal Windeln eines Babys gewechselt, die meisten Männer jedoch nur dann, wenn sie Eltern sind.

Die Daten zeigen übrigens auch, welche Selbstverständlichkeit die neuen Technologien für sie darstellen, ohne dass in ihrer Schulzeit davon die Rede war.

In deutlichem Kontrast hierzu steht das tatsächliche Verhalten, was die Berufstätigkeit angeht, wenn die Befragten Eltern werden. 94 % der Väter sind voll berufstätig, aber nur 10 % der Mütter.

Die Hälfte der weiblichen Befragten hat bei Geburt eines Kindes ihren Beruf aufgegeben oder die Berufstätigkeit unterbrochen.

83 % der Frauen, die vorher berufstätig waren, wollen ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen. 80% der Frauen, die beabsichtigen, ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen, streben eine Halbtagsbeschäftigung an. Wie realistisch diese Absicht ist, kann hier nicht gesagt werden. Offenkundig ist indes, dass es bei einer sehr großen Zahl von Frauen zu der angestrebten Verbindung von Mutter- und Berufsrolle nicht kommen wird.

64 % der Frauen sagen, sie hätten ihr Ziel im Beruf schon erreicht, aber nur die Hälfte der Männer, was auf ein stärkeres Anpassen der Ziele an das Erreichte bei den Frauen hindeutet.

Der Prozess der Familiengründung ist, wie kaum der Betonung bedarf, in vielfacher Hinsicht kontingent: Die berufliche Position spielt in die entsprechenden Entscheidungen ebenso ein wie Möglichkeiten der Kinderbetreuung, wobei die räumliche Nähe von Eltern oder Schwiegereltern ein nicht unwichtiger Aspekt ist. Empirisch ist allerdings relativ selten, dass die „Großmütter“ bei der Kinderbetreuung eine tragende Rolle übernehmen; in den meisten Fällen springen sie gelegentlich ein.

Die entsprechenden Daten haben wir recht aufwendig erhoben. Wenn sich die Fragen nach den Familienmitgliedern entsprechen, kommen zu einer jeden einzelnen Frage drei weitere Fragen hinzu: nach dem Partner, den Eltern und den Schwiegereltern; der Fragebogen wächst also rasch. Für die Analyse sind diese Angaben dann selbstredend wieder in geeigneter Weise zu kombinieren. Ich werde deswegen auf die Verästelungen der Kontingenzen hier nicht eingehen.

Eindeutig ist aber: Das vorherrschende Modell des Lebenszyklus hat sich in dieser Phase verändert. Die frühere Bündelung einer Vielzahl von Einzelentscheidungen in der „Eheschließung“ ist so nicht mehr gegeben. Die Eheschließung, der die Gründung des gemeinsamen Hausstands meistens voranging, ist meist zu einer Art „Ratifizierung“ eines vorher abgeschlossenen Lebensbunds geworden, die insbesondere durch die Geburt von Kindern nahegelegt wird, aber keineswegs zwingend ist (19 % der von uns befragten Mütter sind (noch) nicht verheiratet).

Dies scheint uns das Lebenszyklus-Modell der Gegenwart dieser Generation geworden zu sein; von beliebiger Gestaltbarkeit kann überhaupt keine Rede sein, auch wenn das heutige Modell vielschichtiger ist als das alte und eingeräumt werden muss, dass das heutige „Modell“ einer „Normalität“ an den Rändern erheblich „ausfranst“. Die Partner-Bindungen scheinen mehrheitlich recht stabil, was genauere Vercodungen und Analysen der Partnerbiographie wohl belegen würden. Wenn hier überhaupt ein Vergleich möglich ist, scheinen die Bindungen an den Arbeitgeber allerdings meist noch dauerhafter als die Partnerbeziehungen.

Dieses „Modell“ passt auch recht gut zu den Vorstellungen der Jugendlichen im Jahr 1983, welche sich indes ziemlich dramatisch von den normativen Vorstellungen, wie sie 1962 erhoben wurden, unterscheiden; vor vier Jahrzehnten waren ledige Mütter, um ein Beispiel zu nennen, fast undenkbar.

Wir hatten 1983 die Lebenspläne der Jugendlichen, insbesondere der Mädchen, relativ detailliert erhoben, in der mündlichen Befragung und einer postalisch-schriftlichen Befragung, und diese Angaben relativ komplexen Auswertungen unterzogen, die wir in „Jugend ohne

Zukunft?“ berichtet hatten. Auf den Vergleich der damals geäußerten Lebenspläne mit deren Realisierung *im Detail und für Teilgruppen* kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Ich begnüge mich mit wenigen Vergleichen von damaligen Absichtsäußerungen und der Realisierung in den folgenden 14 Jahren, die eine eindeutige Tendenz zeigen und von den weiteren derartigen Vergleichen, die ich heute nicht im Einzelnen darstellen kann, auch gestützt werden.

So hatten wir 1983 die Jugendlichen gefragt, ob sie einmal heiraten wollten; 1997 fragten wir nach dem Familienstand. Der Unterschied zwischen denen, die einmal heiraten wollten, und denen, die eine Heirat ablehnten, beträgt ca. 10 %.

Nun wird man einwenden können, dass Heiratsabsichten auch deswegen nicht realisiert werden können, weil es an einem geeigneten Partner fehlt; solche Pläne mögen also nicht realisiert werden, ohne dass an ihrer Ernsthaftigkeit oder Entschiedenheit gezweifelt werden muss. Für die, die eine Heirat für sich ablehnten, gilt diese Überlegung offenkundig nicht.

Wenn also inzwischen die Hälfte derjenigen, die angaben, nicht heiraten zu wollen, verheiratet ist, sind Überlegungen zur Größe der stochastischen Komponente in den Äußerungen des Jahres 1983 angezeigt.

Einschlägig ist in diesem Zusammenhang auch der Vergleich 1983 bis 1997 auf die identisch formulierte Frage nach der Bedeutung der Arbeit für das eigene Leben.

Die Assoziationsmaße – Gamma und Tau – sind mit 0,14 und 0,23 eher gering.

Hier, wie auch bei den meisten anderen Antworten, deren Kontinuität nicht in irgendeiner Form institutionell gesichert wird, ist der Zusammenhang zwischen den Meinungsäußerungen zu beiden Zeitpunkten nicht sonderlich ausgeprägt.

Dies gilt auch für Bereiche, in denen Theorietraditionen, denen ich mich verpflichtet fühl(t)e, wie die der politischen Sozialisationsforschung, eine ausgeprägte Kontinuität postulieren. Die Kenntnis der politischen Einstellungen zum Zeitpunkt t_1 erlaubt keine besonders gute Prognose der entsprechenden Einstellungen zum Zeitpunkt t_2 .

Die Literatur hat sich mit solchen Fragen bereits beschäftigt; drei Ansätze lassen sich unterscheiden, die wir hier ihren Vertretern Newcomb, Coleman und Converse zuschreiben können.

Allerdings wird oft wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass auch bei Meinungen und Einstellungen ausgeprägte Kontinuitäten gegeben sind und wir relativ viel von der Kollektiven Zukunft erfahren, wenn wir die heutigen Jugendlichen befragen.

Diese Vorstellung bestand nicht immer. Redewendungen wie „Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz; wer mit 40 noch Sozialist ist, hat keinen Verstand“ oder „Junge Huren, alte Betschwestern“ waren recht verbreitet. In den Sozialwissenschaften hat vor etwa drei Jahrzehnten hier ein Umschwung stattgefunden, der auch die politische Sozialisationsforschung beflügelt hat. Dabei mag ein gewisser Trotz der Studentenbewegung mitgespielt haben, die nicht wahrhaben wollte, dass all ihre Ideale sich vorhersehbar als vergänglich erweisen würden. Es hat jedoch auch eine empirische Untersuchung eine erhebliche Rolle gespielt: „Persistence und Change“, eine 1967 erschienene Untersuchung von Absolventinnen des Bennington College nach 25 Jahren.

Die Botschaft dieser Untersuchung war eindeutig und ist im Klappentext klar formuliert: Der College-Besuch bewirkt „manifest and long-range changes of attitudes.“ Theodor M. Newcomb, einer der führenden amerikanischen Sozialpsychologen, hatte in den 30er Jahren umfassende Untersuchungen bei Studentinnen des Bennington College in Bennington, Vermont, durchgeführt. Die Konstellation war einzigartig: Das private College für Mädchen war entschieden progressiv orientiert. Die Studentinnen kamen, wie nicht anders zu erwarten, aus der Oberschicht und oberen Mittelschicht, aber eben zur Zeit des „New Deal“, als nicht wenige wohlhabende Amerikaner den Präsidenten Roosevelt, der die USA ins Zeitalter des Sozialstaats führte, nicht selten als äußerst gefährlich, wenn nicht gar als Verbrecher ansahen. Intensive Konflikte zwischen College und Elternhaus waren vorhersehbar. Einstellungsänderungen in linker oder liberaler Richtung waren vorhersehbar und sind dokumentiert. Die Frage der Folgeuntersuchung war, ob diese Einstellungsänderungen von Dauer waren. Die Studie von Newcomb und seinen Kollegen betonte im Ergebnis „Persistence“ mehr als „Change“. Wenn dies die Botschaft war, passte sie im Veröffentlichungsjahr 1967 sehr gut in den Zeitgeist; wenn einer der Koautoren, Richard Flacks, zu den Aktivisten der Bewegung gehörte und zu ihren ersten Erforschern, ist dies zumindest symptomatisch.

Diese Wende hin zur Kontinuitätsannahme hat bei dem Boom der Jugenduntersuchungen fraglos eine erhebliche Rolle gespielt. Es war indes eine nicht überprüfte oder dokumentierte Prämisse; die Plausibilität, nicht zuletzt verbunden mit der Generalisierung der Bennington-Studie, musste genügen. Waghalsig war diese Prämisse nicht; es gab ja auch keine gegenteiligen Aussagen von Längsschnittuntersuchungen, weil es eben keine Längsschnittuntersuchungen gab. Verfügbar waren allenfalls Selbstbeobachtungen, Jugenderinnerungen oder Ähnliches.

Eines der Motive für unsere Untersuchung war, eben dieser Frage für deutsche Jugendliche empirisch nachzugehen. Einzuräumen ist, dass wir von einem gewissen Kontinuitäts-„Bias“ nicht völlig frei waren; wer die Einstellungen von Jugendlichen von vornherein als höchst vergängliche „Flausen“ ansieht, die durch „Reifung“ von selbst aus den Köpfen verschwinden werden, wird sich fraglos nicht die Mühe machen, die Jugendlichen von ehemals aufzuspielen und erneut zu befragen, bloß um zu dokumentieren, was ihm ohnehin als völlig selbstverständlich galt.

Wie oft bei empirischen Untersuchungen, stellt sich auch hier heraus, dass keine der einfachen Alternativen so ohne weiteres zu den empirischen Daten passt. Überdeutlich wird aber auch, dass die Bennington-Studie übergeneralisiert aufgenommen wurde; denn sie ist in einer Ausnahmesituation entstanden, deren Spezifika einer Verallgemeinerung für unsere Befragten im Wege stehen.

Unsere Befragten des Jahres 1983 sind eben nicht Studentinnen, deren Einstellungen in einer recht intensiven Auseinandersetzung zwischen recht verschiedenen Bezugsgruppen geformt wurden. Wie wir in „Jugend ohne Zukunft“ zeigen konnten, spielen die Orientierungen der Elternhäuser der 15 bis 19jährigen Befragten für deren Auffassungen eine erhebliche Rolle. Daran ändern die sichtbaren Proteste der damaligen Zeit – Kernkraftwerke, Raketestationierung, Startbahn West – nicht viel, an denen sich einige unserer damaligen Befragten beteiligt hatten; auch hier spielten die Orientierungen der Elternhäuser eine große Rolle. Ob die Meinungen der Jugendlichen jedoch als gefestigt anzusehen waren, lässt sich mit Umfragedaten schlecht beantworten.

Die Gruppendiskussionen lassen ein gewisses Urteil hierzu zu. Der Eindruck, dass Meinungen und Beobachtungen der Eltern einfach nachgeplappert wurden, war nicht immer von der Hand zu weisen; und auch entschieden klingende Meinungsäußerungen lösten sich bei Nachfragen in ihre Bestandteile auf. In einer Diskussion mit Mechanikern in Ulm sagte ein Lehrling sehr entschieden, die Arbeitslosen „lebten wie die Maden im Speck“. Kaum schien hier ein entschiedener Gegner des Sozialstaats ausgemacht, äußert eben derselbe Jugendliche: „... also mein Onkel war bei *Videocolor*. Der wird in einem halben Jahr noch keine Arbeit finden!“ Völlig verblüfft angesichts der Gegensätzlichkeit dieser Äußerungen fragte ich ihn, was denn jetzt in der Frage der Arbeitslosigkeit politisch getan werden sollte; mit dem Ergebnis entschiedenster Abwehr: „Darüber machen doch gerade die in Bonn sich Gedanken!“ Vielleicht ist dieser Gedanke, dass man von einem 16jährigen Lehrling in Ulm nicht Antworten auf Fragen erwarten darf, die Politiker und Ministerialbeamte ratlos machen, gar nicht falsch; aber die Vorstellung, dass Messungen auf irgendeiner von Sozialwissenschaftlern ersonnenen „Einstellungen zur Arbeitslosigkeit“-Skala bei diesem Jugendlichen irgendetwas wirklich Vorhandenes erfassen, wäre offensichtlich lebensfremd, jedenfalls nicht nachvollziehbar für irgendjemand, der bei einer solchen Diskussion anwesend war oder sie durch den Ein-Weg-Spiegel eines Studios beobachtet hat. Und von einer Meinung, die gar nicht wirklich vorhanden ist, wird man natürlich längerfristige Kontinuität nicht erwarten dürfen.

Die feinsinnige Unterscheidung von Fehlertypen, intellektuell manchmal überzeugend, weist in der Praxis Schwierigkeiten auf. Mir erscheint die Gleichung

$$\text{„Beobachteter Wert“} = \text{„Wahrer Wert“} + \text{„Fehler“},$$

mit der ich im Ansatz *Mostellers* Vorstellungen von Datenanalyse folge, deswegen überaus nützlich, weil sie mit Nachdruck darauf verweist, dass prinzipiell alle Daten fehlerbehaftet sind, so sehr wir uns auch bemühen mögen, diese klein zu halten, und dass sich statistische Daten eben von Buchhaltungsdaten unterscheiden. Kein Zweifel: Die Probleme sind dornig. Aber gewiss ist: Wenn ein Befragter zum Zeitpunkt 1 die CDU als Parteipräferenz nennt und zum Zeitpunkt 2 die SPD, kommt die Interpretation „Antwortunsicherheit“ ebenso in Betracht wie „bewusster Wechselwähler“. Die Idee des „Zufalls“ wirft weitere Probleme auf. Wenn ein Kinderwunsch nicht in Erfüllung geht, kommen viele Ursachen in Betracht, die dem Einzelnen nicht als „zufällig“ vorkommen (Unfruchtbarkeit, andere Vorstellungen des Partners etc.).

Wer – wie der Autor – selbst Interviews durchgeführt hat, weiß, dass die Deutung von Antworten so einfach nicht stimmt. Man merkt im Interview, dass sich mancher Befragte über die Fragen, die man stellt, wirklich schon Gedanken gemacht hat, und überlegt Antworten gibt, und andere ratlos nach einer Antwort suchen, um schließlich irgendetwas zu sagen, obwohl sie im Grunde keine Meinung haben. Das Interview ist als solches wenig untersucht. Immerhin hat Jean Converse in „*Conversations at Random*“ eine vorzügliche kleine Untersuchung auf Basis der DAS vorgelegt, die der Datenerhebung in den empirischen Sozialwissenschaften auf den Grund geht.

Philip Converse hat deswegen vorgeschlagen, einen anderen Ansatz zu wählen. Er postuliert als einfachsten Fall (sein „black and white model“), dass es zwei Arten von Befragten gibt: die mit Überzeugungen und die ohne Überzeugung. Stochastische Überlegungen sind nur für Letztere am Platze.

Ähnlich hat Harrison White in der Mobilitätsforschung sein „mover-stayer“-Modell vorgestellt. Wir brauchen für diese Überlegung eigentlich zwei Modelle in einem: Eines für die, die immobil sind, und ein anderes für die Mobilien. So könnte man postulieren, dass jeder Sohn eines Vaters, der ein Geschäft zu vererben hat, den Beruf seines Vaters ergreifen wird, wenn er der Erbe sein wird. Wenn der Vater selbständiger Lackierermeister ist, wird sein ältester Sohn, wenn er der Erbe ist, ebenfalls Lackierermeister werden. Es gibt hier nichts, was einem Markt ähnelt. Ist er dagegen nicht der voraussichtliche Erbe, ist er in der Berufswahl frei und wir benötigen ein anderes Modell.

Es ist an dieser Stelle weder möglich noch erforderlich, zwischen diesen Modellen zu entscheiden. Allgemein würde mir hier eine Verknüpfung der Überlegungen von Philip Converse und Karl Mannheim weiterer Verfolgung wert erscheinen, ohne dass dies hier im Detail auszuführen ist.

Festzuhalten bleibt, dass die stochastische Komponente in den Äußerungen 1983, sofern es keine institutionelle Verankerung gibt, sehr ausgeprägt ist. Die Befunde haben Ähnlichkeit mit dem, was aus der Panelforschung von Marktforschern berichtet wird; dort wird davon ausgegangen, dass zwar die individuelle Antwortunsicherheit groß ist, aber die Verteilung der Absichtangaben eine recht gute Prognose des tatsächlichen Verhaltens im Aggregat darstellt.

Dies würde bedeuten, dass die Angaben über künftige Kinderwünsche im Aggregat auch dann ernst zu nehmen sind, wenn die Prognose für den Einzelfall nur sehr geringe Genauigkeit aufweist. Für solche Fragestellungen liegt dann indes die Überlegung nahe, ob der hohe Aufwand einer Panel-Studie hier geboten und gerechtfertigt ist und ob der analytische Zweck nicht weniger aufwendig mit Kohortenanalysen, also ohne Verfolgung derselben Individuen, zu erreichen ist.

Ich habe Konturen hauptsächlichlicher Ergebnisse vorgetragen, welche die Auswertung nicht erschöpfen; weitere Arbeit mit diesen Daten, wer auch immer diese dann vornehmen wird, scheint angezeigt: Die Berufs- und Partnerbiographien, die wir angenähert vom DJI übernommen haben, harren so noch einer manuellen Neu-Verschlüsselung unter Berücksichtigung analytischer Kategorien.

Analytisch könnten wir für Teilgruppen Konstellationen identifizieren, wie die insbesondere von den weiblichen Befragten angestrebte Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterrolle herbeigeführt werden kann, für die die Voraussetzungen wegen der Trägheit unserer Groß-Institutionen recht schlecht sind.

Ich will mit einer holzschnittartigen Zusammenfassung in zwei Punkten schließen:

Für 1983 hatten wir die Verdüsterung der Zukunftsaussichten dieser Generation recht umfassend dokumentiert. Diese Verdüsterung, die empirisch, wie der beachtliche Lebenserfolg dieser Generation ja zeigt, tendenziell falsch ist, ist überwiegend den durch Computertechnologie geschaffenen Möglichkeiten einer sich amtlich gebenden Statistik geschuldet, die Ersatzbedarfsrechnungen als Prognosen ausgibt, die sich zu Katastrophenszenarien verdichten.

Diese globale Variable „Zukunftseinschätzung“ ist fraglos dafür verantwortlich, dass diese Generation, von der ich berichte, wichtige Lebensentscheidungen, individuell rational, hinausgeschoben hat und weiter hinausschiebt in einem Umfang, der wohl nur als uner-

wünscht bezeichnet werden kann und auch von gut gemeinten Initiativen einer „Frauenförderung“ nicht kompensiert werden kann.

Zu den Konsequenzen dieses Sachverhalts gehört eine Blockierung der Umsetzung der säkularen Tendenz, die sich in den Meinungsäußerungen, 1983 wie 1997, zeigt:

In der Soziologie heute sind Vorstellungen von „Individualisierung“ verbreitet, die mit der Vokabel der „Bastelbiographie“ auf die Spitze getrieben werden. Zu den verbalen Äußerungen dieser Generation passen solche Vorstellungen durchaus.

Die Realität der Lebensverläufe, wie sie in der Phase der Familiengründung erkennbar wird, ist indes dem Modell der Schiller'schen Glocke näher, wobei lediglich für den heutigen weiblichen Normal-Lebenslauf eine Modifikation vorzunehmen ist: Vor der Übernahme der Mutterrolle liegt jetzt noch eine unterschiedlich lange „Exkursion“ ins „feindliche Leben“. Das mag ein bisschen überspitzt klingen; die Tendenz der Daten für die Mehrheit zeigt indes in diese Richtung.

Literaturhinweise

Allerbeck, Klaus; Hoag, Wendy J. (1985): Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt und Lebensperspektiven, München.

Allerbeck, Klaus; Hoag, Wendy J. (1987): Probleme offener Fragen in der zeitvergleichenen Umfrageanalyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 39, Heft 1, S. 86 – 104.

Converse, Jean M.; Schuman, Howard (1974): Conversations at random: survey research as interviewers see it, New York.

Converse, Philip E. (1964): The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.): Ideology and Discontent, New York, pp. 206 – 261.

Hitzler, Ronald (1999): Verführung statt Verpflichtung. Die neuen Gemeinschaften der Existenzbastler, in: Claudia Honneger; Stefan Hradil; Franz Traxler (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Bd. 1, Opladen, S. 223 – 233.

Hoag, Wendy J. (1981): Realisierte Stichproben bei Panels: eine vergleichende Analyse, in: ZUMA-Nachrichten, 9, S. 6 – 18.

Hoag, Wendy J.; Allerbeck, Klaus (1985): Zur Methodik der Umfragen, Frankfurt.

Hoag, Wendy J. (1986): Der Bekanntenkreis als Universum: das Quotenverfahren der Shell-Studie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 38, Heft 1, S. 123 – 132.

Mannheim, Karl (1928): Das Problem der Generation, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, VII, S. 158 – 187 und S. 339 ff.

Mosteller, Frederick; Tukey, John W. (1977): Data analysis and regression: a second course in statistics, Reading, Mass.

Newcomb, Theodore M.; Koenig, Kathryn E.; Flacks, Richard; Warwick, Donald P. (1967): Persistence and Change: Bennington College and Its Students After 25 Years, New York.

Pross, Helge (1976): Die Wirklichkeit der Hausfrau: die 1. repräsentative Untersuchung über nichterwerbstätige Ehefrauen, Wie leben sie? Wie denken sie? Wie sehen sie sich selbst?, Reinbek.

White, Harrison C. (1970): Chains of Opportunity, System Models of Mobility in Organizations, Cambridge.

Die Familie als Netzwerk: Eine Spezialität des DJI-Familiensurveys

1 Das Konzept des DJI-Familiensurveys

Der Familiensurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) wurde Mitte der 80er Jahre unter Leitung des damaligen Direktors Hans Bertram begonnen. Finanziert vom Bundesfamilienministerium, verstand sich der Familiensurvey von Anfang an als ein Instrument der Sozialberichterstattung über „Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen“ – so der offizielle Projekttitel bis heute. Um dem darin enthaltenen programmatischen Anspruch gerecht zu werden, also Effekte des sozialen Wandels der Familie systematisch von Effekten der individuellen Entwicklung im Lebensverlauf zu trennen, war von vornherein vorgesehen, das Konzept replikativer Umfragen durch Panelbausteine zu ergänzen. Mittels retrospektiver Befragung in den einzelnen Wellen wurden zudem von Beginn an Ereignisdaten über Partnerschafts-, Bildungs- und Berufsverläufe erhoben. Die Daten wurden mittlerweile auch außerhalb des DJI rege genutzt (u.a. Diekmann/Engelhardt 1995, 1999; Klein 1999; Klein/Lauterbach 1994; Klein/Fischer-Kerli 2000). Damit befand sich der Familiensurvey konzeptionell auf der Höhe der Zeit, unterschied sich aber nicht wesentlich von dem kurz zuvor ebenfalls begonnenen, in mancher Hinsicht methodisch noch aufwendigeren Sozioökonomischen Panel (SOEP) oder der Lebensverlaufsstudie des damaligen Sonderforschungsbereichs 3. Auch das Adjektiv „familial“ im Projekttitel unterscheidet den Familiensurvey nicht wirklich von den anderen Untersuchungen, denn in allen geht es mehr oder weniger um Vielfalt und Dynamik privater Lebensformen, unter denen die familialen nur eine Teilmenge bilden. Das gilt uneingeschränkt auch für den Familiensurvey.

Die „*differentia specifica*“ des Familiensurveys, so will es zumindest in der Rückschau erscheinen, liegt in einem zweiten konzeptionellen Schwerpunkt. Er ist im Titel meines Vortrags, „Familie als Netzwerk“, angesprochen. Dieser Schwerpunkt wird das zentrale Thema meiner weiteren Ausführungen sein. Da auch die Analyse- und Erkenntnismöglichkeiten dieses Schwerpunkts von der Struktur des mittlerweile kompilierten Datenmaterials wesentlich bestimmt werden, möchte ich zunächst einen kurzen Überblick über dieses Material geben. Im zweiten Abschnitt will ich die Überlegungen rekapitulieren, die zu dem Konzept der Familie als Netzwerk geführt haben. Im dritten Abschnitt präsentiere ich ausgewählte deskriptive Befunde über die Familie als Netzwerk in Raum und Zeit. Im vierten und letzten Abschnitt werde ich die Dynamik von Familiennetzwerken untersuchen.

Zunächst aber ein Überblick über das bisher vorliegende und nach der dritten Welle demnächst aufgestockte Datenmaterial des Familiensurveys. Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen konnte die *erste Welle* des Familiensurveys in den alten und neuen Bundesländern nur zeitversetzt – 1988 in den alten, 1990/91 in den neuen Bundesländern – durchgeführt werden. Grundgesamtheit bildeten jeweils 18- bis 55-Jährige mit deutscher Staatszugehörigkeit. Aus methodischen Gründen wurde die Stichprobe in den alten Bundesländern (N = 10 000) nach zwei Verfahren gezogen:

*) Jan H. Marbach, Deutsches Jugendinstitut, München.

- In der Art einer ADM-Stichprobe, basierend auf einer nach dem „random walk“-Verfahren in „sample points“ ausgewählten Bruttostichprobe von Haushalten, in denen anschließend mit Hilfe eines Zufallsschlüssels eine zu befragende Person ausgewählt wird ($n = 7\,000$);
- durch Ziehung einer Zufallsstichprobe von Personen aus Einwohnermelderegistern der Länder ($n = 3\,000$).

In den neuen Bundesländern wurde die Stichprobe aus dem Einwohner-Zentralregister der ehemaligen DDR gezogen ($N = 2\,000$).

Die *zweite Welle* von 1994 erfasste die alten und neuen Bundesländer zu gleicher Zeit ($N = 11\,000$). Aus technischen Gründen konnte eine Panelbefragung ($N = 5\,000$) nur in den alten Bundesländern durchgeführt werden. Die Altersspanne der Befragten betrug hier 24 bis 61 Jahre.

In den neuen Bundesländern wurden 18- bis 55-Jährige deutscher Staatszugehörigkeit nach dem ADM-Verfahren neu gezogen und befragt ($N = 4\,000$). Eine weitere ADM-Teilstichprobe erfasste 18- bis 30-jährige Deutsche in den alten Bundesländern ($N = 2\,000$). Auf diese Weise sollten zum einen die durch das Panel in den alten Bundesländern ausgesparten 18- bis 23-Jährigen aufgefüllt, zum anderen die vorwiegend jungen Menschen, die nach der Vereinigung aus den neuen in die alten Bundesländer gewandert waren, durch eine genügend große Fallzahl berücksichtigt werden.

Die derzeit kurz vor dem Abschluss ihrer Feldphase stehende *dritte Welle* des Familiensurveys umfasst eine weitere Panelwelle mit nunmehr 30- bis 67-jährigen Deutschen ($N = 2\,000$) und einen replikativen Survey nach dem ADM-Verfahren, der wie die früheren Wellen 18- bis 55-Jährige im Visier hat ($N = 8\,000$). Auf die alten Bundesländer entfallen $n = 6\,200$, auf die neuen $n = 1\,800$ Interviews. Diese Stichprobe wird ergänzt um eine spezielle Befragung von 300 Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren aus den Haushalten der erwachsenen Surveyteilnehmer. Im Gegensatz zu den früheren Wellen werden in die Surveystichprobe der dritten Welle auch deutschsprachige Ausländer aufgenommen. Alle Interviews werden erhebungsmethodisch auf CAPI („computer assisted personal interview“) umgestellt.

2 Die Erweiterung der Haushaltsperspektive

Auch heute noch sind Aussagen über Lebensformen oder die Familie überwiegend Aussagen über Haushalte – so auch jüngst wieder in einem Aufsatz über die Pluralisierung der Lebensformen von Wagner/Franzmann (2000). Dabei wird leicht übersehen, dass die Haushalts- und Familientypen der amtlichen Statistik einigen soziologisch wesentlichen Aspekten des Zusammenlebens nicht oder nur unzureichend gerecht werden. Wer nicht Mitglied des Zielhaushalts ist, auf den sich das Visier der Haushaltsstatistik richtet, der wird als Teil eines Lebenszusammenhangs nicht wahrgenommen: das Kind eines geschiedenen Elternteils, das beim Expartner lebt, auch wenn es noch sooft zu Besuch kommt und in fast allen Entscheidungen eine Rolle spielt; die studierende Tochter, die unter der Woche am Studienort lebt und dort auch angemeldet ist, aber die meisten Wochenenden im Elternhaus verbringt; die Großmutter, die eine Einliegerwohnung im selben Haus wie der untersuchte Familienhaushalt hat und dort als Babysitter und Haushaltsstütze hochwillkommen ist; der Ehepartner, der aus beruflichen Gründen anderswo einen zweiten Haushalt unterhält, mit dem die ebenfalls

berufstätige befragte Frau gleichwohl nicht in Trennung lebt; oder die Freundin nebenan, mit der ein alleinstehender junger Mann in Lebensgemeinschaft lebt, aber eben nicht in einem Haushalt.

Familie (einschließlich familienähnlicher Formen des Zusammenlebens) und Haushalt sind jedoch unterschiedliche soziale Einheiten. Die Familie ist eine sozio-biologische Einheit, die ihren Kern in Beziehungen zwischen erwachsenen Partnern sowie zwischen diesen und ihren Kindern hat. Haushalte sind sozio-ökonomische Einheiten aus Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften (Pöschl 1989, S. 627). Zwar werden Haushalt und Familie von der amtlichen Statistik und der Mehrzahl der sozialwissenschaftlichen Umfragen nicht gleichgesetzt, sondern begrifflich klar unterschieden. Doch herrscht im forschungspraktischen Umgang ein Inklusionsverhältnis: Familien gelten als Teilmengen von privaten Haushalten.

Familienleben und Verwandtschaftsbeziehungen sind indessen nicht an Haushaltsgrenzen gebunden. Die Autoren des 4. Familienberichts haben diese Erkenntnis in die Konstruktion eines erweiterten Familienbegriffs umgesetzt. Angelehnt an die Perspektive alternder Menschen, löst sich dieser Familienbegriff bewusst von der Vorstellung gemeinsamen Wohnens und Wirtschaftens mit ledigen Kindern und betont die sozialen Beziehungen, insbesondere gegenseitige Hilfe und Anteilnahme, zu einem weiten Personenkreis aus verwandten und verschwägerten Personen (Schweitzer 1987, S. 162). Einen ähnlichen Gedanken formuliert Trotha (1990, S. 453) mit seiner These, dass die „Einheitlichkeit der Haushaltsorganisation auf der Grundlage der Kernfamilie“ zugunsten einer neuen Vielfalt von Lebensformen verloren gehe. Diese Pluralisierung führe zwar nicht zu einer Erweiterung der Kernfamilie, es sei aber möglich, dass intergenerationelle Beziehungen über getrennte Haushalte hinweg im Rahmen einer „supplementären Mehrgenerationenfamilie“ an Bedeutung gewinnen, vor allem bei alleinerziehenden Eltern.

Auf die Bedeutung des Beziehungsaspekts und die Mängel der Haushaltsstatistik bei der Untersuchung unkonventioneller Lebensformen wie etwa nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit getrennter Haushaltsführung wies schon Pöschl (1989, S. 634) hin. Die Statistik zähle solche Paare korrekt als zwei Ein-Personen-Haushalte und leiste damit ungewollt dem Eindruck Vorschub, es handle sich um „Einzelgänger“. Aus der Zunahme von Ein-Personen-Haushalten werde dann im nächsten Schritt auf eine „Vereinzelung“ in der Gesellschaft geschlossen. Entgegengesetzte Verzerrungen und Fehlschlüsse verursachen dagegen Ehepaare, die beispielsweise aus beruflichen Gründen in zwei verschiedenen Haushalten leben („commuter marriages“). Befinden sich diese Haushalte im Inland, dann wird diese Ehe in der Familienstatistik doppelt gezählt und damit insgesamt die Zahl der Familien überschätzt. Es erscheint daher verständlich, wenn Pöschl (1989, S. 634) mit Blick auf den Mikrozensus resümierte: „Um eine Berücksichtigung der – sozialpolitisch bedeutsamen – Beziehungsgeflechte zwischen Personen aus verschiedenen Haushalten im Rahmen der Statistik zu erreichen, wäre eine direkte Befragung zu diesem Sachverhalt erforderlich. Im Hinblick auf das wachsende Interesse an Informationen über haushaltsübergreifende soziale Netzwerke ... ist eine derartige Erweiterung des Frageprogramms sicherlich überlegenswert.“

Wichtige Anregungen, wie eine netzwerktheoretische Sicht von Familie in Umfragen operationalisierbar sei, stammten von der 1977/78 durchgeführten Nordkalifornien-Studie von C.S. Fischer (1982) sowie vom „General Social Survey“ von 1984, für dessen Instrument R.S. Burt (1984) verantwortlich zeichnete. In Deutschland bemühten sich in erster Linie Hoffmeyer-Zlotnik u.a. (1987), Pfenning (1987), P.B. Hill (1988) sowie Pappi/Melbeck

(1988) um die methodische Bewertung und praktische Umsetzung der in den USA entwickelten Instrumente. Grundsätzlich zeichnet die netzwerktheoretische Sicht von Familie im Rahmen einer Umfrage aus, dass sich das Interesse nicht nur auf die Zusammensetzung eines Zielhaushalts richtet, sondern ebenso auf Interaktionspartner der Befragten in signifikanten Alltagssituationen. Die Interviewpartner sollen dabei konkrete Personen vor Augen haben, eben solche, die in den angesprochenen Situationen tatsächlich eine wichtige Rolle für sie spielen oder gespielt haben. Im zweiten Schritt wird für jede der genannten Personen erhoben, welche Eigenschaften sie auszeichnet (Alter, Geschlecht, Konfession etc.), in welcher Beziehung sie zu dem oder der Befragten steht (Mutter, Schwager, Freund u.ä.), wie weit entfernt sie wohnt, wie häufig sie kontaktiert wird, wie der Kontakt beurteilt wird usw. Auf diese Weise werden Informationen über die Befragten durch – meist weniger ausführliche, aber ebenfalls individuell zurechenbare – Informationen über eine i.d.R. weitaus größere Zahl nicht befragter „Netzwerkpersonen“ ergänzt. Im Familiensurvey sind es rund sieben „Netzwerkpersonen“ pro befragter Person. Als signifikante Alltagssituationen wurden angeboten: Gespräche über persönlich wichtige Dinge, gemeinsame Mahlzeiten, enge gefühlsmäßige Bindung, geleistete und empfangene finanzielle Unterstützung, gemeinsame Freizeit, Haushaltsgemeinschaft und subjektive Wahrnehmung als Familienmitglied.

Das resultierende soziale Gebilde – nennen wir es „Familiennetzwerk“ – gleicht näherungsweise dem erweiterten Familienbegriff des 4. Familienberichts. Die Besonderheit des Familiennetzwerks, über Haushaltsgrenzen hinweg individuell zurechenbare soziale Ressourcen im Raum von Familie, Verwandtschaft, nahe stehenden Nichtverwandten und Nachbarschaft zu benennen, lässt es als eine Spielart von Sozialkapital im Sinne von Bourdieu (1983) und Coleman (1990) erscheinen. Das Besondere dieser Spielart, betrachtet man sie im Licht der Terminologie von Granovetter (1973), liegt in einem Überhang von „strong ties“ gegenüber „weak ties“. Der Subsumption des Familiennetzwerks unter den Begriff des Sozialkapitals stehen allerdings ungeklärte Fragen entgegen, so etwa die einer differentiellen Erfassung der durch das Familiennetzwerk vermittelten Ressourcen und ihrer wahrgenommenen – u.U. auch als Belastung empfundenen – Qualität. In Ermangelung besserer Instrumente müssen wir uns vorerst damit begnügen, das Familiennetzwerk als einen Gelegenheitsraum für den Tausch sozialer Ressourcen aufzufassen, dessen normative Codierung als Solidarmilieu zwar soziale Unterstützung begünstigt, aber im Einzelfall keineswegs garantiert.

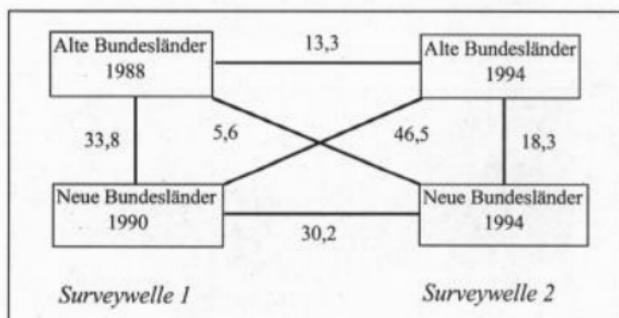
Damit ist die aus heutiger Sicht fast schon historische Ausgangslage des Familiensurveys in der Mitte der 80er Jahre grob umrissen. Die netzwerktheoretische Sicht von Familie blieb natürlich nicht auf den Familiensurvey beschränkt – erinnert sei hier nur an die frühere DJI-Umfrage „Familien in den 80er Jahren“ von 1984, den Wohlfahrtssurvey 1984 und an die SOEP-Welle von 1986. Resultate der Netzwerk-Sicht haben sich in der Fachliteratur später in Begriffen wie „Supplementäre Mehrgenerationen-Familie“ (Trotha 1990), „multilokale Mehrgenerationen-Familie“ (Bertram 1995) oder auch „Multilokalität später Familienphasen“ (Lauterbach 1998) niedergeschlagen. Das mittlerweile vorliegende umfangreiche und methodisch weitgehend homogene Datenmaterial des Familiensurveys lässt es sinnvoll erscheinen, den Ertrag einer Sicht von Familie, die auf gelebte Beziehungen abstellt, synoptisch Revue passieren zu lassen, zumal der Familiensurvey wohl als einziges Projekt der Sozialberichterstattung in Deutschland die Netzwerksicht kontinuierlich weiterverfolgt hat.

Eine Zusammenschau der vorliegenden Surveydaten erlaubt mehrere Arten von Vergleichen:

- (1) Eine Abbildung des sozialen Wandels zwischen 1988 und 1994, basierend auf den Stichproben von 1988 und 1994, soweit sie voneinander unabhängig sind. Dieser Vergleich setzt voraus, dass die Daten der zweiten Panelwelle aus der Stichprobe von 1994 eliminiert werden. Er lässt sich dann getrennt für die alten (1988 und 1994) und neuen Bundesländer (1990 und 1994) durchführen;
- (2) Der Vergleich der beiden Panelwellen, in denen nur Personen aus den alten Bundesländern befragt wurden, spezifiziert den Einfluss des Alterwerdens in Abgrenzung zu den Kohorteneffekten in (1);
- (3) Ein Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern – dieser lässt sich wiederum zu zwei Zeitpunkten (1988/1990 und 1994) durchführen;

In einem zeitverzögerten Kreuzvergleich („crossed-lagged design“) lassen sich – mit Ausnahme des Panelvergleichs – alle aufgeführten Vergleiche, ergänzt um zeitlich gestaffelte Quereinflüsse zwischen alten und neuen Bundesländern, durchführen. Dies sei am Beispiel der Verteilungsunterschiede zwischen Familienstandsformen 18- bis 30-Jähriger über Zeit und Bundesländer demonstriert. Je niedriger in der folgenden Abbildung 1 die Prozentpunktdifferenz, desto größer die Ähnlichkeit. Die größte Ähnlichkeit ergibt sich zwischen den Verteilungen der Lebensformen in den alten Bundesländern 1988 und in den neuen Bundesländern 1994. Der größte Abstand herrscht zwischen den Verhältnissen in den neuen Bundesländern 1990 und den alten Bundesländern 1994. Ein Vergleich der Differenzen zwischen alten und neuen Bundesländern über die Zeit ergibt, dass der Abstand zwischen 1988 und 1994 von 33,8 auf 18,3 Prozentpunkte abgenommen hat. Entsprechend ist die Differenz innerhalb der neuen Bundesländer über die Zeit mit 30,2 Prozentpunkten größer als innerhalb der alten Bundesländer mit 13,3 Prozentpunkten.

Abbildung 1
Familienstand 18- bis 30-Jähriger zur Zeit der beiden Erhebungswellen
in den alten und neuen Bundesländern:
Prozentpunktdifferenzen



Es zeichnet sich mithin eine allmähliche Annäherung der Verteilung von Familienstandsformen in den neuen Bundesländern an die Verhältnisse in den alten Ländern ab. Dabei

nötigt der Wandel, der auch in den alten Bundesländern fortschreitet, den neuen Ländern ein beschleunigtes Wandlungstempo auf. Im folgenden Abschnitt meines Vortrags möchte ich – angelehnt an das „crossed-lagged design“, dieses aber ergänzt um den Panelvergleich – einen synoptischen Blick auf die verschiedenen Bausteine des Familiensurveys werfen. Dieser Blick kann angesichts der Fülle des Materials und begrenzter Möglichkeiten der Darstellung nur kursorisch sein und muss sich auf Exemplarisches beschränken.

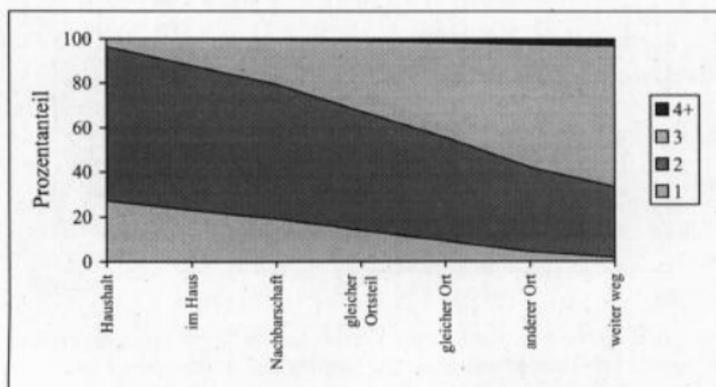
3 Die räumliche Struktur der Familie als Netzwerk

3.1 Familie jenseits des Haushalts

Zunächst möchte ich auf einen zentralen Aspekt der Thematisierung von Familie als Netzwerk eingehen: die Erweiterung der Perspektive über den Einzelhaushalt hinaus. Am Beispiel der Surveydaten von 1994, die bereits alte und neue Bundesländer umfassen, sei der Einfluss der Wohnentfernung auf die Zusammensetzung der Familien nach der Generationenzahl demonstriert.

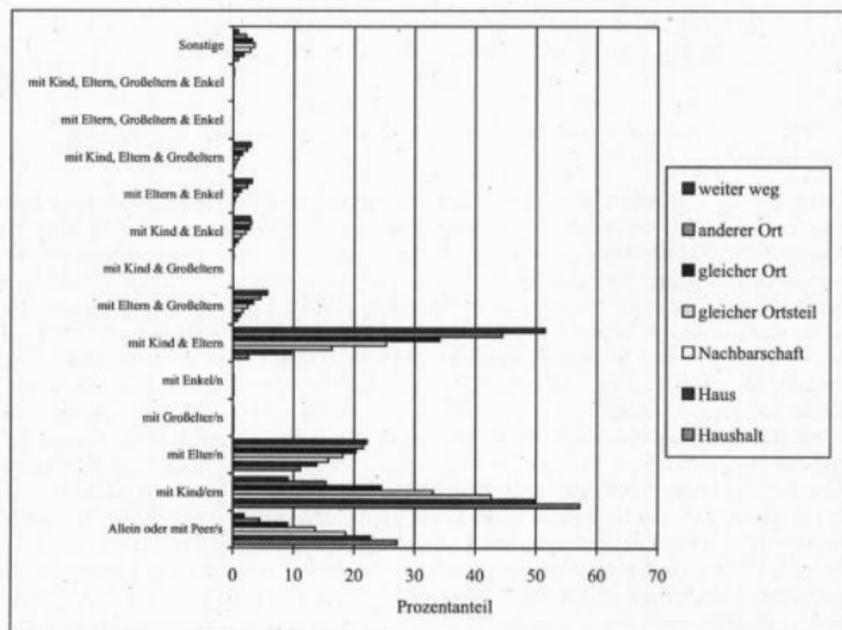
Das folgende Flächendiagramm (siehe Abbildung 2) zeigt für den (um die zweite Panelwelle bereinigten) Survey 1994 die kumulierte prozentuale Verteilung der Familien nach Generationenzahl über die 7-stufige Skala der Wohnentfernungen. Aufgrund der Wohngepflogenheiten sind Konstellationen mit mehr als zwei Generationen im Einzelhaushalt sehr selten, nehmen von da an aber kontinuierlich zu. In der Nachbarschaft ist der Anteil der 3-Generationen-Konstellationen bereits auf rund 20% angewachsen, Konstellationen mit vier und mehr Generationen beginnen sich in dieser Distanz gerade bemerkbar zu machen. Obwohl es dieser unerwartet rasche Anstieg war, der Begriffe wie den der „multilokalen Mehrgenerationenfamilie“ (Bertram 1995) inspiriert hat, wäre es falsch, von einer „Klumpung“ von Angehörigen kohärenter Familiengenerationen in der Nachbarschaft zu sprechen. Dafür ist der Einfluss der Wohnentfernung zu gleichförmig und monoton über die gesamte Entfernungsskala.

Abbildung 2
Konstellationen von Generationen (kumulativ)
über die Wohnentfernung, 1994



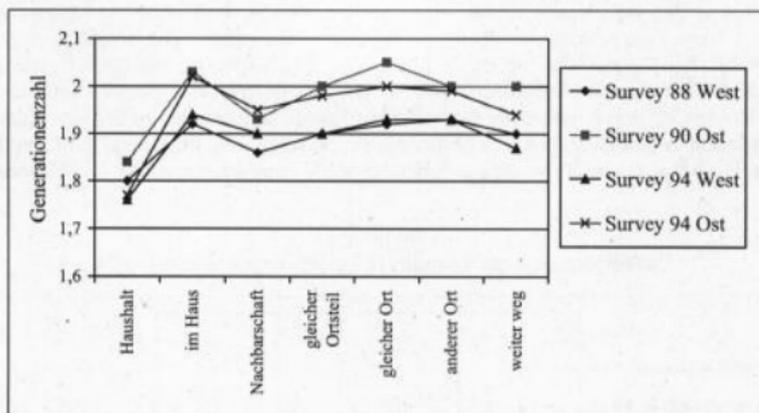
Nun könnte man einwenden, dass dieser lineare Entfernungseinfluss bei einer differenzierteren Betrachtung von Lebensformen vielleicht verschwindet. Werfen wir dazu einen Blick auf die folgende Abbildung 3, die ebenfalls auf dem Survey von 1994 beruht. Mir geht es bei diesem Balkendiagramm nicht um die Details der verschiedenen Lebensformen, sondern um die Form, in der die Wohnentfernung ihren Einfluss auf die Verteilung der Lebensformen entfaltet, wenn man schrittweise über die Entfernungen kumuliert. Das betrifft Anteile, die mit wachsender Distanz schrumpfen, so die Lebensform „Allein oder mit Peer/s“ ganz unten und die darüber liegende Lebensform „mit Kind/ern“. Andere Lebensformen nehmen über die Distanzen zu, wie 2- und Mehr-Generationen-Konstellationen, die im Schaubild darüber angeordnet sind. Mit Ausnahme der Restkategorie „Sonstige“ und der Lebensform „mit Kind & Enkel“ zeigt sich überall ein sehr gleichmäßiger und monotoner Einfluss der Wohnentfernung.

Abbildung 3
Lebensformen über kumulierte Entfernungen, Survey 1994



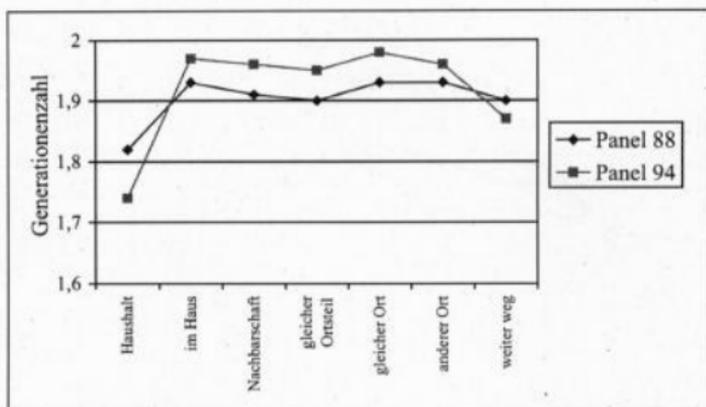
Da sich Unterschiede in dieser globalen Sicht nur schwer erkennen lassen, greife ich im folgenden auf charakteristische Ausschnitte zurück, um die Effekte der Erhebungskohorten (Surveys 1988/90, 1994), geographischen Räume (alte und neue Bundesländer) und der Alterung (Panel 1988 – 1994) sichtbar zu machen.

3.2 Generationenzahl pro Kopf

Abbildung 4
Generationenzahl nach Entfernung

Die Linien des Diagramms geben die mittlere Zahl der von den Befragten genannten Personen verschiedener Generationszugehörigkeit an und beschreiben deren Verteilung über die Distanzen der Wohnentfernung. Auffällig ist der in ganz Deutschland und in beiden Erhebungswellen sichtbare relativ starke Anstieg der Generationenzahl im Übergang zwischen Haushalt und Haus. Deutlich wird des Weiteren ein Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern. In den neuen Bundesländern liegt die mittlere Generationenzahl pro Kopf außer Haus um rund eine Zehntelgeneration über derjenigen in den alten Bundesländern. Über alle Distanzen hinweg sind unter den Netzwerkpersonen von Befragten aus den neuen Bundesländern mehr Generationen repräsentiert, ist infolgedessen die sich in Nennungen von Netzwerkpersonen ausdrückende Nähe zwischen den Generationen etwas höher. Dieser Befund hat eine Parallele in Ergebnissen von Szydlík/Schupp (1998, S. 302 und 307) sowie Motel/Szydlík (1999, S. 14) auf der Basis von SOEP und Alters-Survey (1996). Danach sind die intergenerationellen Bindungen in Ostdeutschland, insbesondere von Jung zu Alt, ebenso wie materielle Unterstützungsleistungen intensiver als im Westen. Ein interessantes Detail ist der Verlauf der Linie für den Survey 94 Ost. Er signalisiert eine Annäherung ostdeutscher an westdeutsche Verhältnisse im Haushalt, also ein graduelles Auseinanderrücken der Generationen im Wohnbereich.

Abbildung 5
Generationenzahl nach Entfernung



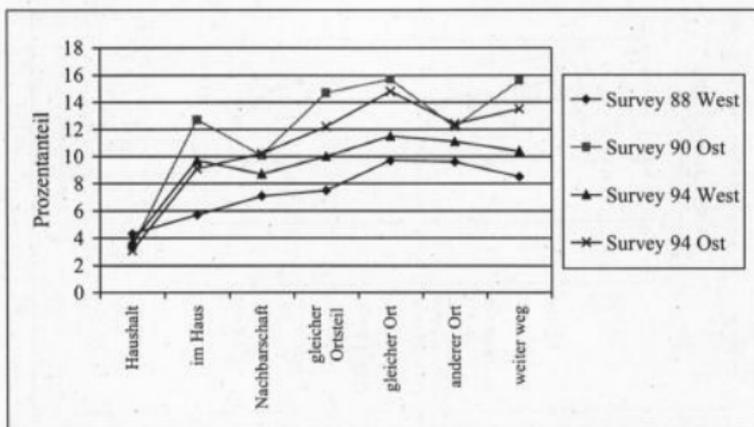
Der Effekt des Älterwerdens auf die Generationenzahl pro Kopf bleibt geringfügig. Am auffälligsten ist das nicht nur im Kohortenvergleich, sondern auch im Lebensverlauf spürbare Auseinanderrücken der Generationen im Wohnbereich. So sinkt im Übergang von 1988 nach 1994 die Generationenzahl im Haushalt, während sie im Haus und auch in den anschließenden Distanzen leicht zunimmt.

3.3 Anteile von 3-Generationen-Konstellationen

Das Diagramm in Abbildung 6 (siehe S. 150) zeigt, wie sich 3-Generationen-Konstellationen in jeder der Wohndistanzen prozentual verteilen. Zu den 3-Generationen-Konstellationen zählen Befragte mit Kind(ern) und Elter(n), mit Elter(n) und Großeltern(n), mit Großeltern(n) und Enkel(n), mit Kind(ern) und Großeltern, mit Kind(ern) und Enkel(n) sowie mit Elter(n) und Enkel(n).

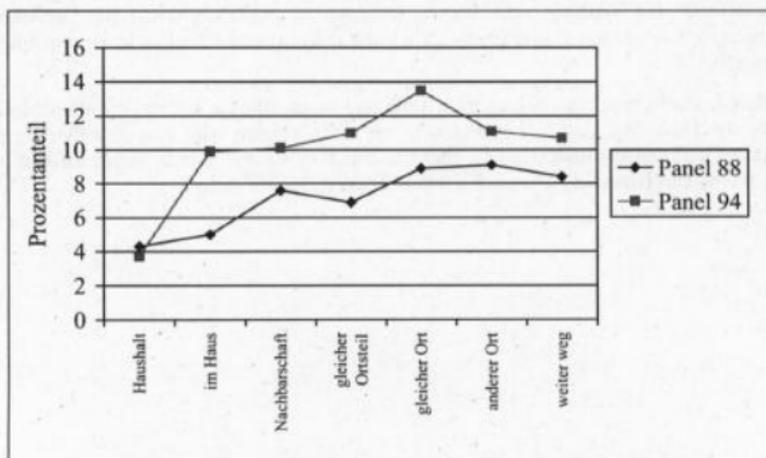
Auch hier herrscht eine Zweiteilung nach alten und neuen Bundesländern, die allerdings erst jenseits von Haus und Haushalt in Erscheinung tritt. Zugleich wird eine Annäherung zwischen alten und neuen Bundesländern über die Zeit sichtbar, die aber in keiner Distanz stärker ist als die verbleibende Nähe nach alten und neuen Bundesländern.

Abbildung 6
Anteil der 3-Generationen-Konstellationen



Die Paneldaten in Abbildung 7 lassen einen Alterungseffekt erkennen, der sich im Distanzfeld zwischen Haushalt und gleichem Ort auswirkt. Hier nehmen zwischen 1988 und 1994 die Anteile der 3-Generationen-Konstellationen deutlich zu. Die „multilokale Mehr-Generationenfamilie“ (Bertram 1995) tritt hier als auf das nahe Umfeld begrenzte Erscheinung ebenso zutage wie die altersabhängige „Multilokalität später Familienphasen“ (Lauterbach 1998).

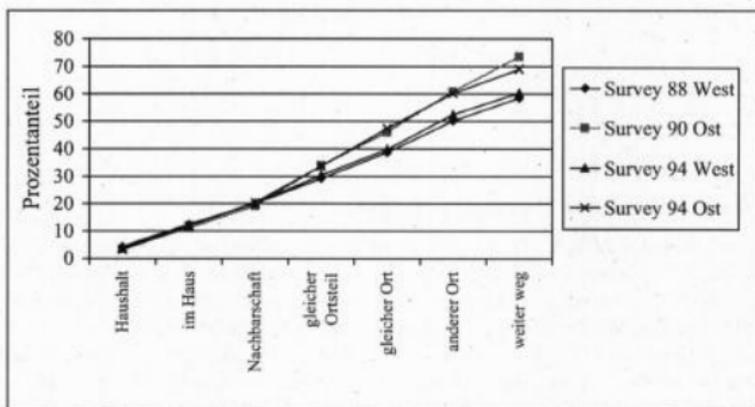
Abbildung 7
Anteil der 3-Generationen-Konstellationen



3.4 Kumulierte Anteile von 3-Generationen-Konstellationen

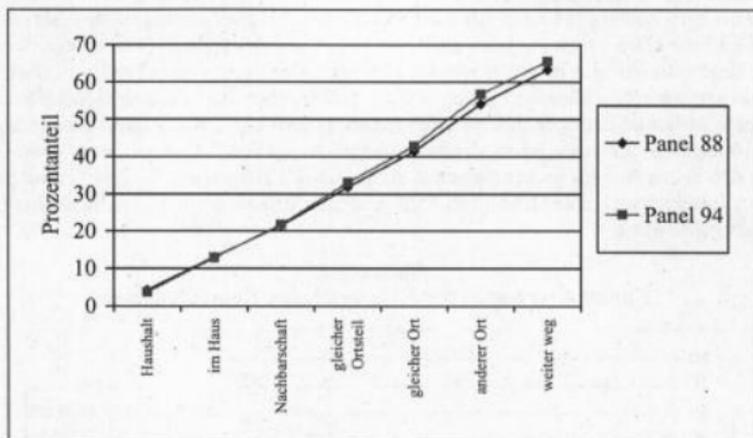
Das Diagramm in Abbildung 8 enthält die schrittweise über Entfernungsstufen kumulierten und dann anteilmäßig prozentuierten 3-Generationen-Konstellationen in den Surveys. Es zeigt sich eine klare Trennung nach alten und neuen Bundesländern. Jenseits der Nachbarschaft liegen die Anteile in den neuen Bundesländern mit steigender Tendenz höher. Eine Annäherung zwischen alten und neuen Bundesländern über die Erhebungszeit ist kaum zu erkennen. Aufgrund des oben präsentierten Befundes über die mittlere Generationenzahl pro Kopf können wir davon ausgehen, dass der erhöhte Anteil von 3-Generationen-Konstellationen in den neuen Bundesländern nicht auf numerischen Effekten der Prozentuierung beruht, sondern auf einer auch absolut höheren Zahl genannter Personen mit unterschiedlicher Generationszugehörigkeit.

Abbildung 8
Kumulierter Anteil der 3-Generationen-Konstellationen



Der Einfluss des Älterwerdens bleibt schwach (siehe Abbildung 9, S. 152). Er beginnt interessanterweise, wie im Ost-West-Vergleich, jenseits der Nachbarschaft. Die älter gewordenen Panelteilnehmer berichten von geringfügig erhöhten Anteilen von 3-Generationen-Konstellationen.

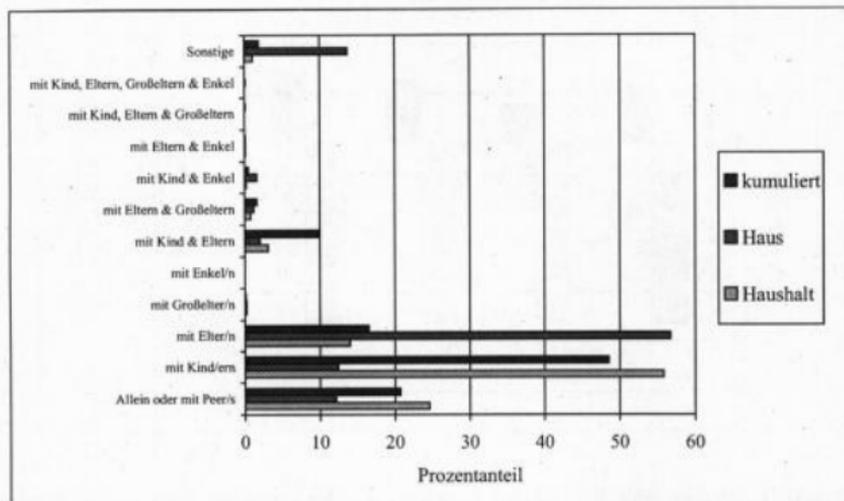
Abbildung 9
Kumulierter Anteil der 3-Generationen-Konstellationen



3.5 Lebensformen in Haushalt und Haus

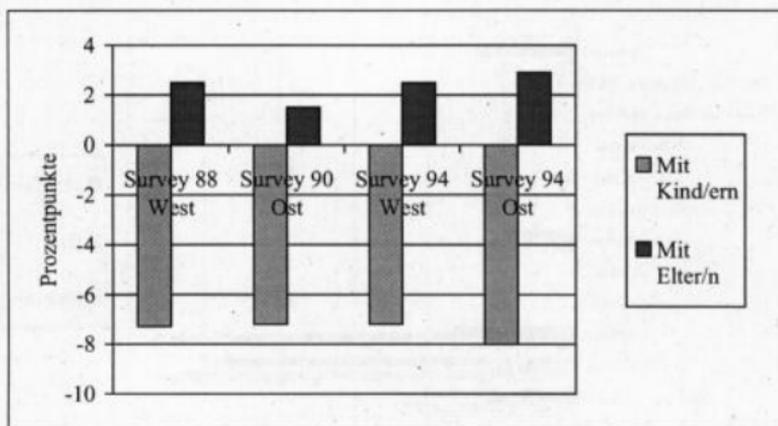
Wie Marek Fuchs (2000) kürzlich auf dem Kölner Soziologentag dargelegt hat, bildet das häufige Zusammenleben von Angehörigen eines Familienverbandes in verschiedenen Haushalten, aber unter dem gemeinsamen Dach eines Hauses, ein Problem für die amtliche Statistik und die Umfrageforschung. Da eine Haushaltsgemeinschaft nicht nur gemeinsames Wohnen in einer abgeschlossenen Wohnung, sondern auch gemeinsames Wirtschaften voraussetzt, lassen sich häufig Abgrenzungen der geforderten Art nur schwer treffen, wenn Familienangehörige in unmittelbar benachbarten Haushalten leben und vieles gemeinsam tun. Welche Auswirkungen, so die Frage von Fuchs, hat es auf die Statistik, wenn Einzele Haushalte oder Hausgemeinschaften zugrundegelegt werden? Die Sicht auf Familie als Netzwerk lässt präzise Antworten auf diese Frage zu. Die folgenden Abbildungen zeigen die Verteilung verschiedener Lebensformen, die bis zu fünf Generationen umfassen können, über die Distanzen „Haushalt“ und „Haus“. Basis der Prozentuierung ist zunächst die Verteilung innerhalb der jeweiligen Distanzkategorie.

Abbildung 10
Lebensformen in Haushalt und Haus, Survey 1988 West



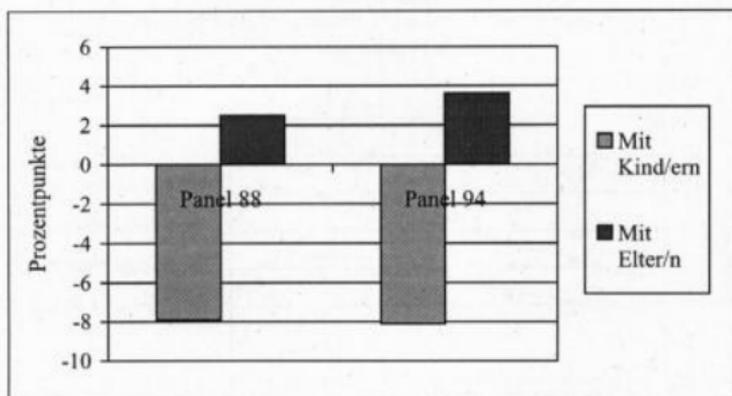
Im unteren Teil des Balkendiagramms in Abbildung 10 sind Lebensformen mit einer und zwei Generationen aufgeführt, im mittleren Teil Lebensformen mit drei Generationen und im oberen Teil solche mit vier und fünf Generationen sowie sonstige Lebensformen. Konzentrieren wir uns auf die häufig vorkommenden 2-Generations-Konstellationen „mit Kind/ern“ und „mit Elter/n“. Begrenzt man seine Sicht auf Haushalte, dann hat die Lebensform „mit Kind/ern“ einen Anteil von 55,8%, die Lebensform „mit Elter/n“ erreicht 14%. Geht man von der Bezugsbasis „Haus“ aus, dann lauten die entsprechenden Anteilswerte 12,4% („mit Kind/ern“) bzw. 56,7% („mit Elter/n“). Dabei bleibt unberücksichtigt, dass Lebensformen, die sich ausschließlich im „Haus“ etablieren, viel seltener sind als Lebensformen in Haushalten. Um diese Verzerrung zu vermeiden, werden im Balken mit der Legende „kumuliert“ haushalts- und hausgebundene Lebensformen zusammengefasst und auf dieser Basis neu prozentuiert. Die Lebensform „mit Kind/ern“ erreicht nun einen Anteil von 48,5%, die Lebensform „mit Elter/n“ einen Anteil von 16,5%. Wegen der unterschiedlichen Häufigkeit der Lebensformen in Haushalt und Haus liegt die kumulierte Verteilung näher an der Verteilung nach Haushalt. Sie ändert auch an deren ordinaler Struktur nichts, führt aber dennoch zu deutlichen Verschiebungen: Bei der Lebensform „mit Kind/ern“ zu einem Minus von 7,3 Prozentpunkten, bei der Lebensform „mit Elter/n“ zu einem Plus von 2,5 Prozentpunkten im Vergleich zur Verteilung nach Haushalten. Wie sehen die Saldi dieser Verschiebungen im Vergleich der Survey- und Panelwellen aus?

Abbildung 11
 Übergang Haushalt – Haus (kumuliert): Saldo



Dargestellt sind in Abbildung 11 die Prozentpunktdifferenzen, die sich jeweils für die Lebensformen „mit Kind/ern“ und „mit Elter/n“ ergeben, wenn man Haushalt und Haus kumuliert und das Ergebnis mit der Verteilung nach Haushalt vergleicht. Die Abweichung von der Haushaltsbetrachtung ist in der Lebensform „mit Kind/ern“ durchwegs negativ und stärker als bei der Lebensform „mit Elter/n“, deren Anteil ebenso uniform wächst. Beides ist Ausdruck der Tatsache, dass die 18- bis 55-jährigen Surveyteilnehmer außerhalb ihres Haushalts häufig mit Eltern, aber ziemlich selten mit Kindern unter dem Dach eines gemeinsamen Hauses leben. Dieses Muster stellt sich auch quantitativ weitgehend uniform über alle Surveywellen und Regionen ein. Es gibt lediglich zwei milde Ausreißer. Bei der Lebensform „mit Elter/n“ ist es der Survey 90 Ost: Vermutlich war es noch ein Relikt aus DDR-Zeiten, dass Eltern relativ seltener mit ihren erwachsenen Kindern in einem Haus gelebt haben, so dass der Zuwachs beim Übergang zur Betrachtung des Hauses vergleichsweise gering ist. Auch der zweite Ausreißer stammt aus den neuen Bundesländern. Einerseits ist der Rückstand bei „Eltern im Haus“ 1994 mehr als aufgeholt, andererseits ist die Häufigkeit von „Kindern im Haus“ nun erkennbar unter das westdeutsche Niveau gerutscht.

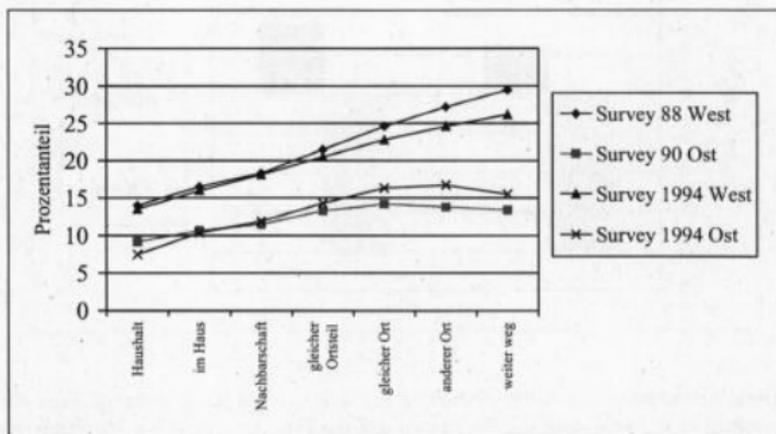
Abbildung 12
Übergang Haushalt – Haus (kumuliert): Saldo



Ein Effekt des Älterwerdens (siehe Abbildung 12) zeigt sich nur in der Zunahme der Lebensform „mit Elter/n“, wenn man die Perspektive auf das Haus erweitert. Die Bereitschaft, mit den eigenen Eltern in einem Haus zusammen zu wohnen, steigt offenbar mit dem Lebensalter. Im großen und ganzen zeitigt die Erweiterung der Perspektive vom Haushalt auf das Haus über Regionen und Zeiträume hinweg ein recht ähnliches Muster, gemessen an den Verschiebungen der jeweiligen Anteilswerte. Eine Umstellung auf das „Haus“ als statistische Bezugsseinheit hätte – zumindest bei den beiden häufigsten 2-Generationen-Konstellationen – im Westen einen über Zeit praktisch invarianten Effekt. Im Osten würden sich geringfügige Verschiebungen von maximal einem Prozentpunkt über die Zeit ergeben, die zu Lasten des Zusammenlebens mit Kindern und zugunsten des Zusammenlebens mit Eltern gingen. Was freilich bei dieser Art der Betrachtung verborgen bleibt, sind die unterschiedlichen Ausgangsniveaus, auf denen Verschiebungen stattfinden. Dies sei noch einmal an der Lebensform „mit Elter/n“ demonstriert.

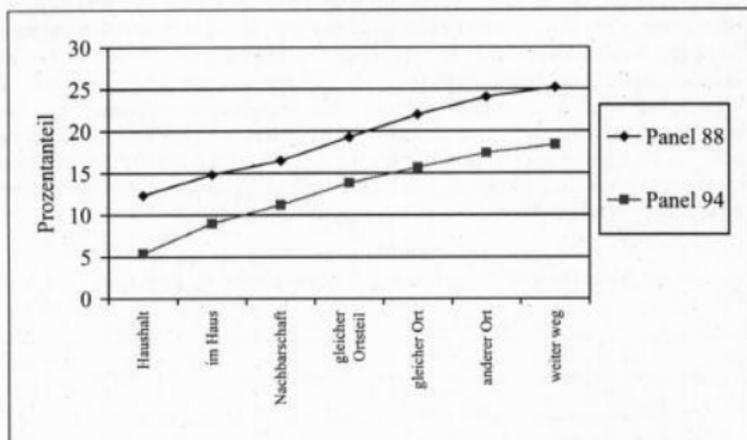
3.6 Kumulierte Anteile der Lebensform „mit Eltern“

Abbildung 13
 Kumulierter Anteil der Lebensform „mit Eltern“
 nach Wohnentfernung



Es handelt sich um eine Lebensform, die vor allem jüngere Befragte betrifft (siehe Abbildung 13). Dies drückt sich in relativ niedrigen Prozentanteilen aus, die auch in kumulierter Form die 30%-Grenze nicht überschreiten. Ungeachtet des ähnlichen Verschiebungsmusters beim Übergang vom Haushalt auf das Haus gibt es einen deutlichen Niveauunterschied, der die alten von den neuen Bundesländern trennt. Die niedrigeren Anteile Ostdeutscher in Haushalt und Haus spiegeln das jüngere Alter wider, in dem Jugendliche und junge Erwachsene in den neuen Bundesländern im Vergleich zu ihren westdeutschen Altersgenossen ihr Elternhaus verlassen (Marbach 1999, S. 122 f.). Der Niveauunterschied setzt sich jedoch jenseits des Hauses über sämtliche Wohndistanzen fort, trotz einer leichten Annäherung der Verhältnisse in Ost und West über die Zeit. Über alle Distanzen liegen die Anteile der Lebensform „mit Eltern“ in den alten Bundesländern höher. Offenbar verharren junge Erwachsene in den neuen Bundesländern seltener als in den alten in dieser nur zwei erwachsene Generationen umfassenden Lebensform, und zwar, wie der weitere Verlauf der Kurven zeigt, umso seltener, je weiter sie sich vom Elternhaus entfernt haben. Die Lebensform „mit Kind/ern“ (hier nicht gezeigt) erreicht dagegen in den neuen Bundesländern über alle Distanzen höhere Anteile als in den alten, wenn auch über die Zeit mit geringer werdendem Vorsprung. Die bereits aus DDR-Zeiten bekannte frühere Familiengründung in Ostdeutschland (Keiser 1992) findet hier ihren Widerhall.

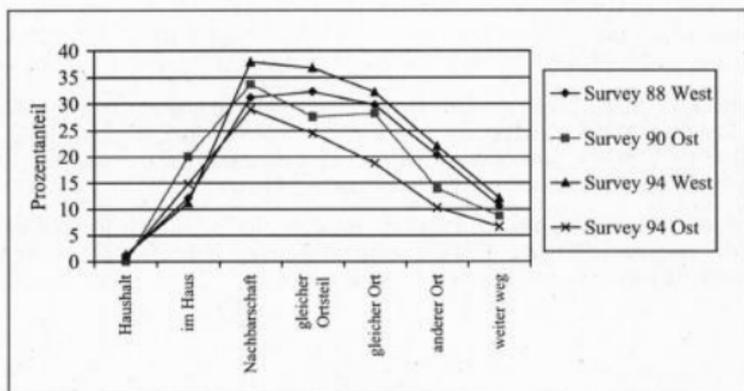
Abbildung 14
Kumulierter Anteil der Lebensform „mit Eltern“
nach Wohnentfernung



Der fast parallele Verlauf der Anteilskurven der Lebensform „mit Kind/ern“ im Panel (siehe Abbildung 14) verweist auf einen Alterungseffekt. Unabhängig von der Wohndistanz zwischen den Befragten und ihren Eltern befinden sich die Ältergewordenen seltener in der Konstellation „mit Eltern“ als sechs Jahre zuvor.

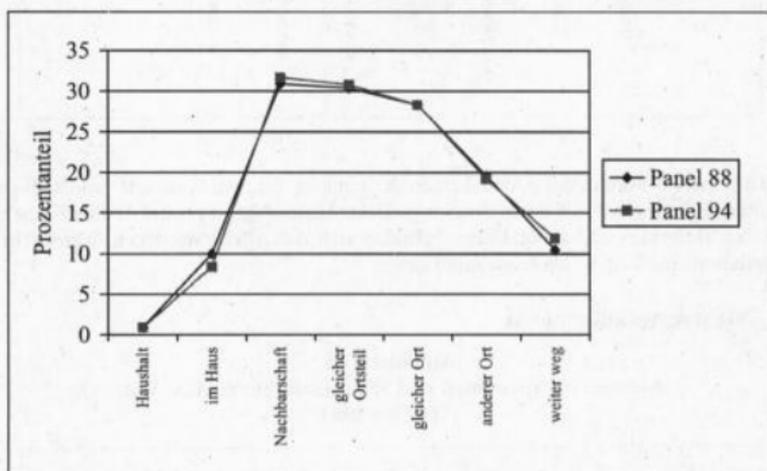
3.7 Nichtverwandtenanteil

Abbildung 15
Nichtverwandtenanteil und Wohnentfernung, West-Ost,
1988/90 – 1994



Ich möchte die Präsentation deskriptiver Befunde abschließen mit einem Vergleich der Anteile Nichtverwandter am Netzwerk der Befragten (siehe Abbildung 15). Die Prozentuierung im Schaubild erfolgt je Entfernungstufe, ist also nicht kumuliert. Eine Trennung nach alten und neuen Bundesländern ist nur jenseits der Nachbarschaft erkennbar. Abweichend vom bisher vorherrschenden Muster findet zwischen 1988 und 1994 keine Annäherung zwischen alten und neuen Bundesländern statt, im Gegenteil: Die Linie für den Survey 94 Ost signalisiert sinkende Anteile Nichtverwandter, die im Vergleich zu den gleichzeitigen Verhältnissen in den alten Bundesländern nicht nur um bis zu 15 Prozentpunkte niedriger liegen, sondern auch die in Westdeutschland spürbare Tendenz zur Erweiterung des Anteils Nichtverwandter konterkarieren. Da der Kontakt zu Nichtverwandten eine wichtige Brücke zwischen Familie und umgebender Gesellschaft darstellt, gibt dieser Befund zu denken, auch wenn derzeit zu Ursachen und Folgen nichts Abschließendes gesagt werden kann.

Abbildung 16
Nichtverwandtenanteil und Wohnentfernung, Panel,
1988/1994



Der Verlauf der Linien im Diagramm für das Panel (siehe Abbildung 16) zeigt, dass die leichte Zunahme Nichtverwandter im Netzwerk der westdeutschen Befragten kein Alterungseffekt ist. Vielmehr ist bemerkenswert, wie stabil der Anteil Nichtverwandter und ihre Verteilung entlang den Distanzstufen über sechs Jahre Lebenszeit bleibt.

Lässt sich daraus schließen, dass auch das Familiennetzwerk der Befragten in den alten Bundesländern zwischen 1988 und 1994 im Wesentlichen stabil geblieben ist? Dieser Frage wende ich mich nun im vierten Teil meiner Ausführungen zu.

4 Zur Dynamik des Familiennetzwerks

Das soziale Netzwerk, von dem im Folgenden die Rede ist, entspricht dem, was ich oben in Anlehnung an den Familienbegriff des 4. Familienberichts als „Familiennetzwerk“ bezeichnet habe. Es gibt viele Gründe für Wandel und Fluktuation in einem solchen Netzwerk: Aufwachsen und Altern, Umzüge, Geburt von Kindern, Tod von Verwandten, Arbeitsplatzwechsel oder Arbeitslosigkeit, aber auch Änderungen der Lebensform wie Heirat, Scheidung, Trennung usw. Grob lässt sich zwischen Einflüssen der Lebensumstände und solchen Einflüssen unterscheiden, die auf eine endogene Dynamik des Netzwerks wie Geburt eines Kindes oder Tod eines Elternteils zurückgehen. Anzunehmen sind weiterhin Einflüsse, die auf demographische Merkmale der Informanten zurückgehen, wie Geschlecht, Alter und Bildung, sowie auf strukturelle Eigenschaften des Netzwerks selbst, etwa Größe, Dichte und Multiplexität. Die folgende Untersuchung stützt sich auf den Panelteil des Familiensurvey. Die Messung der Netzwerkdynamik nutzt Parameter, mit denen sich der Wandel eines Netzwerks mengentheoretisch beschreiben lässt:

- Der *Umfang* 1988 und 1994; die Differenz zwischen den Umfängen zeigt die Richtung der Veränderung an.
- Die *Schnittmenge*, also die Zahl der sowohl 1988 und 1994 Genannten; sie repräsentieren den stabilen Kern des Netzwerks.
- Die *Ergänzungsmenge* oder das *Komplement*, also die Zahl jener Netzwerkpersonen, die ausschließlich entweder 1988 oder 1994 genannt wurden; das Komplement bezieht den Umfang der Veränderungen bzw. den Grad der Fluktuation in einem Netzwerk.
- Die *Vereinigungsmenge*, gebildet aus der Summe von Komplement und Schnittmenge; sie umfasst alle Netzwerkpersonen, die 1988 und/oder 1994 genannt wurden.

Nur am Rand sei erwähnt, dass die Bestimmung von Schnittmenge und Komplement mit Daten, die den Kriterien des deutschen Datenschutzes genügen, erheblichen Aufwand erfordert und in Einzelfällen zu kuriosen Ergebnissen führen kann. Ich möchte darauf aber jetzt nicht eingehen. Die nachfolgend aufgeführte Gleichung benennt die numerischen Beziehungen zwischen externen Veränderungen, internen Veränderungen und interner Stabilität zu zwei Messzeitpunkten (t_1 und t_2):

$$\text{Komplement}_{t_1+t_2} = \text{Umfang}_{t_1} + \text{Umfang}_{t_2} - 2 * \text{Schnittmenge}_{t_1,t_2}$$

Im Weiteren konzentriere ich mich auf die drei in der Gleichung hervorgehobenen Aspekte dynamischer Veränderung, nämlich Fluktuation, Wandel und stabiler Kern. Mithilfe eines statistischen Modells suche ich nach Erklärungen für jeden der Wandlungsaspekte.

4.1 Unabhängige und abhängige Variablen

Gestützt auf die oben erwähnten Annahmen unterscheide ich vier Typen von erklärenden Variablen (siehe folgende Übersicht).

Übersicht

A	Egos Lebensumstände	<i>Ausprägungen</i>
•	Änderung der Lebensform (88 – 94):	„Mover“ vs. „Stayer“
•	Dauerhafte Partnerlosigkeit (88 – 94):	Ja / nein
•	Zwischenzeitlich geschieden (88 – 94):	Ja / nein
•	Gemeindegröße (94):	Ballungsraum/Großstadt Mittlere Stadt, Kleinstadt Dorf, ländlicher Raum
•	Zwischenzeitlich umgezogen (88 – 94):	Nein Innerhalb des Wohnorts Über größere Distanz
B	Endogene Netzwerkdynamik	
•	Zahl der Partner/innen (bis 94):	Kein/e Ein/e Zwei oder mehr
•	Leibliche Eltern (88 – 94):	Fluktuierende Zahl
•	Schwieger-, Partnereltern (88 – 94):	Fluktuierende Zahl
•	Leibliche Kinder (88 – 94):	Fluktuierende Zahl
C	Strukturelle Merkmale von Egos Familiennetzwerk	
•	Umfang (88):	Zahl der Genannten 1988
•	Größendifferenz (88 – 94)	Umfang 94 minus Umfang 88
•	Fluktuation	Komplement 88+94
•	Multiplexität (88):	Fokusanzahl (1 – 6)
•	Änderung der Multiplexität (88 – 94):	Sinkend Konstant Steigend
•	Anteil nahe wohnender Netzwerkpersonen (88 – 94):	% 94 minus % 88
D	Egos persönliche Merkmale	
•	Alter (94):	Lebensjahre
•	Geschlecht	Männlich / weiblich
•	Schulbildung (94):	Volks-/Hauptschule Realschule Abitur
•	Einsamkeit (94; nach De Jong-Gierveld/Tilburg 1990)	Ja / nein

Nur zwei Anmerkungen zur Erläuterung. Die *Lebensform* als Variable kombiniert zunächst Informationen über den Familienstand (ledig, verheiratet, getrennt, geschieden, verwitwet) mit dem zum Messzeitpunkt aktuellen Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Partners oder einer Partnerin und registriert sodann die Veränderungen zwischen 1988 und 1994. Dabei ergaben sich 90 verschiedene Übergangstypen, die ich aufgrund ihrer sehr ungleichen Verteilung zu zwei Haupttypen zusammengefasst habe:

- „*Mover*“ sind Befragte, die zwischen 1988 und 1994 ihre Lebensform geändert haben. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass sie zwischenzeitlich verheiratet waren, wie etwa im Fall eines ledigen Single z. Z. der ersten Welle, der in der 2. Welle als geschiedener Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft auftritt.
- „*Stayer*“ sind Befragte, die entweder ihre ursprüngliche Lebensform kontinuierlich beibehalten haben oder nach einer zwischenzeitlichen Ehe zur ursprünglichen Lebensform zurückgekehrt sind, also z. B. ein 1988 geschiedener Single, der 1994 als getrennt lebender Single firmierte.

Multiplexität drückt formal die funktionelle Vielfalt einer Beziehung aus, gemessen an der Häufigkeit, mit der eine Netzwerkperson in den abgefragten Alltagssituationen genannt wird. Inhaltlich beschreiben diese Situationen Aktivitäten, die als Indikatoren für *soziale Unterstützung* gelten können. Dazu zählen instrumentelle Hilfe, emotionale Zuwendung sowie Anerkennung und Wertschätzung (Kahn/Antonucci 1981, S. 392, Van der Poel 1993, S. 55). Je höher die Multiplexität, desto „ganzheitlicher“ und intensiver die soziale Unterstützung.

Bei den *abhängigen Variablen* handelt es sich um die bereits vorgestellten Kenngrößen eines Netzwerks im Wandel:

„Wandel“ (Veränderungen des Umfangs)

- gerichtet: $DIFF = \text{Umfang } 94 - \text{Umfang } 88$
- ungerichtet: $DIFF_A = \text{absolut (Umfang } 94 - \text{Umfang } 88)$

„Fluktuation“ (wechselnde Personen)

- $KOMPLEMENT_{88+94}$

„Stabiler Kern“

- $SCHNITTMENGE_{88, 94}$

4.2 Ergebnisse

Zunächst einige globale Befunde. Rund zwei Fünftel (41,3%) der Familiennetzwerke sind zwischen 1988 und 1994 gewachsen, weitere zwei Fünftel (40,3%) sind geschrumpft. Ein Fünftel (18,3%) blieb zahlenmäßig stabil. Ungeachtet dessen erwies sich der mittlere Umfang der Familiennetzwerke zu den zwei Messzeitpunkten als weitgehend konstant. 1988 betrug er 6,9 Personen, 1994 7,1 Personen pro Befragtem(er). Die Vereinigungsmenge (die Summe aus Schnittmenge und Komplement) erreicht 8,1 Personen, der stabile Kern 2,8 Personen und das Komplement 5,3 Personen. Demnach unterlagen in dem 6-Jahres-Zeitraum, den die Panelstudie abdeckt, zwei Drittel eines durchschnittlichen Familiennetzwerks einer Veränderung durch Fluktuation von Personen, ein Drittel blieb in der Zusammensetzung stabil. Der Verwandtenanteil hat im Untersuchungszeitraum leicht abgenommen: von 89,8% (1988) auf 89,0% (1994). Im stabilen Kern sind Verwandte mit 93% vertreten, im Komple-

ment mit 84% und im Gesamtnetz (der Vereinigungsmenge) mit 87%. Die Wahrscheinlichkeit, zur Fluktuation beizutragen, liegt also bei Nichtverwandten etwas höher. Innerhalb des stabilen Kerns dominieren Partner (29%) vor Kindern (25%), Eltern (21%), Partnereltern (9%), Geschwistern (6%) u.a. Unter den fluktuierenden Personen sind Eltern und Partnereltern mit je 19% vertreten. Es folgen Freunde (12%), Kinder und Geschwister (jeweils 10%) sowie Partner (7%) u.a.

4.2.1 Fluktuation

Die folgenden Befunde beruhen auf der Anwendung eines uniformen varianzanalytischen Modells zur Erklärung der Wandlungsphänomene. Ausführlich möchte ich das Modell nur am Beispiel der Fluktuation (Komplement) als zu erklärender Größe darstellen.

Tabelle 1A (siehe S. 163) enthält das Ergebnis einer in Faktoren und Kovariate gegliederten Varianzanalyse der Fluktuation der Familiennetze zwischen 1988 und 1994. Das Modell erklärt 67,9% der Varianz. Unter den Faktoren übt die Lebensform den stärksten Einfluss aus, gefolgt von Partnerlosigkeit, Veränderungen der Multiplexität des Netzwerks und Einsamkeit. Keinen Einfluss auf die Veränderungen hat die Bildung der Befragten und überraschenderweise auch nicht eine zwischenzeitliche Scheidung, obwohl dieser Faktor nur knapp an der 5%-Hürde der Signifikanz scheitert. Der größte Teil der Varianz wird durch Kovariate wie fluktuierende Eltern und Kinder erklärt – Einflüsse, die überwiegend auf natürliche Vorgänge wie Geburt und Tod zurückgehen. Aus netzwerktheoretischer Sicht ist interessant, dass unabhängige Einflüsse von der Größe des Netzwerks 1988 und Veränderungen dieser Größe („Wandel“) zwischen 1988 und 1994, dass ferner auch die Ausgangsmultiplexität 1988 und die Zahl der räumlich nahe wohnenden Netzwerkpersonen wesentliche Einflüsse ausüben.

Tabelle 1A: Fluktuation im Familiennetzwerk zwischen 1988 und 1994
Varianzanalyse – Abhängige Variable: KOMPLEMENT₈₈₋₉₄

Haupteffekte	F	df	Signifikanz
Lebensform (88 – 94)	166,9	1	,000
Zahl der Partner/innen (– 94)	,3	2	,776
dauerhaft partnerlos (88 – 94)	28,8	1	,000
geschieden (88 – 94)	3,7	1	,054
einsam (94)	11,3	1	,001
Gemeindegröße (94)	10,8	2	,000
Umszug (88 – 94)	3,9	2	,021
Geschlecht	7,1	1	,008
Schulbildung (94)	,5	2	,592
Änderung der Multiplexität (88 – 94)	24,8	2	,000
<i>Kovariate</i>			
Alter (94)	19,3	1	,000
fluktuiierende Eltern (88 – 94)	1473,6	1	,000
fluktuiierende Partnereltern (88 – 94)	2170,7	1	,000
fluktuiierende Kinder (88 – 94)	1253,6	1	,000
Multiplexität (88)	130,5	1	,000
Anteil nah wohnender Netzwerkpersonen (88 – 94)	91,9	1	,000
Netzwerkumfang (88)	362,6	1	,000
DIFF _A (88 – 94)	1068,6	1	,000

N (Modell): 4752 (95,2 %)

R-quadrat: 67,9 %

Quelle: DJI-Familien surveys 1988 und 1994

Tabelle 1B (siehe S. 164) informiert darüber, in welche Richtung die in Tabelle 1A dokumentierten Einflüsse wirken. Die adjustierten Mittelwerte in Tabelle 1B quantifizieren den Nettoeinfluss der Faktoren.

Tabelle 1B: Fluktuation im Familiennetzwerk zwischen 1988 und 1994
Multiple Klassifikation – Abhängige Variable: KOMPLEMENT₈₈₋₉₄

Haupteffekte	Ausprägungen	N	Mittel (adj.)
Lebensform (88 – 94)	Mover	1023	6,11
	Stayer	3729	5,06
dauerhaft partnerlos (88 – 94)	nein	4359	5,23
	ja	393	5,90
einsam (94)	nein	3914	5,33
	ja	838	5,09
Gemeindegröße (94)	Ballungsraum	1805	5,38
	mittlere Stadt	1420	5,37
	ländlicher Raum	1527	5,11
Umzug (88 – 94)	nein	3425	5,25
	innerhalb Wohnort	855	5,34
	größere Distanz	472	5,50
Geschlecht	männlich	2094	5,21
	weiblich	2658	5,35
Änderung der Multiplexität (88 – 94)	sinkend	2185	5,52
	konstant	405	5,27
	steigend	2162	5,06
	Gesamtmittel:		5,29
	Standardabweichung:		3,21

N (Modell): 4752 (95,2 %)

R-quadrat: 67,9 %

Quelle: DJI-Familienveys 1988 und 1994

Den stürmischsten Wandel im Netzwerk erleben Befragte, die ihre Lebensform gewechselt haben, und Befragte, die über die sechs Jahre partnerlos geblieben sind – ein familiensoziologisch bemerkenswerter Befund. Bedeutet er doch, dass Personen mit einer auf den ersten Blick denkbar unterschiedlichen Partnerbiographie – hier die „unsteten“ Wechsler, dort die „eisernen“ Singles – mit ihren Netzwerken ähnlich turbulente Erfahrungen machen. Vielleicht bilden die „eisernen Singles“ den harten Kern der vielbesungenen „swinging Singles“ – dann hätte dieser Befund eine einfache Erklärung. Wenige Veränderungen in ihrem Netzwerk verzeichnen dagegen Einsame ebenso wie Männer, Bewohner kleinerer Gemeinden und Befragte, die nicht oder weniger weit umgezogen sind. Aus netzwerktheoretischer Sicht am interessantesten ist der Einfluss steigender oder fallender Multiplexität im Netzwerk. Steigt die Multiplexität, d.h. nimmt die Vielfalt gegenseitiger sozialer Unterstützung zu, dann ist der interne Wandel geringer. Zu Personen, mit denen man viele Anknüpfungspunkte hat, lässt man den Kontakt weniger leicht abreißen als zu Personen mit weniger Anknüpfungspunkten. Werfen wir noch einen Blick auf den Einfluss der Kovariaten in der folgenden Tabelle 1C (siehe S. 165).

Tabelle 1C: Fluktuation im Familiennetzwerk zwischen 1988 und 1994
Unstandardisierte Regressionskoeffizienten der Kovariate
Abhängige Variable: KOMPLEMENT₈₈₊₉₄

<i>Kovariate</i>	<i>Regressionskoeffizient</i>
Alter (94)	-0,01
fluktuierende Eltern (88 - 94)	1,37
fluktuierende Partnereltern (88 - 94)	1,04
fluktuierende Kinder (88 - 94)	1,16
Anteil nah wohnender Netzwerkpersonen (88 - 94)	-0,01
Netzwerkumfang (88)	0,25
DIFF _A (88 - 94)	0,52
Multiplexität (88)	-0,40

N (Modell): 4752 (95,2 %)

R-quadrat: 67,9 %

Quelle: DJI-Familien surveys 1988 und 1994

Der Einfluss der Kovariate in Tabelle 1C manifestiert sich in unstandardisierten Regressionskoeffizienten. Mit zunehmendem Alter und mehr geographisch nahen Netzwerkpersonen nimmt die Fluktuation im Netzwerk ab. Des Weiteren befördern ein großes Ausgangsnetz, eine niedrige Multiplexität dieses Netzes und Veränderungen des Netzwerkumfangs, egal in welcher Richtung, den internen Wandel. Mit anderen Worten: Hatte jemand 1988 viele Beziehungen, waren diese eher locker oder wuchs bzw. schrumpfte sein Beziehungsnetz seit damals, dann verzeichnet er oder sie eine hohe Fluktuation im Netz.

Analoge Tabellen existieren für alle abhängigen Variablen. Ich überspringe sie jedoch und wende mich gleich der Zusammenschau aller Einflüsse zu, die in Tabelle 2A (siehe S. 166) enthalten ist.

4.2.2 Zusammenfassung der Einflüsse

Tabelle 2A: Alle Einflüsse im Überblick:
Standardisierte Regressionskoeffizienten der Faktoren

	Kern	Fluktuation	Wandel
Lebensform (88 – 94)	0,070	0,135	0,145
Zahl der Partner/innen (– 94)	0,022	n.s.	0,043
dauerhaft partnerlos (88 – 94)	n.s.	0,057	0,133
geschieden (88 – 94)	0,028	n.s.	n.s.
einsam (94)	0,018	0,028	0,037
Gemeindegröße (94)	0,025	0,039	0,034
Umzug (88 – 94)	n.s.	0,025	n.s.
Geschlecht	0,020	0,023	n.s.
Schulbildung (94)	0,039	n.s.	0,038
Änderung der Multiplexität (88 – 94)	0,049	0,069	0,109
Erklärte Varianz (Prozent)	79,3	67,9	52,4

n.s. = nicht signifikant auf dem 5 %-Niveau

Quelle: DJI-Familienveys 1988 und 1994

Das statistische Modell erreicht durchwegs hohe Raten erklärter Varianz. In der Tabelle 2A sind standardisierte Regressionskoeffizienten angegeben, die hinsichtlich ihrer Stärke direkt mit einander vergleichbar sind. Die Richtung des Einflusses ist aus den Koeffizienten allerdings nicht ablesbar. Ich werde sie deshalb im Text erläutern. Aus familiensoziologischer Sicht am interessantesten sind die Einflüsse der Lebensform, der Partnerzahl, der Partnerlosigkeit und einer erlebten Scheidung:

- Befragte, die zwischen 1988 und 1994 ihre Lebensform gewechselt haben, verfügen über einen kleineren stabilen Kern, erleben mehr Fluktuation in ihrem Netzwerk sowie eine Reduktion ihres Netzzumfangs. Die Lebensform übt unter allen Faktoren den stärksten Einfluss auf den stabilen Kern, die Fluktuation und den Wandel aus.
- Die bereits erwähnten „eisernen Singles“ erleiden das gleiche Schicksal wie die „Mover“, nur bleibt ihnen ein kleinerer stabiler Kern erspart.
- Anders dagegen Befragte, die ein, zwei oder mehr Partner vor 1994 hatten. Sie haben einen kleineren stabilen Kern, aber ein im Umfang wachsendes Netz. Beide Male ist der Zusammenhang kurvilinear. Das mag erklären, dass die Partnerzahl keinen Effekt auf die Fluktuation im Netz hat.
- Eine zwischenzeitliche Scheidung beeinflusst überraschenderweise nur den stabilen Kern (er ist bei Geschiedenen kleiner), aber weder die Fluktuation im Netz noch die Veränderungen des äußeren Umfangs.

Möglicherweise liegt bei der Scheidung ein umgekehrt gerichteter Einfluss vor – schließlich konstituiert sich der stabile Kern ja substantiell schon 1988, also vor der späteren Scheidung, auch wenn er erst 1994 in der Rückschau als stabil verifizierbar ist. So gesehen liefen Befragte, die 1988 nur mit wenigen Netzwerkpersonen enge und daher potentiell dauerhafte Beziehungen pflegten, ein größeres Risiko, zwischenzeitlich geschieden zu werden. Diese Interpretation ist nicht abwegig, wenn man ältere Befunde über den Zusammenhang von Netzwerken und Ehesolidarität zu Rate zieht. Dort wird vor allem die ehestabilisierende Wirkung verbundener ehelicher Freundeskreise und gemeinsamer Verwandtenkontakte betont (zusammenfassend Lee 1979, S. 42 f.). Wenn man die Brückenannahme einführt, dass gemeinsame Netzwerke von Paaren im Schnitt umfangreicher sind als nicht gemeinsame der einzelnen Partner, dann könnte dies den statistischen Zusammenhang zwischen kleineren stabilen Kernen und vermehrten Scheidungsfällen erklären.

Aus netzwerktheoretischer Sicht bedeutsam ist der Einfluss der Multiplexität. Steigt die Intensität der Netzwerkbeziehungen zwischen 1988 und 1994, dann ist der stabile Kern kleiner. Auch hier wäre eine Umkehrung der Einflussrichtung denkbar. Hatte ein Befragter 1988 nur wenige enge Beziehungen, dann tat er sich in der Folgezeit leichter, die Intensität dieser Beziehungen zu steigern und sie damit zu konservieren, als wenn er mit vielen engen Beziehungen begonnen hätte. Des Weiteren ist zu konstatieren, dass mit steigender Multiplexität die interne Fluktuation sinkt, zugleich aber auch der Umfang des Familiennetzwerks schrumpft. Einige, i.d.R. wenige Beziehungen werden mithin durch wachsende Intensität verfestigt, doch geht dies zu Lasten loserer Beziehungen, die mit der Zeit aufgegeben werden. Betrachtet man diesen Befund im Licht der Theorien des Sozialkapitals und der sozialen Unterstützung, dann hat es den Anschein, als stabilisiere eine über Zeit intensiviertere soziale Unterstützung im Familiennetzwerk wenige „strong ties“ zu Lasten vorhandener „weak ties“. Da Letztere nach Granovetter (1973) als soziale Ressource nicht geringer zu achten sind, erhebt sich die Frage, ob das Potential des Familiennetzwerks als Sozialkapital per Saldo geschwächt oder gestärkt wird. Mit den derzeit verfügbaren Daten ist diese Frage jedoch nicht zu klären.

**Tabelle 2B: Alle Einflüsse im Überblick:
Unstandardisierte Regressionskoeffizienten der Kovariate**

	Kern	Fluktuation	Wandel
Alter (94)	0,005	-0,01	-0,04
fluktuiierende Eltern (88 – 94)	1,12	1,37	-0,95
fluktuiierende Partnereltern (88 – 94)	0,98	1,04	-0,17
fluktuiierende Kinder (88 – 94)	0,95	1,16	-0,25
Multiplexität (88)	-0,04	-0,40	0,24
Anteil nah wohnender Netzwerkpersonen (88 – 94)	-0,003	-0,01	-0,01
Netzwerkumfang (88)	0,18	0,25	-0,75
DIFF _A (88 – 94)/KOMPLEMENT ₈₈₊₉₄	-0,05	0,52	0,38
Erklärte Varianz (Prozent)	79,3	67,9	52,4

Quelle: DJI-Familiensurveys 1988 und 1994

Auch bei den Kovariaten in Tabelle 2B erweist sich Multiplexität, in diesem Fall die des Ausgangsnetzes von 1988, als einflussreich. Lag sie höher, dann ist der stabile Kern kleiner. Wiederum könnte ein umgekehrter oder wechselseitiger Einfluss angenommen werden: Wenige enge Beziehungen erlauben eine höhere Intensität des Austauschs, der diese Beziehungen rekursiv stabilisiert. Dies würde erklären, dass laut Tabelle 2B höhere Multiplexität 1988 den Wechsel von Personen im Netzwerk (zwischen 1988 und 1994) dämpft. Aber warum lässt sie zugleich das Netzwerk wachsen? Aus den Befunden über die unabhängigen Effekte der Multiplexität 1988 und der zwischen 1988 und 1994 schwankenden Multiplexität lässt sich folgende These destillieren: Das Familiennetzwerk bleibt dann aufnahmefähig für neue Mitglieder, wenn die Intensität des Austauschs sozialer Unterstützung nicht wächst, weil ein intensivierter Austausch offenbar Energien bindet, die dann für die Aufrechterhaltung loserer oder die Aufnahme neuer Beziehungen fehlen.

Genau entgegengesetzt zur Multiplexität wirkt der Umfang des Ausgangsnetzwerks von 1988. Ein größerer Umfang geht einher mit einem größeren stabilen Kern und fördert die Fluktuation im Netzwerk, aber auch dessen späteres Schrumpfen. Nur ein großes Startnetzwerk, so ließe sich dieser Befund kommentieren, verkraftet beides: Einen starken stabilen Kern und eine hohe Fluktuation, der am Ende ein Teil des Netzwerks zum Opfer fällt.

5 Resümee

Anders als Haushalte konstituieren sich Familiennetzwerke nicht ausschließlich durch gemeinsames Wohnen und Wirtschaften, sondern über verschiedene Funktionen, die ihr Zentrum in gegenseitiger Bindung und Unterstützung haben. Familiennetzwerke sind dadurch sozial und räumlich diffuser als Haushalte. Im dritten Abschnitt habe ich versucht, die räumliche Struktur des Familiennetzwerks sichtbar zu machen. In sozialer Hinsicht spiegeln Familiennetzwerke mehr und andere, zumindest bisher vernachlässigte Seiten einer Beziehungsrealität wider, die der Haushaltssicht entgeht, aber den Familienalltag mitprägt. In diese Beziehungsrealität sind neben Angehörigen der Kernfamilie, der Herkunftsfamilien und der weiteren Verwandtschaft auch Nichtverwandte eingebunden. Anders als Haushalte schlagen Familiennetzwerke eine soziale Brücke zwischen Individuum und Gesellschaft, deutlicher tritt damit auch ihr Charakter als Ressource im Sinne von Sozialkapital zutage. Der Blick auf Familiennetzwerke ersetzt freilich nicht die Analyse von Haushalten, kann sie aber substantiell gehaltvoll ergänzen.

Die Dynamik des Familiennetzwerks über einen längeren Zeitraum, hier zwischen 1988 und 1994, zeigt ein differenziertes Bild. Trotz einer weitgehenden äußeren Stabilität unterlagen die Familiennetzwerke der Panelteilnehmer einer erheblichen Fluktuation. Sie erfasste während der sechs Jahre durchschnittlich zwei Drittel des Umfangs eines Familiennetzes. Selbstverständlich ist die Fluktuation ihrerseits abhängig von der Länge des betrachteten Zeitraums. Einen wesentlichen Teil des Kommens und Gehens verursachen natürliche Prozesse wie Geburt und Tod. Sie sind durch Umfragen erfassbar, aber sozialwissenschaftlich nur von mittelbarem Interesse. Drei andere Einflussgruppen, nämlich die Lebensumstände der Befragten, individuelle Merkmale und strukturelle Eigenschaften des Netzwerks selbst, liegen eher im Blickfeld der Sozialwissenschaften. Alle drei haben sich im Verlauf der Untersuchung als erklärungs mächtig erwiesen. Herausragende Vertreter sind die Lebensform der Befragten, Einsamkeit und die Multiplexität des Netzwerks. Im starken Einfluss der Lebensform, deren Konstanz oder Veränderung sich in erster Linie auf der Ebene des Einzelhaus-

halts manifestieren, tritt eine tragende Rolle der Haushaltsdynamik für die Dynamik des Familiennetzwerks zutage. Multiplexität – ein Indikator für die Intensität sozialer Unterstützung – steht in Wechselwirkung mit der Stabilität der Beziehungen im Familiennetzwerk. Manches spricht dafür, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen steigender Multiplexität im Familiennetzwerk und einem Zuwachs seines Potentials als Sozialkapital gibt, doch erlaubt die derzeitige Datenlage keine genaueren Befunde.

Nicht immer ist trotz des Paneldesigns die Richtung des Einflusses eindeutig zu bestimmen. Dies gilt in erster Linie für Eigenschaften, die sich ändern können, aber nur einmal erhoben wurden. So muss bei den Effekten der Einsamkeit, die 1994 erstmalig erhoben wurde, offen bleiben, ob Einsame kleinere Netzwerke unterhalten oder einsam sind, weil sie kleinere Netze haben. Unklarheit über die Einflussrichtung herrscht aber auch bei statistischen Zusammenhängen zwischen Ereignissen, die zwischen den beiden Messzeitpunkten stattfanden, und zeitlich parallelen Veränderungen des Netzwerks, die nur zum späteren Messzeitpunkt zu registrieren sind. Erst eine Aufklärung der genauen Abfolge der Ereignisse würde Aufschluss über die Richtung der Effekte geben. Dem steht allerdings entgegen, dass sich Bewegungen in einem Netzwerk nicht wie Ereignisdaten – als datierte diskrete Zustandsänderungen in der erinnerten Vergangenheit – erheben lassen, zumindest nicht in Umfragen. Doch wird, so hoffen wir, ein Vergleich der Übergänge zwischen erster und zweiter sowie zweiter und dritter Welle des Panelteils im Familienurvey weitere Einsichten in Zusammenhänge und Wirkungsrichtungen vermitteln.

Literaturhinweise

Bertram, H. (1995): Individuen in einer individualisierten Gesellschaft, in: H. Bertram (Hrsg.): Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter, Opladen, S. 9 – 34.

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: R. Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2, Göttingen, S. 183 – 198.

Burt, R.S. (1984): Network items and the General Social Survey. *Social Networks* 6, S. 293 – 339.

Coleman, J.S. (1990): *Foundations of Social Theory*, Cambridge (Mass.), London.

De Jong-Gierveld, J.; Tilburg, T. (1990): *Manual of the Loneliness Scale*, Amsterdam.

Diekmann, A.; Engelhardt, H. (1995): Die soziale Vererbung des Scheidungsrisikos. Eine empirische Untersuchung der Transmissionshypothese mit dem deutschen Familienurvey, in: *Zeitschrift für Soziologie* 24, S. 215 – 228.

Diekmann, A.; Engelhardt, H. (1999): The social inheritance of divorce: Effects of parent's family type in postwar Germany, in: *American Sociological Review* 64, S. 783 – 793.

Fischer, C.S. (1982): *To Dwell Among Friends. Personal Networks in Town and City*, Chicago, London.

Fuchs, M. (2000): Methodische Probleme des Haushaltsbegriffs. Zur Operationalisierung, Abgrenzung und Schätzung von Haushalten. Vortrag auf dem 30. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Köln, 26. – 29. September.

Granovetter, M.S. (1973): The strength of weak ties, in: American Journal of Sociology 78, S. 1360 – 1380.

Hill, P.B. (1988): Unterschiedliche Operationalisierungen von egozentrierten Netzwerken und ihr Erklärungsbeitrag in Kausalmodellen, in: ZUMA-Nachrichten 22, S. 45 – 57.

Hoffmeyer-Zlotnik, J.; Schneid, M.; Mohler, P.Ph.; Pfenning, U. (1987): Egozentrierte Netzwerke in Massenumfragen: Ein ZUMA-Methodenforschungsprojekt, in: ZUMA-Nachrichten 20, S. 37 – 56.

Kahn, R.L.; Antonucci, T.C. (1981): Convoys of Social Support: A Life-Course Approach, in: S.B. Kiesler; J.N. Morgan; Y.K. Oppenheimer (Eds.): Aging, Social Change, New York, S. 383 – 405.

Keiser, S. (1992): Die Familie in den fünf neuen Bundesländern. Darstellung zentraler Ergebnisse des Familien-Surveys Ost, in: H. Bertram (Hrsg.): Die Familie in den neuen Bundesländern. Stabilität und Wandel in der gesellschaftlichen Umbruchsituation, Opladen, S. 19 – 38.

Klein, T. (1999): Der Einfluß vorehelichen Zusammenlebens auf die spätere Ehestabilität, in: T. Klein; W. Lauterbach (Hrsg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen, Opladen, S. 309 – 324.

Klein, T.; Fischer-Kerli, D. (2000): Die Zuverlässigkeit retrospektiv erhobener Lebensverlaufsdaten. Analysen zur Partnerschaftsbiografie des Familiensurveys, in: Zeitschrift für Soziologie 29, S. 294 – 312.

Klein, T.; Lauterbach, W. (1994): Bildungseinflüsse auf Heirat, die Geburt des ersten Kindes und die Erwerbsunterbrechungen von Frauen. Eine empirische Analyse familienökonomischer Erklärungsmuster, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46, S. 278 – 298.

Lauterbach, W. (1998): Die Multilokalität später Familienphasen. Zur räumlichen Nähe und Ferne der Generationen, in: Zeitschrift für Soziologie 27, S. 113 – 133.

Lee, G.R. (1979): Effects of social networks on the family, in: W.R. Burr; R. Hill; F.I. Nye; I.L. Reiss (Eds.): Contemporary Theories about the Family, Vol. I, New York, London, S. 27 – 56.

Marbach, J.H. (1999): Young adults' housing, social networks, and residential environment, in: R. Bendit; W. Gaiser; J.H. Marbach (Eds.): Youth and Housing in Germany and the European Union, Opladen, S. 107 – 172.

Motel, A.; Szydlik, M. (1999): Private Transfers zwischen den Generationen, in: Zeitschrift für Soziologie 28, S. 3 – 22.

Pappi, F.U.; Melbeck, C. (1988): Die sozialen Beziehungen städtischer Bevölkerungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29 (Soziologische Stadtforschung), S. 223 – 250.

Pfenning, U. (1987): Egozentrierte Netzwerke. Verschiedene Instrumente – verschiedene Ergebnisse?, in: ZUMA-Nachrichten 21, S. 64 – 77.

Pöschl, H. (1989): Formen des Zusammenlebens 1988, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10, S. 627 – 634.

Schweitzer, R. v. (1987): Altern in unserer Gesellschaft, in: *Deutsches Jugendinstitut: Jahresbericht 1986*, München, S. 160 – 173.

Szydlík, M.; Schupp, J. (1998): Stabilität und Wandel von Generationenbeziehungen, in: *Zeitschrift für Soziologie* 27, S. 297 – 315.

Trotha, T.v. (1990): Zum Wandel der Familie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 42, S. 452 – 473.

Van der Poel, M. (1993): Personal Networks. A rational choice explanation of their size and composition, Lisse.

Wagner, M.; Franzmann, G. (2000): Die Pluralisierung der Lebensformen, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 25, S. 151 – 173.

Teilnehmerverzeichnis

A

- Abel, Christiane; *Bundesverfassungsgericht*, Karlsruhe
Allerbeck, Prof. Dr. Klaus R.; *Johann Wolfgang Goethe-Universität*, Frankfurt am Main
Angermann, Oswald; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
Assenmacher, Prof. Dr. Walter; *Universität Essen*

B

- Bauer, Dr. Peter; *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung*, München
Bayer, Hiltrud; *Deutsches Jugendinstitut*, München
Beblo, Miriam; *Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung*, Mannheim
Bechtold, Dr. Sabine; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
Beu, Heribert; Solingen
Bierau, Dieter; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
Bihler, Wolf; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
Bleses, Peter; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
Bönte, Dr. Werner; Winsen (Luhe)
Bost, Heiner; *Statistisches Landesamt Saarland*, Saarbrücken
Brachinger, Prof. Dr. Hans Wolfgang; *Universität Fribourg*, Schweiz
Brügemann, Gerlind; *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin
Buchholz, Prof. Dr. Wolfgang; *Universität Regensburg*
Buchwald, Wolfgang; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

C

- Chlumsky, Jürgen; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
Claussen, Dr. Regina; *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Bonn

D

- Deckl, Silvia; *Statistisches Bundesamt*, Bonn
Deiningner, Dr. Dieter; Wiesbaden
Duschek, Dr. Klaus-Jürgen; *Statistisches Bundesamt*, Bonn

E

- Eberl, Dr. Klaus; *Katholische Universität Eichstätt*
 Ehling, Dr. Manfred; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
 Eichhoff, Gottfried; *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge*, Frankfurt/Main
 Eichner, Harald; *Berufsgenossenschaftliche Akademie*, Hennef
 Eppmann, Helmut; *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen*,
 Düsseldorf
 Essig, Dr. Hartmut; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

F

- Fabig, Dr. Holger; *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung*, Berlin
 Förster, Prof. Dr. Wolfgang; *Philipps-Universität Marburg*
 Frank, Eberhard; *Landeshauptstadt Stuttgart – Statistisches Amt*
 Fuchs, Jürgen; *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Bonn

G

- Glatzer, Prof. Dr. Wolfgang; *Johann Wolfgang Goethe-Universität*, Frankfurt am Main
 Grohmann, Prof. Dr. Heinz; *Johann Wolfgang Goethe-Universität*, Frankfurt am Main
 Gruner, Erika; *Thüringer Landesamt für Statistik*, Erfurt
 Grünheid, Dr. Evelyn; *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung*, Wiesbaden

H

- Hagn, Harald; *Thüringer Landesamt für Statistik*, Erfurt
 Hahlen, Johann; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden
 Hallenberger, Bernd; *Viterra AG „Politik und Verbände“*, Essen
 Heidenreich, Hans-Joachim; *Statistisches Bundesamt*, Bonn
 Heike, Dr. Hans-Dieter; *Technische Universität Darmstadt*
 Herfurth, Matthias; *GESIS/Informationszentrum Sozialwissenschaften*, Bonn
 Hesse, Prof. Dr. Klaus; *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel*
 Hoag, Dr. Wendy J.; Kronberg.
 Hoepfner, Fred; *Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post*, Mainz
 Hohmann, Eckart; *Hessisches Statistisches Landesamt*, Wiesbaden
 Hohmann-Dennhardt, Dr. Christine; *Bundesverfassungsgericht*, Karlsruhe

Hölder, Egon; Wachtburg-Pech

Hötger, Britta; *Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen*, Wiesbaden

Hullen, Dr. Gert; *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung*, Wiesbaden

I

Ickler, Günter; *Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz*, Bad Ems

Iwanow, Irene; *Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.*, Dresden

J

Jung, Hans-Jürgen; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

K

Kark, Gerd; *Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Düsseldorf*

Knechtel, Erhard F.; Wiesbaden

Köhne-Finster, Sabine; *Niedersächsisches Landesamt für Statistik*, Hannover

Kolfenbach, Dr. Fred; Bad Honnef

Koltzk, Ingo; *Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Außenstelle Frankfurt/Oder*

König, Christian; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

Körber-Weik, Prof. Dr. Margot; *Fachhochschule Nürtingen*

Kordsmeyer, Volker; *Statistisches Bundesamt*, Wiesbaden

Koufen, Sebastian; *Statistisches Bundesamt*, Bonn

Kreuzholz, Werner; *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung*, München

Kromka, Prof. Dr. Dr. Franz; *Universität Hohenheim*, Stuttgart

Krug, Prof. Dr. Walter; *Universität Trier*

Kuchta, Peter; *Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg*, Cottbus

Kullmer, K.; Frankfurt am Main

Kullmer, Prof. Dr. Lore; Frankfurt am Main

Kulmiz, Dr. Leontine von; Meerbusch

Kupfahl, Wolfgang; *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung*, München

L

- Laue, Evelyn; *Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn*
Liez, Irmgard; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*
Lohmann, Henning; *Universität Mannheim, Mannheim*

M

- Maier, Prof. Dr. Helmut; *Fachhochschule für Wirtschaft Berlin*
Marbach, Jan H.; *Deutsches Jugendinstitut, München.*
Matthias, Günther; *Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München*
Mauer, Dr. Jutta; *Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe*
Metschke, Dr. Rainer; *Berliner Beauftragter für Datenschutz und Akteneinsicht, Berlin*
Mochmann, Ekkehard; *Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln*
Mohler, Prof. Dr. Peter Ph.; *Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim*
Müller, Prof. Dr. Walter; *Universität Mannheim*

N

- Neubauer, Prof. Dr. Werner; *Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main*
Nockemann, Udo; *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf*

O

- Ohrmann, Sabine; *Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin*
Oltmanns, Dr. Erich; *Philipps-Universität Marburg*
Ott, Prof. Dr. Notburga; *Ruhr-Universität Bochum*

P

- Pückler, Botho Graf; *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin*
Putz, Friedrich; *Oppenheim*

R

- Rauscher, Prof. Dr. Anton; *Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, Mönchengladbach*
- Rehfeld, Uwe; *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main*
- Reil-Held, Anette; *Universität Mannheim*
- Richter, Dr. Josef; *Wirtschaftskammer Österreich, Wien*
- Rohland, Peter; *vhw-Bundesgeschäftsstelle, Berlin*
- Rost, Harald; *Otto-Friedrich-Universität Bamberg*
- Rothenbacher, Dr. Franz; *Universität Mannheim*
- Ruiss, Dirk; *Deutscher Beamtenbund, Bonn*
- Rust, Kristina; *Ruhr-Universität Bochum*

S

- Schiller, Christiane; *Gemeinschaft Hausfrauen in der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, Düsseldorf*
- Schmidt, Jürgen; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*
- Schwarz, Norbert; *Statistisches Bundesamt, Bonn*
- Schweitzer, Prof. Dr. Rosemarie von; *Justus-Liebig-Universität Gießen*
- Schwickerath, Marco; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*
- Seel, Prof. Dr. Barbara; *Universität Hohenheim, Stuttgart*
- Seewald, Hermann; *Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn*
- Speich, Dr. Wolf-Dietmar; *Statistisches Landesamt der Freistaates Sachsen, Kamenz*
- Stahmer, Prof. Dr. Carsten; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*
- Stegmann, Dr. Michael; *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main*
- Stein, Holger; *Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main*
- Steinmetz, Dr. Dieter; *Universität Mannheim*
- Strecker, Prof. Dr. Heinrich; *Universitäten Tübingen und München*
- Stubig, Hans-Jürgen; *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn*

T

- Thiele, Helga; *Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale)*

V

Voit, Herrmann; *Statistisches Bundesamt, Wiesbaden*

W

Watz, Dr. Barbara; *Wettenberg*

Wenzel, Karsten; *Statistisches Landesamt Berlin*

Westerhoff, Prof. Dr. Hans Dieter; *Bundeskanzleramt, Bonn*

Wiegert, Dr. Rolf; *Eberhard Karls-Universität Tübingen*

Wingen, Min.-Dir. a. D. Prof. Dr. Max; *Bonn*

Z

Zimmer, Elke; *Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Außenstelle
Frankfurt/Oder*

Zohlhörer, Prof. Dr. Werner; *Johannes Gutenberg-Universität Mainz*

Zorr, Michael; *Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie,
Dresden*

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 1

Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel

Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 70. Geburtstag

122 Seiten · DM 11,80 · Bestellnummer: 1030401-84900 · ISBN 3-8246-0013-7

In dieser, der ehemaligen Präsidentin des Statistischen Bundesamtes gewidmeten Festschrift stellen Amtsleitung und Abteilungsleiter den Aufbau und die Weiterentwicklung der verschiedenen Erhebungs- und Aufbereitungssysteme der amtlichen Statistik dar und zeigen künftige Anforderungen auf.

Band 2 (vergriffen)

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u. a.

Darstellungskonzepte der amtlichen Statistik

185 Seiten · DM 15,20 · Bestellnummer: 1030402-84900 · ISBN 3-17-003301-8

Beiträge zum 4. Starnberger Kolloquium vom 16. bis 18. Dezember 1982 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Band 3

Datennotstand und Datenschutz

– Die amtliche Statistik nach dem Volkszählungsurteil –

98 Seiten · DM 10,90 · Bestellnummer: 1030403-85900 · ISBN 3-8246-0014-5

Ergebnisse des 1. Wiesbadener Gesprächs am 30. / 31. Oktober 1984.

Band 4 (vergriffen)

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u. a.

Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

– Revision und Erweiterungen –

162 Seiten · DM 13,40 · Bestellnummer: 1030404-86900 · ISBN 3-8246-0015-3

Beiträge zum 5. Starnberger Kolloquium vom 10. bis 12. Dezember 1984 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Band 5

Nutzung von anonymisierten Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik

– Bedingungen und Möglichkeiten –

200 Seiten · DM 16,50 · Bestellnummer: 1030405-87900 · ISBN 3-8246-0016-1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute (ASI) und des Statistischen Bundesamtes vom 3. bis 5. März 1986 in Wiesbaden.

Band 6

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u. a.

Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

199 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer: 1030406-88900 · ISBN 3-8246-0017-X

Beiträge zum 6. Starnberger Kolloquium vom 2. bis 4. Dezember 1985 zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Band 7 (vergriffen)

Statistische Umweltberichterstattung

165 Seiten · DM 14,80 · Bestellnummer: 11030407-87900 · ISBN 3-8246-0018-8

Ergebnisse des 2. Wiesbadener Gesprächs am 12. / 13. November 1986.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 8

Klaus-Peter Kistner, Erwin Südfeld u.a.

Statistische Erfassung von Unternehmensgründungen

– Umfang, Ursachen, Wirkungen –

142 Seiten · DM 14,50 · Bestellnummer: 1030408–88900 · ISBN 3–8246–0019–6

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 9./10. März 1987 in Wiesbaden.

Band 9

Zum Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

218 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer: 1030409–88900 · ISBN 3–8246–0020–X

Ausgewählte Dokumente zum Gesetzgebungsverfahren und Stellungnahmen zur Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke.

Band 10

Reiner Stäglich, Erwin Südfeld u. a.

Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft

– Konzepte ihrer statistischen Erfassung –

205 Seiten · DM 16,90 · Bestellnummer: 1030410–88900 · ISBN 3–8246–0021–8

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 7./8. März 1988 in Wiesbaden.

Band 11

Hartmut Esser, Heinz Grohmann, Walter Müller und Karl-August Schäffer

Mikrozensus im Wandel

– Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung –

450 Seiten · DM 22,80 · Bestellnummer: 1030411–89900 · ISBN 3–8246–0037–4

Bericht des Wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung.

Band 12

Erwin K. Scheuch, Lorenz Gräf und Steffen Kühnel

Volkszählung, Volkszählungsprotest und Bürgerverhalten

– Ergebnisse der Begleituntersuchung zur Volkszählung 1987 –

152 Seiten · DM 14,90 · Bestellnummer: 1030412–89900 · ISBN 3–8246–0039–0

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen die Bestimmungsgründe für das Verhalten der Bürger zur Volkszählung 1987.

Band 13

Rosemarie von Schweitzer, Manfred Ehling, Dieter Schäfer u.a.

Zeitbudgeterhebungen

– Ziele, Methoden und neue Konzepte –

208 Seiten · DM 17,30 · Bestellnummer: 1030413–90900 · ISBN 3–8246–0036–6

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 27./28. Februar 1989 in Wiesbaden.

Band 14

Leben und Arbeiten 2000

– Herausforderungen an den Mikrozensus –

228 Seiten · DM 17,60 · Bestellnummer: 1030414–90900 · ISBN 3–8246–0051–X

Ergebnisse des 3. Wiesbadener Gesprächs am 6./7. November 1989.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 15 (vergriffen)

Nils Diederich, Egon Hölder, Andreas Kunz u.a.

Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland

183 Seiten · DM 17,60 · Bestellnummer: 1030415-90900 · ISBN 3-8246-0064-1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 28./29. November 1989 in Wiesbaden.

Band 16

Egon Hölder und Mitarbeiter

Wege zu einer Umweltökonomischen Berichterstattung

159 Seiten · DM 15,80 · Bestellnummer: 1030416-90900 · ISBN 3-8246-0067-6

Ein Diskussionsbeitrag des Statistischen Bundesamtes zur Konzeption einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung.

Band 17 (vergriffen)

Tourismus in der Gesamtwirtschaft

157 Seiten · DM 15,80 · Bestellnummer: 1030417-91900 · ISBN 3-8246-0065-X

Ergebnisse des 4. Wiesbadener Gesprächs am 28./29. März 1990.

Band 18

Statistik im Übergang zur Marktwirtschaft – Probleme und Lösungsansätze

346 Seiten · DM 20,70 · Bestellnummer: 1030418-91900 · ISBN 3-8246-0076-5

Bericht über den Workshop „Major Fields on Transition Problems“ vom 15. bis 19. Oktober 1990 in Budapest.

Band 19

Walter Müller, Uwe Blien, Peter Knoche, Heike Wirth u. a.

Die faktische Anonymität von Mikrodaten

482 Seiten · DM 23,20 · Bestellnummer: 1030419-91900 · ISBN 3-8246-0231-8

Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojektes der Universität Mannheim, des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim und des Statistischen Bundesamtes.

Band 20

Walter Radermacher u. a.

Neue Wege raumbezogener Statistik

200 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030420-92900 · ISBN 3-8246-0081-1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamtes am 25./26. September 1990 in Wiesbaden.

Band 21

Volkszählung 2000 – oder was sonst?

286 Seiten · DM 24,80 · Bestellnummer: 1030421-92900 · ISBN 3-8246-0331-4

Ergebnisse des 5. Wiesbadener Gesprächs am 14./15. November 1991.

Band 22

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

271 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030422-93900 · ISBN 3-8246-0235-0

In einer Reihe von Beiträgen werden in diesem Band die organisatorischen und fachlichen Probleme im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern und die dabei eingeschlagenen Wege zu ihrer Lösung aus der Sicht der beteiligten Fachstatistiker dokumentiert.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 23

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

– Russische Übersetzung vom Band 22 –

275 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030423–93900 · ISBN 3–8246–0340–3

Band 24

Rückrechnung gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR

136 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030424–93900 · ISBN 3–8246–0345–4

Band 25

Qualität statistischer Daten

182 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030425–93900 · ISBN 3–8246–0355–1

Beiträge zu einem wissenschaftlichen Kolloquium am 12. / 13. November 1992 in Wiesbaden.

Band 26

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Bewährte Praxis – Neue Perspektiven

116 Seiten · DM 18,80 · Bestellnummer: 1030426–94900 · ISBN 3–8246–0389–6

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 11. / 12. November 1993 in Wiesbaden.

Band 27

Hans Günther Merk, Gerhard Bürgin und Mitarbeiter

Statistik 2000 – Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik

246 Seiten · DM 24,80 · Bestellnummer: 1030427–94900 · ISBN 3–8246–0454–X

Festschrift für Hildegard Bartels zu ihrem 80. Geburtstag

Band 28

Indizes – Status quo und europäische Zukunft

179 Seiten · DM 22,80 · Bestellnummer: 1030428–95900 · ISBN 3–8246–0467–1

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 10. / 11. November 1994 in Wiesbaden.

Band 29

Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel

221 Seiten · DM 25,80 · Bestellnummer: 1030429–96900 · ISBN 3–8246–0449–3

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 16. / 17. November 1995 in Wiesbaden.

Band 30

Statistische Informationen zum Arbeitsmarkt – Konzepte und Kritik, Anwendung und Auslegung

163 Seiten · DM 23,80 · Bestellnummer: 1030430–97900 · ISBN 3–8246–0524–4

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 14. / 15. November 1996 in Wiesbaden.

Band 31

Methoden zur Sicherung der statistischen Geheimhaltung

157 Seiten DM 23,80 · Bestellnummer: 1030431–99900 · ISBN 3–8246–0555–4

Ergebnisse einer Sitzung des Arbeitskreises für Fragen der mathematischen Methodik am 14./15.10.1997 in Wiesbaden.

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen

Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Band 32

Einkommen und Vermögen in Deutschland – Messung und Analyse

269 Seiten · DM 28,50 · Bestellnummer: 1030432-98900 · ISBN 3-8246-0571-6

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 13./14. November 1997 in Wiesbaden.

Band 33

Hermann Glaab, Werner Griepenkerl u. a.

Agrarstatistik auf neuen Wegen

123 Seiten · DM 24,80 / EUR 12,68 · Bestellnummer: 1030433-99900 · ISBN 3-8246-0586-4

Beiträge zum Forum der Agrarstatistik am 23. Juni 1998 in Berlin anlässlich der 50. Sitzung des Fachausschusses Landwirtschaftsstatistik des Statistischen Beirats.

Band 34

Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik – Praxis und Perspektiven

247 Seiten · DM 32,80 / EUR 16,77 · Bestellnummer: 1030434-99900 · ISBN 3-8246-0608-9

Beiträge zum Symposium am 31. Mai/1. Juni 1999 in Wiesbaden.

Band 35

Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie

168 Seiten · DM 28,80 / EUR 14,73 · Bestellnummer: 1030435-00900 · ISBN 3-8246-0631-3

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 18./19. November 1999 in Wiesbaden.

Band 36

Politik und Statistik in der Europäischen Union – Herausforderung und Antwort –

132 Seiten · DM 28,80 / EUR 14,73 · Bestellnummer: 1030436-00900 · ISBN 3-8246-0629-1

Beiträge auf der internationalen Statistik-Konferenz vom 18. – 20. Oktober 1999 in Berlin.

Band 37

Conference on Policies and Statistics in the European Union – Challenges and Responses –

Englische Übersetzung vom Band 36

123 Seiten · DM 28,80 / EUR 14,73 · Bestellnummer: 1030437-00900 · ISBN 3-8246-0630-5

Band 38

Familien und Haushalte in Deutschland – Statistische Grundlagen, wissenschaftliche Erkenntnisse

177 Seiten · DM 30,00 / EUR 15,00 · Bestellnummer: 1030438-01900 · ISBN 3-8246-0648-8

Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 23./24. November 2000 in Wiesbaden

Zu beziehen durch
den Buchhandel oder
den Verlag Metzler – Poeschel
70182 Stuttgart

Verlagsauslieferung:
SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
